



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Religion macht Schlagzeilen -

Eine kritische Diskursanalyse zum Umgang
österreichischer Medien mit dem Islam am Beispiel des
Schweizer Minarettbauverbotes“

Verfasserin

Astrid Elisabeth Mattes

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil)

Wien, im Oktober 2010

Studienkennzahl: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: ao. Univ. Prof. Dr. Walter Manoschek

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Das Schweizer Minarettbauverbot.....	3
1.1. Die Volksinitiative und ihre Hintergründe.....	3
1.1.1. Der Weg zur Abstimmung.....	3
1.1.2. Die treibenden Kräfte.....	6
1.1.3. Die Kampagnen.....	8
1.2. Der Schweizer Volksentscheid.....	10
1.2.1. Das Politische System der Schweiz.....	10
1.2.2. Direkte Demokratie und ihre Auswirkungen.....	12
1.2.3. Die rechtliche Problematik.....	14
1.3. Abstimmungsergebnis.....	17
1.3.1. Ergebnisse.....	17
1.3.2. Analysen der Ergebnisse.....	18
1.3.3. Ausgewählte Reaktionen.....	21
2. Islamophobie.....	23
2.1. Entstehung des Begriffs	24
2.1.1. Kritik am Begriff.....	25
2.1.2. Neuer Name – Alter Hass?.....	27
2.2. Versuch einer Definition.....	28
2.3. Islamophobe Diskurse.....	34
2.3.1. Historische Aspekte und Orientalismus.....	35
2.3.2. Antisemitismus.....	36
2.3.3. Aktuelle Diskurse.....	38
2.3.3.1. Islamophobie im Schulbuch (Heine und Pratl 2009).....	38
2.3.3.2. Islamophobie im Fallbeispiel „Kulturzentrum Dammstraße“ (Kübel 2009).....	41
2.3.3.3. Islamophobie im Internet (Schiffer 2009).....	44
3. Die Kritische Diskursanalyse der Duisburger Schule.....	47
3.1. Überblick über die KDA und ihren theoretischen Hintergrund.....	47
3.1.1. Was ist die KDA?.....	47
3.1.2. Die theoretischen Grundlagen.....	48
3.1.3. Der Vergleich mit anderen Diskursanalytischen Ansätzen.....	51
3.2. Möglichkeiten und Grenzen der KDA.....	54
3.2.1. Die Frage der allgemeinen Anwendbarkeit.....	54
3.2.2. Kritische Diskursanalyse?.....	55
3.2.3. Die KDA als Möglichkeit zum Aufspüren der „Wirkung“ von Diskursen.....	57
3.3. Angewandte KDA.....	58
3.3.1. Begriffe.....	58
3.3.1.1. Struktur des Diskurses.....	58
3.3.1.2. Kollektivsymbolik.....	60
3.3.2. Das Analyseverfahren	61
3.3.3. Zu Beachtendes	67
3.4. Exkurs: Bildanalyse.....	67
4. Verortung der Untersuchung.....	71
4.1. Details zur Vorgangsweise.....	71
4.1.1. Fragestellung.....	71
4.1.2. Grundbedingungen der Analyse.....	72
4.2. Diskursive Ereignisse.....	74
4.2.1. Zeitstrang.....	75

4.3. Medienauswahl.....	76
4.3.1 Der Materialkorpus	77
5. Die österreichische Medienlandschaft.....	78
5.1. Vorbemerkungen und Überblick.....	78
5.2. Charakterisierung der analysierten Medien.....	80
5.2.1. Tageszeitungen.....	81
5.2.1.1. Die Neue Kronen Zeitung.....	81
5.2.1.2. Kleine Zeitung.....	82
5.2.1.3. Kurier.....	82
5.2.1.4. Österreich.....	83
5.2.1.5. Oberösterreichische Nachrichten.....	84
5.2.1.6. Tiroler Tageszeitung.....	84
5.2.1.7. Der Standard.....	84
5.2.1.8. Die Presse.....	84
5.2.1.9. Salzburger Nachrichten.....	85
5.2.1.10. Vorarlberger Nachrichten.....	85
5.2.2 Magazine.....	86
5.2.2.1. News.....	86
5.2.2.2. Profil.....	86
6. Medienanalyse.....	87
6.1. Struktur- und Überblicksanalyse.....	87
6.1.1. Themen und Unterthemen.....	87
6.1.2. Thematische Gewichtung.....	90
6.2. Auswahl der Diskursfragmente.....	101
6.3. Feinanalyse.....	103
6.3.1. Vorbemerkung.....	103
6.3.2. Feinanalyse der einzelnen Medien.....	103
6.3.2.1. Neue Kronenzeitung.....	104
6.3.2.2. Kleine Zeitung.....	113
6.3.2.3. Kurier.....	117
6.3.2.4. Österreich.....	119
6.3.2.5. Oberösterreichische Nachrichten.....	123
6.3.2.6. Tiroler Tageszeitung.....	126
6.3.2.7. Der Standard.....	128
6.3.2.8. Die Presse.....	131
6.3.2.9. Salzburger Nachrichten	133
6.3.2.10. Vorarlberger Nachrichten.....	135
6.3.2.11. News.....	137
6.3.2.12. Profil.....	139
6.4. Fazit der Analyse.....	141
6.5. Islamophobe Medien?	142
Schlusswort.....	148
Anhang (Liste der im Dossier analysierten Diskursfragmente).....	149
Literatur.....	153
Abkürzungen.....	165
Abstract (Deutsch).....	166
Abstract (English).....	167
Lebenslauf	168

Danksagung

Ich bedanke mich herzlichst bei all den lieben Menschen, die mich auf meinem Weg und beim Verfassen meiner Diplomarbeit unterstützt haben.

Mein Dank gilt insbesondere meinem Diplomarbeitsbetreuer ao. Univ. Prof. Dr. Walter Manoschek, der mir mit Rat und Tat zur Seite stand und meinen Eltern, die mir mein Studium ermöglichten.

Ebenso bedanken möchte ich mich bei Georg, der mir immer Mut gemacht hat und eine große Unterstützung war.

Einleitung

In den letzten Jahren ist der Umgang mit der muslimischen Minderheit in Österreich zu einem der polarisierendsten innenpolitischen Themen des Landes geworden ist. Dabei sind es nicht nur rechte Parteien, die ein Bild von der Religion des Islams und den MuslimInnen zeichnen, dass von Andersartigkeit und negativen Zuordnungen geprägt ist.

Der mittlerweile zum Schlagwort gewordene Begriff Islamophobie steht dabei im Mittelpunkt. Dieses, in der Forschung erst relativ kurz beachtete Phänomen scheint auch in Österreich verstärkt aufzutreten. Im Gegensatz zum gut erforschten Antisemitismus ist Islamophobie gesellschaftlich weit weniger tabuisiert. Während also antisemitisches Verhalten oder dementsprechende Äußerungen sehr genau als solche wahr genommen werden, werden islamophobe Haltungen oft als legitime Kritik an ZuwanderInnen dargestellt oder verstanden.

In meiner Diplomarbeit versuche ich aufzuzeigen, wie in österreichischen Medien mit dem Islam und den MuslimInnen umgegangen wird. Dabei steht Foucaults Diskursanalyse, und damit verbunden die Annahme, dass gesellschaftliche Wahrheiten im Diskurs produziert werden, im Vordergrund. Was also über den Islam und die MuslimInnen als wahr angenommen wird, ist demnach Produkt des hegemonialen Diskurses. Dieser hegemoniale Diskurs wird, wenn auch nicht ausschließlich, durch Massenmedien transportiert. Daher soll mit Hilfe der kritischen Diskursanalyse der Duisburger Schule, einer auf Medienanalyse spezialisierten diskursanalytischen Methode herausgefunden werden, ob und in welchem Ausmaß islamophobe Muster in der Medienberichterstattung Österreichs zu finden sind.

Um der Analyse einen, einer Diplomarbeit entsprechenden Rahmen zu geben, wird diese anhand eines konkreten diskursiven Ereignisses durchgeführt. Dafür soll das Minarettbauverbot in der Schweiz, bei dem sich 57,7% der zur Abstimmung gegangenen SchweizerInnen für ein in der Verfassung verankertes Bauverbot aussprachen, herangezogen werden. Dies scheint insbesondere deshalb geeignet, da sich im Zuge der Abstimmung auch in Österreich eine Debatte um Minarettbauten, den Islam und die Integration von MuslimInnen entwickelte.

Die leitende Forschungsfrage dieser Arbeit ist daher, ob in der Berichterstattung ausgewählter österreichischer Medien im Kontext der Abstimmung über das Bauverbot von Minaretten in der Schweiz islamophobe Muster erkennbar sind.

1. Das Schweizer Minarettbauverbot

Am 29. November 2009 wurde in der Schweiz über ein Verbot des Baus von Minaretten abgestimmt. Entgegen vieler Prognosen sprachen sich mehr als die Hälfte der zu Abstimmung gegangenen SchweizerInnen für ein solches Verbot aus, was zu weltweiten Reaktionen führte. Dieses erste Kapitel widmet sich der grundlegenden Thematik des Fallbeispiels, dass im Rahmen der folgenden Medienanalyse untersucht werden soll. Dazu wird zunächst auf die Volksinitiative, ihre Initiatoren und den Verlauf der diesbezüglichen Ereignisse eingegangen werden. In einem zweiten Schritt soll das politische System der Schweiz näher beleuchtet werden. Dabei soll das Hauptaugenmerk auf die hier besonders ausgeprägten Instrumente der direkten Demokratie gelegt werden. Abschließend sollen die Abstimmungsergebnisse präsentiert, analysiert, sowie einzelne ausgewählte Reaktionen darauf festgehalten werden.

1.1. Die Volksinitiative und ihre Hintergründe

In der Schweiz haben BürgerInnen das so genannte Initiativrecht. Darunter wird die Möglichkeit verstanden, Änderungen oder Ergänzungen an der Verfassung (in Form eines bereits vorformulierten, nicht mehr veränderlichen Gesetzestextes oder als allgemeine Anregung) verbindlich zur Abstimmung zu bringen. Dazu ist es notwendig, in einem Zeitraum von 18 Monaten 100 000 Unterschriften von stimmberechtigten SchweizerInnen zu sammeln. An einem von vier jährlichen Abstimmungsterminen, die von der Schweizer Bundeskanzlei festgelegt werden, können die Stimmberechtigten dann an der Urne entscheiden (vgl. Bundeskanzlei 2010, S. 18 ff.).

Dieser Weg wurde auch bei der Abstimmung zum Minarettbauverbot gegangen. Um einen Überblick über die Entwicklung der Ereignisse von frühen Debatten hin zur Abstimmung zu geben, soll hier zunächst eine zeitliche Schilderung erfolgen.

1.1.1. Der Weg zur Abstimmung

Schon lange vor der bundesweiten Initiative gab es in der Schweiz lokale Debatten um

Minarettbauten. 2005 wollte beispielsweise ein türkisch-muslimischer Ortsverein in der Gemeinde Wangen im Kanton Schwyz ein Minarett errichten. Nach Debatten, die weit über die Ortsgrenzen hinaus reichten, wurde zunächst keine Baugenehmigung erteilt (vgl. Baumann und Stolz 2007, S. 11). Mitte 2009 konnte das Minarett jedoch nach insgesamt vier Jahren des Rechtsstreits eingeweiht werden. Mittlerweile gibt es in der Schweiz vier Minarette: Jenes in Wangen und drei weitere in Genf, Winterthur und Zürich (vgl. z.B. tagesschau.sf, 4.11.2009). Im Ort Langenthal wurde 2006 ein Baugesuch für eine Kuppel und ein Minarett an einem Gebetshaus von einem muslimischen Verein eingereicht. Auch hier kam es zu zahlreichen Beschwerden von Seiten der Bevölkerung, aber auch politische Parteien und Freikirchen sprechen sich dagegen aus (vgl. Tanner 2007, S. 5). Hier ist trotz des Abstimmungsergebnisses vom 29.11.2009 noch immer nicht klar, ob das Bauvorhaben realisiert wird, da der Antrag ja bereits lange vor der Aufnahme des Verbotes in die Verfassung erfolgte (vgl. bernerzeitung.ch, 2.3.2010). In Wil, im Kanton St. Gallen, gibt es seit 2006 die Diskussion, ob und in welcher Form ein muslimisches Zentrum gebaut werden soll. Kurz vor der Abstimmung über das Bauverbot von Minaretten, gab der Sprecher der dortigen muslimischen Gemeinschaft bekannt, dass im Bauplan kein Minarett mehr vorgesehen ist und das Baugesuch daher nur eine Gebetsstätte umfassen wird (vgl. thurgauerzeitung.ch, 30.11.2009).

Was hier verdeutlicht werden soll ist, dass diese und weitere Fallbeispiele weitreichende Diskussionen erzeugten. Wie in weiten Teilen Europas gibt es auch in der Schweiz seit Längerem Debatten um Einwanderung und spezieller muslimische Zuwanderung, die vor allem von politisch rechten Parteien geführt und angeheizt werden. Bereits 2008 wurde eine Volksinitiative lanciert, welche Einbürgerungsverfahren neu regeln sollte, aber diversen rechtsstaatlichen Prinzipien widersprach (vgl. Gross, Krebs u.a. 2010, S. 10) und in Folge auch vom Volk abgelehnt wurde. Dies soll lediglich aufzeigen, dass in der Schweiz Diskussionen um Zuwanderung den politischen Alltag seit Jahren mitbeherrschen. Dass es schließlich zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ kam, kann also durchaus als in diese Diskussionen eingebettete Aktion gesehen werden.

Die Ankündigung einer Volksinitiative gegen Minarettbauten erfolgte bereits 2006 (vgl. Blum und Prinzing 2010, S. 19). Am 1. Mai 2007 lancierte schließlich ein Initiativkomitee eine Volksinitiative, um den Bau von Minaretten durch die Verfassung zu verbieten. Das Komitee setzte sich aus PolitikerInnen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Eidgenössisch-

Demokratischen Union (EDU) zusammen. Bis zum Juli des darauf folgenden Jahres wurden über 100 000 Unterschriften gesammelt, die dann bei der Bundeskanzlei eingereicht wurden (vgl. Stüssi 2008, S. 1).

Nach Einreichung der benötigten Unterschriften um eine Volksinitiative zur Abstimmung zu bringen, beschäftigt sich der Schweizer Bundesrat damit. Dieser verfasst eine so genannte „Botschaft“ an die Bundesversammlung, in der Empfehlungen ausgedrückt werden. Im Falle der Initiative gegen den Bau von Minaretten wurde am 27. August 2008 folgende Botschaft ausgesendet:

„Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Botschaft beantragen wir Ihnen, die Volksinitiative ‚Gegen den Bau von Minaretten‘ Volk und Ständen ohne Gegenentwurf und mit der Empfehlung zu unterbreiten, die Volksinitiative abzulehnen.“ (Schweizerischer Bundesrat 2009, S.1)

Im speziellen Fall der Minarettinitiative musste zunächst geprüft werden, ob ein Verbot des Minarettbaus gegen das Völkerrecht verstoßen würde (ein Aspekt, auf den im Folgenden noch detaillierter eingegangen wird). Im nächsten Schritt befassen sich der so genannte „Erst- und Zweitrat“ (Nationalrat und Ständerat), die beiden Kommissionen im Parlament mit der Volksinitiative. Diese Verfassen jeweils eine Schlussbemerkung, welche an den Bundesrat weitergeleitet wird. Hier wird schließlich ein Bundesbeschluss zur Volksinitiative (welche den zu ändernden Gesetzestext enthält) verfasst. Am 12. Juni 2009 wurde ein solcher Bundesbeschluss für die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ erlassen:

„Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 3 der Bundesverfassung 1, nach Prüfung der am 8. Juli 2008 eingereichten Volksinitiative ‚Gegen den Bau von Minaretten‘, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 27. August 2008, beschliesst [sic!]: Art. 1: 1 Die Volksinitiative vom 8. Juli 2008 ‚Gegen den Bau von Minaretten‘ ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. 2 Sie lautet: Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert: Art. 72 Abs. 3 (neu) 3 Der Bau von Minaretten ist verboten.“ (Bundesversammlung 2009)

In diesem Schritt wird von der Bundesversammlung auch eine Wahlempfehlung abgegeben. In diesem Fall folgende: „Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.“ (ebd.)

Im Juli 2009 stand somit fest, dass die Volksinitiative zur Abstimmung kommen würde. Auch

von Parteien und Vereinen werden in der Schweiz „Abstimmungsparolen“, also Empfehlungen abgegeben. Bis auf die im Initiativkomitee aktiven Parteien EDU und SVP und die Regionalpartei Christlichdemokratische Volkspartei Glarus (CVP: GL) gaben weder Parteien oder Jungparteien noch Vereine oder Gemeinden die Empfehlung ab, die Volksinitiative zu unterstützen (vgl. Bundesversammlung 18.11.2009).

1.1.2. Die treibenden Kräfte

Hinter der Initiative standen von Anfang an die SVP und die EDU. Vor allem die Schweizerische Volkspartei, die auch die letzten Wahlen (2007) für sich entscheiden konnte und als stärkste Partei hervorging, definiert sich durch nationalistische Einstellungen (vgl. Baumann 2009, S. 2). Die EDU stellt lediglich einen Nationalrat, daher kann die SVP als treibende Kraft hinter der Volksinitiative gesehen werden. Dem Initiativ-Komitee gehörten insgesamt 16 Personen an, davon 2 Funktionäre der EDU. Die SVP entwickelte sich in den 1990er Jahren von einer Partei der politischen Mitte zu einer rechtspopulistischen Partei und konnte durch diesen Kurswechsel unter der Führung Christoph Blochers einen massiven Wählerzuwachs verzeichnen (vgl. Herold 2003, S. 3). Baumann sieht den Erfolg der Partei vor allem darin begründet, dass die SVP die versteckten Einstellungen vieler SchweizerInnen anspricht (vgl. Baumann 2009, S. 2). Gleichzeitig wurden Ängste in der Bevölkerung geschürt. So postulierte die SVP, dass MuslimInnen innerhalb von 10 Jahren die Mehrheit der Schweizer Gesellschaft darstellen werden, da die Geburtenrate in muslimischen Familien höher ist (vgl. Baumann 2009, S. 2 und Geden 2006, S. 97). Dieses Bild einer drohenden „Islamisierung“ wurde auch im Rahmen der Initiative gegen den Bau von Minaretten eingesetzt:

„Mit den in kurzen Abständen eingereichten Baugesuchen für Minarette in Wangen bei Olten (SO), Langenthal (BE) und Wil (SG) sowie dem im Anzeigeverfahren bewilligten, kleinen Minarett in Winterthur ist in den Augen vieler Schweizerinnen und Schweizer eine Grenze überschritten worden. Viele erkennen darin einen weiteren Schritt in der Strategie der Islamisierung unseres Landes.“ (Wobmann 2009, S. 2)

Der Nationalrat Walter Wobmann (der auch Mitglied des Initiativ-Komitees ist) liegt mit seiner Aussage ganz auf der Linie der Befürworter der Volksinitiative. Das Minarett wird zum Symbol der Bedrohung für alles „Schweizerische“ stilisiert. Auf die Genaue Argumentation in der Kampagne wird aber erst im nachfolgenden Punkt eingegangen. Hier soll jedoch die

politische Positionierung der SVP noch etwas klarer heraus gearbeitet werden.

Dass die SVP über die Jahre in ihren politischen Einstellungen immer weiter nach rechts wanderte, wurde bereits erwähnt. Eine wesentliche Figur in dieser politischen Neuausrichtung der Partei war (und ist) Christoph Blocher. In der Literatur kommt es auch deshalb immer wieder zu Vergleichen zwischen der FPÖ unter Jörg Haider und der SVP (vgl. Geden 2006 und Hertel 2000). Genau wie Jörg Haider es für seine Partei war, gilt sein „Schweizer Pendant“ Christoph Blocher als die zentrale Figur der Partei und somit wesentlich am Erfolg der SVP beteiligt.

„Blocher steht für einen polternden Rechtspopulismus, der mit Ende des Kalten Krieges keineswegs die Orientierung verlor und sehr schnell neue Feindbilder fand. Die Bürokraten, [...] die Intellektuellen, die Fremden im Allgemeinen und die parasitären Asylanten im Besonderen sind die Zielscheibe dieser charismatischen Figur.“ (Altwegg 2002, S. 114)

Obwohl Blocher nicht mehr an der Spitze der SVP steht und auch die Volksinitiative nicht aktiv unterstützte, kann er hier nicht unerwähnt bleiben, da seine Politik den Boden für den Erfolg der Initiative bereitet hat. Das Feindbild „AusländerInnen“ wurde auch durch seine Politik immer mehr zum Feindbild „MuslimInnen“ umgemünzt. Baumann argumentiert, dass spätestens mit den Terroranschlägen von New York im September 2001 der Islam zum konkreteren Feind wurde. Dieses negative Bild der Religion und ihrer AnhängerInnen machten sich die Initianten zu Nutze:

„Rightwing politicians painted a picture of oppressive, aggressive and intolerant Islam in Switzerland, embarking on a sinister infiltration of homogeneous and harmonious Swiss society. The strikingly negative picture was further darkened by developments and events outside Switzerland, such as restricted freedom of Christians in Muslim dominated countries, an assumed ‘holy war‘ (jihad), and ambitions to introduce the Shariah worldwide.“ (Baumann 2009, S.2)

Es ist klar, dass der politische Boden für eine solche Initiative durch eine derartige Darstellung des Islams, verknüpft mit der international präsenten, durch mediale Berichterstattung geförderten, Angst vor islamischem Terrorismus leicht bereitet werden kann. Die SVP, aber auch die fundamental christliche EDU machten sich dies zu Nutze. Während die SVP einen allgemein ausländerfeindlichen Kurs fährt, wurde von der EDU mit der Volksinitiative auch „eine erste Schlacht gegen die Ungläubigen“ (Schmid-Federer 2010, S. 107) geführt. Dies mag nach einer radikalen Formulierung klingen, wird jedoch angesichts

der Argumentation im Positionspapier der EDU zur Volksinitiative verständlich:

„Angesichts des Islams unter uns erscheint die biblische Warnung in neuem Licht: ‚Die Fremden, die bei euch leben, werden ihren Besitz vergrössern [sic!] und immer mehr Einfluss gewinnen, während es mit euch immer weiter bergab geht‘ (5. Mose 28,43). Als Ursache für diese Entwicklung wird die Abkehr von Gott und seinen Ordnungen angesehen. Es braucht eine Belebung des Geistes der Bundesverfassung: ‚Im Namen Gottes des Allmächtigen!‘ Dazu muss unser Land stehen.“ (EDU 2008)

Eine solche Argumentation wurde auch in der Kampagne im Vorfeld der Abstimmung verwendet. Wie die Initianten vor der Abstimmung um die Ja-Stimmen der SchweizerInnen warben, soll im nächsten Punkt geschildert werden.

1.1.3. Die Kampagnen

Die Kampagne um die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten erregte viel Aufsehen. Neben aggressiver Rhetorik waren es vor allem Plakate, die zu Diskussionen führten. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) nahm dazu mehrfach Stellung. Nicht nur die Initiative an sich wurde verurteilt, sondern auch die Abbildungen auf den Plakaten. Besonders die Darstellung einer komplett verhüllten Frau in schwarz vor dem Hintergrund einer Schweizer Fahne, welche von schwarzen Minaretten bedeckt ist (Abb.2), wurde von vielen Seiten als verunglimpfend, diskriminierend und diabolisierend eingestuft (vgl. z.B. EKR 2009, S. 14).

Auch weitere Plakate, wie etwa Abbildungen, bei denen Minarette in das Ortsbild Schweizer Dörfer (zumeist an den Platz der dortigen Kirche) retuschiert wurden (Abb.1), führten zu Diskussionen. Hier war die Botschaft, christliche Werte seien durch Minarettbauten gefährdet, vorherrschend. Das erstere Plakat stieß jedoch auf weitaus mehr Resonanz. In der Bildanalyse der EKR werden die schwarzen Minarette mit Raketen verglichen, welche „die Schweiz“ durchbohren – eine offensichtlich gewollte Assoziation (vgl. ebd.). Auch internationale Monitoringorganisationen wie die Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD), und ein Bericht der OSZE, verurteilten die Plakate als rassistisch (vgl. EKR 2009, S. 8 ff.). Auf die Anfrage verschiedener Städte, ob die Plakate im öffentlichen Raum ausgehängt werden sollten, veröffentlichte die EKR (als zuständige Evaluationsinstanz) eine Empfehlung dagegen. Trotzdem wurde das Plakat mancherorts ausgehängt und wurde, allein wegen der medialen Berichterstattung über die Kritik daran, weitläufig bekannt.

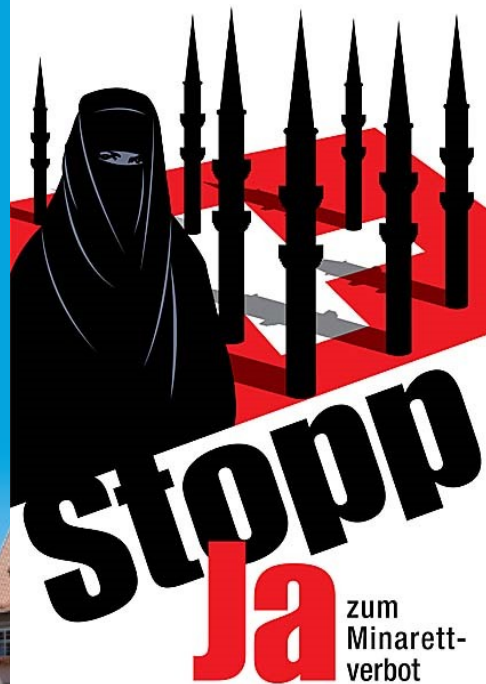


Abbildung 1: "Es geht auch ohne Minarett" Abbildung 2: "Stopp - Ja zum Minarettverbot"

Die Volksinitiative konterte mit einer Stellungnahme unter dem Titel „Zensur-Manöver gegen die Meinungsfreiheit – Kniefall vor den Islamisten?“ (Volksinitiative Communiqué 2009, S. 1), in dem die KritikerInnen der Plakate als „von Islamisten eingenommen“ dargestellt werden und die Vermutung angestellt wird, dass Kritik überhaupt nur „aufgrund von Drohungen von Islamisten“ erfolgt sei (ebd.).

Im Laufe der Kampagne blieben andere Schweizer Parteien (die wie bereits erwähnt nahezu geschlossen gegen die Initiative waren) relativ untätig, da ein positiver Ausgang der Abstimmung nicht erwartet wurde. Auch muslimische Organisationen entschieden sich gegen eine Gegenkampagne. Baumann vermutet, dass so auch die Mobilisierung der Gegner der Volksinitiative scheiterte (Baumann 2009, S. 4). Die Kampagne blieb also einseitig und wurde ohne größere (politische) Gegner von der Volksinitiative geführt. Natürlich gab es von Seiten zahlreicher Vereine und Gruppierungen (wie etwa der Schweizerische Rat der Religionen (SRR), der Schweizerische evangelische Kirchenbund (SEK) oder Amnesty International (AI) und andere Menschenrechtsorganisationen) Verurteilungen des angestrebten Minarettbauverbotes (vgl. SRR 2009, SEK 2009, AI 2009a). Obwohl diese, wie die Volksinitiative auch „Argumentarien“ herausgaben, um gegen das Bauverbot zu mobilisieren, wurde die gewünschte Wirkung offensichtlich verfehlt. Im Vorfeld der Abstimmung war die

Medienberichterstattung von den Argumenten der Befürworter der Initiative geprägt (vgl. Blum und Prinzing 2010, S. 20), sodass auch hier wenig Raum für Gegenargumentation blieb. So kann gesagt werden, dass, obwohl sich eine Vielzahl von relevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren als Gegner dieser Volksinitiative positionierten, diese wenig Gehör fanden. Die Befürworter hingegen konnten ohnehin vorherrschende Ängste in der Bevölkerung gegenüber Zuwanderung, islamischem Terrorismus und anderen als Bedrohung empfundenen Verknüpfungen mit dem Islam für sich nutzen.

Während dieses Kapitel bisher von der Beschäftigung mit dem konkreten Fall geprägt war, soll nun allgemeiner auf das politische System der Schweiz und die Rolle des Volksentscheids eingegangen werden. Dabei sollen auch Betrachtungen zu den politischen Auswirkungen von direkter Demokratie miteinbezogen werden.

1.2. Der Schweizer Volksentscheid

Die Schweiz stellt innerhalb Europas in vielerlei Hinsicht eine Ausnahme dar. Geschichtlich, in ihrer heutigen Außen- und Bündnispolitik und in ihrem politischen System. Die Eigenarten dieses Systems sollen in diesem Punkt näher betrachtet werden. Zentral sind hierbei vor allem die direktdemokratischen Elemente, die im Schweizer System besonders ausgeprägt sind und eine Abstimmung gegen den Bau von Minaretten erst ermöglichten. Viele Dinge, die in den vorangegangenen Punkten bereits vorweg genommen wurden, sollen hier näher erläutert werden.

1.2.1. Das Politische System der Schweiz

Die Schweizer Legislative besteht aus einem Zweikammersystem. Dieses setzt sich aus dem Nationalrat mit 200 Sitzen und dem Ständerat (in den jeder Kanton zwei und jeder Halbkanton einen Vertreter entsendet) zusammen. Die beiden Kammern sind gleichberechtigt und zur Konsensfindung verpflichtet. Der Nationalrat wird alle vier Jahre gewählt, die Wahl zum Ständerat findet nach unterschiedlichen Kriterien in den jeweiligen Kantonen statt (vgl. Albers 2009, S. 3 ff.). In diesen beiden Kammern spiegeln sich auch zwei für das Schweizer politische System zentrale Elemente wieder. Einerseits findet sich im Nationalrat das Element der direkten Demokratie wieder, andererseits steht der Ständerat für den hohen Stellenwert

des Föderalismus (vgl. Bundeskanzlei 2010, S. 26).

Zur Schweizer Exekutive zählt der so genannte Bundesrat. Diese Regierung setzt sich aus sieben BundesrätInnen zusammen, welche von der „vereinigten Bundesversammlung“, also den beiden Kammern zusammen gewählt werden. Aus ihnen wird der/ die BundespräsidentIn als „primus/ a inter pares“ für jeweils ein Jahr gewählt und übernimmt repräsentative Aufgaben sowie die Leitung der Bundesratssitzungen. Ebenfalls von der vereinigten Bundesversammlung gewählt wird der/ die Bundeskanzlerin und gleichzeitig StabschefIn des Bundesrates, also das achte Mitglied. Der/die BundeskanzlerIn hat kein Stimmrecht im Bundesrat jedoch Antrags- und Rederecht. Er/sie wird, wie die BundesrätInnen, für vier Jahre gewählt und stellt eine Verbindung zwischen Parlament und Bundesrat dar (vgl. Bundeskanzlei 2010, S. 40 ff.).

Der Vollständigkeit halber sei hier auch die Judikative erwähnt. Das Bundesgericht stellt die höchste gerichtliche Instanz der Schweiz dar. Die BundesrichterInnen werden von der vereinigten Bundesversammlung nach sprachlichen, regionalen und parteipolitischen Kriterien für jeweils sechs Jahre gewählt. Ebenfalls unvollständig wäre diese Kurzbeschreibung des politischen Systems der Schweiz ohne näher auf die Rolle des Föderalismus einzugehen. Die 26 Schweizer Kantone (20 Kantone und sechs Halbkantone) genießen ein hohes Maß an Souveränität.

So hat jeder Kanton ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung denen es obliegt, zahlreiche Politikbereiche zu verwalten. Etwa in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur bleibt ein großer Handlungsspielraum für die Kantone (vgl. Bundeskanzlei 2010, S. 14). Jene Bereiche, die vom Bund geregelt werden, sind als solche konkret in der Verfassung festzuhalten. Durch die Repräsentation im Ständerat sind die Kantone auch direkt im Parlament vertreten. Die Ständeräte werden in den einzelnen Kantonen (nach unterschiedlichen Wahlverfahren) gewählt und in den Ständerat des Schweizer Parlaments entsendet, sie sind in ihren Entscheidungen jedoch nicht an die örtlichen Parlamente gebunden (vgl. ebd.). Die zentrale Bedeutung des Ständerats wird spätestens klar, wenn das Gesetzgebungsverfahren näher betrachtet wird: Jeder Gesetzesvorschlag muss von beiden Kammern des Schweizer Parlaments (also Nationalrat und Ständerat) angenommen werden.

Kommen die beiden Kammern, die für gewöhnlich getrennt tagen, nicht von vornherein zum selben Ergebnis, gibt es ein so genanntes Differenzbereinigungsverfahren. Hier muss jedenfalls ein Konsens erreicht werden (vgl. Bundeskanzlei 2010, S. 39). Wie erwähnt ist die zweite zentrale Besonderheit des Schweizer politischen Systems die ausgeprägte direkte Demokratie, die im Folgenden näher betrachtet werden sollen.

1.2.2. Direkte Demokratie und ihre Auswirkungen

Die Schweiz kennt zahlreiche Instrumente der direkten Demokratie. Der Volksentscheid, also jenes Instrument, das auch in der Frage zum Verbot des Baus von Minaretten genutzt wurde, ist dabei nur eines von vielen. Diese sollen hier kurz vorgestellt werden. Im Anschluss soll der Frage nachgegangen werden, in welche politische Richtung direkte Demokratie wirkt.

In der Schweiz wird zwischen drei Instrumenten der direkten Demokratie unterschieden: das obligatorische Verfassungsreferendum, das fakultative Referendum und die bereits vorgestellte Volksinitiative (vgl. Christmann 2009, S. 20); Seit dem Gründungsjahr der heutigen Schweiz, 1848, besteht die Verpflichtung, bei Verfassungsänderungen das Volk zu befragen. 36 Jahre später wurde zusätzlich das fakultative Referendum eingeführt, das die Möglichkeit schafft, über das Inkrafttreten eines bereits beschlossenen Gesetzes abzustimmen. Dabei müssen in einem Zeitrahmen von 100 Tagen 50 000 Unterschriften gesammelt werden (vgl. ebd.). Seit 1891 gibt es die Möglichkeit, einer Volksinitiative. Wie bereits erläutert werden hier, um einen Vorschlag zur Änderung der Verfassung zur Abstimmung zu bringen 100 000 Unterschriften, die innerhalb von 18 Monaten gesammelt werden müssen, benötigt. Hier hat die Regierung wiederum die Möglichkeit einen Gegenvorschlag zu entwerfen und diesen ebenfalls zur Abstimmung zu bringen. Im Fall der Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“ war dies nicht der Fall. Eine Vorlage gilt jedenfalls dann als angenommen, wenn neben dem „Volksmehr“, also der Zustimmung der Mehrheit der abstimmenden Stimmberechtigten, auch das „Ständemehr“ erreicht wird. Das Abstimmungsergebnis im Kanton gilt dabei als dessen Standesstimme. Damit es also zu einer Annahme kommt, werden 12 der 23 Ständestimmen (die Halbkantone haben je eine halbe Standesstimme) benötigt (vgl. Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Art. 142).

Am häufigsten wurde das Instrument des obligatorischen Verfassungsreferendums gebraucht. Hier liegt auch die höchste Annahemequote. Christmann führt dies auf die häufig unstrittigen

Fragen, die aufgrund der Gesetzeslage zur Abstimmung gebracht werden müssen, obwohl sie breite Zustimmung finden, zurück. Bei fakultativen Referenda liegt die Annahmequote etwa bei 50%, allerdings wird die Möglichkeit nur bei etwa 7 % der Gesetzesänderungen genutzt (vgl. Christmann 2009, S. 21). Die Volksinitiative dagegen ist weit seltener erfolgreich. Seit 1971 gab es 118 Volksinitiativen von denen nur 10 den nötigen Ja-Stimmen Anteil von 50% erreichen konnten (vgl. Schweizerische Bundeskanzlei 2010, S. 17).

Anna Christmann stellt in ihrem Buch „Wohin wirkt die direkte Demokratie?“ Überlegungen dazu an, welche Parteien Volksinitiativen und fakultative Referenda eher nutzen, welche Tendenzen in der Bevölkerung herrschen und nicht zuletzt, welche politische Richtung von diesen Instrumenten am meisten profitiert (Christmann 2009, S. 68 ff.). Christmann stellt verschiedene Studien zum Thema der direkten Demokratie in der Schweiz vor, die zunächst zu dem Schluss kommen, dass diese keine negative Auswirkungen auf Minderheiten haben. Dieser Schluss wäre nahe liegend, da bei derart vielfältigen Entscheidungsmöglichkeiten, die von einer Mehrheit im Volk getroffen werden können, nicht unbedingt anzunehmen ist, dass Minderheiten ohne Nachteile daraus hervorgehen. Christmann relativiert ihre erste Annahme jedoch und verweist auf eine Studie zum Thema Einbürgerung, die in der Schweiz auf Gemeindeebene geregelt wird. Verschiedene Gemeinden und Regionen haben unterschiedliche Methoden, um über Einbürgerungsanträge zu entscheiden: in Gemeindeversammlungen, an der Wahlurne, oder aber, es wird im lokalen Parlament entschieden (vgl. ebd.); Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass dort, wo die Bevölkerung nicht direkt über die Anträge entscheidet, die Annahmequote am höchsten ist. Die höchste Ablehnungsquote findet sich hingegen dort, wo an der Urne abgestimmt wird.

Christmann stellt daher die Frage, ob „das Volk allgemein rechts-konservativer ist als die Elite“ und sich Abstimmungen auch dementsprechend auswirken (Christmann 2009, S. 73). Im Falle der Abstimmung über die Volksinitiative zum Verbot von Minarettbauten kann dies angenommen werden, da das Parlament sich mit eindeutiger Mehrheit gegen eine derartige Maßnahme ausgesprochen hat. Dass sich direktdemokratische Elemente zugunsten rechts-konservativer Politik auswirken, kann dadurch natürlich nicht bewiesen werden. Allerdings ist die Feststellung einer dahingehenden Tendenz, zumindest im Schweizer Kontext, sehr wohl möglich.

Im Umfeld der Initiative gegen den Bau von Minaretten kam es zu viel Kritik an der direkten Demokratie an sich (vgl. Gross 2010a, S. 51) aber auch an der Tatsache, dass Forderungen, welche nicht im Einklang mit internationalem Recht sind, zu dem sich die Schweiz in zwischenstaatlichen Verträgen verpflichtet hat, überhaupt zur Abstimmung gebracht werden können. Hans Köchler fordert daher rechtliche Mechanismen zur Einschränkung der Abstimmungsmöglichkeiten, damit das Volk als Souverän „sich nicht selbst in eine derart missliche Lage bringt“ (Köchler 2010, S. 217). Einer solchen Forderung würde sich auch Karl Fluri anschließen, der jedoch zu bedenken gibt, „dass in einer direkten Demokratie auch rechtsstaatlich fragwürdige Entscheide letztlich nicht verhindert, sondern höchstens erschwert werden können“ (Fluri 2010, S. 251). Auf solche rechtliche Fragen, im konkreten Fall der Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten, wird im Folgenden näher eingegangen.

1.2.3. Die rechtliche Problematik

Eine Volksinitiative kann nur dann zu einer Abstimmung führen, wenn keine rechtlichen Widersprüche zu Grund- und Menschenrechten vorliegen. Im Fall der Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“ konnte diese erst zur Abstimmung vorgelegt werden, nachdem die bis heute strittige Frage geklärt wurde, ob ein Bauverbot gegen „zwingende Bestimmungen des Völkerrechts“ verstoßen würde (Stüssi 2008, S. 1). In einem solchen Fall müsste die Bundesversammlung eine Initiative für ungültig erklären und diese dürfte nicht zur Abstimmung gebracht werden.

„Zum traditionell zwingenden Völkerrecht gehören gemäss [sic!] dem Internationalen Gerichtshof das Gewaltverbot, das Völkermordverbot, das Verbot der Rassendiskriminierung, das Verbot von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Sklaverei-, und Piraterieverbot sowie der Grundsatz der Gleichheit der Staaten und der Selbstbestimmung.“ (ebd.)

Das diesbezüglich relevante Rechtsdokument ist der „Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ (United Nations Human Rights Committee 1976), ein völkerrechtlicher Vertrag, der auch von der Schweiz ratifiziert wurde. Inhaltlich bezieht sich dieser auf verschiedene menschenrechtliche Fragen und ist damit „das primäre Menschenrechtsinstrument der UNO“ (Stüssi 2008, S. 10).

Vor allem das Diskriminierungsverbot¹ und das Recht auf Religionsfreiheit² waren im Schweizer Fall von Bedeutung (United Nations Human Rights Committee 1976). Auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) finden sich dementsprechende Artikel. Die Schweizer Rechtslage ist in Bezug auf Religionsfreiheit weniger eindeutig, denn die eidgenössische Rechtssprechung divergiert etwas von jener des UNO Menschenrechtsausschusses und sieht lediglich Grundlegende Freiheiten als zwingend an:

„Nur der materielle Gehalt von Artikel 15 Absatz 4 der Bundesverfassung, der besagt, niemand dürfe gezwungen werden einer Religionsgemeinschaft beizutreten oder anzugehören, ist absolut. Darüber hinaus wird das fundamentale Recht, eine eigene Meinung zu ändern und eine religiöse Überzeugung anzunehmen, von der Lehre als unantastbar und deshalb uneinschränkbar gewertet.“ (Stüssi 2008, S. 3)

Zwei Fragen beschäftigten somit die Schweizer Bundesversammlung: Zum einen musste geklärt werden, ob zwingendes Völkerrecht mit einem Bauverbot von Minaretten verletzt würde, zum andern war zwischen innerstaatlichem Recht und Völkerrecht abzuwiegen. Marcel Stüssi kommt in seiner Analyse des Falles (die allerdings noch während der Begutachtung durch die Bundesversammlung im Jahr 2008 herausgegeben wurde) zu dem Schluss, dass aufgrund der Rechtslage eine Erklärung der Initiative als ungültig ebenso möglich wäre, wie eine Bestätigung der Selben. Stüssi ergänzt lediglich, dass eine „gute Rechtspraxis“ von diskriminierenden Maßnahmen möglichst abzusehen hat:

„Die Bundesversammlung muss die Minarettverbotsinitiative nicht zwingend für ungültig erklären. Es ist ihr jedoch nachdrücklich geboten, diese im höchsten Masse diskriminierende Gesetzesvorlage im Zusammenwirken mit dem Bundesrat zu verunmöglichen, will sie nicht riskieren, dass das Fundament, auf dem die prinzipiellen Säulen des Schweizer Verfassungsstaates bis anhin standhaft ruhten, beschädigt wird.“ (Stüssi 2008, S. 6)

Am 27. August 2008 wurde die Volksinitiative schließlich doch für zulässig erklärt, wofür die Bundesversammlung folgende Begründung angab:

„Eine entsprechende Prüfung insbesondere mit Blick auf unabänderliche

1 Art. 20, 2: „Any advocacy of national, racial or religious hatred that constitutes incitement to discrimination, hostility or violence shall be prohibited by law.“

2 Artikel 18, 1: „Everyone shall have the right to freedom of thought, conscience and religion. This right shall include freedom to have or to adopt a religion or belief of his choice, and freedom, either individually or in community with others and in public or private, to manifest his religion or belief in worship, observance, practice and teaching.“

Bestimmungen in den wichtigsten Menschenrechtspakten (EMRK, UNO-Pakt II³) zeigt, dass die Initiative kein zwingendes Völkerrecht verletzt und deshalb gültig ist. Die Initiative verstösst [sic!] allerdings klar gegen eine Reihe international garantierter Menschenrechte [...]. Der absolute und ausnahmslos formulierte Initiativtext lässt eine völkerrechtskonforme Auslegung kaum zu, sodass die Verfassungsbestimmung, sollte sie in Kraft treten, mit den genannten Menschenrechtspakten kollidieren würde. [...] Der Bundesrat beantragt, die Volksinitiative ‚Gegen den Bau von Minaretten‘ sei Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag mit Antrag auf Verwerfung zu unterbreiten.“ (Schweizer Bundesrat 2008, S. 3 ff.)

Nachdem die Initiative Erfolg hatte, befassen sich nun mehrere internationale Organisationen mit der Frage der Menschenrechtswidrigkeit eines Minarettbauverbotes. Das europäische Parlament verfasste im Mai 2010 innerhalb eines Papiers, das sich mit dem Islam in Europa beschäftigt, die Aufforderung an die Schweiz, das Verbot zum Bau von Minaretten mit sofortiger Wirkung aufzuheben, da es MuslimInnen diskriminiere (vgl. Europäisches Parlament, 2010). Beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gingen insgesamt sechs Rekurse ein, die sich mit der rechtskonformität des Bauverbots beschäftigen. Der erste dieser sechs Rekurse wurde im Mai angenommen (vgl. NZZ Online, 20. Mai 2010) und die Schweizer Regierung musste eine Stellungnahme dazu abgeben:

„In seiner Stellungnahme vom 15. September 2010 ersucht der Vertreter der Schweizer Regierung den EGMR, die beiden Beschwerden als unzulässig zu erklären. Er führt im Wesentlichen aus, dass die Beschwerdeführer nicht Opfer einer Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sind, da ihnen gegenüber kein Gesuch um den Bau eines Minaretts abgelehnt worden ist.“ (Eidgenössisches Justiz und Polizeidepartment 2010)

Die Schweizer Regierung argumentiert also damit, dass zunächst alle innerstaatlichen Gerichtsinstanzen durchlaufen werden müssen, bevor der EGMR Beschwerde eingelegt werden könne. Dies ist ein Hinweis auf die durchaus übliche Vorgangsweise, dass sich zunächst die eigenen Gerichte mit Fällen beschäftigen sollten. Allerdings verzögert dies eine Entscheidung auf Jahre hinaus. Der Ausgang dieses Rechtsstreits ist zum jetzigen Zeitpunkt daher nicht absehbar.

3 Anm.: UNO-Pakt II ist eine in der Schweiz gebräuchliche Bezeichnung für den so genannten „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“

1.3. Abstimmungsergebnis

Die detaillierten Ergebnisse der Abstimmung werden hier präsentiert. Anschließend werden diese aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und analysiert. Dabei soll das Hauptaugenmerk auf die Frage nach den Motivationen der SchweizerInnen in ihrer Abstimmungsentscheidung liegen. Zuletzt sollen ausgewählte Reaktionen internationaler Organisationen, anderer Staaten und verschiedener Medien auf das eindeutige Ja zum Verbot des Baus von Minaretten vorgestellt werden.

1.3.1. Ergebnisse

Bei der Abstimmung am 29. November 2010 wurden insgesamt 2 669 162 gültige Stimmen abgegeben. Bei einer Beteiligung von 53,4% der stimmberechtigten SchweizerInnen stimmten 57,5% für das Verbot des Baus von Minaretten und 42,5% dagegen (vgl. Bundesversammlung 2009). Das Ergebnis fiel damit wesentlich eindeutiger aus, als allgemein erwartet wurde (vgl. Schweizerisches Radio DRS, 29.11.2009).

In der nach Abstimmungen üblichen VOX-Analyse, die von verschiedenen Schweizer Universitäten durchgeführt wird um Details zu den Abstimmungsergebnissen zu erhalten, lassen sich deutliche Trends erkennen. Nach allen eidgenössischen Volksabstimmungen werden seit 1977 solche Analysen durchgeführt um Näheres zu den Entscheidungsmotiven der Stimmberechtigten zu erfahren (vgl. Universität Bern, 2010). In den Befragungen nach der Abstimmung war deutlich zu erkennen, dass die politische Richtung, zu der sich eine Person zugehörig fühlt, ausschlaggebend für ihre Abstimmungsentscheidung war. So stimmten Sympathisanten des linken Lagers zu 80% mit Nein, jene des rechten zu einem ebenso hohen Anteil mit Ja (vgl. Hirter und Vetter 2010, S. 2f.). Die politische Mitte, deren Verhalten in diesem Fall ausschlaggebend war, stimmte zu zwei Drittel für ein Verbot. Zwischen Männern und Frauen konnten keine wesentlichen Tendenzen ausgemacht werden, obwohl in den Tagen nach der Abstimmung von einer verstärkten Befürwortung durch Frauen in den Medien berichtet wurde. Sehr wohl ließen sich solche Tendenzen aber im Bildungsgrad der Befürworter ausmachen: „Wer als Bildungsabschluss eine Berufslehre vorweisen kann, stimmte zu 76% mit Ja. Wer eine höhere Berufsschule oder eine Hochschule besuchte, war nur zu 48% resp. 34% für das Minarettverbot.“ (Hirter und Vetter 2010, S. 2) Ein Gefälle war

auch zwischen städtischen und ländlichen Regionen, sowie zwischen verschiedenen Gebieten der Schweiz erkennbar. So war die Anzahl der Ja-Stimmen in ländlichen Regionen und in der deutschen Schweiz besonders hoch. Christen stimmten zu etwa 60 % mit Ja, während jene, die sich zu keiner Religion bekennen, das Minarettbauverbot mehrheitlich ablehnten.

Die Gründe, welche die Befragten für ihre Stimmentscheidung abgaben, variierten nur wenig.

„Bei den Entscheidungsmotiven der Befürworter wurde am häufigsten die Absicht genannt, ein Zeichen gegen die Ausbreitung des Islam [sic!] und des von ihm propagierten Gesellschaftsmodells zu setzen. Viele fügten denn auch an, dass Minarette nichts mit der Religionsausübung zu tun hätten. Etwa jeder sechste Befürworter begründete seinen Entscheid als Reaktion auf die Diskriminierung der christlichen Kirchen in islamisch geprägten Ländern. Konkrete Kritik an den in der Schweiz lebenden Muslimen gaben nur 15% der Ja-Stimmenden als Entscheidmotiv an.“ (ebd.)

Neinstimmen waren vor allem dadurch motiviert, dass die Betreffenden ein Minarettverbot als Widerspruch zu den Grundrechten sahen und ein Verbot als diskriminierend gegen eine Minderheit werteten.

1.3.2. Analysen der Ergebnisse

Nach der Verlautbarung der Abstimmungsergebnisse war die Aufregung in- und außerhalb der Schweiz groß. Umfragen hatten einen negativen Ausgang der Abstimmung prognostiziert. Warum das Ergebnis schließlich doch eindeutig positiv ausfiel, wurde heftig diskutiert. Daniel Vischer spricht von einem „Abstimmungsschock“ (vgl. Vischer 2010, S. 63), der Diskussionen auslöste, die vor der Entscheidung ausgeblieben waren.

Martin Baumann analysierte einige Tage nach der Abstimmung das Ergebnis und suchte nach Gründen für die unerwartete Zustimmung zum Bauverbot. Er sieht zuallererst die Ängste und die Frustration vieler konservativer SchweizerInnen als wesentlichen Faktor. Viele würden sich von „AusländerInnen“ bedroht fühlen und hätten daher ein Zeichen setzen wollen. Baumann zu Folge waren es vor allem ältere Menschen, BewohnerInnen ländlicher Gebiete und SchweizerInnen mit einem geringen Bildungsgrad, die sich für die Initiative aussprachen (vgl. Baumann 2009, S. 2 ff.).

Dem schließt sich Luc Recordon an. Aus den bereits vorgestellten Ergebnissen der VOX-Analyse schließt er, dass insbesondere jene SchweizerInnen mit Ja gestimmt haben, die wenig Berührungspunkte mit MuslimInnen haben. Die meisten MuslimInnen in der Schweiz leben in Städten und auch hier zu einem großen Teil nicht in der deutschen Schweiz (wo besonders häufig mit Ja gestimmt wurde) sondern in der Romandie. „Dort, wo Muslime mehr präsent sind, auch häufiger anzutreffen sind, waren die Angstreflexe und die Zurückweisung ihrer Lebensweise weniger ausgeprägt als dort, wo sie weniger sichtbar sind“ (Recordon 2010, S. 84). Als zweiten Grund führt Baumann die mangelnde Mobilisation der Gegner der Initiative an, die mit der Untätigkeit von liberalen und linken Parteien zusammenhänge. Sie seien sich zu sicher gewesen, dass die Initiative abgelehnt würde (vgl. Baumann 2009, S. 2 ff.).

Roger Blum und Marlis Prinzing sehen ein Versagen der Medien im Vordergrund. Das sogar in dreierlei Hinsicht: die Analysefunktion wurde nicht ausreichend wahrgenommen (so wurde etwa nur in geringem Ausmaß über mögliche wirtschaftliche und außenpolitische Folgen einer Zustimmung zur Volksinitiative berichtet); die Frühwarnfunktion, die Medien innehaben, wurde nicht genutzt, auch so genannte Leitmedien verabsäumten durch ihre Berichterstattung die Politik und andere Bereiche aufzuschrecken und Meinungsbildend tätig zu sein; Zuletzt schlussfolgern die AutorInnen, dass ein weiterer Fehler der Medien darin bestünde, dass sie nichts aus ihrem „Versagen“ gelernt hätten; (vgl. Blum und Prinzing 2010, S. 22f.)

Josef Lang greift in seiner Analyse des Ergebnisses einen anderen Aspekt auf, nämlich die Parallele zur ersten Volksinitiative, die 1893 in der Schweizer Bundesrepublik stattgefunden hatte und ein Schächtverbot forderte. Während die offizielle Begründung für die Einforderung eines Verbots sich auf den Tierschutz bezog, war das Verbot eindeutig gegen die jüdische Bevölkerung der Schweiz gerichtet (vgl. Lang 2010, S. 78f.). Auch in der Argumentation finden sich Parallelen. Lang zitiert die damaligen Parolen: „Die Juden leben unter uns und müssen sich fügen“ und erkennen, „dass wir in christlichen Landen leben und unsere Hausordnung selbst machen“ (Lang 2010, S. 79). Er sieht aber auch in den Hintergründen der jeweiligen Abstimmung Ähnlichkeiten: Bei der Volksinitiative zu einem Schächtverbot im Jahr 1893, wie bei der Anti-Minarett Initiative im Jahr 2009 sieht Lang eine „tiefe Verunsicherung des kollektiven Selbstverständnisses“ (Lang 2010, S. 80). Ende des 19. Jahrhunderts ging in der Schweiz ein rascher Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess vor sich, dem eine Urbanisierung folgte. Im Jahr 2009 sieht Lang Globalisierung,

Weltwirtschaftskrise und zunehmende Einwanderung als Gründe für eine derartige Verunsicherung (vgl. ebd.).

„Wie in den frühen 1890er Jahren suchten verunsicherte Bürger Halt in einem Feindbild. Wie damals, als Beispiele von wirklichen Konflikten zwischen Juden und Nichtjuden meist aus dem Ausland stammten, gibt auch heute der inländische Alltag selber wenig her für eine Dramatisierung der Beziehung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.“ (Lang 2010, S. 81)

Dass es trotz des Mangels an realen Konflikten innerhalb der Schweiz zu einer solchen Abstimmung und in Folge zu einem solchen Abstimmungsergebnis kommen kann, liege an den demokratischen Besonderheiten der Schweiz. Während in anderen Ländern solche Zeiten der Verunsicherung ausgesessen werden können, biete die Schweiz ihren BürgerInnen durch den hohen Partizipationsgrad auch Möglichkeiten zur Ausgrenzung von Minderheiten (vgl. ebd.).

Im Nachhinein kommt nun auch immer wieder Kritik an der Bundesversammlung auf, die die Volksinitiative für gültig erklärt und somit erst zugelassen hat (vgl. Brix 2010, S. 189f. und Gross 2010a, S. 49 bzw. Lang 2010, S. 82). In Folge des Abstimmungsergebnisses werden auch zahlreiche Stimmen laut, die eine Reform der Schweizer direkten Demokratie und damit Einschränkungen bei der Möglichkeit zur Zulassung von Volksabstimmungen fordern (vgl. z.B. Both 2010, S. 114 sowie Gross 2010b, S. 260 ff.). Hierbei wird argumentiert, dass es in vielen europäischen Ländern zu einem ähnlichen Abstimmungsergebnis kommen würde, wenn denn eine solche Einbindung des Volkes andernorts vorgesehen wäre. Die Ursache liege also nicht bei den SchweizerInnen, sondern viel eher in der Instrumentalisierung der direkten Demokratie zur Diskriminierung von Minderheiten.

„Wer die Grenzen der direkten Demokratie auf solche Weise vorführt, der schadet tatsächlich dem demokratischen Anliegen nach möglichst direkter und aktiver Partizipation der Bevölkerung an öffentlichen Angelegenheiten.“ (Brix 2010, S. 192)

Ein weiterer Weg, das Ergebnis zu deuten, besteht also darin, nicht nach Gründen für die Entscheidung der SchweizerInnen zu suchen, sondern viel eher zu argumentieren, dass ein solcher Ausgang vorprogrammiert ist, wenn eine Mehrheit über die Rechte einer Minderheit abstimmen kann. Diese Analysen zeigen mögliche Gründe für den Ausgang der Volksabstimmung auf, können aber wohl kaum ein vollständiges Bild zeichnen. Dass in der

Schweiz nun so heftig diskutiert und nach Begründungen gesucht wird, liegt nicht zuletzt daran, dass die Entscheidung der SchweizerInnen auch international hohe Wellen schlug.

1.3.3. Ausgewählte Reaktionen

Die internationalen Reaktionen auf das Abstimmungsergebnis der Volksinitiative vielen sehr unterschiedlich aus. Zahlreiche internationale Organisationen reagierten entrüstet darauf. Asma Jahangir, die Sonderberichterstatterin des UNO-Menschenrechtsrates, kritisierte das Verbot als Angriff auf die Religionsfreiheit: „I have deep concerns at the negative consequences that the outcome of the vote will have on the freedom of religion or belief of members of the Muslim community in Switzerland,” (UN News Centre, 30.11.2009)

Menschenrechtsorganisationen, wie etwa die Schweizer NGO humanrights.ch, sehen das Verbot als menschenrechtswidrig: „Diese Verfassungsbestimmung beschneidet die Grundrechte der muslimischen Glaubensgemeinschaft in der Schweiz in einer Weise, welche mit den Menschenrechten nicht zu vereinbaren ist.“ (humanrights.ch, 29.11.2009) Auch international aktive Organisationen, wie Amnesty International, die bereits im Vorfeld gegen die Initiative auftraten, sehen das Bauverbot von Minaretten als rechtswidrig an. „Ein vollständiges Verbot für den Bau von Minaretten ist eine Verletzung der Religionsfreiheit und unvereinbar mit den Konventionen, welche die Schweiz unterzeichnet hat.“ (Amnesty International 2009b) Ebenfalls verurteilend reagierten zahlreiche religiöse Institutionen, darunter verschiedene christliche Kirchen aus der Schweiz und anderen Ländern, muslimische und jüdische Verbände und andere Gemeinschaften (vgl. inforel.ch, 7.6.2010).

In vielen internationalen Medien wurde das Abstimmungsergebnis (im Gegensatz zur Kampagne im Vorfeld) ausführlich behandelt. So titelte das Time Magazine in seiner Online-Ausgabe „Minaret Ban Challenges Tolerant Swiss Image“ (TIME Magazine, 30.9.2009). Generell reagierten US-amerikanische Medien irritiert. „Für den amerikanischen politischen Diskurs ist ein Minarettverbot schlicht nicht mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar.“ (Winter 2010, S. 177) Während in Europa in vielen Ländern über die Frage berichtet wurde, ob auch andernorts eine solche Abstimmung möglich wäre (vgl. z.B. Spiegel ONLINE, 30.11.2009), waren die weltweiten Medienreaktionen eher von Unverständnis geprägt. Der arabische Nachrichtensender Al-Jazeera analysierte das Abstimmungsergebnis und verortete eine europäische Identitätskrise :

„The vote revealed that Switzerland, like a number of other Western nations, faces a deep identity crisis which has nothing to do with Islam, sharia, immigration or any other red-rags that were waived by the far-right to increase European fears of Muslims.“ (Al-Jazeera, 2.12.2009)

Wesentlich sind auch die politischen Reaktionen auf das Abstimmungsergebnis der Volksinitiative. Diese fielen sehr unterschiedlich aus. Von zahlreichen rechten europäischen Parteien war Beifall zu vernehmen (vgl. Welt Online, 30.11.2009). Der französische Präsident Nicolas Sarkozy äußerte sich ebenfalls positiv zum Bauverbot: „Anstatt das Schweizer Volk endgültig zu verurteilen, sollten wir auch verstehen, was es ausdrücken wollte und was so viele Völker in Europa fühlen, darunter das französische Volk.“ EuropäerInnen würden nicht wollen, „dass ihr Lebensrahmen, ihre Denkweise und ihre sozialen Beziehungen entstellt werden“ (NZZ Online, 8.12.2009).

Für besonderes Aufsehen sorgten die Reaktionen aus Ländern mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit. So nannte der türkische Staatspräsident Abdullah Gül das Abstimmungsergebnis „eine Schande für die Schweizer“ (Welt Online, 1.12.2009), der türkische Europaminister Egemen Bagis forderte MuslimInnen mit Schweizer Bankkonten dazu auf, ihr Vermögen in der Türkei anzulegen (vgl. ebd.). Das libysche Staatsoberhaupt Muammar al Gaddafi reagierte besonders aggressiv auf das Abstimmungsergebnis. „Der ungläubigen und abtrünnigen Schweiz, die die Häuser Allahs zerstört, muss mit allen Mitteln der Dschihad erklärt werden. [...] Lasst uns kämpfen gegen die Schweiz, den Zionismus und ausländische Aggression“ (Tagesschau.de, 25.2.2010) Diese Aussage ist nicht zuletzt deswegen brisant, da die diplomatischen Verbindungen zwischen Libyen und der Schweiz ohnehin seit längerem stark belastet sind. Alle diese Reaktionen stellen jedoch nur einen kleinen Ausschnitt dar, der lediglich ein Hinweis auf die große Bandbreite der internationalen Resonanz auf das Minarettbauverbot sein kann. Die Schweiz war nach der Abstimmung sowohl mit menschenrechtlicher Kritik als auch mit Aggression von verschiedenen Seiten konfrontiert. Die rechtlichen Folgen der Verfassungsänderung durch das Abstimmungsergebnis, also etwa Klagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, sind noch kaum absehbar. Es ist aber zu vermuten, dass die Schweiz durch das Abstimmungsergebnis vom 29.11.2009 langfristig gesehen wirtschaftlichen und außenpolitischen Schaden nehmen wird.

2. Islamophobie

Der Begriff Islamophobie scheint auf den ersten Blick nicht schwer einzuordnen. Augenblicklich kommen Assoziationen und Emotionen auf. Gerade aber weil dieser, wie viele andere Begriffe in der Konfliktforschung auch, nicht nur emotionsgeladen, sondern auch politisch hoch relevant ist, reicht es nicht, ihn ohne nähere Erläuterung für sich selbst sprechen zu lassen. Diese Arbeit, im speziellen die noch folgende Medienanalyse, arbeitet mit dem Begriff der Islamophobie als Schlüsselwort. Daher ist eine Bewusstmachung der verschiedenen Bedeutungen von Islamophobie, wie auch die Klärung strittiger Fragen um diesen Begriff, die zentrale Grundlage, um diesen wissenschaftlich gebrauchen zu können.

Der Begriff Islamophobie kann als Neologismus bezeichnet werden (vgl. El- Sehity 2009, S. 36) der sich aus Islam und dem griechischen Wortbestandteil „-phobie“ zusammensetzt, was soviel wie „(krankhafte) Furcht, Abneigung, [...] Überempfindlichkeitsreaktion“ bedeutet (Brockhaus 2006, S. 409). Ein Neologismus ist der Begriff nicht unbedingt deshalb, weil es sich um ein völlig neues Wort handelt, sondern weil sich Islamophobie als Begriff für ein spezifisch Neues, vor allem in letzter Zeit hoch relevantes Phänomen, zunächst im anglo-amerikanischen Raum durchsetzen konnte, aber auch im deutschsprachigen Raum immer mehr Verbreitung findet. Während der Gebrauch sich zunächst auf den wissenschaftlichen Diskurs beschränkte, findet Islamophobie mittlerweile auch Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch. Das Phänomen Islamophobie hat, vor allem im deutschen Sprachraum, auch andere Bezeichnungen, deren Geläufigkeit variiert, wie etwa Islamfeindlichkeit, Anti-Orientalismus, Anti-muslimischer Rassismus, Anti-Muslimismus oder neuer Kulturrassismus (vgl. Allen 2009b, S. 197). Für diese Arbeit stellt Islamophobie einen passenden Begriff dar, da er in der Literatur vorherrschend ist und im Gegensatz zu anderen Bezeichnungen für das selbe Phänomen diskutiert und weiterentwickelt wird.

Zunächst soll nun die Begriffsgeschichte analysiert werden. In einem zweiten Schritt soll eine Definition, die auch die Basis für die nachfolgende Diskursanalyse darstellt, gegeben werden. Die eigentliche Bedeutung des Begriffes soll in drei Abschnitten erläutert werden: Eine historische Betrachtung des Verhältnisses von „Orient“ und „Okzident“ kann heutige Argumentationsmuster in islamophoben Debatten historisch begründen. In einem kurzen

Vergleich der Phänomene Islamophobie und Antisemitismus sollen die Charakteristika des Phänomens weiter heraus gearbeitet werden. Zuletzt sollen aktuelle Diskurse eingebracht und auch auf die Situation in Österreich, in Bezug auf islamophobe Tendenzen in Politik und Medien, hingewiesen werden.

2.1. Entstehung des Begriffs

Der Ursprung des Begriffs in seinem heutigen Verständnis liegt vermutlich in Großbritannien. Dort wurde 1997 ein Report der Runnymede Trust (ein Think Tank, der sich mit den Möglichkeiten zur Gleichstellung ethnischer Minderheiten befasst) veröffentlicht, der sich unter dem Titel „Islamophobia - a Challenge for Us All“ mit der zunehmenden Häufigkeit von Anfeindungen und Ablehnung gegenüber dem Islam beschäftigt (vgl. Conway u.a. 1997). Mit dem Runnymede-Report fand der Begriff erstmals Eingang in Policy-Papiere der britischen Regierung und wurde somit gleichzeitig zum Politikum (vgl. Allen 2006). Die Veröffentlichung des Berichtes kann als ausschlaggebendes Moment für die weitreichende Verbreitung des Begriffs gesehen werden (auch deshalb, weil er eine erste Begriffsdefinition enthält).

Die ersten Erwähnungen des Begriffes fand jedoch vermutlich schon viel früher statt. 1925 sollen die Franzosen Etienne Dinet und Slima Ben Ibrahim in ihren Schriften über den Propheten Mohammed das Wort „islamophobe“ zwar verwendet, nicht aber in einem mit heute vergleichbaren Kontext gestellt haben (vgl. Allen 2009a, S. 14 f.). Nach Caroline Fourest und Fiammetta Venner soll der Begriff in der iranischen Konterrevolution 1979 Anwendung gefunden haben. Mullahs sollen ihn für Frauen verwendet haben, welche nicht bereit waren Kopftuch zu tragen, daher islamophob, also gegen den Islam, waren (vgl. Fourest und Venner 2003). Da in beiden Fällen, also sowohl in der Erwähnung durch Dinet und Ben Ibrahim, als auch im Umfeld der iranischen Revolution kein mit der heutigen Situation vergleichbarer Kontext gegeben war, kann ihr Einfluss auf den heutigen Begriff als zweitrangig verstanden werden. Trotzdem sei hier erwähnt, dass sich über diese frühen Nennungen des Begriffs Islamophobie eine wissenschaftliche Debatte entwickelt hat, die bis heute nicht zu einem Konsensdenken geführt hat (vgl. Allen 2009a, S. 15 bzw. Fourest und Venner 2003). In Großbritannien beansprucht zusätzlich eine Reihe von Menschen die Autorenschaft des Begriffs, wiederum anderen wird sie zugeschrieben obwohl sie diese

abstreiten. An dieser Stelle herrscht zum momentanen Zeitpunkt noch wenig Klarheit (vgl. Allen 2006, S. 69), daher soll hier auf diese Debatten nicht näher eingegangen werden.

Eine Nennung des Begriffs, die hingegen unbestritten ist, ist die laut „Oxford English Dictionary“ erste schriftliche Erwähnung in einer Ausgabe des amerikanischen Magazins „Insight“ aus dem Jahr 1991 (vgl. Allen 2009a, S. 15). Da Islamophobie im heutigen Verständnis trotzdem zunächst in Großbritannien gebräuchlich wurde, und erst dann Erwähnung in einem amerikanischen Magazin fand spricht Christopher Allen hierbei vom Beginn der Globalisierung des Begriffs. (vgl. Allen 2006, S. 70). Kurz darauf verwendet Tariq Modood den Begriff in einer Buchrezension, die in der britischen Zeitung „The Independent“ erscheint (vgl. Allen 2009b, S. 197). Schon 1993 gebraucht auch die Runnymede-Trust den Begriff in einem Bericht über Antisemitismus. Wie die zuvor genannten Erwähnungen des Begriffs, bietet auch dieser Bericht keine Erläuterung oder gar eine Definition von Islamophobie. Selbst als die UNO 2001 im Rahmen der Weltkonferenz gegen Rassismus, Diskriminierung, Xenophobie und damit zusammenhängender Intoleranz das Problem der Islamophobie aufgreift, fehlt jede Definition. Trotzdem kann die klare Anerkennung des Begriffs durch ein Organ der Vereinten Nationen als wichtiger Schritt in der Begriffsgeschichte gesehen werden.

„We recognize with deep concern the increase in Anti-Semitism and Islamophobia in various parts of the world, as well as the emergence of racial and violent movements based on racism and discriminatory ideas against Jewish, Muslim and Arab communities;“ (UNO Durban Declaration 2001)

Heute wird Islamophobie von zahlreichen Institutionen (etwa von der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, verschiedensten Forschungseinrichtungen und zahlreichen Menschenrechtsorganisationen) und einem Großteil der auf diesem Gebiet forschenden WissenschaftlerInnen gebraucht. Bevor auf die Frage der Begriffsbedeutung näher eingegangen wird, sollen kurz verschiedene Kritikpunkte behandelt werden.

2.1.1. Kritik am Begriff

Obwohl der Begriff Islamophobie weit verbreitet ist und intensive Verwendung findet, gibt es auch viel Kritik daran. Bei nahezu jeder Erwähnung des Begriffs in spezifischer Fachliteratur fügen die AutorInnen hinzu, dass Islamophobie als Begriff von vielen Seiten kritisiert wird. Zum einen wird die semantische Ungenauigkeit bemängelt. So suggeriere Islamophobie einen

einheitlichen Islam und eine homogene Kultur und durch das Wort „Phobie“ könne „institutionalisierte und strukturelle Diskriminierung auf die Ebene der psychischen Befindlichkeit reduziert“ werden (Markom und Weinhäupl 2009, S. 91). Zum anderen ist aber vor allem die missbräuchliche Verwendung in Form von politischer Instrumentalisierung ein Kritikpunkt. Bassam Tibi⁴ nennt den Begriff „eine Waffe der Muslimbrüder in einem Propagandakrieg des politischen Islam gegen Europa und den Westen“ (Tibi 2007, S. 10) Der Begriff steht also im Verdacht, von islamistischen Organisationen dazu genutzt zu werden, Kritik am Islam zu tabuisieren (vgl. Bielefeldt 2008, S. 22).

Ein anderes Beispiel für eine missbräuchliche Verwendung wäre etwa das umstrittene Projekt „Islamophobia Watch“, das sich zum Ziel gesetzt hat, Islamophobie in Europa zu dokumentieren. Dabei wird von den Gründern der Plattform selbst ein sehr kämpferischer Ton angeschlagen: „Islamophobia Watch has been founded with a determination not to allow the racist ideology of Western Imperialism to gain common currency in its demonisation of Islam.“ (Islamophobia Watch 2010) Es lassen sich viele Beispiele dafür finden, dass dieser Begriff missbräuchlich gebraucht wird. Das ist jedoch kein Grund vor einer Verwendung des Begriffes zurück zu schrecken, da es wohl kaum einen politisch relevanten Begriff gibt, der nicht auch missbräuchlich gebraucht wird.

„Die Feststellung, dass dies gerade im Falle der Islamophobie in massiver Form geschieht, sollte daher gewiss Anlass sein, sich vor problematischen Allianzen zu hüten und sich gegen Beifall von der falschen Seite zu verwahren. Einen zureichenden Grund dafür, den Begriff generell aus dem politisch verwendbaren Vokabular einer freiheitlichen Gesellschaft zu streichen, stellt die Beobachtung des Missbrauchs allein aber noch nicht dar.“ (Bielefeldt 2009, S. 185)

So muss in der Verwendung von Islamophobie auch die Kritik daran berücksichtigt werden. Gerade bei umstrittenen Begriffen ist eine kritische Haltung den einzelnen Quellen gegenüber essentiell.

Neben der Kritik am Begriff spannt sich eine weitere Debatte um die Frage, ob Islamophobie als Phänomen etwas völlig Neues ist, oder eine seit Jahrhunderten bestehende Anfeindung. Darauf soll im Folgenden eingegangen werden.

⁴ Es ist anzumerken, dass Bassam Tibi diese Aussage im Vorwort zu einem Buch von Udo Ulfkotte tätigt. Ulfkotte ist der Herausgeber einer der in Kapitel 2.3.3. behandelten, islamophoben Internetseiten (akte-islam.de) und muss daher kritisch gesehen werden.

2.1.2. Neuer Name – Alter Hass?

Obwohl viele Autoren Islamophobie als neues Phänomen betrachten, dass durch zunehmende Migration von MuslimInnen in westliche Länder, sowie die Terroranschläge von New York, London und Madrid und die daraufhin verstärkten Anfeindungen wesentliche Bedeutung für die heutige politische Situation in vielen Ländern Europas, aber auch in den USA erlangt hat, sehen andere das, was heute als Islamophobie bezeichnet wird, als neue Ausformung eines alten Hasses.

Verschiedene Konzepte kommen hierbei zu Tage. Beverly Milton-Edwards etwa sieht den Islam als eine immer wieder neuen Anfeindungen ausgesetzte Religion, die vor allem zu Zeiten historischer Krisen, von den Kreuzzügen bis zu den Anschlägen auf das World Trade Center, verstärkt auftreten (vgl. Milton-Edwards 2002, S. 33). Dilwar Hussein schließt sich dieser Meinung an und gibt weitere Beispiele für solche Krisen: das saudische Öl-Embargo, die iranische Revolution, die Affäre um Salman Rushdies „Satanische Verse“, die Golfkriege und natürlich den nach 9/11 ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ (vgl. Hussain 2004, S. 115); So werden vor allem politische Vorgänge und Terroranschläge dafür verantwortlich gemacht, Ressentiments zu schüren. Ziauddin Sardar beschreibt die Islamophobie als ein Phänomen mit langem Gedächtnis. Sie „gedeiht noch immer“ und „wird tief im historischen Bewusstsein aufbewahrt“ (Sardar 1995, S. 7 ff.) Somit sieht der Autor Islamophobie als die Wiederkehr eines altbekannten Phänomens und nicht als neue Entwicklung. Dem schließt sich auch André Gingrich an, der Islamophobie als eine Variante des Orientalismus nach Edward Said (auf den im Folgenden noch eingegangen wird) versteht (vgl. Gingrich 2008, S. 112). Ahmed Ezzeldin sieht Islamophobie als „eine ursprünglich von der Kirche ausgehende Strömung, die in längeren Epochen, besonders während der Kreuzzüge und der Reconquista, das Verhältnis Europas zum Vorderen Orient tiefgreifend und nachhaltig prägte und ein weitgehend mystifiziertes und dämonisiertes Islambild schuf“ welches gegenwärtig „eine instrumentalisierte Wiederbelebung“ erfahre (Ezzeldin 1994, S. 194).

Dennoch wird auf der anderen Seite argumentiert, dass zeitgenössische Islamophobie eine andere Qualität hat als vorangegangene Anfeindungen gegen MuslimInnen. Allen sagt klar: „Islamophobia in the contemporary setting is a new word for a new reality“ (Allen 2009b, S. 197). Auch Matti Bunzl plädiert dafür, dass Islamophobie ein neues Phänomen des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts ist, „angefeuert durch Geopolitik und nie da gewesene Bevölkerungsbewegungen, durch Millionen Muslime, die nach Europa kamen.“ (M. Bunzl

Wahr ist wohl von beiden Perspektiven etwas. Natürlich können aus Europa stammende anti-muslimische Tendenzen bis in die Entstehungszeit des Islams zurückverfolgt werden. Dabei waren es aber zunächst theologische Gründe, die zu Anfeindungen führten. Eine Abgrenzung durch das Verunglimpfen der islamischen Glaubensinhalte (vgl. Schmeisser 2008) hatte sicher zunächst den Sinn Konversionen zu stoppen und den eigenen Anspruch auf theologische Wahrheit zu sichern. Ein anderer Reibungspunkt waren über Jahrhunderte auch territoriale Machtansprüche. Da im heutigen Diskurs aber weder theologische, noch territoriale Aspekte von zentraler Bedeutung sind, und auch die Qualität der Anfeindungen eine gänzlich andere ist, soll Islamophobie im Rahmen dieser Arbeit als neues Phänomen betrachtet werden. Natürlich dürfen dabei historische Aspekte, insbesondere in der Aufdeckung von islamophoben Argumentationsmustern nicht außer Acht gelassen werden. Nachfolgend soll daher auch noch auf diese im Detail eingegangen werden. Zunächst wird hier aber der Versuch einer Begriffsdefinition angestellt.

2.2. Versuch einer Definition

Obwohl sowohl vor, als auch nach dem Runnymede Report von 1997 („Islamophobia - A Challenge for Us All“) Verschiedenstes zum Thema Islamophobie veröffentlicht wurde, stellt dieses Dokument eine richtungsweisende Publikation dar, da erstmals eine Definition des Begriffs gegeben wird. Diese Definition des Reports wird auch vielfach übernommen. Der Report beschäftigt sich aber nicht nur mit dem Phänomen Islamophobie an sich, sondern sucht nach Ursachen und Lösungen und hält die Ist-Zustände fest. Dafür wurde von Seiten der Runnymede Trust eine Kommission gegründet, die unter dem Namen „Commission on British Muslims and Islamophobia“ und unter der Leitung Gordon Conways, eines britischen Universitätsprofessors für internationale Entwicklung, verschiedene Gemeinden untersuchte und qualitative Interviews mit jungen MuslimInnen durchgeführt hat. Des Weiteren wurden verschiedenste Personen (Lehrer, Beamte, Journalisten, religiöse Würdenträger u. a.) um Vorschläge zum Umgang mit der Situation gebeten (vgl. Conway u.a. 1997). Die im Rahmen des Reports getätigte Definition des Begriffes, die bis heute auf breite Akzeptanz stößt und vielfach zitiert wird, wird bei Christopher Allen wie folgt übersetzt: Islamophobie ist „das Kürzel, um auf die Furcht vor dem Islam oder den Hass auf ihn – und folglich auf die Angst

vor allen oder den meisten Muslimen oder auf die Abneigung gegen sie zu verweisen.“ (Allen 2006, S. 71)

Es ist jedoch nicht diese Definition allein, die dem Report zu nachhaltiger Relevanz verholfen hat. Die AutorInnen nehmen nämlich auch eine Einteilung in „closed views“ und „open views“ auf den Islam vor. Selbst wenn die Typologie vielfältig kritisiert wurde und sicherlich vieles außer acht lässt, ist sie dennoch äußerst prägend für nachfolgende Diskurse und Theorien gewesen. Ein Großteil der Texte, die sich mit Islamophobie beschäftigen, erwähnen diese Einteilung oder beziehen sich auf sie.

Wie in der von der Runnymede Trust erstellten Grafik (Abb. 3) zu sehen ist, wird zwischen acht Themen Unterschieden.

Closed and open views of Islam		
Distinctions	Closed views of Islam	Open views of Islam
1. <i>Monolithic / diverse</i>	Islam seen as a single monolithic bloc, static and unresponsive to new realities.	Islam seen as diverse and progressive, with internal differences, debates and development.
2. <i>Separate / interacting</i>	Islam seen as separate and other – (a) not having any aims or values in common with other cultures (b) not affected by them (c) not influencing them.	Islam seen as interdependent with other faiths and cultures – (a) having certain shared values and aims (b) affected by them (c) enriching them.
3. <i>Inferior / different</i>	Islam seen as inferior to the West – barbaric, irrational, primitive, sexist.	Islam seen as distinctively different, but not deficient, and as equally worthy of respect.
4. <i>Enemy / partner</i>	Islam seen as violent, aggressive, threatening, supportive of terrorism, engaged in 'a clash of civilisations'.	Islam seen as an actual or potential partner in joint cooperative enterprises and in the solution of shared problems.
5. <i>Manipulative / sincere</i>	Islam seen as a political ideology, used for political or military advantage.	Islam seen as a genuine religious faith, practised sincerely by its adherents.
6. <i>Criticism of West rejected / considered</i>	Criticisms made by Islam of 'the West' rejected out of hand	Criticisms of 'the West' and other cultures are considered and debated.
7. <i>Discrimination defended / criticised</i>	Hostility towards Islam used to justify discriminatory practices towards Muslims and exclusion of Muslims from mainstream society.	Debates and disagreements with Islam do not diminish efforts to combat discrimination and exclusion.
8. <i>Islamophobia seen as natural / problematic</i>	Anti-Muslim hostility accepted as natural and 'normal'.	Critical views of Islam are themselves subjected to critique, lest they be inaccurate and unfair.

Abbildung 3: "Closed and open views of Islam"

Die „closed views“ auf diese acht Aspekte werden zusammen zur eigentlichen und nachhaltigen Definition von Islamophobie in dem Bericht der Kommission. Im Report wird

festgehalten, dass die „closed views“ einander bedingen und in einer Art Spirale häufig gemeinsam auftreten und sich dadurch verstärken. Sieht also jemand den Islam als in sich nicht ausdifferenzierte statische Einheit, ist es wahrscheinlich, dass der Islam auch als das radikal Andere, als unterlegen und als Feind betrachtet wird. Das impliziert dann zumeist auch, dass islamische Kritik am Westen als illegitim gesehen wird und eine islamophobe Einstellung und die Diskriminierung von MuslimInnen als normal betrachtet werden (vgl. Conway 1997, S. 5 ff.).

Ein weiteres Thema, das der Report anschnidet, sind die Bereiche des Alltags, in die die Folgen islamophober Einstellungen für MuslimInnen reichen. In ihren Untersuchungen konnte die Runnymede-Kommission feststellen, dass sich Islamophobie auf vier, sich überlappende und gegenseitig verstärkende, Bereiche im Leben der Betroffenen auswirkt: Vorurteile, Diskriminierung, Exklusion und Gewalt sind diese vier Faktoren die im Extremfall, wie in Abbildung 4 erkennbar, in alle Bereiche des Lebens reichen.

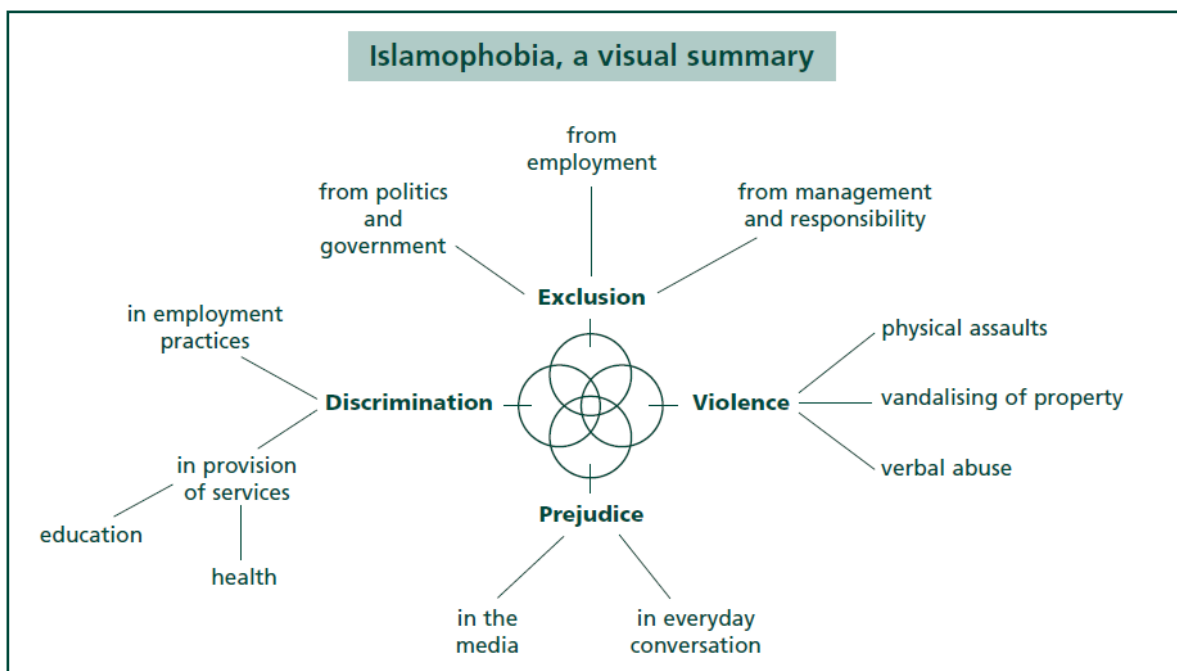


Abbildung 4: „Islamophobia, a visual Summary“

Nachdem die Bewusstseinsbildung für Islamophobie erst relativ spät, genauer gesagt erst ab der Veröffentlichung des Runnymede Reports begonnen hat, prägte Christopher Allen für diesen zwischen 1997 und 2007 stattgefundenen Prozess den Begriff der „ersten Dekade der Islamophobie“ (Allen 2009a).

Die Definition und das Islamophobie-Konzept des Runnymede Report wurde auch von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC)⁵ übernommen, die mehrere Berichte zur Thematik der Islamophobie verfasst hat (vgl. Bielefeldt 2009, S. 183). Für diese wurde eine Arbeitsdefinition des Begriffs hinzugezogen: Islamophobia is “a broad continuum of opinions and responses to Muslims and Islam, which are manifested as anything from negative stereotyping through to physical attacks on people and property.” (EUMC 2003, zitiert nach Schwarz 2003, S. 35)

Eine andere Definition findet sich bei Wilhelm Heitmeyer vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: Islamophobie ist für ihn und das Forscherteam, dass zur so genannten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ arbeitet, die „Ablehnung und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur und ihren politischen und religiösen Aktivitäten“ (Heitmeyer 2007, S. 17). Bei allen Definitionsversuchen muss klar sein, dass es sich bei Islamophobie nicht um ein statisches und einheitliches Phänomen handelt, wie auch der Islam an sich weder statisch noch einheitlich ist. Je nach Kontext sind die Gründe für Islamophobie, ebenso wie die Art und Weise in der sie sich äußert, unterschiedlich. Jana Kübel gibt zu bedenken, dass sich „Islamophobie beispielsweise kulturbezogen entwickeln, latent bestehen, historisch bedingt sein oder in anderen Ursachen ihren Ursprung finden“ kann, „wie zum Beispiel durch direkte Erfahrungen mit islamisch-fundamentalistischem Terrorismus oder als Teil gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Kübel 2009, S. 127). Dementsprechend unterschiedlich sind daher auch die Erscheinungsformen von Islamophobie.

Das Islamophobie aber jedenfalls Anfeindungen, Ressentiments und Ängste gegenüber MuslimInnen beinhaltet, streichen alle Definitionen heraus. Was offen bleibt ist eine Grenzziehung zwischen Kritik an islamischen Staaten, Aktivitäten von MuslimInnen, der muslimischen Glaubenspraxis und Provokationen, die durch die Meinungsfreiheit möglich sein müssen auf der einen Seite und einer pauschalen Ablehnung von Menschen die sich dem Islam zugehörig fühlen sowie einer diskriminierenden Haltung ihnen gegenüber auf der anderen Seite.

Bielefeldt fügt zu den gängigen Definitionsversuchen des Begriffes Islamophobie noch eine Unterscheidung hinzu: Ihm zu Folge ist es notwendig, zwischen religiöser Diskriminierung

⁵ 2007 wurde diese Stelle von der „European Union Agency for Fundamental Rights“ abgelöst.

und Islamophobie zu differenzieren. Ersteres richtet sich gegen den Einzelnen und bezieht sich auf ein individuelles Glaubensbekenntnis und die Glaubenspraxis. Islamophobie hingegen manifestiert sich in stigmatisierenden Zuschreibungen die aufgrund von Herkunft oder Gruppenzugehörigkeit stattfinden (vgl. Bielefeldt 2008, S. 23). Das bedeutet, dass sich Islamophobie auch auf Menschen beziehen kann, die gar keine MuslimInnen sind oder sich nicht als solche verstehen aber aufgrund anderer Faktoren mit dem Islam in Verbindung gebracht werden: „In einer solchen entindividualisierenden und depersonalisierenden Sichtweise besteht die Analogie zu rassistischen Stereotypen, in denen Menschen auf mehr oder weniger austauschbare Exemplare ihrer biologisch oder kulturell definierten „Herkunftsgruppe“ reduziert werden. Islamophobie wird deshalb gelegentlich auch als eine Variante von Kulturrassismus bezeichnet.“ (ebd.) Diese Feststellung Bielefeldts ist für ein genaueres Verständnis des Phänomens Islamophobie zentral. Es ist demnach nicht der Einzelne, der aufgrund seiner persönlichen Glaubensentscheidung angefeindet wird, sondern eine feindselige, diskriminierende und stereotypisierende Haltung gegenüber Menschen, die mit dem Islam in Verbindung gebracht werden. Gleichzeitig geht eine abschätzige Haltung der Religion des Islams gegenüber einher.

Eine ebenso wichtige Komponente in der Feindlichkeit dem Islam und MuslimInnen gegenüber ist Bunzl zufolge „die Frage nach der Zivilisation“ und der Gedanke, „dass der Islam eine Weltsicht mit sich bringt, die Grundsätzlich inkompatibel mit der westlichen Kultur und ihr unterlegen ist“ (M. Bunzl 2008, S. 61). Typische Beispiele dafür sind etwa die Verknüpfung von „dem Islam“ mit Aggressivität, religiösem Fanatismus und Terrorismus, aber auch mit einer gesellschaftlichen Rückständigkeit, die sich beispielsweise in der Unterdrückung von Frauen äußere (vgl. Markom und Weinhäupl 2009, S. 90).

Den Sonderstatus der Islamophobie streichen Miles und Brown heraus, in dem sie darauf hinweisen, dass dieses Phänomen sich sowohl von Rassismus als auch von feindlichen Haltungen gegenüber anderen Religionen dadurch unterscheidet, dass es zu einer spezifischen Verschmelzung von Rassismus, Religionsfeindlichkeit, politischer Ablehnung, und dem beschwören einer suggerierten Gefahr kommt. „When Muslims become a racialised group, an amalgam of nationality (‘Arab’ or ‘Pakistani’, for example), religion (Islam) and politics (extremism, fundamentalism, terrorism) is frequently produced in Orientalist, Islamophobic and racist discourses.“ (Brown und Miles 2003, S. 164) Dies sei bei anderen Phänomenen nicht der Fall, daher sei auch Islamophobie abgegrenzt zu betrachten. Dass es natürlich zu

Überschneidungen mit Xenophobie, Kulturrassismus (wie Bielefeldt festgehalten hat) und Ähnlichem kommt, ist unbestreitbar. Durch spezifische Argumentationsmuster ist Islamophobie aber wohl eher mit dem mittlerweile selbstständig betrachteten Phänomen des Antisemitismus vergleichbar, und nicht lediglich als eine rassistische Ausformung zu sehen.

Diese islamophoben Argumentationsmuster werden aber an anderer Stelle genauer betrachtet werden, da hier zunächst auf das für diese Arbeit grundlegende Begriffsverständnis von Islamophobie eingegangen werden soll.

Islamophobie wird in dieser Arbeit verstanden als *eine Ablehnung, Angst und Feindseligkeit gegenüber MuslimInnen und dem Islam. Dabei werden ein als statisch und monolithisch betrachteter Islam und seine AnhängerInnen, welche entindividualisiert und auf eine einheitliche „Herkunftsgruppe“ reduziert werden, als grundsätzlich inkompatibel mit einer „westlichen Kultur“, als Gefahr für diese und als dieser unterlegen verstanden.*

Diese Beschreibung (die zu ungenau ist, um von einer Definition zu sprechen), ist anwendungsorientiert abgefasst. Dass heißt, dass sie in der nachfolgenden Medienanalyse als ein Instrument zur Aufdeckung von Kollektivsymboliken (vgl. Jäger 2009) dienen soll. Die entscheidenden Aspekte hierfür sind aus verschiedenen, zuvor angeführten Definitionen entnommen und beinhalten die für diese Arbeit besonders relevanten Merkmale. Die Formulierung Islamophobie *als eine Ablehnung, Angst und Feindseligkeit gegenüber MuslimInnen und dem Islam* zu verstehen scheint eine grundlegend notwendige Feststellung zu sein, die jedoch noch einiger Verfeinerung bedarf, um tatsächlich im Rahmen von Untersuchungen anwendbar, also empirisch erfassbar zu sein.

Die dem Runnymede Trust-Report entnommene Idee, dass aus einer islamophoben Perspektive der Islam jedenfalls als *statisch und monolithisch* betrachtet wird, ist ein für die Analyse wichtiger Aspekt, da er relativ leicht überprüfbar ist. So kann über eine Aussage über den Islam eher festgestellt werden, dass sie dem Islam seine Vielfalt oder die Fähigkeit zur Veränderung abspricht, als das sie beispielsweise eine Angst dieser Religion gegenüber beinhaltet. Ein weiterer Aspekt, der in der Analyse konkret beobachtbar sein kann, ist die Reduktion der MuslimInnen auf eine einheitliche Gruppe, die Eigenschaften und Einstellungen teilen.

Von besonderer Relevanz in dieser anwendungsorientierten Beschreibung von Islamophobie

ist auch die (von Bunzl übernommene) Zuschreibung des Islams als *inkompatibel mit der „westlichen Kultur“ und dieser unterlegen*. Zusätzlich soll in der Medienanalyse die Einteilung des Reports der Runnymede Trust in „closed and open views“, sowie die anderen genannten Definitionen als Unterstützung bei der Einstufung islamophober Argumentation herangezogen werden.

2.3. Islamophobe Diskurse

Auf derartige, als islamophob zu verstehende Muster soll nun näher eingegangen und dabei zwischen drei Aspekten unterschieden werden. Zunächst ist es zentral, auf die historische Komponente der Konstruktion des Islams als Feindbild einzugehen. Diese historische Komponente ist gekennzeichnet von den geschichtlichen Berührungspunkten der islamischen und der christlichen Welt, dass heißt, vor allem durch die Vergangenheit vieler Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit als westliche Kolonien. Natürlich gab es hier auch andere, frühere Kontakte, diese weisen jedoch nicht die gleiche Relevanz für die Konstruktion des bis heute präsenten Islambildes auf. Weiters ist ein Vergleich mit antisemitischen Argumentationsmustern unvermeidlich. Es wurde bereits festgehalten, dass sich Islamophobie grundlegend von anderen Anfeindungen gegenüber Religionen unterscheidet. Was jedoch im Vergleich mit antisemitischen Äußerungen interessant ist, ist die Tatsache, dass sich Argumentationsmuster, Rhetorik und die Form, in der sich beide Phänomene äußern, stark ähneln. Zuletzt sollen aktuelle Diskurse betrachtet werden um die Relevanz der zuvor aufgezeigten Aspekte darin zu verdeutlichen.

Hier sollen einige Beispiele für bereits untersuchte Felder, in denen Islamophobie auftrat (oder weiterhin auftritt) aus dem österreichischen Kontext vorgestellt werden. Wissenschaftliche Arbeiten zum Thema Islamophobie werden zwar immer häufiger, dennoch ist das Auftreten von Islamophobie bei Weitem nicht so gut untersucht wie etwa verschiedene Formen des Antisemitismus oder die unterschiedlichsten Aspekte von Rassismus. Ausgewählte Beispiele für derartige Untersuchungen in einem islamophoben Kontext sollen die Vielfältigkeit dieses Phänomens, dass in verschiedensten Gesellschaftsbereichen zum Tragen kommt, verdeutlichen und von den hier erörterten theoretischen Annahmen über Islamophobie in die Praxis weiterleiten.

2.3.1. Historische Aspekte und Orientalismus

In der Beschäftigung mit Islamophobie ist die Auseinandersetzung mit konstruierten Kulturen zentral. Wenn in heutigen Debatten die Rede von der „abendländischen Kultur“ oder den „europäisch-christlichen Werten“, die das geographische Europa einen ist, so fehlt doch immer eine Erläuterung vom Verständnis dieser Begriffe. Dieses Fehlen kann schlicht durch die Nicht-Existenz dieser gemeinsamen Kultur und der einenden Werte erklärt werden. Dennoch scheint es etwas zutiefst menschliches zu sein, Fremdes und unbekanntes in Form des radikal „Anderen“ einem ebenso konstruierten „Eigenen“, einem „Wir“ gegenüber zu stellen (vgl. Attia 2009, S. 8).

Edward Said schrieb bereits 1978 in seinem Buch „Orientalism“ über die Konstruktion von Orient und Okzident. Said zufolge sind beide vordergründig geographischen Konzepte das Ergebnis eines Machtdiskurses (vgl. Said, 2009). Durch „Othering“, die Erschaffung eines „Anderen“ entsteht ein kulturelles Gegenbild, dass gleichzeitig zur Theorie der Unterwerfung und zur romantischen Verklärung herangezogen wird⁶ (vgl. Attia 2008, S. 11).

„Der Orient als Fremdes, Exotisches wird zur Projektionsfläche von Träumen, Bildern und Vokabular des Okzidents. Als Konkurrent hingegen verkörpert der Orient all jene Charakteristika, die im Okzident verachtet werden.“ (Abdallah 1998, S. 15) Saims Theorie bezieht sich auf die Konstruktion eines Orientbildes, die schon im Mittelalter begann, durch theologische Auseinandersetzungen weiter konkretisiert wurde und schließlich vor allem ab dem 18. Jahrhundert im Kontext der Kolonialisierung vorangetrieben wurde.⁷

Dies spielt insofern eine zentrale Rolle, als dass der Islam (oder der Orient als Synonym für eine islamische Gesellschaft) schon in der damaligen Konstruktion das zu bekämpfende Feindbild war. Der Orient wurde zum Ort der Primitivität, Gewalt und Übersexualisierung stilisiert, wodurch gleichermaßen eine Sehnsucht wie auch die christliche Überlegenheit ausgedrückt wurde. Zahlreiche Schriftsteller, Maler und Komponisten trugen dazu bei, dass sich dieses Bild verfestigen konnte. Gerade der patriarchale Charakter, der etwa schon in den

⁶ Anzumerken ist, dass sich Saims Thesen in erster Linie auf Großbritannien und Frankreich beziehen. Die Situation dieser Staaten, welche je auch durch ihre Geschichte als Kolonialmächte eine Verbindung zum „Orient“ haben, sind der Ausgangspunkt des Autors, wenn er von „Othering“ spricht.

⁷ Edward Saims Orientalismus-Thesen wurde viel entgegen gesetzt. Ein Beispiel wäre etwa der „Okzidentalismus“ des syrischen Philosophen Sadik J. Al-Azm, der dem von Said postulierten „Orientalismus“ einen ebenso konstruierten „Okzidentalismus“ von Seiten des Ostens entgegnet. (vgl. al-Azm 2000) Eine Unterscheidung ist jedoch dadurch zu treffen, dass nur der Orientalismus mit tatsächlichen politischen Aktionen verbunden war (vgl. Harrer 2009, S. 55).

Märchen aus 1001 Nacht zu finden ist, gilt auch in heutigen Diskursen als „Kernstück der islamischen ‚Kultur‘“ (Rommelspacher 2007, S. 245). Heutige islamophobe Diskurse versuchen klar ein solches Menschenbild, wie es in den Orientbildern des 19. Jahrhunderts zu finden ist, aufrecht zu erhalten. Iman Attia hält beispielsweise fest: „Analysen zum Orientalismus eröffnen [...] Einblicke in ‚den imaginären Orient‘, ‚den imaginären Westen‘ sowie die Beziehungen zwischen den als Gegenpolen konstruierten ‚Kulturen‘ und ‚Religionen‘ - und damit zu aktuellen Diskursen über und Praxen im Rahmen von ‚neuer Weltordnung‘, ‚islamischer Terrorismus‘, Moschee-, Kopftuch, und anderen Debatten.“ (vgl. Attia 2008, S. 56)

Diese historische Komponente ist auch heute noch wichtig für die Betrachtung des Phänomens Islamophobie. Gegenwärtige Diskurse lassen sich besser verstehen, wenn ein Bewusstsein um kulturelle Konstrukte vorhanden ist. Wenn Said vom „Othering“ spricht, lässt sich dies beispielsweise mit Bunzls „Frage nach der Zivilisation“ (siehe 2.2.) vergleichen. Bilder, die den historischen Orientdiskurs prägten, sind noch immer vorherrschend, da der Islam auch in heutigen Darstellungen noch häufig als aggressiv, gefährlich und patriarchal geschildert wird. Somit ist evident, dass die historische Dimension der Islamophobie für die aktuelle Auseinandersetzung hoch relevant sein muss. Hier liegt der Ursprung von vielen Klischees, Vorurteilen und Vorwürfen, unter denen MuslimInnen heute leiden. Andere Vorwürfe finden sich in der Anfeindung von JüdInnen. Dennoch ist auch die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus für ein Verständnis der Islamophobie zentral. Darauf soll im nächsten Abschnitt dieser Arbeit eingegangen werden.

2.3.2. Antisemitismus

Stellt man die Phänomene Antisemitismus und Islamophobie einander gegenüber, lassen sich auf den ersten Blick einige Parallelen finden. In beiden Fällen handelt es sich um die Diskriminierung von Minderheiten in einer Mehrheitsgesellschaft. Ebenso werden Angehörige beider diskriminierter Gruppen zumindest vordergründig durch ihre Religionszugehörigkeit zum Opfer von Anfeindungen. Dennoch argumentieren zahlreiche Autoren, dass zwischen den beiden Phänomenen keine voreiligen Parallelen gezogen, oder diese gar auf eine Stufe gestellt werden dürfen (vgl. M. Bunzl 2009, Frede-Wenge und Schmid 2006, Bielefeldt 2008 u.a.). Ohne dem Antisemitismus als Ursache für die jahrhundertelange Verfolgung von JüdInnen, die in der Shoah gipfelte, in irgendeiner Weise seine dramatische Einmaligkeit absprechen zu wollen, muss jedoch gesagt werden, dass es

erkennbare Ähnlichkeiten im derzeit so präsenten islamophoben Diskurs gibt.

Ezzedin betont die gemeinsamen Merkmale von Islamophobie und Antisemitismus (er nennt beides „Ideologien, die auf negativ wertenden Vorurteilen beruhen“) und betrachtet diese von einem historischen Standpunkt aus:

„Juden und Moslems waren jahrhundertlang in der europäischen Geschichte Gegenstand von Feindbildern, wobei die in der Natur der Sache liegenden Unterschiede zwischen den Juden als innerer und den Moslems (meist) als äußerer Feind psychologisch unterschiedliche Dimensionen des Feindbildes darstellen. Beide weisen den Juden bzw. Moslems feste Mentalitätseigenschaften zu, die als dem europäischen Kulturkreis fremd empfunden werden und selbst bei widersprechender Erfahrung resistent sind.“ (Ezzedin 1994, S. 183)

Auch die bereits im Kapitel 2.2. angesprochene Entindividualisierung ist eine Tendenz, die im Antisemitismus bereits sehr präsent ist. So wurden Juden nicht über ihr Glaubensbekenntnis zu Anhängern einer Religion, sondern per Geburt Teil der „jüdischen Rasse“ (vgl. Ezzedin 1994, S. 195). Wurde den Juden etwa eine Weltverschwörung vorgeworfen (vgl. z.B. Schmid und Frede-Wenger 2006, S. 95) ist in Bezug auf MuslimInnen nur allzu oft von Allmachtsansprüchen des Islams zu hören. Kay Sokolowsky spricht etwa davon, dass manche deutsche Medien „die Macht und den Einfluss islamischer Radikaler [...] wie ein globales Krebsgeschwür“ beschreiben würden (Sokolowsky 2009, S.62). Huntingtons populär gewordene These vom „Clash of Civilizations“ (Huntington 1996) wird dabei immer wieder als Argumentationshilfe herangezogen. Auch in der Rhetorik der heutigen islamophoben Debatten finden sich erschreckende Parallelen zum Antisemitismus: „Begriffskombinationen wie ‚Terror-Scheich‘ oder ‚Pumpgun-Moslem‘ erinnern an Wortschöpfungen aus dem Nationalsozialismus wie ‚Bühnen-Diktator‘ für Regisseur Max Reinhard oder ‚Relativitäts-Jude‘ für Albert Einstein.“ (Schiffer 2009, S. 361) Diese Wortneuschöpfungen, die in Tageszeitungen zu lesen waren, sind nur einige von vielen Beispielen.

Während die Liste solcher Parallelen endlos scheint, ist jedoch immer Vorsicht im Vergleich angebracht. Es ist weder richtig, die Schreckenstaten von Antisemiten im Laufe der Geschichte herunter zu spielen, indem man sie mit weniger ausgeprägten Anfeindungen gegen den Islam vergleicht, noch ist es akzeptabel, islamophobe Tendenzen zu bagatellisieren oder gar zu ignorieren. Während der Vergleich mit dem Antisemitismus von muslimischer Seite gesucht wird, um der Diskriminierung von MuslimInnen mehr Aufmerksamkeit zu

verschaffen, fürchten jüdische Vertreter, dass „die Einzigartigkeit der industriell durchgeführten Vernichtung der europäischen Juden“ dadurch bestritten werden könnte (Bielefeldt 2009, S. 185). Sonja Hegasy prägte für diese Debatte in einer Radiosendung des Deutschen Senders WDR3 den Begriff „Wettstreit der Opferdiskurse“ (zitiert nach Frede-Wenge und Schmid 2006, S.95). Um derartiges zu vermeiden, soll für diese Arbeit klar gestellt sein, dass Vergleiche von Islamophobie mit Antisemitismus einen solchen „Wettstreit“ nicht fördern sollen, sondern lediglich dazu dienen, das Phänomen Islamophobie besser zu charakterisieren. Weiters soll durch den Vergleich mit dem Antisemitismus auch die Brisanz von Islamophobie in der Gesellschaft betont werden. Während antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit sehr wohl als solche wahr genommen werden, sind islamophobe Statements nur allzu oft zu hören, ohne dass sie als solche benannt werden.

2.3.3. Aktuelle Diskurse

In diesem Punkt werden, wie bereits erläutert, einige Beispiele von gut untersuchten islamophoben Diskursen gegeben werden. Die Auswahl der vorgestellten Themen erfolgt nach keinem Muster, sondern soll lediglich einen Auszug aus der Vielzahl an untersuchten Feldern darstellen. Für jedes Beispiel wird eine konkrete Untersuchung herangezogen. Deren Ergebnisse sollen vorgestellt werden und einen praktischen Bezug zum bisher nur theoretisch betrachteten Phänomen Islamophobie schaffen.

Die Lektüre dieser und anderer Studien zum Thema Islamophobie verdeutlicht, wie allgegenwärtig, einflussreich und prägend dieses in diversen Alltagsdiskursen ist. So ist es zum Beispiel bemerkenswert, wenn die Darstellung des Islams in Schulbüchern aus dem Pflichtschulbereich eine gewalttätige Religion der Fanatiker präsentiert, oder eine Unzahl an Internetseiten, die sich dem Hass gegenüber MuslimInnen und dem Islam verschrieben haben, vollkommen unreguliert bleibt. Ebenso sind islamophobe Rhetorik und Argumentation im österreichischen Alltag, hier gezeigt am Beispiel eines Nachbarschaftskonfliktes, längst angekommen.

2.3.3.1. Islamophobie im Schulbuch (Heine und Pratl 2009)

Im Rahmen eines großen Projekts im deutschsprachigen Raum wurden in den 1980er Jahren damit begonnen, Schulbücher auf ihre Darstellung des Islams hin zu untersuchen. Diese von Abdoldjavad Falaturi, dem Leiter der islamischen Wissenschaftlichen Akademie in Köln, initiierte Untersuchung wurde später auch auf Österreich ausgeweitet. Im Rahmen dieses

Forschungsprojektes, das bewusst von nicht-muslimischen WissenschaftlerInnen (in Österreich übernahm die wissenschaftliche Leitung die evangelische Theologin Susanne Heine) durchgeführt wurde, wurden Schulbücher aus allen Fächern und Schulstufen analysiert. Für diese Arbeit sollen allerdings nur kurz die Ergebnisse aus der Untersuchung der Geschichtsbücher für 10- bis 14-jährige vorgestellt werden, da der Rahmen sonst gesprengt würde und diese Auswahl als besonders signifikant empfunden wurde.

Das Augenmerk in der Analyse wurde auf eine „sachgerechte Darstellung“ des Islams gelegt. Darunter verstehen die Autorinnen eine Einbindung des muslimischen Selbstverständnisses sowie eine historisch kritische Auseinandersetzung. Als besonders heikle Punkte haben sich im Laufe der Forschungstätigkeit Koranzitate, Vergleiche zwischen Christentum und Islam, sowie die einseitige, reduzierte und häufig homogene Darstellungen des Islams herauskristallisiert.

So wurden in mehreren Schulbüchern Koranzitate aus dem Kontext gerissen oder schlicht und einfach falsch zitiert. Als weitere Problematik stellten die Autorinnen fest, dass Gewalt gegen Andersgläubige und die Unterdrückung von Frauen als durch den Koran legitimierte Verhalten dargestellt werden. In der Studie wird etwa ein Schulbuch zitiert, dass unter der Überschrift „Der Koran – Das heilige Buch der Muslime“ folgendes Beispiel anführt: „Gleichberechtigung und der Koran: „Männer sind von Natur aus vor den Frauen ausgezeichnet und stehen über den Frauen.““ (zitiert nach Heine und Pratl 2009, S. 74) Dies unter der Überschrift „der Koran“ anzuführen stellt eine grobe Verkürzung dar und kann, im Vergleich mit anderen heiligen Schriften wie etwa der Bibel oder dem Tanach, nicht als Beispiel für die besondere Frauenfeindlichkeit gelten, da solche Aussagen dort ebenso zu finden sind.

In Vergleichen zwischen Christentum und Islam fand sich in vielen Schulbüchern eine Art Gegenüberstellung des friedlichen Christentums, in dessen Zentrum das Gebot der Nächstenliebe stehe mit dem kriegerischen Islam, der seinen Glauben mit „Feuer und Schwert“ verbreite. Christliche Gewaltakte gegen MuslimInnen, wie sie in den Kreuzzügen geschahen, würden häufig nicht als solche deklariert, sondern aus sehr einseitiger Perspektive geschildert. Ein Beispiel dafür wird aus dem Schulbuch „Durch die Vergangenheit zur Gegenwart 2“ zitiert. Hier wird „Heiliger Krieg“ als „Krieg im Dienste des Islam“ definiert, während dieser Begriff nicht in Verbindung mit christlichen Glaubenskriegen gebracht wird

(Heine und Pratl 2009, S. 71). In vielen Schulbüchern war es auch gar nicht der Text, der den Islam in ein falsches Licht rückte und somit die Aufmerksamkeit der Autorinnen weckte, sondern die Auswahl der Abbildungen. Während das Christentum selten durch Bilder von Gewalt oder Unterdrückung dargestellt wurde, fanden die Autorinnen mehrere Schulbücher in denen, in Bezug auf den Islam, Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Ähnliches abgebildet wurden. Generell konnten viele Beispiele gefunden werden, die den Islam als eine Religion der Menschenrechtsverletzungen darstellen.

Dazu mischt sich die falsche Verwendung, oder zumindest nicht ausreichende Erläuterung religiöser Begriffe, wie „Scharia“, wodurch nicht nur Verwirrung entstehen kann, sondern ganz klar falsche Schlüsse provoziert werden. In einem Schulbuch wird etwa Artikel 2 der UNO Menschenrechtskonvention zitiert und anschließend gefragt: „Gegen welche Stellen dieses Artikels verstößt die Scharia?“ (zitiert nach Heine und Pratl 2009, S. 75) Der Eindruck, der durch solch eine Frage (ohne vorhergehende Klärung des Begriffes Scharia und seiner Bedeutung) erweckt wird, muss als äußerst problematisch gesehen werden. Es kann nur der Schluss entstehen, dass die für manche Richtungen des Islams bedeutsame Scharia Menschenrechtsverletzungen vorsieht und diese somit religiös gebilligt werden.

In der geschichtlichen Auseinandersetzung mit dem Islam wird außerdem oft der Eindruck erweckt, dass sich „der Islam“ als statische Einheit, seit dem 7. Jahrhundert praktisch nicht verändert hat. Auch der Islam wird (verschieden stark ausgeprägt) als in sich geschlossen, einheitlich und unveränderlich dar gestellt. Dabei wird in vielen Fällen fast gänzlich auf die Darstellung muslimischer Lebenswelten verzichtet. Die angebliche Gewaltbereitschaft der MuslimInnen, welche immer wieder als durch den Koran legitimiert präsentiert wird, steht im Vordergrund.

Von einer ausgewogenen oder sachgerechten Darstellung kann auch in zahlreichen Büchern in den Kapiteln über die Entstehung des Islams keine Rede sein. Der Prophet Mohammed wird zum Beispiel als „Erfinder“ des Islams dargestellt, der aus einem Halbwissen über bereits bestehenden Traditionen heraus einen neuen Glauben zusammenflickt. (vgl. Heine und Pratl 2009, S. 82) Eines der untersuchten Bücher hält beispielsweise fest, dass sich das Christentum so rasch verbreitete, da viele von Jesus Botschaft fasziniert waren. Zur Ausbreitung des Islams hingegen wird gesagt: „Mohammeds Nachfolger – die Kalifen - eroberten bis 759 mit ihren schnellen Reiterheeren ein riesiges Reich [...]. Ein Volk nach dem anderen wurde vor die

Wahl gestellt: sich zu unterwerfen und Zwangsabgaben zu zahlen oder zu kämpfen.“ (zitiert nach Heine und Pratl 2009, S. 66).

Heine und Pratl schildern aber durchaus auch einige positive Beispiele dafür, wie mit dem Islam in Schulbüchern umgegangen wird. So heben sie etwa jene Bücher hervor, die Christentum und Islam nach den selben Kriterien behandeln. Dennoch waren die nicht „sachgerechten Darstellungen“ des Islams in der Mehrzahl.

Als Fazit der Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Untersuchung kann gesagt werden, dass nahezu alle in dieser Arbeit bereits erläuterten Merkmale von Islamophobie, also etwa die Rückständigkeit des Islams, eine monolithische Darstellung der Religion, die Verknüpfung des islamischen Glaubens mit Gewalt, Fundamentalismus und der Unterdrückung von Frauen auch in den untersuchten Schulbüchern gefunden werden konnten. Hinzu kommt ein häufig auftauchender Vergleich mit dem, als im Gegensatz zum Islam friedfertig und bereichernd dargestelltem Christentum. Die Erkenntnisse aus dieser Studie sind schon deswegen hoch relevant, da man davon ausgehen kann, dass alle österreichischen SchülerInnen mit diesen Büchern im Laufe ihrer Pflichtschulzeit in Kontakt kommen. Welches Bild also hier von Islam geprägt wird muss auch als entscheidend für eine Meinungsbildung im späteren Leben der SchülerInnen erachtet werden.

2.3.3.2. Islamophobie im Fallbeispiel „Kulturzentrum Dammstraße“ (Kübel 2009)

Jana Kübel untersuchte den Konflikt rund um den Ausbau eines Kulturzentrums des Vereins ATIB (Avusturya Türkiye Islam Birliği - Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich) im 20. Wiener Gemeindebezirk. ATIB wollte hier ein bereits bestehendes Kulturzentrum, das einen Gebetsraum, einen Speisesaal, einen Supermarkt und einige andere Einrichtungen aufweist, deutlich erweitern. Innerhalb kurzer Zeit wurde dieser „NachbarInnenschaftskonflikt“, wie Kübel ihn nennt, zum Politikum und erregte großes Aufsehen.

Kübel teilt die Entwicklung des Konfliktes in drei Ebenen: Zunächst wurde hauptsächlich infrastrukturell argumentiert, indem ein Zusammenschluss von AnrainerInnen Unterschriften gegen den Ausbau sammelte, da sie Lärm und Parkplatznot befürchteten. Diese erste Phase verlief ohne mediale Berichterstattung und die Einbindung politischer Parteien. Dies änderte

sich im Juli 2003 mit der Gründung der „BürgerInneninitiative Dammstraße“, welche von der FPÖ und der ÖVP finanziell und logistisch unterstützt wurde. Kübel nennt das den Beginn der xenophoben Argumentation, also der zweiten Ebene, da mit der politischen Einmischung auch die infrastrukturellen Argumente von einer Debatte über Integration in den Hintergrund gedrängt wurde. Der ÖVP-Bezirksvorsitzende Wolfgang Aigner sprach beispielsweise vom „DESIntegrationszentrum“ in dem es „nicht um Integration geht, sondern darum eine abgeschlossene Parallelwelt zu errichten, die für die Besucher jeglichen Kontakt zur einheimischen Bevölkerung überflüssig macht.“ (zitiert nach Kübel 2009, S. 130)

In einer öffentlichen Stellungnahme von Heinz-Christian Strache, dem Bundesobmann der FPÖ, war zu lesen, dass man Integration durch die „Förderung von Parallel- und Gegengesellschaften“ unmöglich mache (zitiert nach Kübel 2009, S. 130). Die dritte Ebene des Konfliktes bezeichnet die Autorin als „Ebene der islamfeindlichen Argumentation“. Ihren Beginn sieht Kübel mit einer Demonstration im 20. Wiener Gemeindebezirk im September 2007. Bei dieser Demonstration nahm Heinz-Christian Strache teil und brachte den Konflikt, durch seine Rolle als Bundespolitiker von einem „NachbarInnenschaftskonflikt“ auf bundespolitische Ebene. Durch die Teilnahme einiger (laut Kübel rechtsradikaler) Gruppen, die neben xenophoben und nationalistischen Plakaten und Äußerungen (etwa „Hier marschiert der nationale Widerstand“ oder „Ausländer raus“) auch durch konkret islamfeindliche Parolen auffielen, wurde die islamophobe Argumentation zum Bestandteil der Debatte. „Dammstraße - Ka Moschee war schee“, „SPÖ vertritt Muslime. Wer uns?“, „Dammstraße – Ka Moschee bleibt steh“ und „Wiener Islamisten regieren die Sozialisten“ (zitiert nach Kübel 2009, S. 130) sind nur einige Beispiele für die verwendeten Parolen.



Abbildung 5: Vermischung der Konfliktebenen: Demonstration Brigittenau, 14.5.2009

Diese und andere Sprüche zeigten klar, dass es vielen DemonstrantInnen nicht mehr hauptsächlich um Lärm oder Parkplatznot ging. Es kam zwar zu einer Vermischung der Argumentationsebenen, jedoch wurden ganz klar islamophobe Parolen in den Vordergrund gestellt. Die Rede vom Bau einer Moschee kann dabei als besonders irritierend gesehen werden, da eine solche ja nie geplant war.

Letztlich erhielt ATIB im März 2008 die Baugenehmigung für das (nochmals an AnreinerInnenwünsche angepasste) Kulturzentrum durch Stimmen von der SPÖ und den Grünen im zuständigen Bauausschuss. Funktionäre von FPÖ und ÖVP stimmten dagegen. Heinz-Christian Strache und Gerhard Haslinger (FPÖ) gaben an, gegen den Bau gestimmt zu haben, „weil die Islamisierung in unserer Stadt bereits überhand nimmt und diesem Treiben, zum Schutze der Bevölkerung, Einhalt geboten werden müsse“ (zitiert nach Kübel 2009, S. 132). Diese Aussage zeigt deutlich, dass die eigentliche Auseinandersetzung, die den Beginn des Konfliktes darstellte nur mehr am Rande Thema war.

Während AnrainerInnen deutlich sagten, dass es ihnen nicht um eine „Demonstration gegen den Islam“ (Die Presse, 14.5.2009) gehe, sondern sie lediglich Lärm und Verkehr fürchten würden, wurde diese Argumentationslinie immer mehr zum „Scheinargument“ um die eigentliche Debatte um „Integration und das Hineintreten von MuslimInnen in den öffentlichen Raum“ (Kübel 2009, S. 131). Bis heute gibt es Konflikte um den Ausbau des

Kulturzentrums. Eine weitere Demonstration fand beispielsweise im Mai 2009 statt (Abb. 5). Der Baubeginn verzögert sich immer noch, während auch an anderen Orten Wiens gegen Kulturzentren des ATIB demonstriert wird. (vgl. Die Presse, 2.6.2010)

Auch in der Argumentation in diesem Konflikt lassen sich bereits erläuterte islamophobe Muster erkennen. Saids „Othering“ lässt sich zum Beispiel in der Parole „SPÖ vertritt Muslime. Wer uns?“ klar finden. Die angebliche Unvereinbarkeit der „österreichischen Kultur“ mit „der Islamischen“ wurde von Seiten der Demonstranten ebenso deutlich gemacht. Die angebliche „Nicht-Integrierbarkeit von MuslimInnen“, die vor allem von Seiten der FPÖ geortet wurde, macht dies ebenso deutlich.

Diese Untersuchung um den Konflikt um den Ausbau eines Kulturzentrum des Vereins ATIB soll zeigen, dass Islamophobie meistens mit durchaus rationalen Äußerungen einher geht (etwa die infrastrukturelle Argumentation) zu der später Hassparolen hinzu kommen, was das Ziehen von Trennlinien und das Benennen islamophober Aussagen als solche erschwert. Dennoch ist die Identifizierung und Aufdeckung von Islamophobie notwendig. Besonders in der folgenden Medienanalyse dieser Arbeit werden solche Trennlinien gezogen werden müssen.

2.3.3.3. Islamophobie im Internet (Schiffer 2009)

Sabine Schiffer befasst sich in ihrer Untersuchung islamophober Internetseiten und Blogs mit einer Vielzahl von Quellen aus dem deutschsprachigen Raum. Der Großteil der Seiten wird von Deutschland aus betrieben. Da aber davon ausgegangen werden kann, dass ÖsterreicherInnen diese genauso nutzen und nationale Grenzen im Internet innerhalb eines einheitlichen Sprachraums kaum eine Rolle spielen, sind diese auch für Österreich relevant. Die Autorin hat einiger solcher Seiten mittels diskursanalytischer Verfahren auf islamophobe Inhalte untersucht und stellt in den Ergebnissen ihrer Untersuchung die verwendeten Argumentationsmuster vor.

Die Hintergründe der zahlreichen Seiten (Schiffer führt als Beispiele 75 Adressen an) sind sehr verschieden. Manche richten sich allein gegen den Islam, andere haben auch den Kapitalismus und den Kommunismus zum Feind, wieder andere sind gegen Klimaschutz und

die Partei Die Grünen gerichtet. Die meisten ordnen sich als „konservativ“ und „patriotisch“ ein. Oft haben die Seiten auch einen evangelikalen Hintergrund. Besonders interessant ist der Israelbezug der meisten Seiten. Ein Großteil der Blogs ist als proisraelisch deklariert, manche sind nahezu israhelverherrlichend. Dabei treten in den Anfeindungen gegen MuslimInnen auf solchen Internetseiten immer wieder Parallelen zur Argumentation im Antisemitismusdiskurs auf. So gibt es gegen MuslimInnen gerichtete Vorwürfe, die schon JüdInnen gemacht wurden. Schiffer führt hier als Beispiel die Fleischbesudelung an. Auch Proteste gegen Synagogenbau und die jetzige Debatte um Minarette wären der Autorin zufolge vergleichbar.

Eine klar zu erkennende Strategie der Seitenbetreiber ist die Umkehrung von Tatsachen. So wird behauptet die Gesellschaft an sich sei islamophil (obwohl Studien⁸ zeigen, dass ein Großteil der österreichischen wie auch der deutschen Bevölkerung MuslimInnen gegenüber eher skeptisch bis negativ eingestellt ist) und jene wenigen, die davon noch nicht verblendet sind (also etwa die Besucher und Erhalter der untersuchten Internetseiten), müssten gegen diese Verschwörung aufrütteln. „Man behauptet einfach das Gegenteil von dem, was ist, um daraus Schlussfolgerungen und eventuelle Forderungen abzuleiten, die in ihrer einfachen Logik bestechen - weil man damit die implizierte Prämisse kaum noch angreifen kann.“ (Schiffer 2009, S. 345) So wird auf einer Seite Islamophobie als „eine an Wahn grenzende Angst vor dem Islam [...], die aber heute vor allem unter Muslimen verbreitet sei“ definiert (zitiert nach Schiffer 2009, S. 346), was mit Bildern von Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Gruppen untermauert wird. Es wird immer wieder dazu aufgerufen „politisch inkorrekt“ zu sein, denn Political Correctness sei der Grund dafür, dass MuslimInnen nicht von der Mehrheit der Bevölkerung angegriffen würden. Dabei gibt es immer die Unterscheidung zwischen einem guten „Wir“ und einem bösen „Die“.

Die benutzte Sprache führt dieses Schema fort. Ironisierendes („Religion des Friedens“, „Unsere Mitbürger“, „junge Mitbürger aus dem Islamischen Kulturkreis“), Wortkompositionen („Moslem-Unruhen“, „Moslem-Bande“, „Integrationsversager“), der Gebrauch arabischer Begriffe („Dhimmi“ als Bezeichnung für jene, die sich freiwillig „dem Islam unterwerfen“), eine Entmenschlichung (die Bezeichnung als Parasiten, Schädlinge oder Heuschreckenreligion) und Kriminalisierung (die Charakterisierung als kriminell, und lüstern) sind dabei gängige Muster. Das Menschenbild, dass dadurch geschaffen wird, muss als bedenklich gesehen werden, Schiffer stuft es als faschistisch ein.

⁸ Etwa die europäische Wertestudie (Friesl u. a. 2009)

Auch auf eine angebliche Gefahr, die von MuslimInnen ausgehe, wird stets hingewiesen. Eine der untersuchten Seiten bewirbt etwa ein Buch, dass eine Landkarte Deutschlands enthält, auf der jene Gebiete des Landes eingezeichnet sind, in denen ein Bürgerkrieg mit MuslimInnen ausbrechen wird. Hier wird ausdrücklich gesagt, man solle sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen (vgl. Akte Islam 2010). Generell sind Verschwörungstheorien aller Art weit verbreitet, was wiederum eine Parallele zum Antisemitismus ist. Und auch die vorgeschlagenen „Gegenmaßnahmen“ lassen aufhorchen. Auf einigen Webseiten finden sich Vorschläge für eine „Entislamifizierung“. Ein Beispiel für ein derartiges Posting soll die Radikalität der getätigten Aussagen verdeutlichen:

Als Reaktion auf den Vorschlag eines Users „die Moslembrot zu kastrieren“ und dann abzuschicken findet sich unter anderem folgende Antwort:

„...also, mir würde eine Entislamifizierung, d.h. eine dementsprechende Gehirnwäsche (oder - bei hartnäckigen Fällen - die operative Entfernung der für religiöse Empfindungen zuständigen Hirnareale, wo der ganze Kloran-Scheiß gespeichert ist) + Abschiebung reichen.“ („OnkelAllah“, 14.6.2006 im Forum von islam-deutschland.info)

Hier zeigt sich deutlich, dass es nicht um harmloses Geschwätz, dass nicht weiter ernst genommen werden muss geht, sondern der Grad des islamophoben Hasses ein gefährliches Ausmaß angenommen hat. Radikaler und aggressiver als in allen weniger anonymen Medien wird im Internet gegen MuslimInnen gehetzt. Und das zumeist nach mit dem Antisemitismus vergleichbaren Mustern.

Diese Untersuchung zeigt eindeutig radikalere Formen von Islamophobie als die beiden anderen Fallstudien. Mit Sicherheit kann die Anonymität des Internets als Mitgrund dafür gesehen werden. Hier findet sich jede noch so extreme Ausformung von Hassparolen. Die Ergebnisse der folgenden Medienanalyse werden mit hoher Wahrscheinlichkeit weniger extrem ausfallen. Dennoch ist die Betrachtung von Extremfällen hilfreich, um das Bild von Islamophobie, dass in diesem Kapitel gezeichnet wurde, zu vervollständigen.

3. Die Kritische Diskursanalyse der Duisburger Schule

Die Kritische Diskursanalyse der Duisburger Schule (KDA) ist die in der nachfolgenden Medienanalyse genutzte Methode. Dieses Kapitel soll eine allgemeine Einführung in diese Methode darstellen und ihre theoretische Basis zu Grunde legen. Indem verschiedene Stimmen zu Wort kommen, die die Anwendbarkeit und erzielbaren Ergebnisse dieser Methode beurteilen, sollen Möglichkeiten und Grenzen der KDA festgemacht werden. Ein weiterer Punkt dient der Besprechung der Vorgangsweise in der KDA. Zuletzt soll ein Exkurs zur Analyse von Bildern erfolgen. Diese nicht textgebundene Methode soll ebenfalls zur Anwendung kommen, da etwa Fotos in Printmedien eine große Wirkung auf die eigentliche Textaussage haben können.

3.1. Überblick über die KDA und ihren theoretischen Hintergrund

In der Nachfolge Michel Foucaults bildeten sich in den letzten Jahrzehnten zahlreiche diskursanalytische Methoden heraus. Die Kritische Diskursanalyse ist eine davon, die nicht zuletzt auf Betreiben des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialwissenschaften, dass sich diesem diskursanalytischen Ansatz verschrieben hat und rund um die Schwerpunkte Rassismus, Einwanderung, soziale Ausgrenzung und die politische Rechte forscht, in einer Vielzahl von Forschungsprojekten zur Anwendung gekommen ist.

3.1.1. Was ist die KDA?

Die kritische Diskursanalyse versteht sich als ein Verfahren zur Analyse von Diskursen und als „Beitrag zur kulturwissenschaftlichen Methodologie“ (Jäger S. 2009, S. 12). Sie stellt eine Form der (Sprach- und) Textanalyse dar, für deren Entwicklung sich insbesondere der deutsche Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger und mit ihm das bereits erwähnte Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung verantwortlich zeigen. Ausgehend davon, dass einzelne Subjekte von einer Vielzahl von Diskursen umgeben sind und durch diese, in ihrem Wissen, ihren Meinungen und ihrem Handeln geprägt, ja an sich überhaupt erst konstruiert

werden, versucht die KDA Diskursstränge⁹ zu erfassen.

Mit der Erfassung können verdeckte Strukturen sichtbar gemacht werden (vgl. Jäger 2009, S. 25). Jäger geht es dabei „letzten Endes um die Entwicklung eines integrierten theoretischen und methodologischen kulturwissenschaftlichen Ansatzes für Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsanalyse“ (Jäger S. 2009, S. 25). Wenn also Diskurse analysiert werden, soll dies gleichermaßen eine Analyse der Gesellschaft, in der diese Diskurse passieren, sein. Dies ist der notwendige Rückschluss, wenn man davon ausgeht, dass Diskurse Gesellschaft konstruieren: Diskursanalyse wird zur Gesellschaftsanalyse.

3.1.2. Die theoretischen Grundlagen

Die theoretischen Grundlagen der KDA finden sich vor allem im Diskursbegriff Foucaults und dessen Rezeption bei Jürgen Link, in verschiedenen Aspekten der Soziolinguistik und Ansätzen der qualitativen Sozialforschung. Sie ist also als Methode auch transdisziplinär zu verstehen, da sie die traditionellen Grenzen der Textlinguistik in Richtung sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse bewegt und umgekehrt (vgl. Jäger und Jäger 2007, S. 17f.). Diese verschiedenen Einflüsse sollen hier vorgestellt werden, um einen Überblick über den Ansatz der KDA zu geben.

Als Michel Foucault in den 1960er Jahren begann von Diskursanalyse zu sprechen, markierte das den Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung in der Sozialwissenschaft, die bis heute zu einer Vielzahl diskursanalytischer Ansätze geführt hat. Michel Foucaults Überlegungen zu Diskurs und Diskursanalyse sind weitreichend und können hier nicht annähernd in ihrer ganzen Bandbreite wiedergegeben werden. Eine Erwähnung Foucaults ist aber unumgänglich, da auch in der KDA seine Theorien von zentraler Bedeutung sind.

„Die Wahrheit ist von dieser Welt; in dieser Welt wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert, verfügt sie über geregelte Machtwirkungen. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‚allgemeine Politik‘ der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht.“ (Foucault 1978, S. 51)

⁹ Die Begriffe „Diskurs“ und „Diskursstrang“ sollen hier zunächst gemäß einem allgemeinen Verständnis verwendet werden und nachfolgend genauer erläutert werden.

Diese Aussage Foucaults sagt gleichzeitig viel über sein Diskursverständnis aus. Wahrheiten sind akzeptierte Diskurse. Einigen ist es möglich darüber zu befinden, was wahr ist; wahr wird, was als Diskurs akzeptiert wird. Somit wird Wahrheit und damit die für wahr genommene Welt durch Diskurse konstruiert. Wer wie viel zur Konstruktion von Diskursen und somit Wahrheiten beiträgt, hängt davon ab, wer wie viel Macht über Diskurse hat. Siegfried Jäger rezipiert Foucaults Diskursverständnis so:

„Diskurse sind soziale Wissensvorräte, die sich die Menschen erarbeitet haben und die von Menschen zu Menschen, von Generation zu Generation und im Austausch zwischen den Kulturen weitergegeben und auf Grund neuer Kämpfe untereinander und neuer Lern- und Arbeitsprozesse verändert werden und auf deren Basis Wirklichkeiten selbst verändert werden. Das heißt zugleich: An den Diskursen stricken alle mit, allerdings mit mehr oder minder großem Einfluss. Und das heißt auch: Die Subjekte werden durch die Diskurse konstituiert, insofern als ihr Wissen und Fühlen, ihr Selbstverständnis und ihre Vorstellung eigener Identität durch sie (mit-)bestimmt ist.“
(Jäger S. 2008, S. 331)

Obwohl ein Großteil von Foucaults Werk sich mit Fragen des Diskurses (und den damit verknüpften Begriffen wie Macht, Wahrheit und Denken) beschäftigt und er auch die Diskursanalyse begründete, hat der französische Philosoph keine explizite diskursanalytische Methodik dazu entwickelt (vgl. Jäger und Jäger 2007, S.17). Außerdem konzentriert sich Foucaults diskurstheoretische Arbeit auf wissenschaftliche Diskurse. Die KDA ist insofern in der Tradition Foucaults zu sehen, als dass sie sein Verständnis von der Ordnung des Diskurses übernimmt und einarbeitet. Die KDA unterscheidet sich in ihrem Ansatz von Foucaults Überlegungen aber dadurch, dass sie ein umfassendes Analyseinstrument darstellen will und zwar für die verschiedenen Diskurse aller diskursiver Ebenen (vgl. ebd.). Dem liegt, mit Foucaults Theorien, ein Verständnis von Diskurs zu Grunde, dass diesen nicht als Repräsentant der Wirklichkeit auffasst, sondern als tatsächlichen Konstrukteur der gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. Jäger S. 2009, S. 23).

Die Entwicklung einer diskursanalytischen Methodik aus dem Kontext der Linguistik heraus, wie auch die Tatsache, dass es sich bei Siegfried Jäger und auch bei Jürgen Link, bei dem Jäger zahlreiche Anleihen nimmt, um Sprachwissenschaftler handelt, kommt nicht von

ungefähr. So stellen sprachliche Äußerungen in jeder Form die Grundlage für einen Diskurs dar. Das Verhältnis von Sprache und Diskurs ist für Foucault die Beziehung zwischen Konstruktionsinstanz und Konstrukteur.

Daher „bildet eine Sprache stets ein System für mögliche Aussagen: es ist eine endliche Menge von von Regeln, die eine unendliche Zahl von Performanzen gestattet. Das Feld der diskursiven Ereignisse dagegen ist die stets endliche und zur Zeit begrenzte Menge von allein linguistischen Sequenzen, die formuliert worden sind; sie können durchaus zahllos sein, sie können durch ihre Masse jegliche Aufnahme-, Gedächtnis- und Lesekapazität übersteigen: sie konstruieren dennoch eine endliche Menge.“ (Foucault 2008, S. 501)

Eine (theoretisch) vollständige Erfassung dieser endlichen Menge soll durch die KDA ermöglicht werden. Dafür zeigt die KDA einen Weg auf, der es ermöglicht vom einzelnen Text (Diskursfragment) zum gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu gelangen (vgl. Jäger S. 2009, S. 25). Diskurse äußern sich freilich nicht nur in Wort und Schrift, auch Bilder, Symbole, Zahlen etc. sind Teil der Diskurse, allerdings können Text und Rede als Hauptquellen gesehen werden. Foucault sieht als Einheiten des Diskurses Aussagen.

„Der Begriff Aussage [Anm. bei Foucault] meint nicht die linguistische Einheit des Satzes, auch nicht die logische des Arguments, sondern er bezieht sich ganz allein auf das Erscheinen bestimmter Sätze in einer bestimmten Zeit und in ihrer bestimmten Macht.“ (Ruffig 2008, S. 53)

Bei jeglicher Beschreibung eines diskursiven Ereignisses steht die Frage im Mittelpunkt „wie kommt es, daß [sic!] eine bestimmte Aussage erschienen ist und keine andere an ihrer Stelle?“ (Foucault 2008, S. 501) Es ist also möglich, den Diskurs für vorläufige Analysen auf einzelne Aussagen herunter zu brechen.

Siegfried Jäger beschreibt die Intention der KDA so: „Es geht mir, anders ausgedrückt, durchaus darum, [...] Prozesse der Sinnbildung auf Feldern zu studieren, die traditionell von der geisteswissenschaftlichen Hermeneutik besetzt waren.“ (Jäger S. 2009, S. 12) Dies erfordert wiederum eine Auseinandersetzung mit Methoden und Vorschlägen anderer Disziplinen, wie etwa der Soziolinguistik (die den Schritt von der traditionellen Linguistik hin zu einem Ansatz, welcher die gegenseitige Beeinflussung von Gesellschaft und Sprache zum Thema hat) und der Qualitativen Sozialforschung (vgl. ebd.). Siegfried Jäger verteidigt seinen

Ansatz, in dem er aus den genannten Methoden zwar einiges übernimmt, diese aber auch ausführlich kritisiert.

Die „Soziolinguistik, der es dem eigenen Anspruch nach um die Erkenntnis des Verhältnisses von Sprache bzw. Sprechfähigkeit geht“, hat Siegfried Jäger zufolge den der Theorie innewohnenden Fehler, dass Produkte der Sprache „niemals als Ausdruck des Gesellschaftlichen erkannt werden hätten“ können (Jäger S. 2009, S. 51). Er wirft der Soziolinguistik somit vor, „nutzlos und unkritisch“ (ebd.) zu sein. Diesem Mangel der Soziolinguistik will er die KDA entgegensetzen.

Auch verschiedene Ansätze der qualitativen Sozialforschung kritisiert der Autor, da für gewöhnlich Analysen „der Metaphorik und der verwendeten Kollektivsymbolik, der Pronominalstruktur des Textes, der Argumentationsstruktur etc.“ nicht vorgenommen werden (Jäger S. 2009, S. 76) Die KDA soll also, ihrem Begründer zufolge, gerade diese Schwächen nicht aufweisen.

3.1.3. Der Vergleich mit anderen Diskursanalytischen Ansätzen

Die Kritische Diskursanalyse der Duisburger Schule ist keineswegs der einzige diskursanalytische Ansatz. Viele AutorInnen haben versucht, Methoden in diesem Bereich zu entwickeln, die sich nicht nur in ihrer Anwendung, sondern auch in ihrem Diskursverständnis stark unterscheiden. Einige Beispiele (in einer Einteilung von Johannes Angermüller¹⁰) sollen dies erörtern.

Wissenssoziologische Diskursanalyse

Als einer der wichtigsten Vertreter dieser diskursanalytischen Strömung kann Rainer Keller gesehen werden. Dieser versteht Diskursanalyse als ein „Instrument, mit dem sich intersubjektiv geteiltes Wissen rekonstruieren lässt, und zwar insbesondere mit Blick auf gesamtgesellschaftlich relevante Debatten, wie massenmediale Kontroversen über Ökologie oder das Ende des Nationalsozialismus.“ (Angermüller 2005, S. 29). Diskurspositionen sollen dabei geortet werden. Ein Kritikpunkt Johannes Angermüllers ist die Negierung des Subjekts

¹⁰ Angermüller gibt in seinem Essay „Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse in Deutschland“ eine Einteilung diskursanalytischer Strömungen, die hier angeführt werden soll um das breite Spektrum der verfügbaren Theorien zu verdeutlichen. Dies stellt aber weder eine vollständige Aufzählung, noch eine definitive Strukturierung der diskursanalytischen Ansätze dar.

als sprechender Akteur und die dazu konträre Betrachtung des Individuums als ein rein verstehendes (vgl. Angermüller 2005, S. 30). Methodisch lehnt sich die wissensoziologische Diskursanalyse mit hermeneutischen Methoden, offenen Kodierungsstrategien, Sequenzanalysen und Fallstrukturanalytik an die qualitative Sozialforschung an (vgl. ebd.).

Strukturelle Diskursanalyse

In diesem Ansatz wird zwischen der temporisierten und der differenziellen Strukturanalyse unterschieden. Beide bauen auf das System der strukturalen Linguistik¹¹. Die differenzielle Strukturanalyse stellt den Versuch an, soziale Zusammenhänge und die damit verbundenen Symboliken systematisch zu analysieren (vgl. Angermüller 2005, S. 31). Ein bedeutender Vertreter aus dem deutschsprachigen Raum ist Rainer Diaz-Bone. Dieser strebt „ein Tableau an, das die distinktiven Elemente des Diskurses durch deren wechselseitige Beziehungen definiert“ (ebd.). Dabei tendiert die strukturelle Diskursanalyse eher in Richtung einer Sozialstrukturanalyse, als strikt auf den Spuren der strukturalen Linguistik zu verbleiben. Kritik wird hier vor allem an der Perspektive, aus der Diskurse betrachtet werden geübt, da mit einer räumlichen Darstellung der selben (z.B. in Form von „Tableaus“) eigentlich angenommen wird, man könnte außerhalb des Diskurses stehen (vgl. Angermüller 2005, S. 32).

Die temporisierende Strukturanalyse versteht Diskurs als eine Art „sozialen Text“, der mittels der Analyse von Beziehungen zwischen Bedeutungsinhalten erfasst werden soll. Hier stellt sich allerdings die Frage, wie ein so rigoroser Zugang, wie der einer formal-semiotischen Methode, die sich auf die Bedeutung von Zeichen konzentriert, zu einer Beschreibung von Gesellschaft, oder noch deutlicher, sozialem Leben führen kann (vgl. ebd.).

Diskurspragmatische Analyse

Die diskurspragmatische Analyse (die auch Johannes Angermüller favorisiert) versucht den Vorwurf zu überwinden, dass diskursanalytische Methoden, die sich mit Texten beschäftigen, diese nur allzu oft als Abstrakta betrachten. Dieser Ansatz versteht Diskurs, ausgehend von

¹¹ Diese geht davon aus, dass „die Unendlichkeit möglicher sprachlicher Resultate auf eine begrenzte Anzahl distinkter Elemente zu reduzieren“ ist und dann in der Analyse herausgefunden werden kann, inwiefern diese „von angebbaren Regeln der Selektion und Kombination organisiert werden.“ (Angermüller 2005, S. 31)

Foucaults Theorie der Aussage als elementare Einheit des Diskurses, die als Ausgangspunkt für Diskursanalyse gesehen wird, „im Sinne einer spezifischen Verbindung von Text mit Kontext und nimmt damit die pragmatische Kritik an textualen Abstrakta auf“ (vgl. Angermüller 2005, S. 35). Hier setzt die Kritik an der Frage an, wie zu einem aussagenübergreifenden, quasi gesamtgesellschaftlichen, Ergebnis gekommen werden kann.

Dekonstruktivistische Diskursanalyse

Dieser Ansatz schließt an Jaques Derrida an, der im Gegensatz zur Diskursanalyse Foucaults mit seiner „Dekonstruktion“ eine Theorie der Texte und nicht der Diskurse liefert. Johannes Angermüller fasst unter dekonstruktivistischer Diskursanalyse jene Herangehensweisen zusammen, „die sich wie die generische Kategorie ‚dekonstruktiver‘ Tendenzen durch einen kritischen Denkgestus gegenüber der Rede von ‚sprechenden Subjekten‘ oder ‚gemeintem Sinn‘ auszeichnen, aber darüber hinaus auch eine dekonstruktivistisch inspirierte Macht- und Ideologiekritik betreiben [...]“ (Angermüller 2005, S. 36). Als Einwand bringt Angermüller hier die Überlegung, dass dieser Ansatz viel eher auf die Reflexion von Theoriebildung als tatsächlich auf empirische Analyse abzielt (vgl. ebd.).

Hegemonietheoretische Diskursanalyse

Diesem Ansatz sind etwa Ernesto Laclau oder Chantal Mouffe zuzuordnen. Diskurse werden hier als in ständiger Veränderung begriffen, da „deren kleinste Elemente ständig verbunden und aufgetrennt werden“ (vgl. Angermüller 2005, S. 33), wobei eine permanente „Hegemonialisierung des Diskursraums“ (Angermüller 2005, S. 36) passiert. Da hier die Frage nach Ursprung, Verteilung und Wirkung von Macht zentral ist, stellt die hegemonietheoretische Diskursanalyse auch den Versuch einer „Diskurstheorie des Politischen“ (Angermüller 2005, S. 37) an. Die Konzentration auf Diskurs und Macht kann einerseits vielfach aussagekräftig sein, gleichzeitig wird kaum nach der Rolle des Individuums gefragt. Diesem Ansatz ist wohl auch die kritische Diskursanalyse der Duisburger Schule zuzuordnen.

Allen Ansätzen gemein ist ein „Fassen wollen“ des Diskursiven, dass sich sowohl in einem unterschiedlichen Verständnis von Diskurs selbst, als auch in der dazu angewandten Vorgehensweise ausdrückt. Sicherlich können manche Vorwürfe, die gegen die genannten

Methoden erhoben werden, auch für die KDA gelten. Auch geht es in dieser bruchstückhaften Schilderung nicht darum, die hier benutzte Methode als überlegen darzustellen. Viel mehr soll deutlich werden, dass sich die Debatte um diskursanalytische Ansätze stark verzweigt hat und dadurch eine große Auswahl an Methoden zur Verfügung steht. Viele dieser Ansätze sind anhand spezifischer Fragestellungen entwickelt worden und nur schwer auf andere Themengebiete anzuwenden. Andere sind in ihren Methoden ungenau oder so mannigfaltig angelegt, dass die tatsächliche Anwendung erschwert wird.

Die KDA scheint für diese Arbeit die geeignete Methode zu sein, da sie thematisch im Kontext von sozialer Ausgrenzung, Einwanderung und Rassismus entwickelt und vielfach angewandt wurde. Die Analysemethode der KDA ist klar nachvollziehbar und beschränkt sich auf eine konkrete Vorgehensweise, welche es erst möglich macht, größere Textmengen in die Analyse einfließen zu lassen.

3.2. Möglichkeiten und Grenzen der KDA

Nachdem das weitere Feld der diskursanalytischen Ansätze kurz besprochen wurde, soll nun konkret auf die Kritische Diskursanalyse und ihre Stärken, Schwächen und Eigenheiten eingegangen werden.

3.2.1. Die Frage der allgemeinen Anwendbarkeit

Diskurse sind, wie bereits festgestellt, prägend, allgegenwärtig und wandelbar. Umso schwerer ist es, Diskurse zu erfassen. Siegfried Jäger selbst betont die Vielfalt:

„Das Wissen der Menschheit fließt durch viele Kanäle, die miteinander verbunden sein können, die einander kreuzen, ineinander übergehen und verschmelzen, ‚unterirdisch‘ weiterfließen und wieder auftauchen, aber auch versiegen können. Sie sind das Werk tätiger Menschen, die die Diskurse aufnehmen, weitertragen und vergegenständlichen.“ (Jäger S. 2006, S. 329)

Jäger behauptet, die Methode der kritischen Diskursanalyse sei geeignet um den gesamtgesellschaftlichen Diskurs (aufgespalten in der Analyse einzelner Diskursstränge) zu erfassen (vgl. Jäger S. 2009, S. 171). Er gibt dies auch als Ziel seiner Methode an. In der Auseinandersetzung mit der KDA wird jedoch schnell klar, dass es sich in erster Linie um ein Instrument zur Medienanalyse handelt, eine Methode, die eigentlich auf diesen „Kanal“ zugeschnitten ist. Jäger bringt zwar Beispiele zur Analyse gesprochener Sprache, in seiner

Vorgehensweise beschreibt er jedoch den Umgang mit von Medien produziertem Text und räumt anderen (nicht medial transportierten) Diskurssträngen lediglich am Rande Platz ein. Er gibt vor, allgemein Diskurse zu analysieren, dennoch ist es fraglich ob die KDA nicht nur für Medienanalyse geeignet. Sicherlich wird es möglich sein die KDA auf nicht-mediale Diskursfragmente anzuwenden, allerdings gibt es dafür wohl bessere Methoden.

Da es sich bei dieser Arbeit um eine Medienanalyse handelt ist dies nicht weiter von Bedeutung, soll jedoch Erwähnung finden, um diese Schwäche der Methode aufzuzeigen. Gleichzeitig stellt die Fokussierung auf Medien (und die Möglichkeit auf zahlreiche Anwendungsbeispiele in diesem Bereich zurückzugreifen) eine Stärke der KDA dar, die speziell für diese Arbeit genutzt werden kann.

3.2.2. Kritische Diskursanalyse?

Diskurse üben Macht aus:

„sie bestimmen nicht nur Verläufe und Umfang anderer Diskurse, sondern sie stellen – insbesondere mittels der Massenmedien – Applikationsvorgaben für die Umsetzung in Handlungen und Wirklichkeitskonfigurationen bereit. [...] Zugleich ist die Macht über die Diskurse äußerst unterschiedlich verteilt. Wer etwa Zugang zu den Medien hat, ist leichter in der Lage, diskursive Verläufe mit zu prägen und mit zu beeinflussen, als jemand, der seine Stimme jeweils nur im kleinen Kreise zur Geltung bringen kann.“
(Jäger S. 2008, S. 329)

Wie bereits erwähnt spiegelt sich Gesellschaft keineswegs in Diskursen, viel eher wird Gesellschaft erst durch hegemoniale Diskurse so, wie sie erscheint. Siegfried Jäger argumentiert, dass Diskursanalyse per se kritisch ist, weil jene Wahrheiten, die von einer Gesellschaft angenommen wurden, jene Dinge, die als „sagbar“ gewertet werden und jene Aktionen, die als „tubar“ eingestuft worden sind, aufgedeckt werden (vgl. Jäger S. 2009, S. 223). Dabei wird gleichzeitig entschleiert, wer in dieser Gesellschaft Macht inne hat, Wahrheit als solche zu bestimmen und gleichzeitig seine Interessen in diese Wahrheit einfließen zu lassen. Dieses auf Foucault zurückgehende Wahrheitsverständnis (s.o.) kann grundsätzlich als (macht-)kritisch gesehen werden. Dies baut vor allem auf dem Gedanken, dass es tatsächliches Wissen oder übermächtige Wahrheiten, die einfach hinzunehmen wären, gar nicht gibt.

So sieht Foucault Kritik als „die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 1992, S.

12). Um nicht regiert zu werden braucht es aber zunächst ein Erkennen des Regiertwerdens und der dahinter liegenden Macht. Diskursanalyse kann durch die Aufdeckung dessen, was als wahr angenommen wird, darauf zurückschließen, in wessen Interesse (und damit in wessen Macht) die Produktion oder Aufrechterhaltung einer Wahrheit liegt. Geht man also davon aus, dass die KDA als Diskursanalyse kritisch ist, so muss auch der/die ForscherIn kritisch sein und somit Position beziehen. Man verabschiedet sich dabei natürlich gleichzeitig von der Fiktion wissenschaftlicher Objektivität. Der/die ForscherIn begibt sich mit der Positionierung mitten in den Diskurs und sucht diesen durch Kritik auch zu verändern. Siegfried Jäger stellt hier klar, dass die KDA somit auch ein politisches Instrument ist.

„Kritische Diskursanalyse stellt insofern ein politisches Konzept dar, als sie in der Lage ist, herrschende Diskurse zu hinterfragen, zu problematisieren und zu dekonstruieren. Sie ist in der Lage, Vorschläge zur Vermeidung herrschender Missstände zu entwickeln, indem sie nicht nur vor euphemistischem und sensationslüsternem Sprachgebrauch warnt, nicht nur Sprachkritik, sondern Gesellschaftskritik betreibt, und angesichts der hochgehaltenen Normen von Demokratie, Gerechtigkeit und allgemeinen Menschenrechten, geradezu dazu zwingt Position zu beziehen“ (Jäger und Jäger, 2007, S. 37).

Natürlich drängt sich die Frage auf, in welcher Weise Position bezogen werden soll und wie ein rein ideologisches Endprodukt vermeidbar ist. Jäger gibt darauf nur unvollständige Antworten. Er sieht das Beziehen einer Position insofern nicht zwingend als ideologisch, als das Ideologien den Anspruch stellen, immerwährende objektive Wahrheiten für ihre Anhänger zu sein. Der/ die ForscherIn in der KDA bezieht aber lediglich Position, um überhaupt die angenommenen Wahrheiten des Diskurses, die ja eigentlich gar keine sind, erkennen zu können (vgl. ebd.).

Diese Ansichten Jägers müssen als unvollständig gewertet werden. Dennoch ist die heikle Frage der Objektivität in den Wissenschaften, beziehungsweise die der eigenen Positionierung als WissenschaftlerIn zu einem untersuchten Thema generell nicht beantwortet und kann vielleicht auch nie (auf generalisierbare Weise) beantwortet werden. Die kritische Diskursanalyse fordert somit nicht nur Kritik gegenüber dem Untersuchungsgegenstand ein, sondern muss auch immer mit Selbstkritik einhergehen. Siegfried Jäger bezeichnet die Kritik, die mit Hilfe der KDA geübt werden soll als moralische Kritik und gleichzeitig als Kritik an der Moral. (vgl. Jäger S. 2009, S. 231). Dies wirkt zunächst paradox und undurchführbar.

Jäger erläutert:

„Kritische Diskursanalyse hätte demnach zu fragen, ob die in einer Gesellschaft herrschende Moral (= faktisch auffindbare und im wesentlichen offiziell akzeptierte Moral) mit den (formulierten) moralischen Ansprüchen dieser Gesellschaft übereinstimmt oder nicht und in wessen Interesse sie als ‚Wahrheit‘ gehandelt wird. Mit anderen Worten: die Kritik kritischer Diskursanalyse ist zunächst gesellschaftsspezifisch und gesellschaftsimmanent.“ (Jäger S. 2009, S. 230)

3.2.3. Die KDA als Möglichkeit zum Aufspüren der „Wirkung“ von Diskursen

Das Wirklichkeit durch Macht im Diskurs erst erzeugt wird, wurde bereits bei der Beschreibung von Foucaults Diskursverständnis festgehalten. Die Folge daraus ist, dass Diskurse in vielfältiger Weise wirken und zwar auf das „individuelle und das Massenbewusstsein“ (Jäger S. 2009, S. 169). Konkreter auf die aktuelle Situation bezogen formuliert Siegfried Jäger diese Wirkung so:

„Der neokonservative Diskurs, den man auch als Diskurs der heute herrschenden Elite bzw. medienpolitischen Klasse bezeichnen könnte, bemüht sich darum, die herrschende neokonservative politische Praxis, die letztlich die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung absichert, zu legitimieren und im Bewußtsein [sic!] der Bevölkerung als einzig vernünftige oder gar als ‚einzig wahre‘ zu verankern.“ (Jäger S. 2009, S. 143)

Dabei merkt Jäger an, dass der einzelne Text kaum merkliche und dennoch zentrale Auswirkungen hat, da er in „kleinen Dosen“ auf Individuum und Masse einwirkt (vgl. Jäger S. 2009, S. 170), ein Beispiel, dass er aus den Überlegungen Victor Klemperers zur Wirkung der Sprache des dritten Reichs übernimmt: „Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da“ (Klemperer 2010, S. 26).

Natürlich enthält dies per se eine sehr wertende Komponente und wirft wiederum die Frage nach der zuvor behandelten Positionierung der Kritik in der KDA auf. Wird davon ausgegangen, dass der herrschende Diskurs, wie Jäger ihn nennt, ein neokonservativer ist, ist die Diskursanalyse diesem gegenüber kritisch eingestellt und Versucht die minimalen

„Wirkungsdosen“ des Selben zu benennen.¹² Obwohl Jäger den hegemonialen Diskurs benannt hat, ist dies keineswegs eine statische Größe. Um Macht über Diskurse wird ständig gekämpft – Jäger spricht von „Ausbrechversuchen aus dem >normalen< oder hegemonialen Diskurs“ (Jäger S. 2009, S. 130). Aufgabe der KDA ist es auch „sich auf die diskursiven Kämpfe“ (Jäger S. 2009, S. 232) einzulassen und damit gleichzeitig an der Etablierung von Gegendiskursen mitzuarbeiten. Hier liegt die Besonderheit der KDA:

„Kritische Diskursanalyse kann möglicherweise einen Beitrag dazu leisten, die zu erwartenden ideologisch-diskursiven Kämpfe, die unvermeidlich sind, abzumildern, indem sie die Relativität der unterschiedlichen Konstrukte der Welterklärung aufweist, auf dieser Grundlage Modelle toleranter Kritik und Auseinandersetzung entwickelt und jeweilige Gültigkeit und Normalitäten hinterfragt, problematisiert und kritisiert.“ (Jäger S. 2009, S. 232)

3.3. Angewandte KDA

Das angestrebte Ziel der Diskursanalyse ist möglichst umfangreich zu arbeiten, um ganze Diskursstränge und ihre Verschränkungen zu erfassen. Wegen der Aufwändigkeit von Diskursanalysen ist dies jedoch kaum realistisch. So ist angewandte KDA in der Praxis auch eher ein Instrument zur Feinanalyse von Diskursfragmenten. Die Vorgangsweise dabei soll hier, nach kurzen Erläuterungen zu einigen Schlüsselbegriffen, vorgestellt werden.

3.3.1. Begriffe

Bevor näher auf die Anwendung der KDA eingegangen werden kann, müssen noch einige Begriffe definiert werden. Diese Definitionen beziehen sich auf das Begriffsverständnis Siegfried Jägers und der Duisburger Schule. Er übernimmt manche Begriffe (hauptsächlich von Jürgen Link) und modifiziert sie leicht, andere sind von Jäger selbst geprägt worden.

3.3.1.1. Struktur des Diskurses

Siegfried Jäger trifft zunächst, um das „diskursive Gewimmel“ (Jäger und Jäger 2007, S. 25) überhaupt auflösen zu können, einige Definitionen zur Strukturierung des Diskurses.

¹² Es ist hier anzumerken, dass obwohl nur allzu oft der Anschein erweckt wird „jemand“ oder „etwas“ würden den Diskurs nach ihren Vorstellungen steuern, nichts und niemand die absolute Macht über den Diskurs inne hat. Der gesamtgesellschaftliche Diskurs ist immer auch gesamtgesellschaftliches Produkt, auf dass aber nicht alle im gleichen Maß einwirken können.

Zunächst unterscheidet er (nach Jürgen Link) zwischen *Spezial- und Interdiskurs*. Ersterer umfasst wissenschaftliche, spezialisierte Diskurse. Der Interdiskurs hingegen ist ein allgemeiner, gesellschaftlicher Diskurs. (vgl. Jäger S. 2009, S. 159) Für die folgende Medienanalyse wird ein Diskursstrang des Interdiskurses betrachtet. Dennoch kann es vorkommen, dass in diesen Teile eines Spezialdiskurses „eingewoben“ sind, etwa wenn WissenschaftlerInnen zu Wort kommen.

Weitere Begriffe, die hier erklärt werden, haben in dieser Arbeit bereits Anwendung gefunden. Trotzdem sollen Jägers Definitionen dieser Begriffe hier festgehalten werden um eine ungenaue Anwendung zu vermeiden. *Diskursfragmente* sind für Jäger Texte oder Teile davon, die sich auf ein Thema beziehen. Ein Thema versteht Jäger (nach Link) als eine gemeinsame inhaltliche Aussage, an der sich zumeist gegensätzliche Positionen ausmachen lassen (vgl. ebd.). Eine Vielzahl von Diskursfragmenten eines Themas bildet einen *Diskursstrang*. Jäger beschreibt Diskursstränge als „thematisch einheitliche Wissensflüsse durch die Zeit“ (Jäger S. 2009, S. 160). Diskursstränge bringen also immer auch eine historische Dimension mit sich. Außerdem laufen sie nicht in parallelen Bahnen, sondern überschneiden und kreuzen einander ständig.

Diskursstrangverschränkungen sorgen dafür, dass einzelne Diskursstränge einander mannigfaltig beeinflussen (vgl. ebd.). In einer Diskursanalyse in der ein Diskursstrang (beziehungsweise Fragmente daraus) untersucht werden, müssen Überschneidungen beachtet werden. Was Diskursstränge ebenso beeinflusst wie ihre Überschneidungen, sind *diskursive Ereignisse*. Theoretisch sind alle Ereignisse als Teil des Diskurses auch diskursiv. Als „diskursive Ereignisse sind jedoch nur solche Ereignisse zu fassen, die medial groß heraus gestellt werden und als solche [...] die Richtung und Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören, mehr oder minder stark beeinflussen“ (Jäger S. 2009, S. 162). Ergänzend sei hier erwähnt, dass ein diskursives Ereignis sich in den seltensten Fällen nur auf einen Diskursstrang bezieht. Für die nachfolgende Medienanalyse wird die Nachzeichnung der diskursiven Ereignisse von großer Bedeutung sein, da es sich um einen „synchronen Schnitt durch einen Diskursstrang“ handelt, und dieser mit Hilfe eines Zeitstrangs der diskursiven Ereignisse „historische Rückbindung“ finden kann (vgl. ebd.).

Ein weiterer Begriff sind die so genannten *Diskursebenen*, die Jäger als „soziale Orte [...] von denen jeweils ‚gesprochen‘ wird“ wie etwa „Wissenschaft(en), Medien, Erziehung, Alltag, Geschäftsleben, Verwaltung etc.“ bezeichnet (Jäger S. 2009, S. 163). Mit *Diskursposition* ist wiederum ein „spezifischer politischer Standpunkt einer Person oder eines Mediums gemeint“ (Jäger S. 2009, S. 164). Beide Aspekte, also sowohl Diskursebenen als auch Diskurspositionen, sollen mit Hilfe der KDA ausgemacht werden können. Jäger merkt jedoch an, dass sich einzelne Diskurspositionen innerhalb des hegemonialen Diskurses sehr ähneln, was bereits auf die Wirkung dieses Diskurses zurückzuführen ist. Stark abweichende Diskurspositionen sind zumeist in so genannten *Gegendiskursen* zusammen zu fassen (vgl. Jäger S. 2009, S. 165).

3.3.1.2. Kollektivsymbolik

Ein zentraler Begriff für die KDA ist die so genannte Kollektivsymbolik. Siegfried Jäger übernimmt diesen von Jürgen Link. Link versteht unter Kollektivsymbolik „die Gesamtheit der so genannten ‚Bildlichkeit‘ einer Kultur, die Gesamtheit ihrer am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Metaphern, Exempelfälle, anschaulichen Modellen und orientierenden Topiken, Vergleiche und Analogien.“ (Link 1997, S. 25)

An anderer Stelle betont Link, dass Kollektivsymbolik „nicht bloß [sic!] Metaphorik, sondern die Gesamtheit aller am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Vergleiche und *metaphorae continuatae* (als komplexes Bild angeführte Metaphern), (...) einer Kultur“ (Link 2006, S. 42) umfasst. Es handelt sich bei Kollektivsymbolen also um Formulierungen, Worte, Phrasen etc., die jedem Menschen (mit entsprechender Sozialisierung) zugängliche, allgemein bekannte Bedeutungen mit sich bringen, die über den eigentlichen Wortsinn hinaus gehen und ohne nähere Erläuterungen verstanden werden.

Natürlich stellt sich die Frage, wie Kollektivsymbole erkannt werden können. Jäger beschreibt in Anlehnung an Jürgen Link sechs Kriterien, anhand derer eine Definition von Kollektivsymbolen möglich ist und diese gleichzeitig auch aufgedeckt werden können:

1. Kollektivsymbole sind „semantisch sekundär“. Sie haben immer eine zweite Bedeutung.
2. Kollektivsymbole können bildlich dargestellt werden („Ikonität“).

3. Die beiden (oder mehr) Bedeutungen eines Kollektivsymbols sind in ihrer Aussage verbunden.
4. Kollektivsymbole sind mehrdeutig.
5. Kollektivsymbole setzen sich selbst fort („Kriterium der syntagmatischen Expansivität“):
 „Da wir alle das System kollektiver Symbole gelernt haben, im Bewußtsein [sic!] präsent haben, fallen uns sofort weitere Kollektivsymbole ein, wenn wir eines hören, sehen oder lesen. Die Symbole werden oft narrativ gesponnen. Es werden komplexe semantische Ketten gebildet.“ (Jäger S. 2009, S. 140)
6. Zwischen den beiden (oder mehreren) Bedeutungen eines Kollektivsymbols bestehen Analogiebeziehungen.

(vgl. Jäger S. 2009, S. 140)

Diese Kriterien müssen nicht vollständig, aber zumindest mehrheitlich erfüllt werden. Kollektivsymbole dürfen dabei nicht als starres Set gesehen werden und sind auch nicht universal verständlich, da sie ein gewisses „diskursives Wissen“ voraussetzen. Sie sind historisch gewachsen und dem entsprechend veränderlich. Selbstverständlich sind sie an Kultur und teilweise auch an Sprache geknüpft. Ihr Einfluss hingegen ist unbestreitbar,

„weil mit dem Vorrat an Kollektivsymbolen, die alle Mitglieder einer Gesellschaft kennen, das Repertoire an Bildern zur Verfügung steht, mit dem wir uns ein Gesamtbild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit bzw. der politischen Landschaft der Gesellschaft machen, wie wir diese deuten und – insbesondere durch die Medien – gedeutet bekommen.“ (Jäger S. 2009, S. 133)

3.3.2. Das Analyseverfahren

Die hier zusammengefasste Vorgehensweise¹³ stellt eine Beschreibung der Analyse vollständiger Diskursstränge dar. Jäger betont, dass es sich dabei nicht um ein methodisches Korsett, sondern viel mehr um eine ungefähre Anleitung, einen Leitfaden, zur Erstellung einer solchen Analyse handelt (vgl. Jäger S. 2009, S. 172).

13 Die hier beschriebene Vorgangsweise, wie auch die Arbeitsschritte der noch folgenden Medienanalyse halten sich an das von Siegfried Jäger (Jäger S. 2009) beschriebene Analyseverfahren. Da Siegfried Jäger als (Mit-)Begründer der KDA gilt, ist es nach Meinung der Autorin dieser Arbeit ausreichend, seine Vorschläge zur Durchführung einer KDA anzuführen.

a) *Der diskursive Kontext*

Der erste Schritt in der konkreten Vorgehensweise zur Analyse besteht jedenfalls darin, den diskursiven Kontext festzuhalten. Dieser Arbeitsschritt fällt der Thematik entsprechend immer anders aus. Abhängig vom betreffenden Diskurs kann es sinnvoll sein, eine Reihe von diskursiven Ereignissen festzuhalten, Zeitlinien zu ziehen und eine Art Rahmen für das zu untersuchende Feld zu erstellen (vgl. Jäger 2009, S. 190f.).

b) *Gewinnung des Materialkorpus*

Dem folgt eine möglichst vollständige Materialsammlung, im Falle einer Medienanalyse also die chronologische Archivierung aller Artikel, die daraufhin mit Stichworten versehen, gelesen und sortiert werden. Zu Beginn steht demnach eine Voranalyse durch ein erstes Lesen und die Markierung der zu analysierenden Diskursfragmente. Schon in dieser Voranalyse sollen einzelne Diskursstränge erfasst werden (vgl. Jäger 2009, S. 191).

c) *Struktur- und Überblicksanalyse*

Hier kommt es zu einer ersten inhaltlichen Erfassung der Diskursstränge. Themen sollen gesichtet und Wiederholungen wahrgenommen werden. Solche Doppelungen müssen nicht mehrfach analysiert werden, sie können aber als eine Art quantitative Komponente der Untersuchung wirken und dabei helfen, Aufmerksamkeitsschwerpunkte des Diskurses festzumachen. Ziel ist es, vom Materialkorpus zu jener Menge von Diskursfragmenten zu gelangen, die tatsächlich der Feinanalyse unterzogen werden sollen. Dabei ist es zentral alle Themen und Unterthemen des Diskurses zu integrieren. Kommt es hier zu Wiederholungen, ist dies weniger folgenschwer als Auslassungen es wären (vgl. Jäger S. 2009, S.192f.).

„Der Übergang vom Corpus [sic!] zum Dossier wird dadurch erleichtert, daß [sic!] man sich vor Augen führt, daß [sic!] es nicht um einzelne Artikel geht, sondern um die Erfassung des Diskursstrangs in seiner qualitativen Bandbreite.“ (Jäger S. 2009, S.192)

d) *Von der Strukturanalyse des Diskursstrangs zum Diskursfragment*

Um die Diskursfragmente für die Feinanalyse auszuwählen empfiehlt Siegfried Jäger für den jeweiligen Diskursstrang „typische“ Fragmente (im Falle einer Medienanalyse also Artikel) auszuwählen. Dafür gibt er verschiedene Kriterien an (vgl. Jäger S. 2009, S.193):

- an einem „typischen“ Artikel lässt sich die Diskursposition des Mediums erkennen, die Art der Berichterstattung entspricht dieser;

- der thematische Schwerpunkt einer Zeitung innerhalb des Diskursstrangs soll im „typischen“ Artikel erkennbar sein
 - ausgewählte, „typische“ Artikel geben die quantitative Verteilung der Themen und Unterthemen des Materialcorpus wieder
 - „typische“ Artikel spiegeln die verschiedenen Arten der Berichterstattung in einem dem Materialkorporus entsprechenden Verhältnis wieder
 - formale Besonderheiten einzelner Zeitungen werden durch die Auswahl „typischer“ Artikel in die Feinanalyse mit aufgenommen
 - „Ausreißer“, etwa durch besonderen quantitativen Umfang ausgezeichnete oder stark bebilderte Artikel, werden ebenso aufgenommen
- „Auf diese Weise sind gute Annäherungen an typische Artikel möglich. Flankiert von den vorangegangenen Strukturanalysen, bilden Feinanalysen typischer Diskursfragmente eine solide Basis für die abschließende Gesamtinterpretation des Diskursstrangs in einer Zeitung etc.“ (Jäger S. 2009, S. 193)

e) *Feinanalyse von Diskursfragmenten*

Der Kern der KDA, die Feinanalyse von Diskursfragmenten, ist nicht durch eine starre Methodik gekennzeichnet. Siegfried Jäger gibt jedoch Vorschläge zur Durchführung der Feinanalyse. Dabei handelt es sich um fünf grundlegende Analyseschritte, welche wiederum in einzelne Arbeitsschritte aufgeteilt werden.

1. *Institutioneller Rahmen:* Jedes Diskursfragment steht in einem institutionellen Rahmen, der nicht ignoriert werden darf. Dieser institutionelle Kontext, wie auch der formale Rahmen tragen genauso zur Aussage eines Textes bei wie das Geschriebene selbst. Für Jäger zählen folgende Aspekte zum institutionellen Rahmen:¹⁴
 - der allgemeine Charakter einer Zeitung/Zeitschrift (Wer ist die Leserschaft? Wie ist die Publikation einzuordnen? Welche Eckdaten, wie Umfang der Zeitschrift, Preis, etc. sind von Bedeutung?)
 - der erweiterte Blick auf eine Zeitung/Zeitschrift (Welche Inhalte finden sich hier außer dem analysierten Artikel? Welche Position hat der analysierte Artikel innerhalb des Mediums? Gibt es eine besondere Betonung des untersuchten Diskursfragmentes?)

¹⁴ Hier ist die Fokussierung der Methode auf Medienanalysen deutlich erkennbar

- die Textsorte (Welcher Textsorte ist ein Artikel zuzuordnen und was sagt diese über den Umgang mit dem Thema aus? Welche Funktion hat die spezielle Textsorte im Umgang mit der Thematik?)
- die historische Komponente (Wird auf vergangene Ereignisse angespielt? Wurde das Thema in der Zeitschrift schon früher behandelt?)
- die Autorenschaft (Welche Rolle spielt der/die AutorIn in der Redaktion? Welche Geschichte bringt er/sie mit?)

(vgl. Jäger S. 2009, S. 178f.)

2. *Text „Oberfläche“*: Hierbei sind das Layout und die graphische Gestaltung eines Artikels gemeint.

- Den ersten Schritt stellt das Nummerieren der Zeilen eines Textes und das Festhalten der grafischen Struktur dar.
- Über die einzelnen grafischen Abschnitte soll eine Inhaltsangabe gemacht werden. Dabei ist zu beachten, ob die inhaltliche Gliederung der graphischen entspricht.
- Eine Inhaltsangabe des gesamten Textes ist zu erstellen. Dabei sollen Argumentationsziele des Textes festgehalten und erkannt werden.
- Überschneidungen und Verbindungen mit anderen Diskurssträngen müssen festgehalten werden. Ebenso einzelne Unterthemen, die sich dem Hauptthema zuordnen lassen.
- Es ist zu hinterfragen, ob sich alle „sprachlichen Handlungen“ auf das Thema beziehen, oder ob es Aussagen gibt, die nichts zur konkreten Textaussage beitragen. Wenn ja, müssen Versuche angestellt werden, um herauszufinden, welche Funktion diese erfüllen.
- Welche Funktion haben Illustrationen rund um den Artikel und welche Aufgabe erfüllen sie? Worauf zielen zum Beispiel Fotos, Grafiken, die Position der Überschriften und Ähnliches ab?

(vgl. Jäger S. 2009, S. 179f.)

3. *Sprachlich-rhetorische Mittel*: Die sprachliche Mikroanalyse dient zur Aufdeckung von Kollektivsymbolen, Argumentationsstrategien, Textlogik und Ähnlichem.

- Welche sprachlichen „Bauelemente“ nützt der Autor um den Text zu gestalten?

(Wie wird begonnen? Wie abgeschlossen? Welche Verbindungselemente und Überleitungen werden benutzt und was ist ihre Funktion?)

- Wie ist der Gesamtaufbau des Textes zu beurteilen? (Kommen Assoziationen mit anderen Textsorten, wie zum Beispiel Lyrik oder Märchen auf? In welche thematischen Blöcke lässt sich der Text sprachlich teilen und welche Funktion hat diese Einteilung?)
- Es müssen Fragen an den Text gestellt werden: Sind Kollektivsymbole enthalten und welche Funktion haben diese? Welches Vorwissen wird im Text angesprochen? Wird angedeutet, welche sozialen Gruppen von dem/ der AutorIn angesprochen werden? Gibt es Implikate, also vorausgeschickte Annahmen? Wird ein gewisser Jargon verwendet, der auf eine Zielgruppe schließen lässt? Werden im Text Normen oder Werte angesprochen, welche mit bereits vorhandenem Wissen verknüpft werden - Siegfried Jäger spricht hierbei von einer „Fährfunktion“ zum Beispiel von Kollektivsymbolen, welche neue Inhalte in den „diskursiv erzeugten Wissenshorizont“ (Jäger S. 2009, S. 181) hineintransportieren?
- Der konkrete Sprachgebrauch soll erfasst werden: Substantive müssen gesichtet und ihrer Bedeutung entsprechend zu Gruppen zusammengefasst werden. Pronomen müssen gesammelt und in ihrem Kontext hinterfragt, wie auch auf ihren Zweck und ihre Verteilung hin untersucht werden. Verben, Adverbien und Adjektive sind ebenso zu sichten.
- Wie wird im Text mit Zeitformen umgegangen und warum werden diese in der entsprechenden Form verwendet?
- Stilduktus, Argumentationsstrategien sowie Mittel der Strukturierung müssen hinterfragt werden.
- Satzbau, -länge, -stellung und die daraus resultierende Komplexität müssen eingeschätzt werden.
- Besonderheiten sprachlicher Form, wie etwa Fragen, Paraphrasen, Hervorhebungen durch Rufzeichen und Ähnliches müssen untersucht und gedeutet werden.

(vgl. Jäger S. 2009, S. 179-184)

4. *Inhaltlich ideologische Aussagen:* Beachtet werden müssen jedenfalls ideologische

Inhalte, die sich in fast jedem Artikel finden. „Einschätzungen etwa im Hinblick auf das grundsätzliche Menschenbild, Positionen zu neuen Technologien, auf Fragen der Ökologie, auf erwartbare Zukunftsentwicklungen, auf Fragen menschlicher Existenz, auf Normalität- und Wahrheitsvorstellungen allgemein etc.“ (Jäger S. 2009, S. 184) sind wichtig für die Interpretation.

5. *Interpretation*: Hier passiert die eigentliche Diskursanalyse. Die vorangegangenen vier Punkte sind daher Vorarbeiten. In der Interpretation geht es darum, die Wirkung eines Textes zu erfassen. Siegfried Jäger schlägt für die Erkennung dieser Wirkung ein Set von Fragen vor, die detailliert beantwortet werden sollen:

- Was sind Motiv, Ziel und Botschaft des Textes?
- Welche sprachlichen Werkzeuge (Jäger spricht auch von „propagandistischen Mitteln“) werden genutzt und wie ist deren Wirkung einzuschätzen?
- Welche sozialen Gruppen sollen angesprochen werden?
- Welche Diskursposition wird eingenommen?
- In welchem Kontext (in Bezug auf den Materialkorpus) steht das Diskursfragment? Wie steht es in Bezug zum hegemonialen Diskurs, welche Verbindungen zu diskursiven Ereignissen werden hergestellt und welche „gesellschaftlichen Bedingungen“ fließen ein?

(vgl. Jäger S. 2009, S. 185)

„Zu bedenken ist immer: Es ist nicht der einzelne Text/ das einzelne Diskursfragment, das wirkt, sondern der Diskurs als ganzer in seinem Fluß [sic!] durch die Zeit und seiner kontinuierlichen Einwirkung auf Individuum und Gesellschaft.“ (Jäger S. 2009, S. 185)

f) *Gesamtinterpretation des Diskursstrangs*

In die Gesamtinterpretation eines Diskursstrangs fließen alle Ergebnisse der Feinanalysen wie auch der zuvor erstellten Strukturanalysen ein. Das Ziel besteht darin, letztlich eine Gesamtaussage treffen zu können, die „in einem argumentativen Zusammenhang, der sich akribisch begründend auf das aufbereitete Material bezieht, Stück für Stück“ (Jäger S. 2009, S. 194) untermauert werden kann.

g) *Synoptische Analyse*

Siegfried Jäger spricht davon, dass möglichst die „gesamte politisch-ideologische Bandbreite“ (ebd.) analysiert werden soll, dass heißt im Falle einer Medienanalyse sollen Zeitungen/ Zeitschriften mit möglichst verschiedenen Grundhaltungen untersucht werden. In der synoptischen Analyse werden dann die Ergebnisse dieser einzelnen Analysen zusammengeführt und verglichen.

3.3.3. Zu Beachtendes

In vielen Fällen wird es nicht möglich oder nicht notwendig sein, exakt nach Jägers Vorschlägen vorzugehen. Die beschriebenen Schritte der Analyse sollen jedoch einen Leitfaden bilden. Da festgestellt wurde, dass kritische Diskursanalyse auch eine Positionierung seitens des/ der ForscherIn erfordert, ist die eigene Diskursposition genauestens zu analysieren und in die Auswertungen miteinzubeziehen. Eigentlich muss eine solche Verortung der eigenen Position Teil jeder wissenschaftlichen Aussage sein, die KDA fordert dies jedoch besonders. Sie erleichtert aber auch die Situation des/ der ForscherIn, da die Fiktion eines wissenschaftlichen Objektivitätsanspruches und die Illusion, „Wahrheiten“ produzieren zu können gewissermaßen wegfallen.

„Dabei muß [sic!] sich der kritisierende Wissenschaftler darüber klar sein, daß [sic!] er mit seiner Kritik nicht außerhalb der Diskurse steht, da er sonst sein Konzept Diskursanalyse selbst in Frage stellt. Er kann – neben anderen kritischen Aspekte [sic!], die Diskursanalyse bereits als solche enthält – sich auf Werte und Normen, Gesetze und Rechte berufen; er darf dabei aber niemals vergessen, daß [sic!] auch diese diskursiv-historisch gegründet sind und daß [sic!] sich seine eventuelle Parteinahme nicht auf Wahrheit berufen kann, sondern eine Position darstellt, die ebenfalls Resultat eines diskursiven Prozesses ist. Mit dieser Position kann er sich in die diskursiven Kämpfe hineinbegeben und seine Position verteidigen oder auch modifizieren.“ (Jäger S. 2000)

3.4. Exkurs: Bildanalyse

Gerade im Bereich Medienanalyse kann auf die Analyse von Bildern nicht verzichtet werden. Fotografien etwa können den Inhalt eines Artikels unterstreichen, einzelne Aspekte hervorheben oder sogar die eigentliche Aussage umkehren. Daher sind Bilder Teil des

Diskurses, sie haben eine Aussage. Es ist aber davon auszugehen, dass Bilder weit weniger als Texte als modifiziertes Produkt eines Produzenten gesehen werden, sondern als Abbild einer Wirklichkeit wahrgenommen werden. Dennoch ist

„das fotografische Bild kein neutraler Spiegel [...], sondern ein Werkzeug zur Transposition, Analyse, Interpretation und sogar Transformation des Wirklichen, das diesbezüglich etwa der Sprache vergleichbar und auch im gleichen Ausmaß kulturell codiert ist wie diese.“ (Dubois 1998, S. 30)

In einem Bild lassen sich also ebenso Kollektivsymboliken entdecken wie im geschriebenen oder gesprochenen Wort. Damit tut sich wie in der Textanalyse die Frage auf, wie Wirklichkeit im Diskurs konstruiert wird. „Die Frage ist, welche Spuren hinterlässt das Bild, was wird bzw. könnte durch das Bild (unbewusst) ausgelöst werden und was empfinden dadurch die Rezipienten als Wirklichkeit.“ (Schleicher 2009, S. 24) Es muss demnach gefragt werden, welche Wahrheit ein Bild konstruiert oder unterstützt. In der KDA wird zwar die Bedeutung von Bildern betont, es wird jedoch verabsäumt eine Analysemethode dafür bereitzustellen. Daher erfolgt an dieser Stelle ein Exkurs in die Methoden zur Bildanalyse aus der qualitativen Sozialforschung.

Dabei scheint die von Ralf Bohnsack beschriebene dokumentarische Methode als geeignet (vgl. Bohnsack 2008, S.155-170 bzw. S. 236 – 258). Die Vorgehensweise dieser Analysemethode soll hier kurz geschildert werden, da Bildinterpretationen im Rahmen der Medienanalyse notwendig sein werden.

Bohnsack beschreibt die Vorgangsweise in zwei größeren Abschnitten, der „formulierenden Interpretation“ und der „reflektierenden Interpretation“, die wiederum in einzelne Schritte unterteilt werden.

*1. Formulierende Interpretation:*¹⁵

a) Vorikonographische Ebene

Dieser erste Schritt in der Analyse bezieht sich auf die optischen Merkmale eines Bildes. Zu fragen ist, was auf einem Bild in welcher Position (Bildvordergrund, Bildmittelgrund, Bildhintergrund) zu sehen ist. Dies soll beschrieben und festgehalten werden. Auf der vorikonographischen Ebene ist der Versuch eines Verstehens noch nicht vorgesehen.

¹⁵ Kursiv hervorgehoben werden die von Ralf Bohnsack übernommenen Termini (vgl. Bohnsack 2008, S. 237 ff.)

Bohnsack bringt das Beispiel eines Bildes, auf dem ein Mann seinen Hut zieht (vgl. Bohnsack 2008, S. 159). Aus der vorikonographischen Ebene würde nur festgehalten werden, wie diese Tätigkeit auf dem Bild dargestellt wird. Dass es sich dabei um eine Geste des Grüßens handelt, kann erst in der ikonographischen Ebene festgehalten werden.

b) Ikonographische Elemente

Auf dieser Ebene wird lediglich das festgestellt, was mit Ralf Bohnsacks Worten als „Common-Sense Typisierung“ (Bohnsack 2008, S. 241) eingestuft werden kann:

„Die ikonografische Analyse mit der Frage nach dem Was unterscheidet sich radikal von einer Interpretation, die auf das Wie (...) selbst gerichtet ist“ (Bohnsack 2008, S. 159). An einem konkreten Beispiel geschildert bedeutet das, dass es lediglich darum geht eine entsprechende Personenkonstellation als Familie zu identifizieren, nicht aber darum, die Besonderheiten einer bestimmten Familie zu beschreiben.

„Die Ebene des ikonografischen Wissens soll lediglich insoweit Berücksichtigung finden, als es sich um kommunikativ-generalisierte Wissensbestände handelt, also ein Wissen um gesellschaftliche Institutionen und Rollenbeziehungen (...). Nicht berücksichtigt werden konjunktive Wissensbestände, also Wissensbestände welche die je fall- bzw. milieuspezifische Besonderheit betreffen“ (Bohnsack 2008, S. 237)“

2. Reflektierende Interpretation

a) Formale Komposition

Genauer als auf vorikonographischer Ebene soll hier auf die Komposition des Bildes (etwa die *perspektivische Projektion* oder die *Szenische Choreographie* eingegangen werden (vgl. Bohnsack 2008, S. 243).

b) Ikonologisch – ideologische Interpretation

Hier kommt es zur tatsächlichen Interpretation des Bildes und der Frage nach dem Wie. Wurde vorhin etwa festgestellt, dass eine Familie abgelichtet wurde, kann nun gefragt werden, wie diese Familie dargestellt wird (etwa als arm oder reich, glücklich oder zerstritten,...). Mimik, Gestik, Lichtverhältnisse und Ähnliches können für eine Interpretation entscheidend sein. Im Falle der folgenden Medienanalyse wird besonders darauf geachtet werden, ob in der bildlichen Darstellung Kollektivsymboliken entdeckt und Argumentationsmuster weitergeführt werden (vgl. Bohnsack 2008, S. 254).

c) Interpretation des Bildtextes

Dieser letzte Schritt sollte immer erst am Ende einer Bildanalyse vollzogen werden, um zu vermeiden, dass Bildunterschriften oder Titel als Ablenkung auf den/die InterpretIn wirken. Hier passiert auch die Rückbindung zur KDA: Die textlichen Anfügungen an das Bild können zusätzlich in die nach Jäger beschriebene Feinanalyse von Diskursfragmenten miteinbezogen werden und darin wiederum mit den Ergebnissen der Bildanalyse in Verbindung gebracht werden (vgl. Bohnsack 2008, S. 257).

4. Verortung der Untersuchung

Siegfried Jäger zufolge muss am Beginn jeder kritischen Diskursanalyse die „genaue Verortung der eigenen Untersuchung“ stehen (Jäger S. 2000). Gemeint ist damit die Festlegung und Begründung der zu untersuchenden Diskursebene und des betreffenden Diskursstrangs sowie die Festlegung der genauen Vorgangsweise. Dies soll in diesem Kapitel geschildert werden. Außerdem wird auf die konkreten Bedingungen der folgenden Medienanalyse eingegangen.

4.1. Details zur Vorgangsweise

Die grundsätzliche Fragestellung sowie sie zu tätigen Einschränkungen werden hier geschildert.

4.1.1. Fragestellung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Islamophobie in österreichischen Medien. Da dieses Thema nicht nur sehr weit gefasst, sondern auch in der Analyse schwer fest zu machen ist, soll ein diskursives Ereignis und die damit einhergehende Berichterstattung als Beispiel dienen. Dieses diskursive Ereignis ist die Schweizer Volksabstimmung über ein Verbot des Baus von Minaretten am 29.11.2009. Natürlich wäre es auch möglich gewesen, allgemeiner über den Umgang österreichischer Medien mit dem Islam zu schreiben. Allerdings wäre eine solche Vorgangsweise im Rahmen einer Diplomarbeit mit der hier gewählten Methode kaum seriös durchzuführen gewesen. Außerdem kann der Umgang mit dem Schweizer Minarettbauverbot, ein Thema, das einen großen Teil der gängigen Argumente in der medialen Debatte zum Thema Islam aufgebracht hat, durchaus als beispielhaft für den Umgang österreichischer Medien mit dem Islam erachtet werden. Die Fragestellung im Zentrum ist also:

„Welche Muster sind in der Berichterstattung der wichtigsten österreichischer Medien im Kontext der Abstimmung über das Schweizer Bauverbot von Minaretten erkennbar?“

Konkreter auf den Diskurs formuliert könnte man auch danach fragen, *welche „Wahrheiten“ (mit Foucaults Verständnis dieses Begriffes im Hinterkopf) über „den Islam“ und „die MuslimInnen“ in österreichischen Mediendiskurs im Zusammenhang mit dem diskursiven Ereignis „Schweizer Minarettbauverbot“ transportiert werden?*

Um mit der Methode der Kritischen Diskursanalyse Antworten auf diese Fragen finden zu können, ist es notwendig, den Untersuchungsgegenstand hier näher einzugrenzen.

4.1.2. Grundbedingungen der Analyse

Natürlich muss bei der Auswahl der zu untersuchenden Diskursfragmente, und noch viel früher, in der Festlegung des zu untersuchenden Diskursstrangs eine grobe Einschränkung statt finden. Dies widerspricht eigentlich der theoretischen Annahme der KDA (siehe 3.2.1.), allerdings wendet auch Siegfried Jäger ein, dass nur selten Analysen exakt nach dem Handbuch durchgeführt werden können.

„Einen Königsweg, der für jede Thematik gilt, gibt es nicht. Als Faustregel ist zu beachten, daß [sic!] jede Festlegung, Modifikation, Beschränkung genau zu verorten und zu begründen ist. Neben ganz pragmatischen Begründungen (Zeit und Geld) sind es vor allem sinnvolle inhaltliche Begründungen, Verweise auf die allgemeine Forschungssituation, in der man sich verortet etc.“ (Jäger S. 1997)

Für die nachfolgende Medienanalyse werden Einschränkungen auf drei Ebenen getroffen:

1) Einschränkung im untersuchten Diskursstrang

In einer idealen kritischen Diskursanalyse wird ein Diskursstrang vollständig, dass heißt sowohl in seiner historischen Komponente als auch in allen gegenwärtigen Ausformungen untersucht (siehe 3.3.2.). Wie bereits erwähnt müssen hier Einschränkungen getroffen werden. Wie man von der Frage nach einem Thema im Diskurs, wie etwa Islam in den Medien, zu einer tatsächlich anwendbaren Fragestellung in der Analyse kommt, beschreibt Siegfried Jäger wie folgt:

„Geht es etwa um die Frage, wie in Medien oder Alltag Rassismus verbreitet ist, sollte man nicht mit dem Begriff von Rassismus als einer Art Lupe auf die Suche gehen und nach dem Auftreten dieses Ideologems fahnden. Man sollte stattdessen den Ort zu

bestimmen versuchen, an dem solche Ideologeme überhaupt auftreten können.“ (Jäger S. 2000)

Ein solcher Ort (natürlich nicht im geografischen Sinn) kann die Berichterstattung über das Bauverbot von Minaretten in der Schweiz sein. Obwohl dies schon eine klare Einschränkung eines größeren Themenfeldes darstellt, bleibt die Situation komplex.

Im Umfeld der Medienberichterstattung über das Schweizer Minarettbauverbot finden sich zahlreiche thematische Verschränkungen. Zum Einen wird hier über die Auswirkungen direkter Demokratie diskutiert, was als politikwissenschaftlicher Spezialdiskurs gesehen werden kann. Zum Anderen ist Einwanderung und Integration im Allgemeinen ein Thema. Hauptsächlich wird thematisiert ob und in welcher Form der Islam und MuslimInnen ein Problem oder eine Gefahr für „die Gesellschaft“ darstellen, beziehungsweise warum sie als solche von der (Schweizer) Bevölkerung wahrgenommen werden. Hinzu kommen die Reaktionen der österreichischen Innenpolitik und damit einhergehend der Umgang mit dem Islam und MuslimInnen in Österreich. Es scheint sinnvoll, all diese Aspekte, die im Rahmen der Untersuchung als Oberthemen gesehen werden, zu betrachten und sie auf das dort transportierte Islambild zu prüfen. Es handelt sich also um einen synchronen Schnitt durch den gewählten Diskursstrang. Der Diskursstrang „MuslimInnen in Europa/Österreich“ soll anhand des diskursiven Ereignisses „Minarettbauverbot in der Schweiz“ analysiert werden.

2) Einschränkung der untersuchten Diskursebene

Die zu untersuchende diskursive Ebene bildet der mediale Diskurs. Da es den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, alle Medien zu analysieren, sollen die größten Österreichischen Printmedien in der Analyse untersucht werden. Dies scheint aus mehreren Gründen sinnvoll: Erstens sind andere Medien in Österreich nur in sehr geringem Ausmaß entwickelt. So bietet etwa die Fernsehberichterstattung wegen der geringen (österreichischen) Senderzahl kaum Material, das Vergleiche ermöglicht. Printmedien haben im Gegensatz dazu in Österreich ein vielfältigeres Erscheinungsbild. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass gerade das Islambild von Printmedien geprägt wird, da der/ die Einzelne ja häufig über einen längeren Zeitraum ein Medium konsumiert und dadurch von der Diskursposition des einzelnen Mediums beeinflusst wird. Hier besteht also die Möglichkeit, längerfristig ein Bild „des Islams“ und „der MuslimInnen“ zu zeichnen. Dieses Bild ist auch deshalb entscheidend, weil Printmedien eine breite Masse erreichen. In Österreich lesen rund 70% der Menschen täglich eine Tageszeitung, was im internationalen Vergleich eindeutig im Spitzenfeld liegt (vgl. Käfer

2008, S. 23f.).

3) Einschränkung bei der Wahl von Diskursfragmenten

Um verschiedene Diskurspositionen möglichst vollständig erfassen zu können, sollen bei der Wahl der Diskursfragmente, die zur Feinanalyse herangezogen werden und somit die Kriterien „typischer“ Artikel erfüllen (siehe 3.3.2.), vor allem solche Fragmente ausgewählt werden, die eindeutig Meinungen transportieren. Eine weitere Einschränkung erfolgt also in der Textsortenauswahl, da vor allem Kommentare, Glossen und Leserbriefe analysiert werden sollen. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass, obwohl mit solchen Textsorten Meinungen transportiert werden, die extremere Positionen einnehmen können, als dies in der regulären Berichterstattung der Fall ist. Denn diese werden redaktionell bearbeitet, ausgewählt und bewusst gedruckt. Sie sind also auch ein Mittel, um die Positionen einer Zeitung zu verdeutlichen, ohne diese direkt in die politische Berichterstattung einfließen zu lassen (vgl. Käfer 2008, S. 32). Ein weiterer Aspekt, der für eine Einschränkung in der Textsortenauswahl spricht, ist die Tatsache, dass auch von großen Zeitungen/ Zeitschriften immer mehr Texte aus der politischen Berichterstattung nicht selbst recherchiert, sondern von Nachrichtenagenturen übernommen und nur noch redaktionell bearbeitet werden. Dennoch werden auch einige Berichte aus den Politikressorts in die Auswahl „typischer“ Fragmente miteinbezogen. Insgesamt soll mit der Auswahl an Diskursfragmenten für die Feinanalyse ein Bild entstehen, dass alle im medialen Diskurs zum Minarettbauverbot in der Schweiz vorgebrachten Argumente abdeckt.

4.2. Diskursive Ereignisse

Jäger stellt fest, dass „die Analyse eines synchronen Schnitts durch einen Diskursstrang dadurch seine historische Rückbindung finden [kann], daß [sic!] man diesen synchronen Schnitt an eine Art Chronik der diskursiven Ereignisse zurückbindet, die thematisch zu diesem Diskursstrang gehören.“ (Jäger S. 2009, S. 163). Die Grundinformationen zum hier zentralen diskursiven Ereignis wurden in Kapitel 1 bereits festgehalten, sollen aber an dieser Stelle nochmals für die Analyse aufbereitet werden.

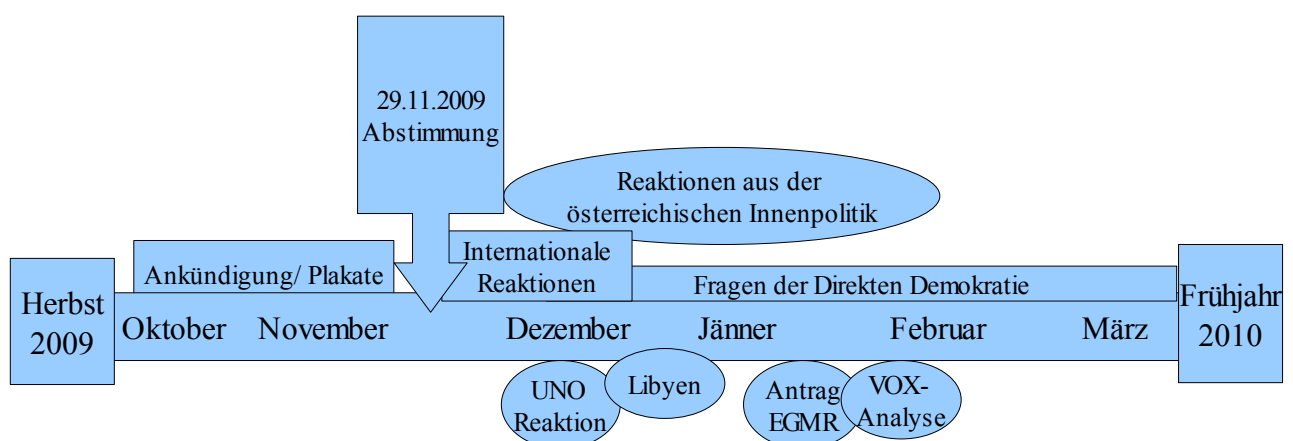
Eine neuerliche Aufbereitung ist vor allem deswegen notwendig, weil die österreichischen Zeitungen das Thema Minarettbauverbot in der Schweiz erst etwa ein Monat vor der

Abstimmung aufgreifen. Das könnte vor allem daran liegen, dass nicht mit einem Ja zur Initiative gerechnet wurde. Dies führt natürlich zu einer Verschiebung der Ereignisse, da nicht der gesamte Verlauf des Volksentscheids für den österreichischen Mediendiskurs relevant waren.

Erste Kurzmeldungen wurden bereits ab Mitte Oktober 2009 veröffentlicht, zum ausführlich behandelten Thema wird die Volksinitiative aber erst am Abstimmungswochenende (28./29. 11.) und noch deutlicher in den darauf folgenden Tagen. Hier wird sehr intensiv über das Minarettbauverbot berichtet, in fast allen Tageszeitungen sind täglich mehrere Berichte darüber zu lesen. Insgesamt konzentriert sich die Berichterstattung auf den Zeitraum bis Dezember 2009. Im Jänner 2010 verschwindet das Thema zusehends aus den österreichischen Medien und es sind nur noch vereinzelt Artikel dazu zu finden (vgl. APA DeFacto Datenbank).

An diesen Verlauf der Berichterstattung passt sich auch die folgende Medienanalyse an und konzentriert sich dementsprechend auf den Zeitraum zwischen Oktober 2009 und Jänner 2010. Einzelne Artikel, die über das Ausmaß einer Kurzmeldung hinausgehen und außerhalb dieses Zeitraums veröffentlicht wurden, sollen dennoch miteinbezogen werden. Die wichtigsten Ereignisse werden im folgenden Zeitstrang dargestellt. Der genauere thematische Verlauf soll mit Hilfe dieses Zeitstrangs nachvollziehbar gemacht werden.

4.2.1. Zeitstrang



Zeichnung 1: Zeitstrang (eigene Darstellung)

Die Darstellungen in Zeichnung 1 sollen verdeutlichen, welche Themen zu welchem Zeitpunkt im medialen Diskurs vorherrschend waren. Vor der Abstimmung galt die mediale Aufmerksamkeit vor allem der Debatte über die Plakate der Volksinitiative (siehe Abb. 1 und 2, Kapitel 1.1.3.). Neben der rein sachlichen Berichterstattung über die Abstimmung und ihr Ergebnis dominierten nach dem 29.11. vor allem internationale Reaktionen sowie Reaktionen aus der österreichischen Innenpolitik.

Die Debatte um Folgen der direkten Demokratie hielten sich am längsten in den Medien und wurden bis ins Frühjahr 2010 immer wieder aufgegriffen. Außerdem riefen einzelne Ereignisse in den Tagen und Wochen nach der Abstimmung verstärkte mediale Reaktionen hervor. Ein solches Ereignis stellt etwa die Verurteilung zweier Schweizer in Libyen am 2.12.2009 dar, da dies vielfach als „Racheakt“ eingestuft wurde. Ebenso wird über die Verurteilung des Minarettbauverbots durch die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte am 1.12.2009 stark berichtet. Des weiteren sind auch eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Veröffentlichung der Ergebnisse der VOX-Analyse als solche markanten Punkte in der Berichterstattung erkennbar. Diese Darstellung stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber dazu beitragen, eine Übersicht zu schaffen.

4.3. Medienauswahl

Die Auswahl der analysierten Medien soll bei der Durchführung einer kritischen Diskursanalyse möglichst breit gefächert sein (siehe 3.3.2.). Daher sollen für diese Medienanalyse alle größeren österreichischen Tageszeitungen (mit einer Druckauflage von etwa 100 000 Stück nach Zahlen der Österreichischen Auflagenkontrolle) untersucht werden (ÖAK 2010, S. 13 ff.). Zusätzlich sollen die Vorarlberger Nachrichten, die mit einer Auflage von etwa 70 000 Exemplaren knapp unter dieser Schwelle liegen, miteinbezogen werden, da dieses Medium, vermutlich aufgrund der geographischen Nähe Vorarlbergs zur Schweiz, verstärkt über Schweizer Innenpolitik berichtet (vgl. Jusinger 2009, S. 1). Außerdem sollen die beiden größeren österreichischen Magazine mit politischem Schwerpunkt, die Zeitschriften „News“ und „Profil“, miteinbezogen werden.

Die Untersuchten Medien sind demnach die Tageszeitungen „Neue Kronen Zeitung“, „Kleine Zeitung“, „Kurier“, „Österreich“, „Der Standard“, „Die Presse“, „Salzburger Nachrichten“, „Oberösterreichische Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“ und „Vorarlberger Nachrichten“

sowie die Magazine „News“ und „Profil“.

4.3.1 Der Materialkorpus

Der Materialkorpus umfasst 374 Texte. Darin eingeschlossen sind alle Berichte, Kommentare, Interviews, Leserbriefe und andere Textsorten aus den ausgewählten Medien im genannten Zeitraum. Nicht enthalten sind dagegen Kurzmeldungen, von Nachrichtenagenturen übernommene Artikel und solche Texte, die zwar im Kontext des Minarettverbotes erschienen sind, trotzdem aber keinen nachvollziehbaren Bezug dazu haben. Der erste Schritt zur Medienanalyse ist nun die Filterung der Diskursfragmente aus dem Materialkorpus zum Dossier. Zur Vorgangsweise wurde sowohl theoretisch (siehe 3.3.2.) als auch praktisch (siehe 4.1.2.) bereits Stellung genommen. Die tatsächlich Dossierbildung soll nachfolgend noch genauer beschrieben werden. Zunächst soll aber auf die österreichische Medienlandschaft eingegangen werden, da die Verortung der zu analysierenden Medien ein zentrale Punkt in der Methode der KDA ist (siehe 3.2.2.).

5. Die österreichische Medienlandschaft

Im folgenden soll die österreichische Medienlandschaft kurz beschrieben und die für die Medienanalyse ausgewählten Medien charakterisiert werden. Dies ist Siegfried Jäger zufolge eine wichtige Grundvoraussetzung für jede Medienanalyse, die mit der Methode der Kritischen Diskursanalyse durchgeführt wird (siehe 3.3.2.), da in diesem Fall die einzelnen Zeitungen/Zeitschriften den „institutionellen Rahmen“ der Analyse bilden.

5.1. Vorbemerkungen und Überblick

Die österreichische Medienlandschaft ist von einem hohen Konzentrationsgrad (also einer, im internationalen Vergleich gesehen, geringen Anzahl an Zeitungen/Zeitschriften), einer starken Verflochtenheit der Medienkonzerne und der Vormachtstellung der „Neuen Kronen Zeitung“ geprägt (vgl. z.B. Fidler und Merkle 1999, Thurnher 1992 und Seethaler und Melischek 2006)

Im Jahr 2010 gibt es in Österreich insgesamt 16 Tageszeitungen zum Kauf („Neue Kronen Zeitung“, „Kleine Zeitung“, „Kurier“, „Der Standard“, „Die Presse“, „Wiener Zeitung“, „Salzburger Nachrichten“, „Oberösterreichische Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Neue Kärntner Tageszeitung“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Neue Vorarlberger Tageszeitung“, „Salzburger Volkszeitung“, „Neues Volksblatt“), zwei Gratiszeitungen („Heute“, „Oberösterreichs Neue“) sowie die zum Teil als Gratisblatt vertriebene Zeitung „Österreich“ und zwei täglich aufgelegte Fachzeitungen („medianet“ und „Wirtschaftsblatt“) (vgl. Käfer 2008, S. 71f.).

Im internationalen Vergleich hat Österreich damit nur eine sehr geringe Anzahl an einzelnen Printmedien.

„[D]daher verdient die österreichische Situation, kurios genannt zu werden. Nicht nur wegen der geringen Zahl der Zeitungstitel (16 gegenüber 100 in der durchaus vergleichbaren Schweiz). [...] Kurios auch wegen der noch immer zunehmenden

Konzentration: 1946 gab es in Österreich noch 36 Tageszeitungen mit Vollredaktion, 1992 waren es nur noch 16. Den steigenden Konzentrationsgrad kann man daran ablesen, daß [sic!] unsere Zeitungen relativ gesehen zu den stärksten der Welt gehören.“ (Thurnher 1992, S. 17)

Hinzu kommt, dass sich die Leser auf diese ohnehin schon geringe Zahl an Zeitungen bei weitem nicht gleich verteilt:

„[D]ie vier auflagenstärksten Tageszeitungen beanspruchen einen Anteil von 76,8 Prozent. Dass sich zehn weitere publizistische Einheiten einen Marktanteil von lediglich 23,2 Prozent teilen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die verzerrte Abbildung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Zusammensetzung des österreichischen Tageszeitungsangebots“ (Seethaler und Melischek 2006, S. 351).

Ebenso sind regionale Vormachtstellungen einzelner Medien interessant:

„Vorarlberg gehört den Vorarlberger Nachrichten, Tirol der Tiroler Tageszeitung, die Salzburger Nachrichten können sich dank ergiebigen Heimatmarkt an der Salzach Qualitätsjournalismus und eine Österreich-Ausgabe leisten, ob der Enns geben die Oberösterreichischen Nachrichten als Landeszeitung den Platzhirschen, Steiermark und Kärnten regiert die Kleine Zeitung. Nur Niederösterreich [...] und Burgenland entbehren ob der Nähe zum Wasserkopf Wien und seinem Massenblatt [Anm. Kronen Zeitung] eigene Tageszeitungen.“ (Fidler und Merkle 1999, S. 303)

Diese, stark vereinfachende, Beschreibung der österreichischen Situation beschreibt einerseits sehr gut, welche Medien in welchen Regionen des Landes zentral sind, verabsäumt es aber andererseits, zu betonen, dass selbst dort, wo Regionalzeitungen einen starken Absatz verzeichnen, die Kronen Zeitung mitmischt. In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, wie auch in Oberösterreich (trotz der Konkurrenz durch die Oberösterreichischen Nachrichten), ist die Kronenzeitung die reichweitenstärkste Tageszeitung (vgl. Media-Analyse 2009). In Kärnten und der Steiermark hat die Kleine Zeitung die größte Reichweite, in Salzburg, Tirol und Vorarlberg haben diese die jeweiligen Regionalzeitungen „Salzburger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitungen“ und „Vorarlberger Nachrichten“.

Nicht zuletzt charakteristisch für die österreichische Medienlandschaft sind die Eigentumsverhältnisse. Die größte österreichische Zeitung, die Kronen Zeitung ist zu 50 % im

Besitz der Familie Dichand (nachdem der langjährige Herausgeber Hans Dichand 2010 verstarb), weiter 50% sind im Besitz der Westdeutsche Allgemeine Zeitung-Mediengruppe (WAZ). Krone und Kurier halten wiederum jeweils 50% am gemeinsamen Tochterunternehmen Mediaprint. Der Kurier ist zu 49,4% im Eigentum der WAZ, weitere 50,6 % hält Raiffeisen (vgl. Petritsch 2007, S. 116f.).

Kleine Zeitung und Die Presse (sowie das hier nicht analysierte Wirtschaftsblatt) gehören zur Styria Medien AG. Den österreichischen Magazinmarkt dominiert die Verlagsgruppe News, zu der unter anderem die Wochenmagazine News, Profil und das hier nicht analysierte Format gehören. Der Kurier hat seinerseits Anteile an der News Verlagsgruppe (25,3%), was wiederum zu einer Verbindung mit Mediaprint führt. Diese Verbindung wird auch Mediamil-Komplex genannt (vgl. Fidler 2008, 455). Die Zeitung Österreich gehört den Brüdern Helmuth und Wolfgang Fellner, die auch einen Anteil von 18,675% an der Verlagsgruppe News halten (vgl. Fidler 2008, S. 455).

Die anderen hier erwähnten Zeitungen sind nicht derartig in größere Geflechte eingebunden. Die Vorarlberger Nachrichten gehören zum Vorarlberger Medienhaus, dass im weiteren Sinne im Familienbesitz ist (vgl. Fidler 2008, S. 583). Die Salzburger Nachrichten sind im Besitz des Herausgebers Max Dasch und seiner Schwester Gertrude Kaindl-Hönig (vgl. Fidler 2008, S. 530). Die Tiroler Tageszeitung gehört zur Moser-Holding, die auch noch im Besitz anderer Regionalzeitungen ist (vgl. Fidler 2008, S. 302). Die Oberösterreichischen Nachrichten sind Teil der Wimmer Holding, einer Gesellschaft, die zum Großteil im Besitz des Zeitungsherausgebers Rudolf Andreas Cuturi ist (vgl. Fidler 2008, S. 607). Der Standard ist, nachdem die Süddeutsche Zeitung einige Jahre lang beteiligt war, seit einem Rückkauf 2008 im alleinigen Besitz des Herausgebers Oscar Bronner (vgl. Fidler 2008, S. 546).

5.2. Charakterisierung der analysierten Medien¹⁶

Die einzelnen Medien sollen nun mit ihren Eckdaten und jeweiligen Besonderheiten vorgestellt werden. Dies ist nicht immer eine vollständige Beschreibung, sie soll aber helfen,

¹⁶ Angaben zur optischen Gestaltung der Zeitungen/ Zeitschriften beruhen, wenn nicht anders zitiert, auf Eigenbeobachtungen der Autorin.

die Diskursposition der einzelnen Publikationen zu verorten. Zunächst werden hier die analysierten Tageszeitungen vorgestellt, im Anschluss daran die ausgewählten Magazine.

5.2.1. Tageszeitungen

Die zehn für die Medienanalyse relevanten Tageszeitungen werden hier nach ihrer Größe (anhand der Druckauflage laut Österreichischer Auflagenkontrolle) gereiht.

5.2.1.1. Die Neue Kronen Zeitung

Die „Krone“ ist mit Abstand Österreichs größte Tageszeitung. Bei einer täglichen Druckauflage von 929.541 Stück im Jahresschnitt von 2009 (vgl. ÖAK 2010, S.10) ist diese Tageszeitung mit einer Reichweite von über 40% relativ gesehen die größte der Welt (vgl. Thurnher 1992, S. 17).

Harald Fidler führt einige Erfolgsfaktoren der Kronen Zeitung an (vgl. Fidler 2008, S. 213-219): das Kleinformat; den Sonntagsverkauf (schon ab 1962); die Auflage von sieben Ausgaben pro Woche; zahlreiche Gewinnspiele, die Wochenendleser einbringen; Sachbeigaben zu Abonnements; Regionalausgaben, die anderen Regionalzeitungen Konkurrenz machen; der populistische Schreibstil, der „die Befindlichkeiten der Landsleute“ aufgreift (Fidler 2008, S. 218); und nicht zuletzt die „positiven Zwischentöne“ unter eher negativer politischer Berichterstattung, die Fidler mit den Schlagworten „Nackte, Kinder, Tiere“ zusammenfasst (Fidler 2008, S. 219);

Armin Thurnher charakterisiert den populistischen Stil der Zeitung wie folgt:

Die „Kronen Zeitung stärkt beinahe alle Ressentiments des schlechten Österreich, von Antisemitismus über Ausländerfeindlichkeit bis zur Verharmlosung des Nationalsozialismus. Die volksbildnerische Komponente daran wäre schlimm genug; noch schlimmer ist, daß [sic!] Politik tatsächlich mit Rücksicht auf diese Gebilde stattfindet. Trotz aller Bedenken gilt Politikern die Seite Drei in der Krone als wichtiger Schauplatz ihrer Tätigkeiten. Was dort verurteilt wird hat keine Chance.“ (Thurnher 1992, S. 12)

Dies findet sich auch in der Themensetzung wieder. Laut einer quantitativen Studie zur thematischen Schwerpunktsetzung österreichischer Zeitungen fallen rund 51% der nicht-

meinungsbezogenen Artikel der Kronen Zeitung in den Bereich „Chronik“¹⁷ (vgl. Magin und Stark 2009, S 55).

Geprägt ist das Erscheinungsbild der Zeitung von großen Überschriften und Unterüberschriften sowie von zahlreichen Bildern. Zwischen der politischen Berichterstattung finden sich zahlreiche, in Kästchen hervorgehobene Gedichte, Kommentare und andere Textsorten. Die Zeitung ist im Durchschnitt etwa 80 Seiten stark.

5.2.1.2. Kleine Zeitung

Österreichs zweitgrößte Zeitung hatte im Durchschnitt des Jahres 2009 eine Druckauflage von 311 245 Stück (ÖAK 2010, S. 10). Hier ist der Größenunterschied zur zuvor beschriebenen Kronen Zeitung, die eine fast drei Mal so starken Auflage hat, bereits deutlich erkennbar. Die Kleine Zeitung ist sowohl inhaltlich (durch Regionalteile), als auch im Verkauf auf Südösterreich spezialisiert. Vor allem in Kärnten, der Steiermark und Teilen des Burgenlandes ist sie besonders stark vertreten.

Harald Fidler beschreibt die kleine Zeitung als „hochmodernes Kleinformat mit einer stark bildlastigen Seite 1, ein regionales Massenblatt mit ambitionierter, anspruchsvoller Hintergrundberichterstattung“ (Fidler 2008, S. 207). Format und Seitenzahl gleichen zwar der Kronen Zeitung, das Layout der Kleinen Zeitung ist jedoch wesentlich schlichter. Während die Kleine Zeitung nicht den Anspruch stellt, eine Qualitätszeitung zu sein, wird ein populistischer Schreibstil wie in der Kronen Zeitung vermieden (vgl. Fidler und Merkle 1999, S. 313). Außerdem verorten Fidler und Merkle bei dieser Zeitung ein Naheverhältnis zur katholischen Kirche in Österreich (vgl. ebd.)

5.2.1.3. Kurier

Mit einer Druckauflage von 211 023 Stück liegt der „Kurier“ bereits deutlich hinter der Kleinen Zeitung. Die Titelseite ist stark bildlastig gestaltet und bietet durch Kurzbeschreibungen einzelner Artikel bereits einen Überblick über die durchschnittlich 32-seitige Zeitung. Politisch ist der Kurier nicht nur von seiner Geschichte her mit der ÖVP verbunden, sondern der Partei auch heute noch nahe (Fidler 2008, S. 246).

¹⁷ In der Studie von Birgit Stark und Melanie Magin wird dieses Ressort aufgeteilt in „Chronik Wien“, „Chronik Österreich“ und „Weltchronik“, die hier genannte Zahl ist die Gesamtsumme dieser Bereiche.

Immer wieder gab es Versuche, den Kurier als Qualitätszeitung¹⁸ zu positionieren. Ob dies je gelungen ist oder gelingen wird, ist fraglich. Harald Fidler beschreibt diesen Zwiespalt so:

„Wie kein anderes heimisches Blatt sucht der Kurier seine wahre Identität. Möglichst viele Leser auf Kosten von Qualität oder doch in Richtung Qualitätszeitung, Information und Seriosität vor Auflage geht“ (Fidler 2008, S. 246).

„Auf diesen beiden Stühlen möchte der Kurier schon immer gerne Platz nehmen und kommt deshalb oft genug zwischen ihnen zu sitzen“, kommentiert Andreas Merkle die Positionierung des Kuriers (Fidler und Merkle 1993, S. 204).

In der Studie zur thematischen Schwerpunktsetzung von Stark und Magin ist der Kurier, zumindest im Bereich Themensetzung, teilweise mit Standard und Presse vergleichbar: etwa 30% der Artikel in der Printausgabe werden zum Thema Politik verfasst, dennoch liegt eine größere Betonung auf Chronik und Sport als in den beiden Qualitätszeitungen (vgl. Magin und Stark 2009, S 55). In dieser Studie gehen die Autorinnen davon aus, dass in klassischen Qualitätszeitungen der Schwerpunkt der Berichterstattung auf Politik, Wirtschaft und Kultur liegt, während in Boulevardzeitungen Chronik und Sport zentrale Themenfelder sind (vgl. ebd.).

5.2.1.4. Österreich

Am 1.9.2006 von Wolfgang Fellner auf den Markt gebracht, soll Österreich in etwa die Zielgruppe des Radiosenders Ö3 ansprechen (vgl. Käfer 2008, S. 63). „Österreich“ stellt gewissermaßen eine Ausnahme dar: Mit einer Druckauflage von 323 892 im Jahresschnitt würde sich die Zeitung dabei eigentlich auf Platz zwei hinter der Krone befinden. Allerdings werden von der genannten Druckauflage 134 640 Exemplare gratis verteilt (vgl. ÖAK 2009, S. 12). Da diese Zeitung sowohl als Kaufzeitung, als auch als Gratisblatt (mit 30 statt 56 Seiten und mehr Inseraten) erhältlich ist, soll hier nur die zum Kauf stehende Zeitung Österreich miteinbezogen werden.

Die Zeitung erscheint im Tabloid-Format englischer Boulevardzeitungen, der Verlag selbst

¹⁸ Die Kategorie der Qualitätszeitungen ist schwer fest zu machen. Traditionell werden in Österreich Die Presse, Der Standard und die Salzburger Nachrichten als solche eingeschätzt (vgl. Fidler 2008, S. 504). Kriterien für Qualitätszeitungen könnten sein „Journalistische und ethische Standards nicht nur einzuhalten, sondern sie besonders hervorzuheben und zu pflegen [...] [b]Besonderes Augenmerk auf internationale Politik auf Kultur auf Themen aus der Wissenschaft [...] [l]Längere, analytische Texte und Hintergrundberichterstattung“ (ebd.); Eine klare Trennung zwischen meinungsäußernden Artikeln und der Berichterstattung ist ein weiteres Kriterium für Qualität.

bezeichnet dies als „XL-Kleinformat“ (vgl. Petritsch 2007, S. 124). Die Aufmachung der Zeitung ist von Frabenvielfalt, großen Überschriften und zahlreichen, großen Bildern geprägt. Obwohl Fellner vor Markteintritt von einer Qualitätszeitung auf dem Niveau der Süddeutschen Zeitung sprach, ist „Österreich“ heute weit weg vom Status einer Qualitätszeitung (vgl. Magin und Stark 2009, S. 46). Auch in „Österreich“ liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung mit etwa 33% im Ressort Chronik, gefolgt von Politik und Sport (vgl. Magin und Stark 2009, S. 55). Damit positioniert sich das Blatt vom Anspruch an den Leser her zwischen Krone und Kurier.

5.2.1.5. Oberösterreichische Nachrichten

2009 wurden im Schnitt täglich 137 947 Exemplare der Oberösterreichischen Nachrichten gedruckt (vgl. ÖAK 2010, S.12). Die OÖN können als bürgerlich positionierte Zeitung eingestuft werden (vgl. Magin und Stark 2009, S. 318). Die in etwa 40 Seiten starke Zeitung erscheint im Großformat und Ähnelt im Layout dem Kurier oder den Salzburger Nachrichten. Die Oberösterreichischen Nachrichten sind in der Themensetzung auf Innenpolitik und Lokales fokussiert, greifen aber durchaus auch internationale Themen auf.

5.2.1.6. Tiroler Tageszeitung

Die Tiroler Tageszeitung ist in Tirol die am stärksten vertretene Tageszeitung mit einer Druckauflage von 108 045 Stück im Jahresschnitt 2009 (vgl. ÖAK 2010, S. 12). Sie zeichnet sich nicht zuletzt durch spezielle Lokalteile (einmal pro Woche sogar auf Bezirksebene) aus (vgl. Magin und Stark 2009, S. 327). Die rund 40-seitige, im Großformat herausgegebene, Regionalzeitung reiht internationale Politik in das zweite Buch, Regionales wird zuerst behandelt.

5.2.1.7. Der Standard

Der Standard ist eine, häufig als linksliberal eingestufte, Qualitätszeitung (vgl. z.B. Thurnher 1992, S. 13), die erst 1988 durch Oscar Bronner auf den Markt gebracht wurde. Mit einer Druckauflage von 108 772 stellt Der Standard die zahlenmäßig größte Qualitätszeitung Österreichs dar. Markant ist das Blatt durch das lachsfarbene Papier.

5.2.1.8. Die Presse

Die Presse ist eine bürgerlich-liberale Qualitätszeitung im Besitz der Styria Medien AG (die auch Eigentümer der Kleinen Zeitung ist). Die Druckauflage der Presse betrug im

Jahresdurchschnitt 2009 102 589 Stück. Im Unterschied zum Standard wird die Presse seit einigen Jahren mit monothematischen Titelseiten gedruckt.

Presse und Standard ähneln einander von der Schwerpunktsetzung, dem Umfang der politischen Berichterstattung und der ausführlichen Berichterstattung über Außenpolitik und Wirtschaft (vgl. Magin und Stark 2009, S. 55). Die beiden österreichischen Qualitätszeitungen unterscheiden sich von einander wohl am ehesten durch die politischen Positionierung und könnten hier gewissermaßen als Gegenstücke betrachtet werden.

5.2.1.9. Salzburger Nachrichten

Die Salzburger Nachrichten werden häufig als Österreichs dritte Qualitätszeitung genannt. Klar ist, dass dieses Blatt einen höheren Anspruch als eine Regionalzeitung vertritt, sich per Selbstdefinition als Qualitätszeitung sieht und das durch eine „Österreich-Ausgabe“ verdeutlicht (vgl. Fidler 2008, S. 530). Mit einer Druckauflage von 91 325 Stück im Jahresschnitt 2009 (vgl. ÖAK 2010, S. 12) liegt die Zeitung aber bereits deutlich hinter Standard und Presse.

Durch eine Besonderheit im Format versucht die Zeitung gleichzeitig ihren Ansprüchen als Qualitätszeitung gerecht zu werden und dem in Salzburg ebenfalls sehr erfolgreichen Kleinformat „Krone“ Konkurrenz zu machen. Das erste Buch wird im „Berliner Format“, das zweite, der Lokalteil im Kleinformat gedruckt (vgl. Fidler und Merkle 1999, S. 298). In der Österreich-Ausgabe gibt es keinen auf Salzburg bezogenen Lokalteil, entsprechend seitenärmer fällt die Zeitung hier aus.

5.2.1.10. Vorarlberger Nachrichten

Die Vorarlberger Nachrichten sind mit einer durchschnittlichen Druckauflage von 68 142 Stück (ÖAK 2010, S. 12) die zahlenmäßig kleinste der hier vorgestellten Zeitungen, haben jedoch innerhalb Vorarlbergs eine Reichweite von 64,5% (vgl. Media-Analyse 2009). Wie die Salzburger Nachrichten erscheinen auch die Vorarlberger Nachrichten im Großformat mit einer kleinformatigen Lokalbeilage. Der Großteil der Zeitung widmet sich lokalen Politik- und Chronikthemen, Internationales und Bundespolitik werden auf den ersten Seiten behandelt.

5.2.2 Magazine

5.2.2.1. News

News ist eines der beiden großen österreichischen Politik-Magazine. Mit einer durchschnittlichen Druckauflage von 222 144 Exemplaren ist es nach dem Unterhaltungsmagazin „Die ganze Woche“ und der Fernsehzeitschrift „TV Media“ das drittgrößte Magazin Österreichs (ÖAK 2010, S. 42). Harald Fidler bezeichnet das von Wolfgang Fellner herausgegebene Blatt als „Info-Illustrierte“ (Fidler 2008, S. 316). So finden sich neben der Politikberichterstattung darin auch Rubriken wie „Lebens-Art“, „Stile“ und „Leute“. Von den rund 150 Seiten behandelt (je nach Ausgabe) etwa die Hälfte Politik- oder Wirtschaftsthemen.

5.2.2.2. Profil

Mit einer Druckauflage von 90 487 Stück liegt das wöchentlich erscheinende Profil weit hinter News. Trotzdem beschreibt Harald Fidler es als „wichtigstes österreichisches Nachrichtenmagazin“ (Fidler 2008, S. 497). Das 1970 von Oscar Bronner gegründete Magazin gehört zur Verlagsgruppe News und hatte von Beginn an eine Fokus auf die Aufdeckung von (Politik-)Skandalen. Im Gegensatz zum Magazin News findet sich im Profil klassische Rubriken des Qualitätsjournalismus: Innen- und Außenpolitik, sowie Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft (vgl. Magin und Stark 2009, S. 340).

6. Medienanalyse

Dieses Kapitel bildet den Kern der vorliegenden Arbeit. Nachdem sowohl die Umstände, unter denen es zum Schweizer Volksentscheid gegen den Bau von Minaretten kam, als auch das Konzept der Islamophobie und die benutzte Methode der kritischen Diskursanalyse vorgestellt wurden, erfolgt hier nun die eigentliche Medienanalyse. Die Gestaltung dieses Kapitels nimmt Bezug auf die Schritte der Analyse nach Siegfried Jäger, wie sie im Punkt 3.3.2. dieser Arbeit ausgeführt wurden. Während der diskursive Kontext der Analyse sowie die Gewinnung des Materialkorpus bereits in Kapitel 4 beschrieben wurden, soll hier mit dem 1. Schritt der eigentlichen Analyse, der Struktur- und Überblicksanalyse, begonnen werden.

6.1. Struktur- und Überblicksanalyse

Wie bereits in den Vorbemerkungen zur Analyse geschildert, bildeten 374 Diskursfragmente, in diesem Fall Artikel, Kommentare und Leserbriefe aus 12 verschiedenen Medien, den Materialkorpus. Zur vollständigen Erfassung des Diskursstrangs wurden in der Struktur- und Überblicksanalyse 151 Artikel ausgewählt und bilden somit das Dossier. Um die Auswahl nachvollziehbar zu machen, sollen hier die Themen und Unterthemen des Diskursstrangs genau aufgeschlüsselt werden. Die Auswahl der Diskursfragmente für das Dossier erfolgte anhand der im Diskursstrang vertretenen Themen und Unterthemen und entsprechend ihrer Verteilung in den jeweiligen Medien. Dass es hierbei nicht zu Auslassungen kommt, ist gemäß der Methode der KDA zentral.

6.1.1. Themen und Unterthemen

Um einen Überblick zu schaffen, wurden die im Diskursstrang vertretenen Themen zu großen Themengruppen mit Unterthemen zusammengefasst. Insgesamt wird in der Analyse zwischen 5 Hauptthemen und ihren Unterthemen unterschieden:

a) Innenpolitisches

Den weitaus größten Teil der Berichterstattung um das Minarettbauverbot nahmen innenpolitische Themen ein. Dabei wurde in den ersten Tagen über österreichische Reaktionen auf das Ergebnis und die Möglichkeit von Minarettbauten in Österreich berichtet. Die Frage, ob und in welcher Form ein Minarettbauverbot auch in Österreich möglich wäre, war auch noch länger ein viel besprochenes Thema in den Medien. Aus der Frage von Minarettbauten in Österreich entwickelte sich medial eine Diskussion um Integration von MuslimInnen in Österreich.

Als Unterthemen zur innenpolitischen Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Schweizer Volksentscheid werden also Stellungnahmen österreichischer politischer Akteure, die Diskussion um Minarettbauten in Österreich sowie eine im Zusammenhang mit dem Minarettbauverbot neuerdings angestoßene Integrationsdebatte.

b) Internationale Reaktionen

Einen großen Teil der Berichterstattung füllen internationale Reaktionen auf das Schweizer Minarettbauverbot. Unter diesem Stichwort sind sowohl die Stellungnahmen internationaler Organisationen (wie etwa der UNO), wie auch die Reaktionen von politischen Vertretern einzelner Staaten und der internationalen Medien zusammengefasst. In der Berichterstattung wurde zum Beispiel konkret über die Konsequenzen für die Schweiz in völkerrechtlicher Hinsicht, die Boykott-Versuche von Schweizer Waren seitens arabischer Staaten und die mögliche Vorbildwirkung auf andere Staaten geschrieben. Berichtet wurde weiters über die Befürwortung eines Minarettbauverbotes verschiedenster rechter Parteien in Europa. Stark vertreten waren auch Berichte über die Vorgänge in Libyen, im Zusammenhang mit der Verurteilung zweier Schweizer wegen Visavergehen (siehe 4.2.1.). Obwohl die Schweiz kein Mitglied der europäischen Union ist, wurde in den österreichischen Medien intensiv über die Reaktionen seitens der EU berichtet. Nicht zuletzt sind diesem Themenfeld auch die Stellungnahmen verschiedener Menschenrechtsorganisationen zuzuordnen.

Als Unterthemen gelten also politische Stellungnahmen, Konsequenzen auf internationaler Ebene im Zusammenhang mit dem Schweizer Volksentscheid sowie die Reaktionen von Nicht-Regierungs-Organisationen.

c) Schweizer Politik

Ein weiterer, wenn auch in den meisten Publikationen weniger umfangreich behandelter Aspekt ist die Schweizer Innenpolitik. Hierbei wird vor allem auf den Umgang mit dem Ergebnis eingegangen. Unter diesem Themenpunkt werden also innerschweizerische Reaktionen sowie die Analyse der Ergebnisse und dessen Folgen für die Schweiz zusammengefasst. Natürlich fällt in diesen Themenbereich auch die Berichterstattung im Vorfeld der Schweizer Volksabstimmung gegen den Bau von Minaretten. Berichte darüber sind jedoch nur vereinzelt und zumeist als Kurzmeldungen zu finden.

Unterthemen hier sind die Vorgeschichte zur Abstimmung, Berichte über das Abstimmungsergebnis sowie Reaktionen auf das Minarettbauverbot.

d) Direkte Demokratie

Mit dem Volksentscheid in der Schweiz kam auch eine Diskussion um Vor- und Nachteile der direkten Demokratie in den österreichischen Medien auf. Dieses Thema wurde zum Großteil in Kommentaren behandelt und ist deswegen in der quantitativen Aufstellung zumeist auch als solches gewertet. Allerdings wurden auch nicht-meinungsbezogene Artikel zum Thema direkte Demokratie im Umfeld des Minarettbauverbots veröffentlicht. Dabei waren vor allem allgemeine Fragen zur direkten Demokratie, wie auch die direktdemokratischen Instrumente in Österreich behandelt. In den Kommentaren und Leserbriefen wurde dagegen eher darüber geschrieben, wie sich direkte Demokratie auswirkt und wie mit dem Minarettbauverbot als Ergebnis einer direktdemokratischen Abstimmung umgegangen werden soll.

Die Unterthemen zum Thema direkte Demokratie sind also Stärken und Schwächen direktdemokratischer Systeme, Instrumente der direkten Demokratie in der Schweiz und in Österreich, sowie die Frage des Minderheitenschutzes.

e) Sonstige Ereignisse

Um Auslassungen zu vermeiden, wurden unter diesem Punkt alle mit dem Minarettbauverbot

direkt oder indirekt verbundenen Diskursfragmente zusammengefasst, die anderen Themenbereichen nicht zuzuordnen waren. In diesem Punkt wird auf die Aufsplittung in Unterthemen verzichtet, da es sich um ein sehr breites Spektrum an Teilbereichen handelt. Um nur einige Beispiele zu nennen wurde hier etwa ein Interview mit dem österreichischen Moderator Sepp Forcher zum Minarettbauverbot oder die in diesem Zusammenhang entflammte Diskussion um einen Moscheebau in Südtirol zugeordnet.

f) Meinung

Da eine Differenzierung in der Textsortenauswahl in der KDA unumgänglich ist (siehe 3.2.2.), wurde auch in den Themen und Unterthemen zwischen der Berichterstattung und meinungsbezogenen Artikeln unterschieden. Eine weitere Unterscheidung wird zwischen redaktionellen Texten, wie etwa Kommentaren, Glossen und Ähnlichem sowie Leserbriefen getroffen. Diese Unterscheidung wird auch in der folgenden Darstellung der Themenaufteilung in einzelnen Medien beibehalten.

Thematisch lassen sich hier wiederum einige Themenblöcke erkennen. In Kommentaren wird sehr häufig über Fragen der direkten Demokratie und der Notwendigkeit eines Minarettbauverbotes geschrieben. Leserbriefe haben zum Großteil Fragen der Integration zum Thema. Generell kann gesagt werden, dass alle Themen und Unterthemen in unterschiedlichem Ausmaß in meinungsbezogenen Textsorten behandelt werden.

6.1.2. Thematische Gewichtung

Nachdem hier kurz die Themen und Unterthemen des Diskursstrangs dargestellt wurden, muss deren Gewichtung in den einzelnen Medien genauer beschrieben werden. Um dies besser zu veranschaulichen wird hier zur Unterstützung auf eine bildliche Darstellung der quantitativen Verteilung zurückgegriffen. Gewertet wurden alle Artikel des Materialkorpus. Generell ist darauf hinzuweisen, dass nicht alle Zeitungen und Zeitschriften gleich viel zum Thema Minarettbauverbot in der Schweiz veröffentlicht haben und sich daher auch die Maßeinheiten der einzelnen Diagramme unterscheiden.

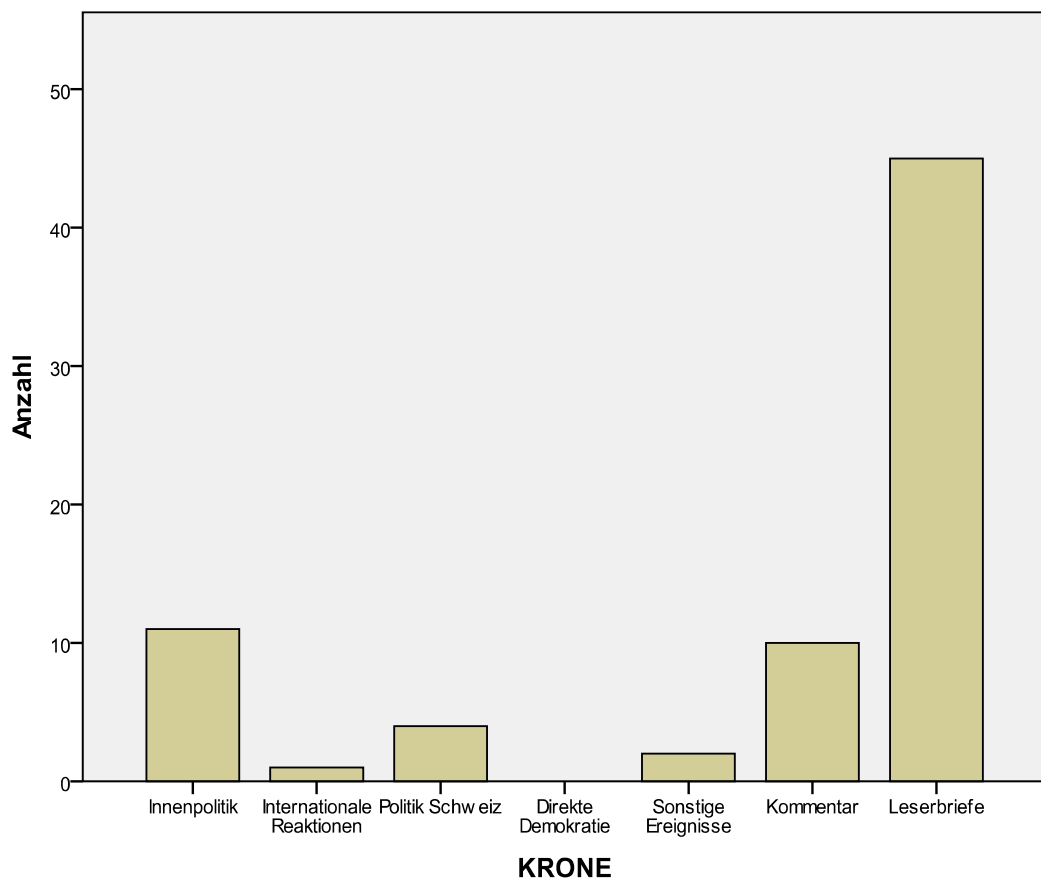


Abbildung 6: Themenverteilung Neue Kronenzeitung (eigene Darstellung)

In der auflagenstärksten Österreichischen Tageszeitung waren meinungsbezogene Elemente stärker vertreten als die Berichterstattung zu allen anderen Themen zusammen. Hier ist allerdings anzumerken, dass einige Artikel, die in der Zeitung selbst nicht als Kommentare gekennzeichnet waren, diesem Unterthema zugeordnet wurden, da sie zweifelsfrei Meinungen transportierten. In Kommentaren und Leserbriefen war das klare Hauptthema die Rolle des Islams beziehungsweise der MuslimInnen in der Gesellschaft. Es wurden also Fragen der Integration und des Umgangs mit MuslimInnen in den Mittelpunkt gestellt. Dies wird in der Feinanalyse noch weiter ausgeführt.

Ein weiterer, wenn auch weniger deutlich gesetzter Schwerpunkt in der Berichterstattung der Kronenzeitung, sind innenpolitische Fragen, dabei vor allem die Reaktionen österreichischer politischer Akteure und die Frage nach Minarettbauten in Österreich. Im Themenbereich Schweizer Politik wurde lediglich das Grundlegendste über die Abstimmung selbst berichtet.

Andere Themen waren in dieser Zeitung kaum vertreten und sind daher vernachlässigbar. Dementsprechend wurden für die Feinanalyse hauptsächlich Kommentare, Leserbriefe und innenpolitische Berichte herangezogen.

Kleine Zeitung

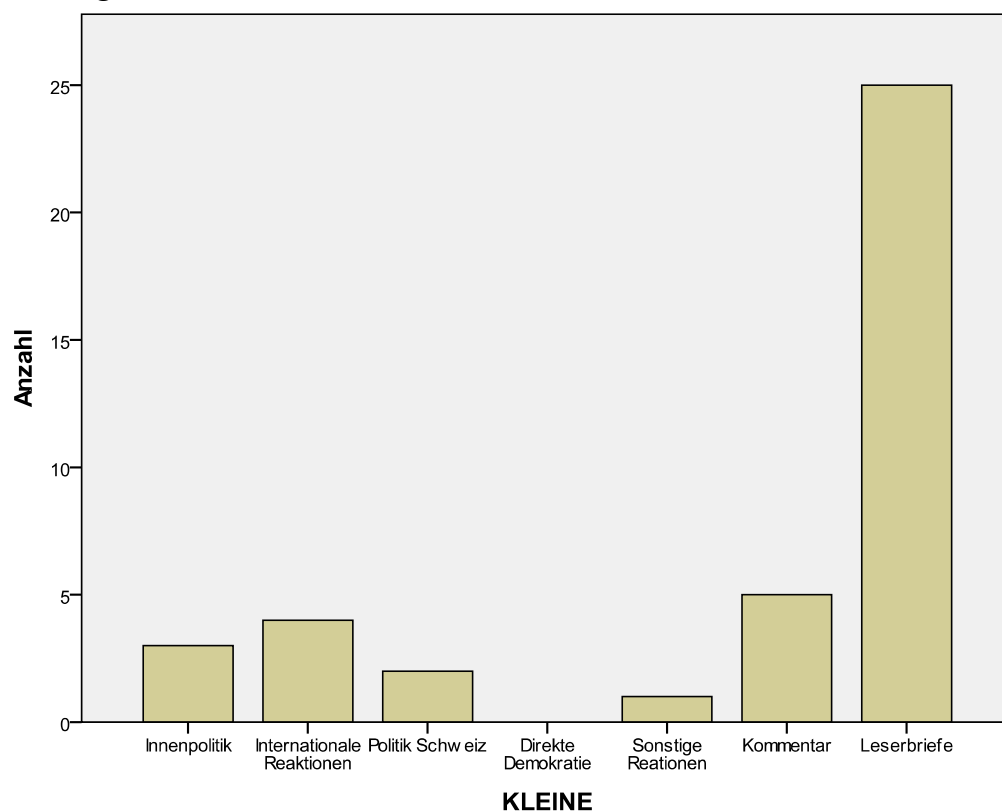


Abbildung 7: Themenverteilung Kleine Zeitung (eigene Darstellung)

Leserbriefe bilden auch in der Kleinen Zeitung den am stärksten vertretenen Themenbereich. Betrachtet man den Bereich „Meinung“, also Leserbriefe und Kommentare zusammen, wird dieser Eindruck noch deutlicher. Die Thematik der Leserbriefe unterscheidet sich jedoch deutlich von jenen der Neuen Kronenzeitung. So beschäftigen sich die meisten Leserbriefe mit der Frage der Religionsfreiheit und des Umgangs mit Minderheiten in einem direktdemokratischen System wie dem der Schweiz.

Wesentlich weniger ausführlich als die Kronenzeitung berichtet die Kleine Zeitung über Innenpolitisches. Dafür wurde hier stärker über internationale Reaktionen berichtet.

Schweizer Politik ist hier ebenso nur im Rahmen der konkreten Berichterstattung über die Abstimmung vertreten. Das Thema direkte Demokratie wird in der Kleinen Zeitung ausschließlich in meinungsbezogenen Artikeln behandelt.

Kurier

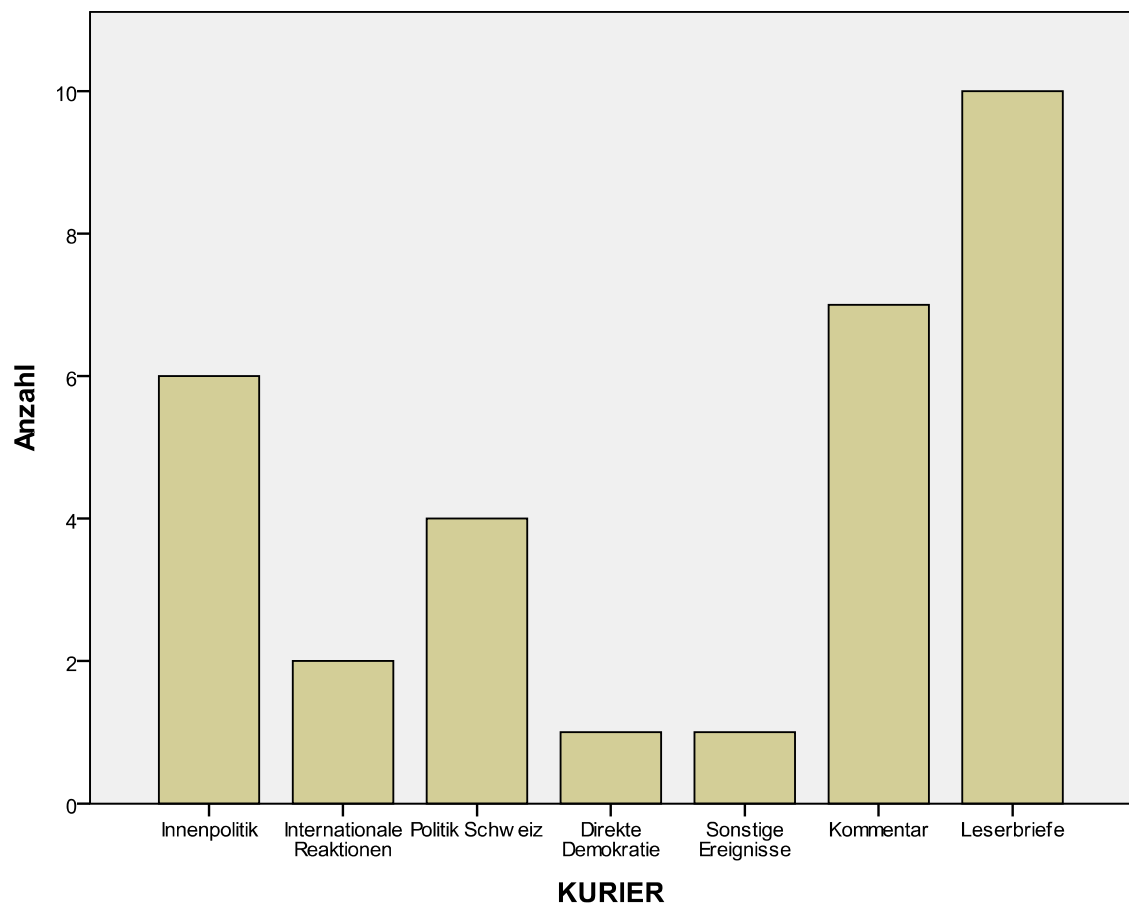


Abbildung 8: Themenverteilung Kurier (eigene Darstellung)

Im Kurier ist eine etwas gleichmäßigere Verteilung auf die einzelnen Themen erkennbar. Auch das Thema direkte Demokratie ist hier vertreten. Innenpolitik ist ein stark vertretenes Thema.

Meinungsbezogenen Berichte erschienen hier ebenso sehr zahlreich. In Kommentaren wird zum Großteil über die Frage nach Religionsfreiheit und Integration geschrieben. Diese Aspekte sind auch in Leserbriefen zentral. Dennoch variiert die Themensetzung des Kurier stark.

Österreich

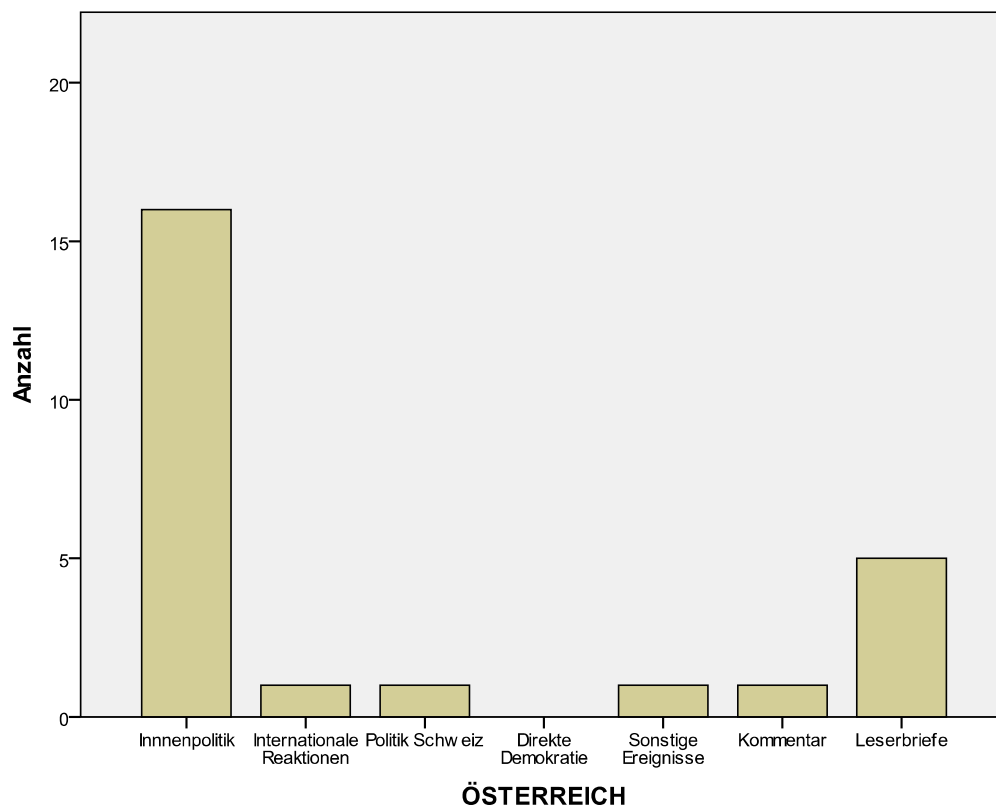


Abbildung 9: Themenverteilung Österreich (eigene Darstellung)

Die Zeitung Österreich berichtet überwiegend über Innenpolitisches. Im Unterschied zu allen anderen Publikationen bilden Leserbriefe nur einen geringen Teil der Veröffentlichungen zum Thema Minarettbauverbot in der Schweiz. Redaktionelle Kommentare kommen kaum vor. Auch die anderen Themen sind nur minimal vertreten.

In der Fokussierung auf Innenpolitisches berichtet diese Zeitung vor allem über ein mögliches Minarettbauverbot in Österreich. Dabei wird besonders häufig auf die Reaktion der FPÖ eingegangen, die im Zuge des Minarettbauverbotes in der Schweiz versucht hat, in mehreren österreichischen Bundesländern über Änderungen in der Bauordnung Minarettbauten zu erschweren.

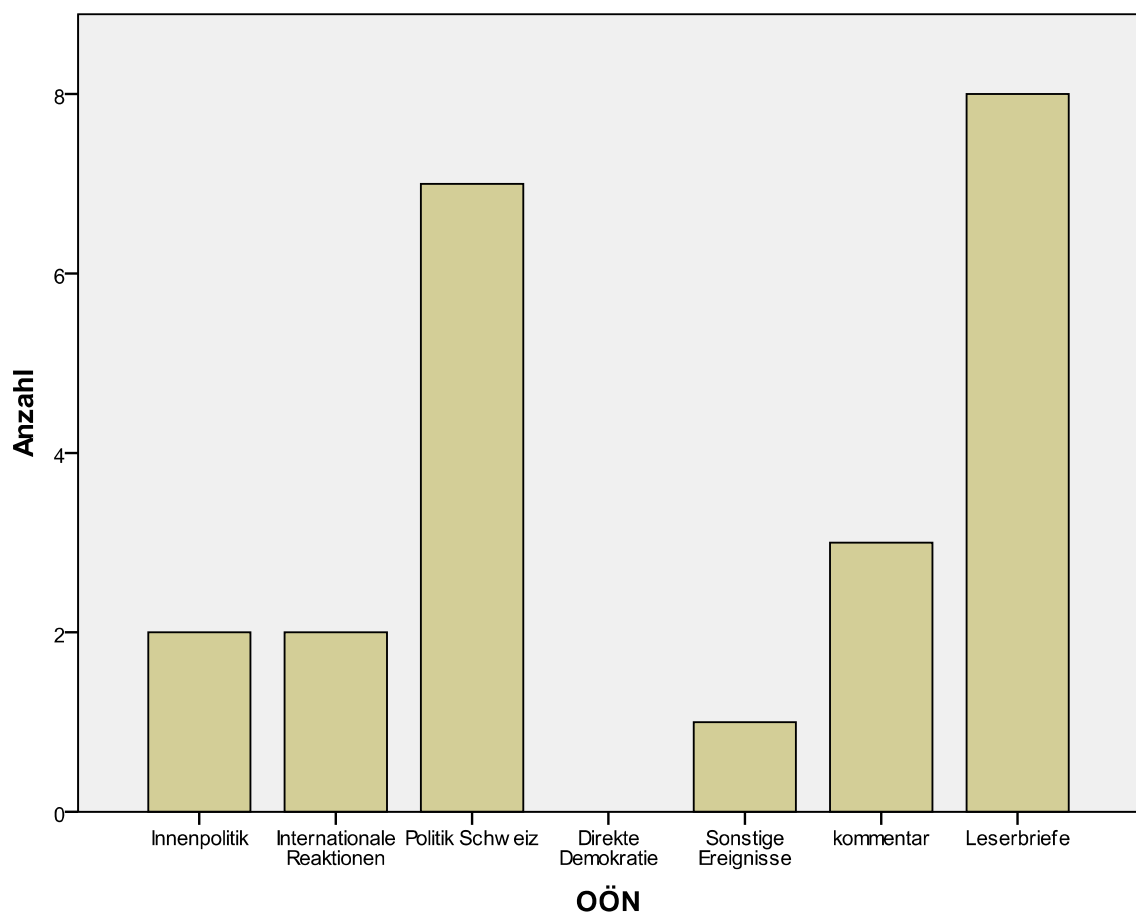


Abbildung 10: Themenverteilung Oberösterreichische Nachrichten (eigene Darstellung)

Besonders hervorstechend in der Themenverteilung der Berichterstattung der Oberösterreichischen Nachrichten ist die Schweizer Politik, die weit stärker vertreten ist als Innenpolitisches. Hier wird sehr ausführlich darüber berichtet, wie es zum Schweizer Abstimmungsergebnis gekommen ist und welche Folgen sich dadurch für die Schweiz ergeben. Internationale Reaktionen waren nur am Rand ein Thema in den Oberösterreichischen Nachrichten.

Leserbriefe und Kommentare bilden hier, wie in fast allen Publikationen, einen großen Teil der Veröffentlichten Artikel. Die Leserbriefe befassen sich zumeist, wie die Berichterstattung über die Schweizer Politik, mit der Frage, wie es zu einer Befürwortung der Initiative kommen konnte. Allerdings ist sowohl in Kommentaren als auch in Leserbriefen eine Integrationsdebatte geführt worden.

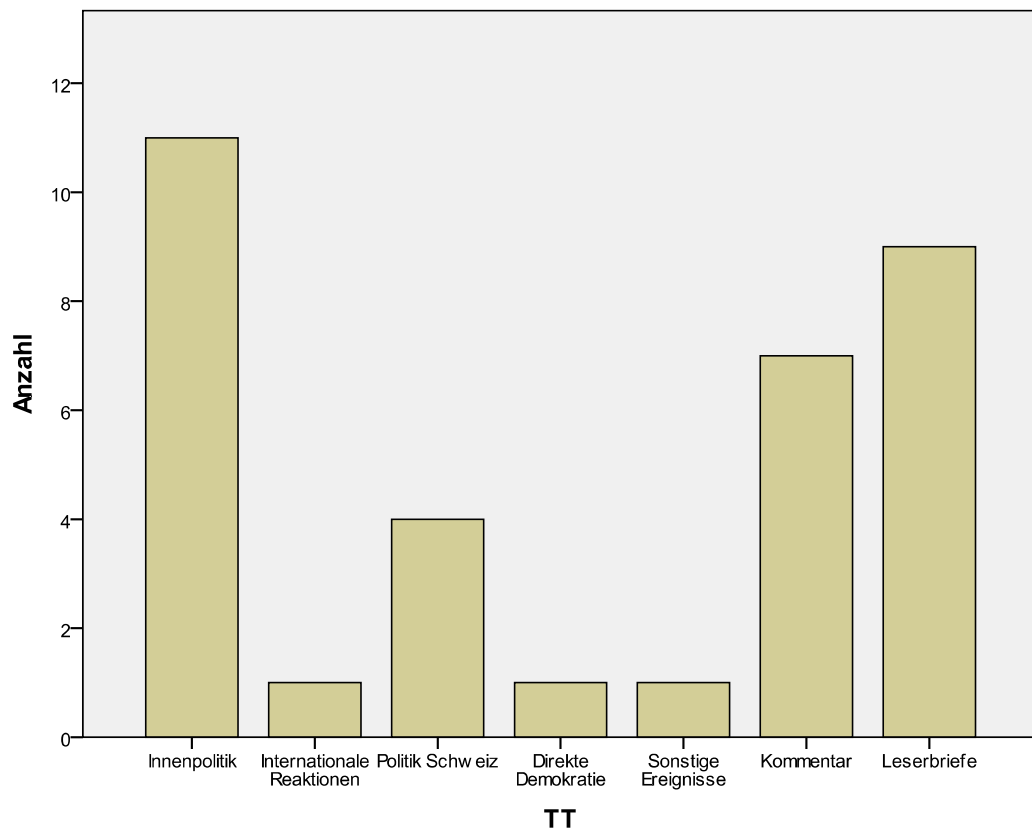


Abbildung 11: Themenverteilung Tiroler Tageszeitung (eigene Darstellung)

In der Tiroler Tageszeitung ist der Themenbereich Innenpolitik, sowie der Bereich Meinung besonders stark vertreten. Intensiv wird hier über Rechtspopulismus, Religionsfreiheit und Menschenrechte geschrieben. Ebenso wird in diesen meinungsbezogenen Veröffentlichungen aber eine Islam- und Integrationsdebatte geführt.

Beim Thema Innenpolitik finden sich zahlreiche Artikel über Minarettbauten in Tirol. Dabei ist einerseits das Minarett in Telfs ein Thema, andererseits wird die Stellungnahme des Tiroler Landeshauptmanns Günther Platter diskutiert, der nach der Schweizer Abstimmung bekanntgab, dass Tirol seiner Meinung nach keine weiteren Minarette brauche.

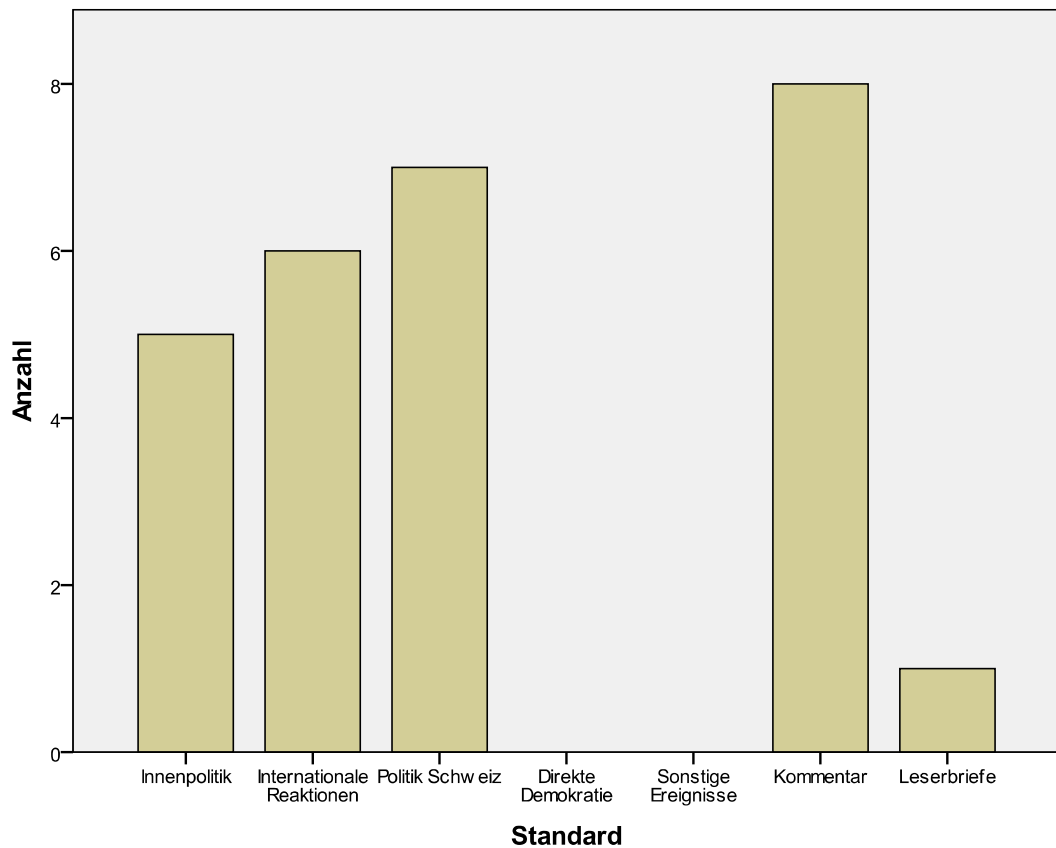


Abbildung 12: Themenverteilung Standard (eigene Darstellung)

Meinungsbezogenes wird im Standard im Rahmen von Kommentaren behandelt. Hier gibt es eine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit der Frage der Religionsfreiheit. Ganz allgemein verschreibt sich der Standard in seiner Berichterstattung der Analyse. Analysiert wird etwa die Situation österreichischer MuslimInnen, die Möglichkeit der Einschränkung von Minarettbauten, die Beweggründe der Schweizer für ein Minarettbauverbot zu stimmen und die Reaktion muslimischer Länder.

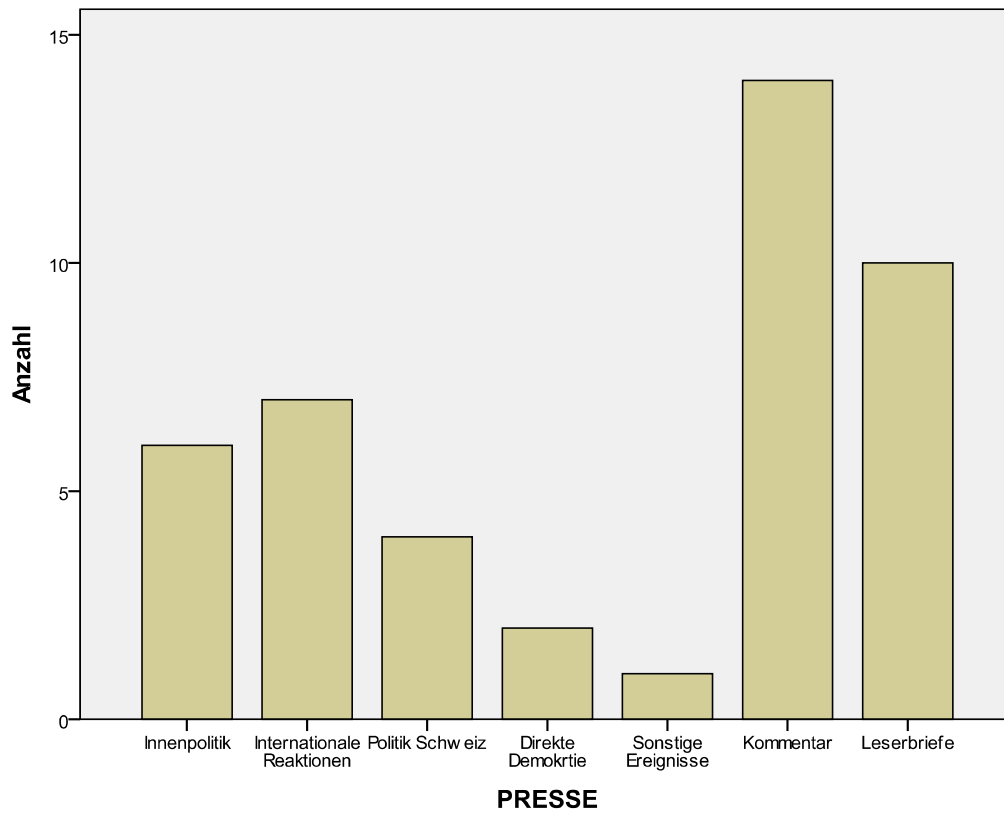


Abbildung 13: Themenverteilung Die Presse (eigene Darstellung)

Direkte Demokratie wird in der Presse als separates Thema behandelt. Dabei wird auf die Instrumente und Funktionsmechanismen direkter Demokratie, vor allem am Beispiel der Schweiz, eingegangen. Die Schweizer Politik bildet ebenso einen stark vertretenen Themenkomplex. Hier sind vor allem die Gründe für das Abstimmungsergebnis und die Folgen für die Schweiz ein zentrales Thema. Die Presse berichtet dabei ausführlich über internationale Reaktionen sowie auch verstärkt über Minarettbauten in anderen europäischen Staaten. Ebenso erschienen viele Artikel zur Lage in Österreich, in diesem Zusammenhang wurde auch eine Wertedebatte geführt.

Diese zieht sich weiter in die zahlreichen Kommentare und Leitartikel, die die Presse veröffentlichte. Weiters kommt es in den meinungsbezogenen Artikeln zu einer Integrationsdebatte. In Leserbriefen wird vor allem auf Spannungen zwischen Christentum und Islam eingegangen. Ebenso ist die rechtliche Auslegung der Religionsfreiheit das Thema

zahlreicher Leserbriefe und Kommentare.

Salzburger Nachrichten

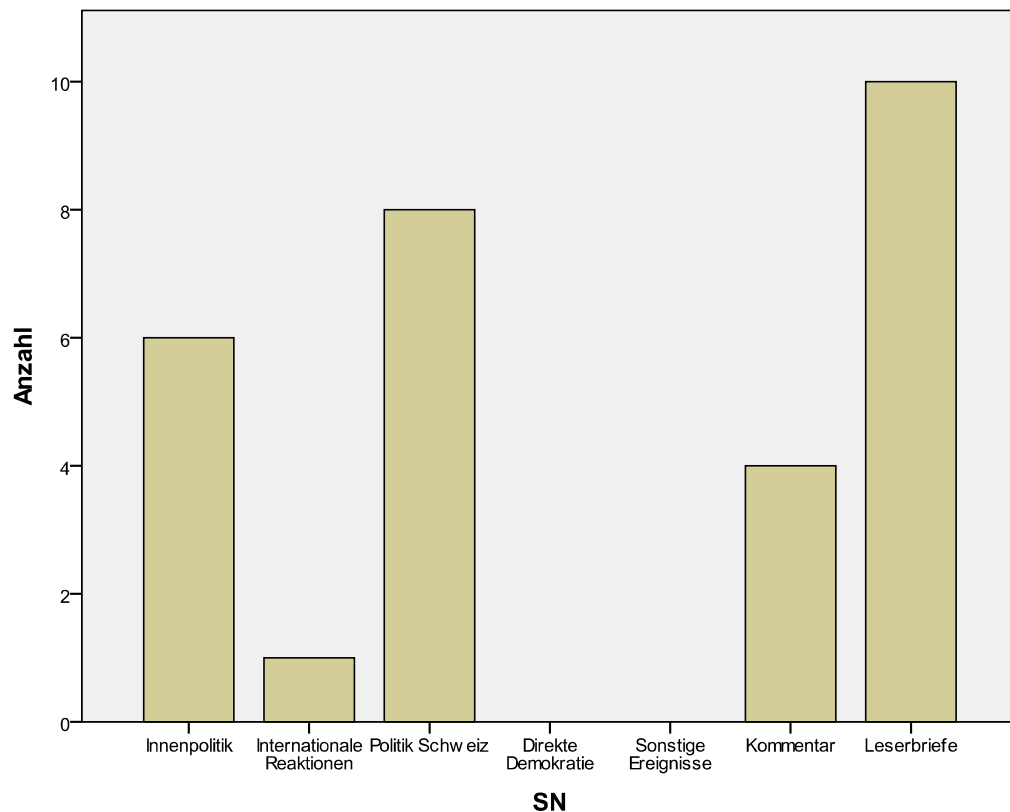


Abbildung 14: Themenverteilung Salzburger Nachrichten (eigene Darstellung)

Sehr intensiv berichten die Salzburger Nachrichten über das Thema Schweizer Politik. Hier findet sich eine Vielzahl von Unterthemen. So wird etwa die Situation von MuslimInnen in der Schweiz analysiert, die Gründe für das Abstimmungsergebnis geschildert und der Schweizer Rechtspopulismus erörtert. Internationale Reaktionen werden hauptsächlich im Zusammenhang mit der Schweizer Politik und der für sie resultierenden Folgen besprochen. Im Themenbereich Innenpolitik finden sich Artikel über Minarettbauten in Österreich und Versuche der FPÖ und des BZÖ, Minarettbauverbote durchzusetzen.

Fragen der direkten Demokratie werden in dieser Publikation ausschließlich im Rahmen von Kommentaren besprochen. Diese widmen sich auch verstärkt der Analyse von Islamophobie in europäischen Gesellschaften. Leserbriefe haben dieses, ebenso wie Integrationsfragen zum Thema.

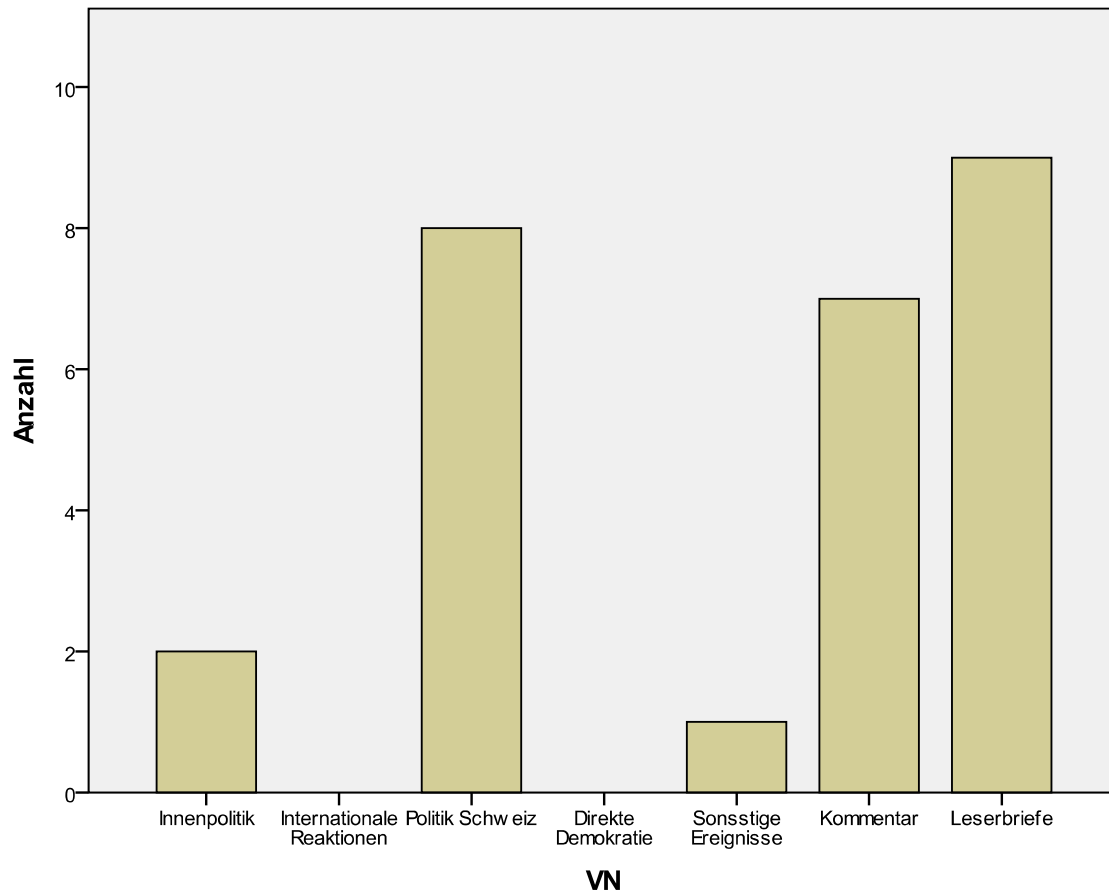


Abbildung 15: Themenverteilung Vorarlberger Nachrichten (eigene Darstellung)

Die Vorarlberger Nachrichten haben ein besonderes Augenmerk auf die Schweizer politische Situation. Alle genannten Unterthemen zum Thema Schweizer Politik sind hier vertreten. Während die anderen Themen vernachlässigt oder ganz ausgelassen werden, erschien eine sehr genaue Analyse der Schweizer Abstimmung. Fragen der Integration wurden hier vor allem auf die Schweiz bezogen besprochen.

Dies zieht sich in den Kommentaren fort. Leserbriefe hingegen gehen sehr wohl auf die österreichische Situation ein. Diese beurteilen vor allem die Reaktionen österreichischer Akteure auf das Minarettbauverbot der Schweiz. Das Thema Integration von MuslimInnen in Österreich wird hier ebenso verstärkt besprochen.

News

Im Magazin News wurde das Schweizer Minarettbauverbot in einem Interview mit einem Schweizer Autor (was dem Themenbereich „sonstige Ereignisse“ zuzuordnen ist), in einem Kommentar und in drei Leserbriefen thematisiert.

Das Interview stellt die Frage nach den Folgen des Minarettbauverbotes, im Kommentar werden österreichische innenpolitische Reaktionen sowie Aspekte der direkten Demokratie abgehandelt. Die Leserbriefe nehmen Bezug auf die beiden genannten Artikel.

Profil

Im Wochenmagazin Profil wurden insgesamt acht Artikel zum Thema Minarettbau veröffentlicht. Darunter behandelten zwei das Thema Schweizer Politik und einer das Thema Innenpolitik, weiters behandeln zwei Kommentare und drei Leserbriefe das Minarettbauverbot.

Jeweils ein Kommentar hat direkte Demokratie beziehungsweise Religionsfreiheit zum Thema. Die beiden Berichte aus dem Bereich der Schweizer Politik berichten über die Abstimmung selbst und die zuvor geführte Debatte um die Plakate der Anti-Minarettinitiative. Das Thema Innenpolitik ist durch ein Interview mit einer FPÖ-Aktivistin vertreten. Die Leserbriefe beziehen sich hier, wie im Magazin News, konkret auf die einzelnen Berichte.

6.2. Auswahl der Diskursfragmente

In der Auswahl der Diskursfragmente wurden die Kriterien für „typische“ Artikel von Siegfried Jäger (siehe 3.2.2.) berücksichtigt. Wichtig ist auch die vollständige Abdeckung aller Themen und Unterthemen. Daher ist die vorangegangene Aufstellung der Themen und Unterthemen das zentrale Auswahlkriterium. Es wurde versucht, aus jeder Zeitung Artikel zu wählen, die das Themenverhältnis der Publikation repräsentieren. Da bei fast allen Zeitungen

Leserbriefe und Kommentare einen großen Anteil haben, bilden diese auch einen Großteil des Dossiers. Somit wird bereits drei wichtigen Kriterien für die Auswahl „typischer“ Artikel Folge geleistet: die thematischen Schwerpunkte der Zeitungen innerhalb des Diskursstrangs werden berücksichtigt und die ausgewählten Artikel geben die quantitative Verteilung der Themen und Unterthemen sowie der verschiedenen Textsorten des Materialkorpus wieder. Weiters wurde versucht, solche Artikel auszuwählen, die auch die Diskursposition des Mediums erkennbar machen.

Natürlich muss auch die Fragestellung der Analyse bei der Auswahl der „typischen“ Diskursfragmente in Betracht gezogen werden. So wurden in das Dossier vor allem Artikel aufgenommen, die auch tatsächlich Bezug auf MuslimInnen beziehungsweise den Islam nehmen. Es wäre wenig sinnvoll einen Artikel zu wählen, der eine rein theoretische Abhandlung direktdemokratischer Instrumente ist. Daher wurde, um bei diesem Beispiel zu bleiben, versucht, solche Artikel aus dem Bereich direkte Demokratie zu wählen, die auch auf die konkreten Folgen der Abstimmung der Schweizer Mehrheitsbevölkerung über eine die muslimische Minderheit betreffende Frage eingehen.

Als für die der Untersuchung zugrunde liegende Fragestellung besonders relevant zu werten, ist die in diesem Zusammenhang geführte Integrationsdebatte. Dies war besonders bei der Auswahl der Diskursfragmente aus dem Bereich Leserbriefe relevant.

Anhand der hier beschriebenen Kriterien wurde ein Dossier von 151 Fragmenten gebildet. Die einzelnen Medien sind darin verschieden stark vertreten, da nicht alle Zeitungen die gleiche Anzahl an Artikeln publizierte. Weiters wurden aus manchen Publikationen mehr Artikel gewählt, um eine vollständige Abdeckung des Themenspektrums zu gewährleisten.

Somit ergibt sich folgende Aufteilung des Dossiers:

Medium	Krone	Kleine	Kurier	Österreich	OÖN	TT	Standard	Presse	SN	VN	News	Profil
Anzahl	29	18	18	10	7	11	7	16	15	12	2	6

Tabelle 1: Aufteilung der Diskursfragmente des Dossiers (eigene Darstellung)

6.3. Feinanalyse

Hier sollen die Ergebnisse der anhand der Kriterien der KDA durchgeführten Feinanalyse dargestellt werden. Zunächst wird im Einzelnen auf die unterschiedlichen Publikationen eingegangen. Im Anschluss sollen die Ergebnisse daraufhin analysiert werden, ob sie nach den in Kapitel 2 erörterten Kriterien als islamophob zu werten sind. Ein abschließendes Fazit soll die Fragestellung der Analyse („*Welche Muster sind in der Berichterstattung der wichtigsten österreichischer Medien im Kontext der Abstimmung über das Schweizer Bauverbot von Minaretten erkennbar?*“) beantworten.

6.3.1. Vorbemerkung

Bevor die Ergebnisse der Feinanalyse geschildert werden, soll hier darauf hingewiesen werden, welche Schritte bereits erfolgt sind. So wurde der eigentliche Verlauf der Schweizer Abstimmung über die Aufnahme eines Minarettbauverbotes in die Verfassung bereits ausführlich erörtert. Ebenso wurden der Islamophobiebegriff, der für die Einstufung der Berichterstattung zentral ist, in Kapitel 2 definiert. Der institutionelle Rahmen der jeweiligen Medien wurde in Kapitel 5 erfasst. Ebenso wurde die Themensetzung der jeweiligen Zeitungen geschildert.

Auf die Spezifika der einzelnen Diskursfragmente soll hier nicht näher eingegangen werden. Diese wurden für die Analyse festgehalten und werden in das Fazit miteinbezogen. Dennoch werden Beispiele, die Diskurspositionen einzelner Medien verdeutlichen, eingebunden. Bildanalysen wurden nach der in Kapitel 3 beschriebenen Methode an einzelnen Artikeln exemplarisch durchgeführt. Da ein Großteil der Diskursfragmente (etwa Leserbriefe und Kommentare) kaum oder gar nicht bebildert sind, wurden nur besonders hervorstechende Bilder analysiert.

6.3.2. Feinanalyse der einzelnen Medien

Die Feinanalysen sollen in jeweils vier Aspekte gegliedert werden, um Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit zu garantieren. Da in dieser Analyse nach dem Umgang österreichischer Medien mit dem Islam gefragt wird und dadurch die damit transportierten Wahrheiten über

diese Religion aufgezeigt werden sollen, sind folgende Punkte zentral: Zunächst werden die am häufigsten angewandten Argumentationsstrategien geschildert. In einem zweiten Punkt wird auf die im jeweiligen Medium verwendeten Kollektivsymboliken eingegangen. Drittens soll die Darstellung des Islams in den jeweiligen Zeitungen/Zeitschriften nachvollzogen werden. Zuletzt soll eine Interpretation erfolgen, bei der auch die Diskursposition des jeweiligen Mediums festgehalten wird.

Es soll hier auch noch angemerkt werden, dass Leserbriefe als solche gekennzeichnet werden. Erfolgt kein expliziter Hinweis handelt es sich bei den eingebundenen Beispielen um redaktionelle Beiträge.

6.3.2.1. Neue Kronenzeitung

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

Bereits zwei Tage nach der Abstimmung druckt die Kronenzeitung über mehrere Seiten Leserbriefe zu diesem Thema ab. Lesermeinungen viel Raum einzuräumen ist charakteristisch für die Kronenzeitung. In den Leserbriefen, aber auch in Kommentaren und Artikeln lassen sich immer wieder die selben Argumentationslinien in verschiedenen Variationen erkennen:

- Die Schweizer Abstimmung als Befreiungsschlag

In der Kolumne „Post von Jeanée“ beschreibt Michael Jeanée die Schweizer Volksabstimmung und ihr Ergebnis als Befreiungsschlag, ein Argumentationsmuster, das sich durch die gesamte Berichterstattung der Kronenzeitung zieht:

„Grob, wenn nicht sträflich unterschätzt hat man Euch, liebe Schweizer. Und ich darf Euch gratulieren zu Eurer Image-Korrektur. Denn Euer Votum mag überraschend und unerwartet ausgefallen sein. Allein, es gibt üblere Signale in dieser Welt der Mutlosen und Resignierer.“ (1.12., S. 10)

Vermittelt wird dadurch, dass die SchweizerInnen etwas „Mutiges“ getan hätten, was Vorbild für andere Länder sein kann. Der Schweizer Volksentscheid bekommt einen rebellischen Beigeschmack.

- Es braucht kein Minarett, daher ist das Minarettbauverbot keine Verletzung der Religionsfreiheit

Immer wieder weisen LeserInnen, aber auch KolumnistInnen darauf hin, dass man im

Zusammenhang mit dem Minarettbauverbot nicht über Religionsfreiheit diskutieren müsse oder das es diese nicht einschränke, weil „echte Gläubige“ kein Minarett zur Religionsausübung bräuchten und dies im Koran auch nicht vorgeschrieben ist: *Wer "gläubig" ist, der ist es auch ohne riesige Prunkbauten, die Andersgläubige als Bedrohung empfinden! Der gläubige Mensch kann auch im "stillen Kämmerlein" zu seinem Gott beten, der braucht keine riesigen Minarette und Moscheen! (Leserbrief: „Schweizer Mehrheit!“, Heinz Vielgrader, 1.12., S.22)*

- Die Situation von ChristInnen in islamischen Ländern rechtfertigt das Bauverbot

Eine in fast allen Publikationen wiederkehrendes Argumentationsmuster ist die Legitimierung eines Minarettbauverbotes durch die eingeschränkte Religionsfreiheit in manchen Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit:

„Eine der meistgestellten [sic!] Fragen ist dabei, wie es denn umgekehrt mit dem Kirchenbau in islamischen Ländern aussehe, und man gibt sich auch gleich selbst die Antwort: dass es natürlich um Kirchen und andere Religionen dort schlecht bestellt ist.“ (,Naschmarkt“, Peter Gnam, 1.12., S.3)

Hiermit wird eine Art „Auge-um-Auge“-Logik konstruiert, die behauptet, dass man MuslimInnen in Europa keine Rechte einräumen muss, weil diese in manchen, überwiegend muslimischen Ländern ChristInnen auch nicht gewährt werden.

- MuslimInnen werden bald die Mehrheit in Österreich bilden, daher soll es keine Minarette geben

Dass MuslimInnen durch stetige Zuwanderung, beziehungsweise eine höhere Geburtenrate bald eine Mehrheit in Österreich darstellen könnten und daher jede Einschränkung von Rechten eine „Schutzmaßnahme“ darstellt, ist eine ebenso gebrauchte Argumentationsstrategie:

„Natürlich fiel die obligat schnatternde Gutmenschen­schar gleich über sie her und warnte vor Religionskriegen und Konflikten mit der "muslimischen Gemeinde", denn so weit sind wir ja schon, dass wir uns unser Verhalten von den Noch-Minderheiten diktieren lassen.“ (Leserbrief: „Mut zur Heimat“, Stephan Pestitschek, 1.12., S. 22)

Es wird suggeriert, dass eine Machtübernahme seitens des Islams direkt bevorsteht und daher damit argumentiert, dass ÖsterreicherInnen dafür kämpfen müssten „Herr im eigenen Haus“ zu bleiben. Dies wird auch durch die Bebilderung einzelner Artikel

unterstützt:

Mittels einer kurz gehaltenen Bildanalyse soll die Aussage dieses Fotos klarer gemacht werden:



Abbildung 16: Neue Kronenzeitung, 1.12., S. 2 (abfotografiert)

1. Formulierende Interpretation:

i) Vorikonographische Ebene

Das Bild zeigt eine größere Menge an Menschen in einem Park vor einem historischen Gebäude im Hintergrund. Im Vordergrund ist eine Gruppe von Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts mit verschiedensten Gegenständen zu sehen. Die Frauen tragen Kopftücher. Im Bildmittelgrund sowie im Hintergrund sind weitere Menschen zu sehen.

ii) Ikonographische Ebene

Es ist klar erkennbar, dass es sich um ein Picknick handelt. Die Gruppe im Vordergrund stellt eine Familie dar. Dass es sich um eine muslimische Familie handelt, wird durch die Kopftücher der Frauen deutlich. Bei den anderen Menschen ist kein sichtbares Zeichen der Religionszugehörigkeit erkennbar.

2. Reflektierende Interpretation

i) Formale Komposition

Die Perspektive des Bildes lässt die Menschenmasse sehr groß erscheinen. Das Bild wirkt voll und die von Bäumen gesäumte Idylle wird durch die zahlreichen Aktivitäten der Menschen durchbrochen.

ii) Ikonologisch – ideologische Interpretation

Dadurch, dass sich eine muslimische Familie im Vordergrund befindet, wird der Eindruck geweckt, dass es sich bei allen Menschen auf dem Bild um MuslimInnen handelt. Durch die Situation des Picknicks wird weiters eine Assoziation mit Ausbreitung geweckt. Die Gegenstände, die die Familie mit sich führt, sind über den ganzen Bildvordergrund verteilt. Der Kontrast zwischen einem historischen Gebäude, als Repräsentant des „Europäischen“ und der muslimischen Familie als dem „Fremden“ ist deutlich erkennbar.

iii) Interpretation des Bildtextes

„Die deutsche Hauptstadt Berlin ist ein negatives Musterbeispiel für fehlgeschlagene Integrationspolitik - „Kleinistanbul“ an der Spree. Noch in der zweiten und dritten Generation können viele Türken kaum Deutsch – Parallellwelten entstehen, die einen fühlen sich ausgegrenzt, die anderen bekommen Angst.“

Der Bildtext unterstützt den Eindruck, dass MuslimInnen nicht Teil der Gesellschaft sind, gleichzeitig aber eine wachsende Gruppe darstellen. Die deutsche Hauptstadt mit dem Namen einer Türkischen Großstadt zu betiteln suggeriert, dass Türken bereits in der Mehrheit sind. Das dies negativ zu werten ist, wird durch den Bildtext ebenfalls deutlich. Das Bild quillt also vor negativen Assoziationspunkten über.

- Kulturelle Unvereinbarkeit rechtfertigt das Minarettbauverbot

Eine weitere Rechtfertigung für ein Verbot von Minarettbauten liegt in der Argumentation der Kronenzeitung in den angeblich unüberwindbaren kulturellen Unterschieden:

„Nicht dass ich dabei nur an religiöse Aspekte denke, sondern die zwei Kontinente Orient und Europa sind zwei so verschiedene Dinge, dass man sich vorstellen kann, dass jedes dieser Kleinode an jenem Platz verbleiben soll, wo es bisher war“ (Leserbrief: „Minarette und Architektur“, Helene Schneidhofer-Skernjug, 5.12., S.24)

Einen weiteren Kommentar in dieser Argumentationslinie verfasste Peter Gram in der Kolumne „Thema des Tages“ auf Seite 3 am 1.12. unter dem Titel „Naschmarkt“. Der Autor beschäftigt sich mit „dem Fremden“, dass mit dem Islam gleichgesetzt wird. Gnam beschwört auch, das „die Österreicher“ das Fremde - also ihm zu Folge den Islam - nicht wollen, was durch ein Zitat der österreichischen Innenministerin belegt werden soll:

„Innenministerin Fekter hat die ganze Diskussion nun insofern auf den Punkt gebracht, als sie meinte, in Österreich lieber Kirchenglocken als den Muezzin zu hören. Genau das ist es auch, was die Menschen denken - "Fremdländisches" ist ihnen in geballter Form suspekt und macht deshalb Angst.“ („Naschmarkt“, Peter Gnam, 1.12., S.3)

- Die Gesellschaft muss sich gegenüber MuslimInnen verteidigen, daher ist ein Minarettverbot notwendig

Eine ebenfalls häufig gebrauchte Argumentationsstrategie ist die des Kulturkampfes. So wird in der Frage der Minarette häufig die Idee aufgebracht, dass diese Kirchtürme (als Symbol für die „christliche Heimat“) ersetzt werden, wenn nicht dagegen angekämpft wird. Dieses Argumentationsmuster lässt sich auf der Ebene der Religion („Christentum versus Islam“) wie auch auf der Ebene der gesellschaftlichen Werte (aufgeklärtes Europa versus rückständiger Islam“) beobachten:

Wir Tiroler mögen es nun einmal nicht, wenn man unser Landl orientalisch einfärbt. Wir tauschen auch nicht das Kruzifix gegen den Halbmond. (Leserbrief: „Wir Tiroler mögen keine Minarette“, Erika Leidlmair, 7.12., S. 29)

„Die Bewahrung und Verteidigung europäischer Grundwerte einerseits sowie das Definieren von klaren Zuwanderungsregeln auf der anderen Seite definieren das Spannungsfeld, in dem künftige Diskussionen geführt werden müssen.“ (Leserbrief: Schweizer Minarett-Initiative“, Sebastian Kolland, 6.12., S. 37)

Dies zieht sich auch in der Darstellung des Islams fort, der mit einer Vielzahl an negativen Eigenschaften in Verbindung gebracht wird (siehe „Darstellung des Islams“).

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Die Liste der sensationisierenden Kollektivsymbole, die in der Kronenzeitung angewendet

werden, ist lang. Wolfgang Martinek (vgl. Stajić 2010), der täglich unter dem Titel „In den Wind gereimt...“ unter dem Pseudonym Wolf Martin Reime in der Kronenzeitung veröffentlicht, schreibt etwa am 1.12.:

„Ging's nach der Staatsregierung, hätte die Schweiz bald viele Minarette (die bei Muslimen gar nicht selten als Landbesitzes Zeichen gelten). Doch nach dem Volk geht's in der Schweiz. Das ist ihr Vorzug und ihr Reiz. Macht's Gutgesellen auch Verdruss, das Volk ist Souverän - und Schluss! Wolf Martin“ (S.3)

Hier lassen sich bereits viele Kollektivsymbole erkennen. Etwa jenes der „Gutgesellen“ (was mit jenem der „Gutmenschen“ gleichzusetzen ist), dass sich nicht nur durch die Argumentation der Kronenzeitung zieht und auf das im Folgenden noch näher eingegangen werden soll. Weiters vermittelt dieser Text die Idee einer Landnahme beziehungsweise eines Machtanspruches seitens der MuslimInnen. Da Wolf Martin auch prognostiziert, dass ohne das Minarettbauverbot bald „viele Minarette“ in der Schweiz gebaut würden, suggeriert dies eine Art Eroberung. Mit einem muslimischen Machtanspruch sind in Österreich die geschichtlichen Erfahrungen der Türkenbelagerungen verknüpft, also einer historischen Bedrohung, von der bereits jedes Volksschulkind lernt. Ein weiterer Aspekt ist die Aussage, dass die politische Elite für eine solche Entwicklung Eintritt und nur „das Volk“ dagegen auftreten kann.

Mehrere Kollektivsymbole beziehen sich auf eine Art „Front pro Islam“:

Vermittelt wird, dass sich sowohl „Gutmenschen“, als auch die politische Elite und die Wirtschaft für den Islam einsetzen, während die „Normalbevölkerung“ in Angst lebt. Immer wieder wird in Leserbriefen unterstellt, jene, die sich für die Rechte von MuslimInnen einsetzen wären entweder naiv, geldgierig oder würden nach Macht streben:

„Alle Menschen, die ein Herz für ihr Heimatland haben, verstehen die Schweizer - nur manche, die die Probleme selbst nicht kennen, weil sie abgeschirmt im Cottage leben, sind für eine weitere Islamisierung und für mehr Zuwanderung aus islamischen Ländern.“ („Mut zur Heimat“, Stephan Pestitschek, 1.12., S. 22)

Auch die Begriffe „Cottage“ oder „Cottageviertel“ sind Kollektivsymbole, die auf eine teure Wohngegend in Wien anspielen und somit für die politische und wirtschaftliche politische

Elite des Landes stehen.

c) Darstellung des Islams

Die Darstellung des Islams ist von Pauschalisierungen und der Umkehrung von Tatsachen geprägt. Ein eher unaufgeregter Artikel von Christian Hauenstein berichtet am 1.12. auf Seite 2 unter dem Titel „Initiatoren der Schweizer Volksabstimmung legen noch eins drauf: Nach Minarett-Verbot kommt neue Abstimmung über Verschleierung!“ über verschiedene Reaktionen auf das Minarettbauverbot, unter anderem über die Pläne der Schweizer SVP, ein Burka-Verbot zur Abstimmung zu bringen. Auffällig ist hier vor allem die Bebilderung:

Mittels einer kurz gehaltenen Bildanalyse soll auch die Aussage dieses Fotos klarer gemacht werden:



Abbildung 17: Neue Kronenzeitung, 1.12., S. 1 (abfotografiert)

1. Formulierende Interpretation:

i) Vorikonographische Ebene

Das Bild zeigt mehrere Frauen die ein Kopftuch tragen, drei davon im Bildvordergrund, weitere im Bildmittel und -hintergrund. Im Bildmittelgrund ist auch ein Transparent mit der Aufschrift „Mein Kopftuch ist meine Freiheit www.meinkopftuch.org“ sowie ein junger Mann zu sehen. Im Bildhintergrund ist

außerdem ein von einer Frau getragener blauer Regenschirm mit buntem Muster zu sehen.

ii) Ikonographische Ebene

Es ist klar erkennbar, dass es sich um eine Demonstration handelt. Da die drei Frauen im Bildvordergrund sehr nah aneinander stehen, wird ein freundschaftliches Verhältnis zwischen ihnen suggeriert. Die Frauen im Bildvordergrund lächeln. Eine Frau im Bildmittelgrund hat einen ernsteren Blick.

2. Reflektierende Interpretation

i) Formale Komposition

Es ist erkennbar, dass sich die Frauen in einer von hohen Häusern umgebenen Straße befinden. Die Perspektive lässt die Straße als von den DemonstrantInnen ausgefüllt erscheinen.

ii) Ikonologisch – ideologische Interpretation

Die Frauen im Bildvordergrund wirken vergnügt. Ihr Lachen vermittelt dem/der BetrachterIn, dass sie Spaß haben. Das Bild an sich transportiert also die Aussage, dass die befreundeten Frauen vergnügt durch die Straße ziehen.

iii) Interpretation des Bildtextes

„Integration bzw. eben Nicht-Integration ist ein europäisches Problem: Die Lust an Provokation, wie bei diesen moslemischen Frauen in Deutschland, verkennt dabei den Ernst der Lage in der öffentlichen Debatte“

Der Bildtext verkehrt die Aussage des Bildes ins komplette Gegenteil. Würde man ohne die Betrachtung des Bildtextes annehmen, es handle sich um selbstbewusste junge Frauen, die sich für ein Ihnen wichtiges Anliegen engagieren und dabei Spaß haben, erweckt der Bildtext den Eindruck, die Frauen würden sich über den/die BetrachterIn lustig machen und ihn/sie provozieren wollen. Weiters wird suggeriert, dass es MuslimInnen sind, die eine Debatte um Integration verhindern.

Dies fügt sich in das Bild, das in der Kronenzeitung vom Islam gezeichnet wird. MuslimInnen werden als nicht integrationswillig und dabei auch als das vollkommen Fremde dar gestellt:

„Die Moslems wollen sich weder anpassen noch eingliedern. Durch ihr provokantes Verhalten wollen sie uns nur verärgern und in Unfrieden stürzen.“ (Leserbrief: „Der kleine Finger“, Leodegar Berger, 11.12, S. 30)

MuslimInnen wird also ein böses, feindseliges Verhalten gegenüber „echten Österreichern“ unterstellt.

Auf vielfältigste Weise wird auch argumentiert, dass es unumgänglich ist, sich vor dem Islam beziehungsweise vor den MuslimInnen zu fürchten:

Wer seine eigenen Gotteshäuser so wenig achtet, dass er sie samt den darin befindlichen "Glaubensbrüdern" sprengt, der macht eben wirklich Angst; dazu braucht man gar nicht erst die Indoktrinierung seitens rechtsradikaler politischer Parteien: Das sagt schon der nackte Überlebenstrieb! (Leserbrief: "Heißumkämpfte Minarette", Helmut Magnana, 10.12., S. 28)

Weiters wird der Islam immer wieder als unzivilisiert, gewalttätig und frauenverachtend dargestellt:

„Die Mädchen werden von Kindheit an zum Kopftuchtragen gezwungen, später mit Zwangsbeschneidungen verstümmelt und nach der Schule zur Zwangsheirat ins Ausland gebracht. Von dort kehren sie, vermutlich nach ihrer Vergewaltigung, mit ihren neuen Ehemännern nach Europa als Gebärmaschinen zurück.“ (Leserbrief: „Minarette und Zuwanderung“, Friedrich Lipp, 11.12., S. 30)

Ebenso finden sich pauschalisierende Beschreibungen von MuslimInnen als „dreckig“ (Leserbrief: „Moslem-Integration“, Helga Resch, 19.12., S.30), „ungebildet“ (Leserbrief: „Minarette und Zuwanderung“, Friedrich Lipp, 11.12., S. 30) oder intolerant (Kolumne: „Eule“¹⁹, „Interkultureller Dialog“, 6.12., S. 6)

Insgesamt werden dem Islam und den MuslimInnen alle Eigenschaften angeheftet, die in der österreichischen (oder europäischen) Gesellschaft als verachtenswert gelten. Ausnahmen gibt es dabei nur wenige. Wenn darauf hingewiesen wird, dass es auch MuslimInnen gibt, die diesem Bild nicht entsprechen, werden diese als Ausnahme dar gestellt. So schreibt ein Leser, nachdem er fordert, dass MuslimInnen die deutsche Sprache lernen:

„Im Übrigen gibt es bei uns zahlreiche aufgeschlossene, integrierte Türken - auch in anspruchsvolleren Positionen.“ (Leserbrief: „Minarette“, Ernst Smole, 11.12., S. 30)

Dieser Hinweis mag positiv klingen, dennoch bedeutet eine solche Aussage in diesem Kontext, dass integrierte TürkInnen (häufig werden Türkei und Islam synonym verwendet)

¹⁹ In der Kronenzeitung selbst wird nicht bekannt gegeben, wer hinter diesem Pseudonym steht. Der Wiener Zeitung zufolge handelt es sich beim Autoren aber um den mittlerweile verstorbenen Herausgeber der Kronenzeitung, Hans Dichand (vgl. Kaspar 2007, S. 12).

etwas sind, dass es auch, also nur in Form einer Ausnahmen von der Regel, gibt.

d) Diskursposition und Interpretation

Die Neue Kronenzeitung geht äußerst eskalierend mit dem Minarettbauverbot in der Schweiz um. Worte der Kritik am Minarettbauverbot finden sich kaum. In Berichten, Kommentaren und Leserbriefe sowie in der Bebilderung finden sich sensationalisierende Kollektivsymboliken. Der Islam wird pauschalisiert und als statische Einheit, die noch dazu mit einer Vielzahl von negativen Eigenschaften behaftet wird, dar gestellt. Hier wird offen Hetze gegen MuslimInnen und den Islam betrieben. Die Position der Neuen Kronenzeitung im medialen Diskurs um den Islam muss somit als äußerst feindseelig den MuslimInnen gegenüber eingestuft werden.

6.3.2.2. Kleine Zeitung

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

In der Kleinen Zeitung finden sich zum Teil ähnliche Argumentationsstrategien wie in der Kronenzeitung. Hier sollen jene Argumente wiederholt werden, in denen neue Aspekte angesprochen werden. Weiters sollen bislang noch nicht aufgetauchte positive wie negative Strategien erwähnt werden.

- Man muss MuslimInnen vor sich selbst beziehungsweise ihrer Kultur schützen, daher ist ein Minarettbauverbot notwendig

In einigen Kommentaren der Kleinen Zeitung wird sehr verständnisvoll auf die Situation von MuslimInnen im Kontext des Minarettbauverbotes eingegangen. Dann wird aber argumentiert, dass Europa bereits Werte entwickelt habe und diese für den Islam (dem solche Werte fehlen) durchsetzen müsse. Daher sind Einschränkungen in den Rechten der MuslimInnen gerechtfertigt:

„Heirat unter Zwang gab es auch hierzulande. Kulturell wesensfremd ist uns das brachiale Unrecht nicht. Es will nur niemand in die Düsternis²⁰ zurück. Die Gesellschaft kann daher nicht hinnehmen, dass in verborgenen Zuwanderer-Nischen dieses Unrecht wuchert. (...) Unter den Befürwortern des Schweizer Minarett-Verbots

²⁰ „Düsternis“ ist ebenso als Kollektivsymbol zu werten. Die Assoziation mit dem „düsteren Mittelalter“, in dem sich der Islam dieser Aussage zufolge noch immer befindet, ist offensichtlich gewollt.

*war der Anteil der Frauen exorbitant hoch. Sie waren nicht die bösen Rechten.“
(„Der Tod einer Muslimin“, Hubert Patterer, 6.12., S. 12)*

- Es gibt ein muslimisches Gewaltpotential, das aktiv werden könnte, daher müssen MuslimInnen in ihren Rechten eingeschränkt werden.

Ähnlich wie in der Kronenzeitung wird in der Kleinen Zeitung häufig auf die vom Islam ausgehende Terrorgefahr hingewiesen. Dies geschieht aber wesentlich subtiler.

„Noch beschränken sich die mittelöstlichen Reaktionen auf Aufrufe, die Schweiz wirtschaftlich zu schädigen.“ (,Dauerstreit“, Michael Wrase, 4.12., S. 6)

Dieses „noch“ deutet darauf hin, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis MuslimInnen Gewalt anwenden. Es finden sich aber auch Berichte, in denen diese „Gefahr“ konkreter angesprochen wird:

*„Wenn Muslime etwas wollen, dann haben wir zu kuschen und das zu tun, was sie uns vorschreiben, sonst wird Rache gegen die Ungläubigen durchgeführt, denn Muslime kennen keine Toleranz gegenüber der westlichen Welt oder gar Christen!“
(Leserbrief: Pater Jelly, 6.12., S.54)*

- Es droht die Übernahme unserer Gesellschaft durch den Islam, daher ist eine Einschränkung der religiösen Rechte von MuslimInnen notwendig

Häufig findet sich die Argumentation, dass MuslimInnen und ihre Traditionen die österreichischen Bräuche und langfristig auch die hier herrschende Rechtsordnung ersetzen würden:

„Nachdem die europäischen Medien lange genug den demokratischen Entscheid für ein Minarett-Verbot in der Schweiz beklagt haben, kommt nun die Forderung, die Kirchenglocken zu verbieten. Die ‚Christkindlmärkte‘, die aus Rücksicht auf Andersgläubige keine Weihnachtskrippen aufstellen, werden in der Seitenblickegesellschaft ohnehin nur mehr nach dem Punschkonsum beurteilt. Nach dem Kreuzverbot, geschlossenen Kindergartentüren für den Nikolaus in Wien, wäre es jetzt an der Zeit, das islamische Recht in Europa einzuführen.“ (Leserbrief: Friedrich Andorfer, 6.12., S. 54)

- Christenverfolgung in islamischen Ländern wird als Rechtfertigung für das Minarettbauverbot gesehen

„Die Berichterstatteur bezüglich der Volksabstimmung wollen nicht verstehen, dass

viele Menschen in Europa höchstes Unbehagen dem Islam gegenüber verspüren, da dieser in "seinen" Ländern alle Andersgläubigen und Andersdenkenden verfolgt, ja tötet.“ (Leserbrief: Gertrud Lederer, 6.12., S. 54)

In redaktionellen Berichten drückt sich die Kleine Zeitung aber weniger drastisch aus:

„Muslime leben mit der Last, dass Terroristen ihre Morde mit ihrem Glauben rechtfertigen. Und sie müssen mit dem Vorwurf leben, sie forderten Rechte, die sie in ihren Ländern Andersgläubigen nicht gewähren.“ („Warum der Verweis auf die Menschenrechte nicht weit führt“, Thomas Götz, 1.12., S. 10)

- Das Minarettbauverbot ist ein von rechtspopulistischen Parteien ausgenutztes Instrument

Dennoch gibt es auch andere Darstellungen. Ein Leserbrief sowie ein Leitartikel äußern klar, dass ein Minarettbauverbot weniger mit MuslimInnen als mit Rechtspopulismus in Verbindung zu bringen sei:

„Der hämische Jubel vieler Kleingeister über das Minarett-Verbot in der Schweiz ist völlig unangebracht. Die Entscheidung zeigt einmal mehr, wie willkommen es für viele Menschen ist, auf ‚die Anderen‘ bzw. deren Symbole hinzuhacken, um so das eigene verletzte Selbstbewusstsein aufzumöbeln“ (Leserbrief: Gerhard Steiner, 6.12., S. 54)

„Jetzt könnte man sagen: Nun lasst doch die Kirche im Dorf. Ein Bauverbot ist ein Bauverbot. Überdies ist nicht der Bau von Moscheen, sondern von Minaretten - also den Türmen der Moscheen - abgelehnt worden. Doch die Schweizer Politiker und Medien haben dieses Plebiszit zu einer Abstimmung über den Islam stilisiert.“ („Das Schweizer Minarettverbot spielt Islamisten in die Hände“, Ingo Hasewend, 30.11., S. 6)

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Auch in der Kleinen Zeitung findet sich das Kollektivsymbol des „Gutmenschen“:

„Die Schweizer lassen sich als überlegte Bürger nicht in ein europaweites Kesseltreiben gegen Rechtsextreme, Recht-und-Ordnung-Verteidiger, Gutmenschen oder Islamisten hineinziehen.“ (Leserbrief: „Diskussion versachlichen, Ängste Ernst nehmen“, Josef Ladenhauf, 6.12., S. 59)

Dieses Beispiel zeigt eine weitere Bedeutung dieses Kollektivsymbols auf: „Gutmenschen“, also jene, die, wie Autoren die diesen Begriff nutzen meinen, aus Naivität heraus, MuslimInnen gegenüber positiv eingestellt sind, werden mit „Islamisten“ und „Rechtsextremen“ gleichgesetzt. Eine positive Einstellung zum Islam ist demzufolge mit rechtsextremen und fundamentalistischen Attitüden (die ja zumeist auch Gewaltbereitschaft implizieren) vergleichbar.

c) Darstellung des Islams

Dem Islam wird pauschal ein unmenschlicher Umgang mit Frauen unterstellt, was etwa dieses Beispiel aufzeigt:

„Jedes dritte Mädchen aus islamisch geprägten Familien scheint nach der Pflichtschule nicht mehr im Bildungssystem auf - so, als verschwände plötzlich ein Flugzeug vom Radar.“ („Der Tod einer Muslimin“, Hubert Patterer, 6.12., S. 12)

Diese Aussage aus einer Kolumne etwa, suggeriert dass die Mädchen nicht nur aus dem Schullsystem, sondern überhaupt aus dem gesellschaftlichen Leben verschwinden. Das Symbol des vom Radar verschwindenden Flugzeugs signalisiert dabei zweierlei: einerseits stellt ein Flugzeug, dass vom Radar verschwunden ist eine Gefahr dar (entweder für die Insassen oder für Außenstehende), andererseits ist ein solches Verschwinden ein ungeplanter und somit unkontrollierbarer Vorgang.

Weiters wird der Islam mit einer undemokratischen Grundhaltung in Verbindung gebracht:

„Für die meisten moslemischen Staatsführer sind demokratische Vorgänge so irritierend wie die Vorstellung, Heidis Alm-Öhi könnte Gefallen an Kamel-Rennen finden“ („Kein Brückenbauer“, Ernst Heinrich, 4.12., S. 8)

Diese, mit Kollektivsymbolen überladene Aussage, soll offensichtlich deutlich machen, dass der Islam und demokratische Werte einander fremd sind. Der „Alm-Öhi“, ein einsiedlerischer älterer Mann, der in den Schweizer Bergen lebt, ist entsprechend der Schilderungen in den Romanen von Hanna Spyri, sicherlich noch nie mit Kamelen in Berührung gekommen. Hier soll offensichtlich vermittelt werden, dass muslimische Staatsoberhäupter, als Repräsentanten des Islams noch nie mit Demokratie in Berührung gekommen sind.

Weiters wird dem Islam Intoleranz unterstellt:

„Bei uns pochen die Türken aber auf das Grundgesetz, das Religionsfreiheit garantiert.“

Unsere Politik ist hier mehr als naiv. Die Ängste der Bevölkerung interessieren sie nicht und diese immer wieder beschworene Toleranz muss von beiden Seiten - auch von der islamischen - kommen.“ (Leserbrief: Franz-Josef Adami, 1.12., S. 34)

Auch in diesem Beispiel, dass TürkInnen mit MuslimInnen gleichsetzt, wird der Islam als fordernd („auf das Grundgesetz pochen“) aber gleichzeitig nicht dazu bereit, anderen gegenüber tolerant zu sein, dargestellt.

Der Islam ist also durch und durch mit negativen Konnotationen behaftet. Vor allem Rückständigkeit, Gewalttätigkeit und eine Art „Masterplan“ zur Übernahme der Gesellschaft werden der Religion mit ihren Anhängern unterstellt.

d) Diskursposition und Interpretation

Das Minarettbauverbot wird in der Kleinen Zeitung überwiegend als Konsequenz des Verhaltens der MuslimInnen dar gestellt. Diese werden dabei als völlig anders und gleichzeitig bedrohlich dargestellt, sodass der Leser ein Minarettbauverbot als „Strafe“ für dieses Verhalten als gerechtfertigt ansehen muss. Gegenteilige Aussagen finden sich nur vereinzelt. Die Kleine Zeitung positioniert sich damit im Diskurs in direkter Nähe der Kronenzeitung, wenn auch gesagt werden muss, dass offene Beschimpfungen von MuslimInnen, wie sie vor allem in den Leserbriefen der Krone gehäuft auftreten, vermieden werden.

6.3.2.3. Kurier

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

In den Argumentationsstrategien des Kurier muss eine Unterscheidung zwischen Leserbriefen und redaktionellen Beiträgen gemacht werden. In Leserbriefen finden sich zum Teil ähnliche Argumentationen wie in der Kronenzeitung und der Kleinen Zeitung. In Kommentaren und Artikeln wird von diesen Abstand genommen. Hier soll zunächst auf den Umgang mit dem Schweizer Minarettbauverbot in Leserbriefen eingegangen werden.

- Ein Minarettbauverbot schränkt die Religionsfreiheit nicht ein und ist daher unproblematisch

Wie schon in den zuvor analysierten Medien, findet sich auch im Kurier das Argument, MuslimInnen bräuchten gar keine Minarette:

„Nach dem klaren Votum der Schweizer für ein Minarett-Bauverbot ist in Europa eine heiße Debatte über die Religionsfreiheit entbrannt. Aber schränkt dieses Bauverbot wirklich die Religionsausübung ein? Auch für den Kirchturm gibt es wissenschaftlich keine definitive theologische Begründung.“ (Leserbrief: „Beschränkte Religionsfreiheit?“, Kurt Gärtner, 5.12., S. 9)

Obwohl dieser Leser auf den Mangel an theologischen Begründungen für Minarette wie Kirchtürme hinweist, sieht er in seiner weiteren Argumentation davon ab auch ein Bauverbot von Kirchtürmen zu fordern.

- Das Minarettbauverbot als Anlass zur Diskussion über den Umgang mit dem Christentum in Islamischen Ländern

Dieses bereits ebenfalls aus den zuvor analysierten Publikationen bekannte Schema findet sich auch im Kurier. Es ist allerdings anzumerken, dass hier nicht damit argumentiert wird, dass europäische Staaten das Recht haben, die muslimische Religionsfreiheit einzuschränken, weil das Selbe umgekehrt in muslimischen Ländern passiert. In den im Kurier veröffentlichten Leserbriefen wird aber häufig darauf hingewiesen, dass hier eine Diskrepanz besteht.

- Ein Minarettbauverbot ist nutzlos

Eine Argumentation im Kurier ist die Infragestellung des Minarettverbotes wegen seiner Wirkungslosigkeit radikalen Tendenzen des Islams gegenüber:

„Warum sollte es Islamisten in ihrem gefährlichen Tun aufhalten, wenn man den Bau von Gebetstürmen in der Verfassung untersagt? Mit diesem Schlag gegen ein Symbol stößt man eher die Masse der Muslime vor den Kopf. Sie könnten den Eindruck gewinnen, ihre Religion steht unter Generalverdacht, demokratische Rechte gelten für sie nicht, ihre Tradition wird zurückgewiesen, sie sind nicht willkommen.“ („Viel Lärm um Viel“, Stefan Galoppi, 24.11., S. 7)

Dieses Argument kann als Konter zur unter Unterstützern des Minarettbauverbotes gängigen Argumentation, dass mit einer solchen Maßnahme ein Zeichen gegen radikale Strömungen im Islam gesetzt werden kann, gesehen werden.

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Die Beiträge im Kurier zum Schweizer Minarettbauverbot sind nahezu frei von sensationalisierender Kollektivsymbolik. Lediglich ein Interview mit dem FPÖ Politiker

Heinz-Christoph Strache ist durch dessen Aussagen von solchen durchgezogen. Da besagtes Interview aber ein Streitgespräch mit Carla Amina Baghajati, einer Sprecherin der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreichs ist, findet sich ein starkes Gegengewicht zu Straches Aussagen.

c) Darstellung des Islams

Im Kurier wird ein, zu den vorangegangenen Analysen gegenteiliges Bild des Islams gezeichnet. Der Kurier stellt mehrfach klar, dass es im Islam verschiedene Strömungen gibt und differenziert auch unter den MuslimInnen:

„Wer gegen den Islamismus einer, man kann es nicht oft genug wiederholen, winzigen Minderheit unter der mehr als eine Milliarde Muslimen ankämpfen will, sollte es mit Hirn statt mit Hass versuchen.“ („Wer ernsthaft betet, bombt nicht gleichzeitig“, Livia Klingl, 1.12., S. 5)

In den Artikeln des Kurier wird auch nicht das Bild der MuslimInnen als völlig Fremde gezeichnet. Hier wird eingeräumt, dass Österreich die Heimat vieler MuslimInnen ist.

Die allermeisten Muslime in Europa leben seit Jahren hier und werden als neue Staatsbürger auch bleiben. Sie haben das Recht, auch wenn das ihre Kritiker noch so reizt, ihren Glauben zu leben und auch sichtbar zu sein - sei es in Form von Kopftüchern, sei es in Form von Minaretten. („Statt Ablehnung wären Antworten von Nöten“, Ingrid Steiner, 1.12., S. 4)

d) Diskursposition und Interpretation

Die Positionierung des Kurier im Mediendiskurs zum Islam ist eine völlig andere als jene der Neuen Kronenzeitung und auch der Kleinen Zeitung. Negative und positive Assoziationen zum Islam halten sich in der Berichterstattung die Waage. Negatives ist zudem fast ausschließlich aus Leserbriefen zu entnehmen. Redaktionelle Artikel sind sehr um Ausgewogenheit bemüht.

6.3.2.4. Österreich

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

Die Zeitung Österreich beschäftigt sich mit dem Minarettbauverbot in der Schweiz hauptsächlich über das Thema Innenpolitik.

- Tiefsitzende Ängste in der Mehrheitsbevölkerung rechtfertigen ein Minarettbauverbot

In der Zeitung Österreich wird häufig damit argumentiert, dass eine Mehrheit dem Islam und den MuslimInnen gegenüber Furcht empfindet:

Auf den zweiten [Blick] - man muss da gar nicht auf den Wiener Wahlkampf warten - werden diese Ängste auch bei uns immer lauter. Und es sind nicht (nur) dumpfe neofaschistische Monster, die sie äußern, sondern die biedereren Hausfrauen und wackeren Pensionisten von nebenan. („Vom Schweizer Schock endlich lernen“, Werner Schima, 1.12., S. 2)

Angst vor dem Islam und seinen AnhängerInnen wird als Normalität dargestellt und dadurch auch legitimiert.

- Szenarien einer islamischen Übernahme werden in Zusammenhang mit Minaretten gebracht

Der Islam wird als Bedrohung beschrieben, die es zu stoppen gilt. Ein Minarettbauverbot wird somit indirekt als ein Mechanismus zur Verhinderung eines bevorstehenden Angstszenarios dargestellt. In einem Interview mit Hannelore Schuster trifft diese etwa folgende Aussage zum Minarettbauverbot:

„Es ist der Beweis, dass die Politik die massiven Ängste der Bevölkerung ignoriert und versagt hat. Zuerst kommt sichtbar das Minarett, dann die Scharia und der islamische Staat.“ (Joseph Galley, "Stehe für Volksbegehren bereit", 1.12., S. 3)

Unkommentiert wirkt dies wie eine unaufhaltsame Tatsache. Ebenso wird eine Bedrohung durch Prognosen im Bevölkerungswachstum und dem damit steigenden Anteil der MuslimInnen an der Gesamtbevölkerung beschworen. So findet sich etwa die Überschrift *„Bald 1 Million Muslime in unserem Land“* vom 7.12. auf S.4, die in der Unterüberschrift gleich korrigiert wird: *„Schon jetzt 500.000“* Die hier prognostizierte, sprunghafte Vermehrung der MuslimInnen in Österreich wird durch die Bebilderung des Artikels (siehe untenstehende Bildanalyse) als Bedrohung dargestellt.

Durch ein unkommentiertes Interview mit Heinz-Christian Strache von der FPÖ wird das Szenario einer „Verdrängung“ der österreichischen Mehrheitsbevölkerung sowie des christlichen Glaubens durch MuslimInnen und den Islam weiter unterstützt:

„Ganz im Gegenteil: Es sind Hunderte Moscheen geplant, auch in Verbindung mit Minaretten. Wir haben ja heute in Wien schon mehr islamische Gebetshäuser als

christliche Kirchen.“ (Markus Wolschlager, „Strache: 'Verbot auch in Österreich'“, 30.11., S. 5)

- Eine generelle kulturelle Unvereinbarkeit rechtfertigt das Minarettbauverbot

Diese Argumentation ist in der Zeitung Österreich, wie auch in zuvor analysierten Publikationen in Leserbriefen vertreten:

„Es geht darum, dass der Islam in der Schweiz sowie im übrigen Europa keine Wurzeln und kulturelle Vergangenheit hat.“ (Leserbrief: „bessere Eingliederung“, Hans Blächer, 2.12., S. 26)

Diese Aussage suggeriert dem Leser, dass wegen einer angeblich nicht vorhandenen historischen Verwurzelung des Islams in Europa, keine Möglichkeit besteht, dass MuslimInnen Teil der europäischen Gesellschaft sind und daher auch keine öffentlich sichtbaren Zeichen des Islams erwünscht sind.

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Am deutlichsten werden die in der Zeitung Österreich gebrauchten Kollektivsymbole in der Bebilderung. Die Zeitung ist in ihrer Erscheinung durch starke Bebilderung und dabei vor allem Fotomontagen im Stil von Collagen geprägt. Ein Beispiel soll hier einer genaueren Bildanalyse unterzogen werden:



Abbildung 18: Österreich, 7.12., S. 4/5 (abfotografiert)

1. Formulierende Interpretation:

i) Vorikonographische Ebene

Das Bild zeigt drei Frauen im Vordergrund, deren Köpfe und Gesichter mit Ausnahme

der Augen von schwarzem Stoff bedeckt sind. Im Bildhintergrund ist eine Kirche zu sehen. Weiters sind im Hintergrund verteilt viele schwarze Vögel vor leicht bewölktem blauen Himmel erkennbar.

Links neben diesem Bild ist eine Graphik abgedruckt (die hier vergrößert dargestellt ist). Diese zeigt eine Zeitskala sowie eine Kurve darauf. Am linken Ende ist eine Frau in einem Kleid abgebildet, am rechten Ende eine vollkommen verschleierte Person. Außerdem sind an der Kurve, deren Verlauf rot eingefärbt und mit einem Schriftzeichen versehen wurde, Markierungen durch rechteckige Sprechblasen angebracht.

ii) Ikonographische Ebene

Die drei Frauen im Vordergrund des Hauptbildes sollen offensichtlich MuslimInnen darstellen. Die Kirche im Hintergrund ist der Wiener Stephansdom. Daneben ist ein Schwarm von Vögeln zu sehen, der gerade davon fliegt.

In der kleineren Graphik ist eine Frau in österreichischer Tracht einer Frau in einem Ganzkörperschleier gegenübergestellt. Den Hintergrund bildet ein Symbol mit arabischen Schriftzeichen. Die Zeitskala stellt die Jahre zwischen 1971 und 2050 dar und bezieht sich auf die Zahl der MuslimInnen in Österreich.

2. Reflektierende Interpretation

i) Formale Komposition

Die drei Frauen am Hauptbild sind im Vergleich zum Stephansdom im Hintergrund überdimensioniert groß dargestellt. Der Hintergrund wirkt dadurch sehr fern.

Die verschleierte Frau in der Graphik ist ebenfalls deutlich größer als die Frau in Tracht. Durch den roten Hintergrund, vor dem die in schwarz verschleierte Frau dargestellt ist, wird ein starker Kontrast erzeugt.

ii) Ikonologisch – ideologische Interpretation

Die Aussage dieses Bildes ist ganz klar bewusst erzeugt, da es sich um einzelne Bilder handelt, die wie in einer Art Collage zusammengefügt wurden. Die überdimensionierten Frauen im Vordergrund wirken durch ihre Größe und die schwarze Verschleierung bedrohlich auf den/die BetrachterIn. Der Vogelschwarm weckt die Assoziation des Vertriebenwerdens, da ja auch Vögel davon fliegen, wenn sie verjagt werden. Der Stephansdom im Hintergrund stellt den Kontrast zu den fremd anmutenden Frauen dar.

Die Gestaltung der Graphik vermittelt dem/der BetrachterIn, dass die Frau in

österreichischer Tracht durch die verschleierte Frau ersetzt wird. Die Kurve, welche die wachsende Zahl von MuslimInnen in Österreich darstellen soll, teilt die Graphik und nimmt der „Österreicherin“, durch ihre ansteigende Form den auch farblich getrennten Raum. Es wird also räumlich eine Verdrängung dargestellt.

iii) Interpretation des Bildtextes

Der in das Bild eingefügte Text *„Bald 1 Million Muslime in Österreich“* wird in Zusammenhang mit der Darstellung eine sehr bedrohliche Aussage.

Die gleiche Wirkung hat die Beschriftung der Graphik *„2051 gibt es 1,6 Millionen Muslime“*. Auf den/die BetrachterIn dieses Bildes wirkt dies, als ob mehr MuslimInnen in Österreich gleichbedeutend mit einem Verlust an Raum und Tradition wären.

c) Darstellung des Islams

Der Islam wird als solches in der Zeitung Österreich kaum charakterisiert. Es sind also weder positive noch negative Zuschreibungen verstärkt vorhanden. Der Umgang mit dem Islam wirkt auf den ersten Blick sehr sachlich. Das Szenario einer Bedrohung durch einen nicht näher charakterisierten Islam wird jedoch bewusst (etwa durch Bebilderung, wie am aufgezeigten Beispiel) aufrecht erhalten. Auch die verstärkte Berichterstattung über die Reaktionen der FPÖ zum Minarettverbot gibt deren Argumentationslinie Raum, auch wenn diese nicht direkt von der Zeitung angewendet.

d) Diskursposition und Interpretation

In der Zeitung Österreich wird mit dem Minarettbauverbot wie mit dem Islam kaum direkt umgegangen. Die Zeitung zeichnet ein Bild des Islams, dass diesen als Gefahr für das Leben der Mehrheitsbevölkerung darstellt. Ein Fokus liegt hierbei auch auf der Berichterstattung über Versuche (von FPÖ und BZÖ) ein Minarettbauverbot in Österreich zu etablieren. Die Auswahl der veröffentlichten Aussagen sagt dabei viel über die Positionierung im Diskurs aus. Da hinzu kommt, dass kaum kritische Stimmen oder differenzierte Analysen publiziert werden, kann die Diskursposition der Tageszeitung Österreich im Umfeld der Neuen Kronenzeitung gesehen werden.

6.3.2.5. Oberösterreichische Nachrichten

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

Die Oberösterreichischen Nachrichten verwenden einige bereits in anderen Publikationen analysierte Argumentationsmuster. Es finden sich aber auch neue Aspekte.

- Das Minarettverbot ist eine Reaktion auf eine zu große Zahl an zugewanderten Menschen

In den Oberösterreichischen Nachrichten wird damit argumentiert, dass zu viele „Ausländer“ (was hier mit MuslimInnen gleichgesetzt wird) Schuld am Abstimmungsergebnis seien.

„Die Schweiz hatte wegen ihrer stark internationalisierten Wirtschaft schon immer mehr Ausländer im Land als etwa Österreich. Mit derzeit bald 30 Prozent dürfte aber eine Grenze erreicht sein, die in den Urschwyzern Selbstbehauptungsängste auslöst.“ (Die Schweiz macht sich zu Zielscheibe“, Josef Achleitner, 30.11., S. 4)

Hier wird dem Leser suggeriert, dass, wer nicht schon in der Schweiz geboren ist, immer fremd und nicht zugehörig bleibt.

- Der Hinweis auf die Situation von ChristInnen in islamischen Ländern genügt um das Minarettbauverbot zu legitimieren.

Wie in vielen anderen Publikationen wird auch in den Oberösterreichischen Nachrichten wiederholt auf die Einschränkung der Religionsfreiheit in mehrheitlich islamischen Staaten hingewiesen, was als ein Argument zur Rechtfertigung dient:

„Die Vertreter der islamischen Welt müsste man fragen, wie sie es wohl mit dem Anliegen hielten, in ihren Ländern Kirchen mit Türmen zu bauen.“ (Leserbrief: „Politischer Islam...“, Otto Reinsprecht, 3.12., S. 7)

- Es finden sich aber auch sehr gegensätzliche Meinungen, die etwa darauf hinweisen, dass MuslimInnen Opfer öffentlicher Hetze werden wovon das Minarettbauverbot ein Teilaspekt sei:

„Muslime sind in unseren Breiten unter Generalverdacht geraten. Terroranfällig, frauenfeindlich, extremistisch, autoritär, ungebildet, intolerant seien alle, die ihren Gott Allah nennen. Auch wenn Muslime in Österreich nur gut vier Prozent der Bevölkerung ausmachen, werden sie zum Auslöser vieler Ängste und zur Zielscheibe zumindest verbaler Aggressionen. Die Schweizer Volksabstimmung, bei Moscheen keine Minarette zuzulassen, gießt Öl ins Feuer.“ („Unter Generalverdacht“, Christine Haiden, 3.12., S. 7)

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Wie auch schon in den zuvor analysierten Medien, ist auch in den Oberösterreichischen Nachrichten das Kollektivsymbol der „Gutmenschen“ stark vertreten:

„Unsere feigen Politiker und Wirtschaftsbosse, die um ihre Pfründe bangen, und unsere weltfremden Gutmenschen, die auf Islamkritik gleich mit der Rassismuskeule antworten, werden, wenn sie so weitermachen, diese Freiheiten wieder verspielen.“ (Leserbrief: „Sichbare Attribute...“, Alfred Hauk, 2.12., S. 3)

Auch „Rassismuskeule“ ist ein Kollektivsymbol, dass den eigentlich „entwaffnenden“ Vorwurf des Rassismus verharmlost und ins Lächerliche zieht. Ausgesagt wird damit, dass die Einstufung von Aussagen oder Verhalten als rassistisch Diskussionen verhindert.

„Unsere Welt ändert und verändert sich nun mal ständig, wenn wir das nicht wollen, dann dürfte das ‚Abendland‘ auch keinen Handel mit dem ‚Morgenland‘ betreiben, in der Wirtschaft gibt es solche Unterscheidungen nicht. Geld und Profitgier kennen keine Grenzen.“ (Leserbrief: „Unbehagen...“, Regina Bauernfeind und Norbert Czechura, 9.12., S. 4)

Die Begriffe Abendland und Morgenland sind mit vielfachen Bedeutungen beladen (siehe „Orientalismus“, Kapitel 2.3.1). Gesagt wird hiermit, dass es sich um zwei höchst unterschiedliche und auch unvereinbare Welten handelt. Lediglich aus „Geld und Profitgier“ können diese Grenzen überwunden werden.

c) Darstellung des Islams

Die Darstellung des Islams in den Oberösterreichischen Nachrichten ist sehr durchmischt. Einerseits finden sich Pauschalverurteilungen der Religion und ihrer AnhängerInnen, die klar aussagen wollen, dass diese unerwünscht sind:

„Der Islam ist eben nicht nur eine Religion, sondern auch ein mit europäischen Idealen unverträgliches Gesellschaftssystem. Kopftuch und Minarette sind ja nur die sichtbaren Attribute dieser schleichenden Unterwanderung.“ (Leserbrief: „Sichbare Attribute...“, Alfred Hauk, 2.12., S. 3)

Auch in der Überschrift zu einem Artikel über den türkischen Europaminister Egemen Bagis findet sich eine solche Pauschalisierung. Der Titel *„Islamisten rufen zum Boykott der Schweiz“* (3.12., S. 6) unterstellt dem Minister und seinem Publikum Radikalismus.

Auf der anderen Seite wird auch gegenteiliges berichtet und MuslimInnen werden in einigen

Leserbriefen regelrecht in Schutz genommen:

„Mit solchen Verboten werden die vielen, vielen friedliebenden Moslems bestraft, die mit Fundamentalismus rein gar nichts zu tun haben.“ (Leserbrief: „Unbehagen...“, Regina Bauernfeind und Norbert Czechura, 9.12., S. 4)

Vereinzelt wird auch darauf hingewiesen, dass sich innerhalb des Islams verschiedene Kulturen finden:

„Warum also diese völlig überzogene Angstmache? Weil es sich mit Sündenböcken einfacher lebt? Der Generalverdacht gegen muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger ist ein Übel. Er wird weder der Würde der Einzelnen, noch dem Reichtum ihres Glaubens und der Vielfalt islamisch geprägter Kultur gerecht.“ („unter Generalverdacht“, Christine Haiden, 3.12., S. 7)

d) Diskurssposition und Interpretation

Insgesamt lässt sich in den Oberösterreichischen Nachrichten eine sehr unaufgeregte Berichterstattung beobachten. Die in den Leserbriefen und Kommentaren transportierten Meinungen sind sehr unterschiedlich und decken ein breites Spektrum ab. Die Diskurssposition der Oberösterreichischen Nachrichten ist, auch wenn sich einige Argumentationsmuster decken, weit entfernt von jener der Kronenzeitung, da hier auch differenzierte Betrachtungen des Islams zu finden sind.

6.3.2.6. Tiroler Tageszeitung

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

In der Tiroler Tageszeitung kommen häufig Aspekte der Beziehung zwischen MuslimInnen und ChristInnen auf. Vor allem Leserbriefe und Kommentare verwenden diese und weitere Argumentationsstrategien.

- Der Islam kennt keine Menschenrechte und hat daher nicht das Anrecht auf Religionsfreiheit

Sehr ausführlich wird in in einem Kommentar der Tiroler Tageszeitung argumentiert, dass dem Islam Menschenrechte fremd sind und diese daher auch nicht für MuslimInnen gelten müssen:

„Wenn diese Minarette allerdings als Symbol für eine fundamentalistische Ausrichtung des Islam [sic!] angesehen werden, wie es offenbar geschehen ist, steht ebenfalls fest, dass wir es hier mit einer Religion zu tun haben, die in Bezug auf die

Rolle der Frau, die Zwangsehe, die Scharia und ihre Strafen, die staatliche Gewaltenteilung, den Umgang mit Homosexuellen und vieles mehr in Widerspruch zu diesen Menschenrechten steht. Die Frage lautet daher: Hat eine Religion, die den Menschenrechten widerspricht, ein Recht auf das Menschenrecht der Religionsfreiheit?“ („Aufklärung versus Religion“, Alois Schöpf, 5.12., S. 5)

Dies widerspricht natürlich dem Gedanken der universellen Menschenrechte, die ja, aus ihrer Konzeption heraus ohne Vorbedingungen für jeden Menschen gelten.

- Der Islam darf nicht kritisiert werden, weil man sonst ins „Rechte Eck“ gestellt wird

Im Kontext des Minarettbauverbotes wird in der Tiroler Tageszeitung häufig damit argumentiert, dass die Befürwortung eines Minarettbauverbotes als nicht politisch korrekt gilt und man daher die Meinung gar nicht äußern dürfe:

„Die Ohrfeigen, welche die Schweizer für ihr Abstimmungsverhalten beziehen, sind so vernichtend, dass allein aus intellektueller Redlichkeit Widerspruch angebracht ist. Bedauerlich ist lediglich, dass man umgehend in die Gesellschaft jener FPÖ-Rabauken zu geraten droht, die aus hirnlosem Populismus heraus am liebsten einen Bürgerkrieg anzetteln würden.“ („Aufklärung versus Religion“, Alois Schöpf, 5.12., S. 5)

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

In der Tiroler Tageszeitung finden sich nur vereinzelt sensationalisierende Kollektivsymbole. Statt von „Gutmenschen“ ist hier von „Toleranzpredigern“ die Rede:

„Eine Volksabstimmung ähnlich wie in der Schweiz würde diese Toleranzprediger auf den Boden der Tatsachen bringen. Diese ständig reklamierte Religionsfreiheit ist auch ohne das Machtsymbol Minarett vollkommen gewährleistet. In den islamischen Ländern gibt es dagegen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit überhaupt nicht. Christen werden verfolgt und vertrieben.“ (Leserbrief: „Zum Leserbrief ‚Botschaft ist populistisch‘“, Barbara Moser, 18.12., S. 30)

c) Darstellung des Islams

In den bisher angeführten Beispielen fanden sich schon viele pauschalisierte Zuordnungen zum Islam, etwa Intoleranz oder die Missachtung der Menschenrechte. Eine weitere solche Zuordnung ist die der Rückständigkeit:

„Tatsächlich hat sich das "Abendland" aus der Umklammerung des Christentums befreit. Das

bedeutet jedoch entschieden nicht, unsere christlich-jüdische Geistes-, Kultur- und Wertegeschichte zu verleugnen oder gar durch voraufklärerisches islamisches Gedankengut zu ersetzen. Für rückständige Integrationsverweigerer kann Europa nicht "Daham" sein.“ („Volksseelen dieser und jener Herkunft, Irene Heisz, 2.12., S. 2)

Gesagt wird hier, neben der Bezeichnung des Islams als unaufgeklärt und der Beschreibung als vollkommen gegensätzlich zu europäischen Werten, dass es nur eines dieser beiden „Systeme“ geben kann.

Im Kontrast dazu gibt es aber auch eine sehr integrierte und emotionale Darstellung des Islams in der Tiroler Tageszeitung, etwa wenn eine Frau von ihren Erfahrungen mit MuslimInnen erzählt:

„Meine türkischen Nachbarskinder, 13 und 11 Jahre alt, halfen mir, den Weihnachtszelten zu backen. Ganz nebenbei sagte mir der 13-Jährige, dass er manchmal auf der Straße mit ‚Scheißtürk‘ beschimpft wird. Manche Schulkollegen wollen zu raufen beginnen. Sein Vater aber gab ihm folgenden Rat: ‚Geh einfach ruhig weiter, sonst glauben die Einheimischen, wir Türken wollen nur schlägern.‘“ (Leserbrief: Annemarie Regensburger, 27.12., S. 22)

d) Diskursposition und Interpretation

Ähnlich wie in den Oberösterreichischen Nachrichten ist die Berichterstattung zum Minarettbauverbot in der Schweiz sehr durchmischt. Einerseits wird der Islam und die MuslimInnen als etwas vollkommen Fremdes, als „das Andere“ dargestellt. Andererseits wird sehr emotional über MuslimInnen als Teil der Gesellschaft geschrieben. Daher ist die Diskursposition des Mediums wohl eine Ähnliche wie die der Oberösterreichischen Nachrichten.

6.3.2.7. Der Standard

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

Im Standard wird sehr neutral und auf Berichterstattung fokussiert über das Abstimmungsergebnis in der Schweiz geschrieben. In Kommentaren wird das Minarettbauverbot aufgrund des Widerspruchs zur Religionsfreiheit fast geschlossen verurteilt. Es lassen sich nur vereinzelt Argumentationsstrategien finden, die dieser Linie widersprechen:

- Man muss gegen den Islam auftreten um Frauenrechte zu wahren

Der Islam wird als zu kritisierendes Gesellschaftssystem dargestellt, da er die Unterdrückung der Frau aktiv fördere. Ein Beispiel für diese Argumentation ist ein Interview mit der Schweizer Feministin Julia Onken:

„Das Minarett ist ein politisches Symbol für eine Rechtsordnung, in der Frauenrechte nicht vorkommen, und somit ein Zeichen für staatliche Akzeptanz der Unterdrückung der Frau. (...) Eine Lehrerin etwa darf nicht sagen, dass es sie stört, wenn ein muslimischer Junge ihr antwortet, Du hast mir nichts zu befehlen. Du bist eine Frau. Eine Sozialarbeiterin darf nicht sagen, dass es sie kränkt, wenn ein muslimischer Mann ihr nicht die Hand geben will.“ ("Der Islam verletzt Rechte der Frauen", 4.12., S. 35)

- Es braucht keine Kirchtürme und daher auch kein Minarett

In einem Kommentar des Standard wird damit argumentiert, dass in modernen Kirchen auch aus architektonischen Gründen auf Türme verzichtet wird, weswegen dies auch bei Moscheebauten der Fall sein sollte:

„Die künstlerisch wahrscheinlich bedeutendste moderne Kirche in Wien, jene zur Heiligen Dreifaltigkeit in Mauer von Fritz Wotruba, kommt, wie viele andere moderne Kirchen auch, ohne Turm aus. Warum soll das für moderne Moscheen, die natürlich auch in der Schweiz weiterhin erlaubt sind, nicht zumutbar sein?“ (Mein Agnostischer Traum“, Peter Warta, 4.12., S. 35)

- Wer intellektuell ist, darf nichts gegen den Islam sagen

Diese Argumentation findet sich im bereits erwähnten Interview mit Julia Onken wieder.

„Menschen möchten das sagen können, was sie empfinden, aber jeder, der dazu ansetzte, wurde gleich in die fremdenfeindliche Ecke gestellt. Deswegen haben sie geschwiegen und die Faust im Sack gemacht ...“ ("Der Islam verletzt Rechte der Frauen", 4.12., S. 35)

Auch ein Kommentar wirft diesen Aspekt auf:

Warum haben gebildete Leute eine solche Scheu, zu ihrer - vielleicht doch berechtigten - Befremdung zu stehen, wenn Immigranten, die hier leben möchten, sich den Gepflogenheiten unserer westlichen Demokratie gegenüber völlig unangemessen

verhalten? („Toleranz ist keine Einbahnstraße“, Waltraud Prothmann, 4.12., S. 34)

Behauptet wird damit auch, dass eigentlich viele „Intellektuelle“ gerne gegen den Islam auftreten würden, dies aber aufgrund gesellschaftlicher Konventionen nicht angebracht sei.

- Andererseits wird die Schweizer Abstimmung zum Minarettbauverbot auch klar als populistischer Stimmenfang dargestellt:

„Da zeigte sich für einmal das hässliche Gesicht der direkten Demokratie. Mit ihrem überraschenden Entscheid, den Bau von Minaretten per Verfassung zu verbieten, sind die Schweizer Wähler der radikalen Stimmungsmache von rechts gefolgt. Der Populismus der SVP greift bei Gelegenheit immer noch - zum Beispiel dann, wenn man mit dem Stimmzettel gefahrlos ein Protestvotum gegen eine schwache Minderheit, hier: die Muslime, abgeben kann.“ („Erfolg des Populismus“, Klaus Bonanomi, 30.11. S. 22)

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Von sensationalisierender Wortwahl oder Kollektivsymbolik wird im Standard weitgehend abgesehen. Natürlich ist die zuvor erwähnte Aussage Julia Onkens, „eine Faust im Sack zu machen“ ein Kollektivsymbol mit Aussagekraft: vermittelt wird damit, dass viele voller Wut dem Islam gegenüber sind, diesen Ärger aber nicht ausdrücken können oder wollen. Dies stellt jedoch eine Ausnahme dar.

c) Darstellung des Islams

Der Islam wird im Standard kaum, weder positiv noch negativ, charakterisiert. Ausnahmen bilden der bereits erwähnte Vorwurf der Frauenfeindlichkeit und die folgende Beschreibung des Islams als „Störfaktor“:

„Es kann gar nicht anders sein, als dass man es als unangenehm und aufdringlich empfindet, wenn Menschen aus einem anderen Kulturkreis gleich einmal das Recht auf eine unübersehbare, die einheimischen Bürger belästigende Ausübung ihrer religiösen Überzeugungen fordern.“ („Toleranz ist keine Einbahnstraße“, Waltraud Prothmann, 4.12., S. 34)

d) Diskursposition und Interpretation

Der Standard berichtet sehr ausgewogene über das Minarettverbot an sich. In Kommentaren ist man um eine Verurteilung der Entscheidung bemüht. Dennoch finden sich vereinzelte

Spitzen gegen den Islam, die an der Grenze von Kritik und Anfeindung liegen. Im Diskurs nimmt der Standard damit eine sehr gemäßigte Position ein.

6.3.2.8. Die Presse

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

In den Leserbriefen der Presse, wie auch in den Kommentaren des Chefredakteurs Michael Fleischhacker ist das Minarettbauverbot in der Schweiz ein sehr stark vertretenes Thema.

- MuslimInnen brauchen keine Minarette

Dieses bereits bekannte Argument wird in der Presse von anderer Seite her neu aufgerollt:

Während ein Nein zu Verträgen mit der EU, wie etwa Personenfreizügigkeit betreffend, für die Schweiz unabsehbare wirtschaftliche Folgen hätte, tut das Minarettverbot in den Augen vieler niemandem weh. Immerhin können Muslime ja auch ohne Minarett ihren Glauben frei ausüben und Moscheen bauen. Man glaubte, "gratis" ein Signal gegen Überfremdung setzen zu können. („Vier Gründe für das Minarettverbot“, Carola Schneider, 1.12., S.3)

- Europa ist christlich, daher ist ein Minarettbauverbot legitim

In der Presse findet sich eine starke Fokussierung auf die Argumente, die sich von Seiten des Christentums gegen eine muslimische Präsenz in der Öffentlichkeit finden lassen:

„Was nicht verschwinden wird, ist die kulturelle Prägung, die Europa während einer fast zwei Jahrtausende währenden Dominanz vor allem der katholischen Kirche erfahren hat. Selbst Menschen ohne jegliche religiöse Bindung akzeptieren das literarische, künstlerische und architektonische Erbe des Christentums neben Aufklärung, Menschenrechtsdenken, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Demokratie als integralen Bestandteil der europäischen Identität. [...]“ („Fest der Sichtbarkeit“, Michael Fleischhacker, 24.12., S. 33)

Fleischhacker sagt damit, dass Europa immer christlich geprägt sein wird und das von MuslimInnen und dem Islam ein völlig anderes Wertesystem vertreten wird, welches hier keinen Platz hat.

Weiters findet sich das Argument, dass Minarettbauten und somit auch die Sichtbarkeit von MuslimInnen im öffentlichen Raum zur Aufgabe dieser Werte führt.

„Sowohl Minarette wie auch zusätzliche Flüchtlingslager sind Signale in Richtung Selbstaufgabe unserer historisch gewachsenen Identität. Gegen den Willen der Mehrheit in unserer Bevölkerung wird - leider auch von unseren eigenen Funktionsträgern - der Hinweis auf die europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskommission ins Treffen geführt.“ (Leserbrief: „Stufenweise Selbstaufgabe“, Heinrich Birnleitner, 5.1., S. 26)

Vielfach wird in der Presse auch auf das mit dem Minarettverbot aufkommende Thema der Religionsfreiheiten von ChristInnen in islamischen Ländern eingegangen. Dieses Thema beschäftigt mehrere Artikel wie auch Kommentare, vor allem aber Leserbriefe.

- Das Minarettbauverbot als Signal für Gleichberechtigung

Wie im Standard findet sich auch in der Presse das Argument, Frauen würden sich durch die Unterstützung eines Minarettbauverbotes gegen Unterdrückung wehren:

„Dass man aber die berechtigten Sorgen der Schweizer, vor allem der Schweizer Frauen, als dumpfen Fremdenhass denunzierte, ist schlimmer als unmoralisch: Es ist dumm.“ (,Minarette“, Michael Fleischhacker, 6.12., S. 2)

Wie in Kapitel 1.3.1 angeführt, wurde ja nach der Abstimmung angenommen, es hätten besonders viele Frauen die Anti-Minarettinitiative unterstützt, was sich nach der genaueren Abstimmungsanalyse aber als falsch erwies.

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Wie in fast allen Medien taucht auch in der Presse das Kollektivsymbol des „Gutmenschen“, wenn auch in etwas anderer Form, auf:

„Empörend‘ fand die überwiegende Mehrheit der politisch korrekten Meinungsindustrie des deutschen Sprachraums den Entscheid.“ (,Minarette“, Michael Fleischhacker, 6.12., S. 2)

c) Darstellung des Islams

Relativ durchgängig wird der Islam in der Presse dem Christentum gegenüber gestellt und als diesem unterlegen geschildert:

„Während sich die christlichen Religionen im Zuge der Aufklärung weitgehend säkularisiert haben, hält der Islam unverändert an seinem angeblich gottgegebenen Rechtssystem

(Scharia) fest. Dieses ist jedoch mit unseren vereinbarten demokratischen Menschenrechten - Gleichheit der Rassen und Geschlechter, Familienrecht, Religionsfreiheit, sexuelle Freiheit etc. - unvereinbar und begründet die mangelnde Integration islamischer Einwanderer.“ (Leserbrief: „Toleranz wird nicht reichen“, Peter Stifter, 5.12., S.45)

Verstärkt wird dieses Bild durch den Kommentar eines muslimischen Autors, der selbst pauschalisiert und MuslimInnen Integrationunwilligkeit oder -unfähigkeit unterstellt:

„Wir haben uns isoliert und isolieren uns noch immer von dieser Gesellschaft. Wir nehmen kaum an Aktivitäten teil, an politischen Veranstaltungen, Vereinen, kulturellen Begegnungen. Es mag sein, dass Hunderttausende von uns europäische Pässe besitzen, doch irgendwie sind wir immer noch sehr stark mit unserer Heimat und ihren Traditionen, die sehr oft nichts mit dem Islam zu tun hat, verbunden. Wir sehen unsere Herkunftsländer immer noch als Heimat, so auch unsere Kinder und Kindeskinde.“ (,Hat die Schweiz nichts Besseres zu tun . . .“, Aly El Ghoubashy, 9.12., S. 26)

d) Diskursposition und Interpretation

Die Position der Presse im Diskurs ist sehr klar: Entschieden wird Partei für „christliche Werte“ und ein „christliches Europa“ ergriffen, dass im Gegensatz zu den Werten des Islams gesehen wird. Der Islam wird daher auch als gesellschaftliches Problem dargestellt. Dass es dabei zu Pauschalisierungen, sowohl in den Zuschreibungen zu Europa, als auch in jenen des als Gegensatz konstruierten Islam kommt, ist unvermeidlich.

6.3.2.9. Salzburger Nachrichten

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

In der Berichterstattung der Salzburger Nachrichten finden sich im Umgang mit dem Minarettverbot kaum Aspekte, die nicht schon in anderen Publikationen aufgetaucht sind. Trotzdem sollen hier jene Argumentationen, die besonders häufig vorkommen wiedergegeben werden.

- Die Religionsfreiheit wird durch das Minarettbauverbot nicht eingeschränkt

Diese Argumentation, wie auch jene der mangelnden Religionsfreiheit in muslimischen Ländern ist auch in den Salzburger Nachrichten ein Thema:

„Um einer verbreiteten Ansicht entgegenzutreten, die Moslems können in der Schweiz natürlich weiter ihre Religion (unbehindert) ausüben, wenn auch in etwas

zurückgezogener Art. Einer Art aber, die jeden Christen in Saudi-Arabien, Pakistan oder sonst einem Land des (koranischen) Friedens glücklich machen würde, käme sie auch ihm zu.“ (Leserbrief: „Nicht isolierter ‚Betriebsunfall‘“, Jürgen Jauch, 4.12., S. 19)

Dem gegenüber steht aber auch die vollkommen gegensätzliche Feststellung:

Gar nichts bringt der Hinweis darauf, dass islamische Länder ja selbst die Rechte von Andersgläubigen nicht achten. Es stimmt, dass Saudi-Arabien nie und nimmer den Bau christlicher Kirchen zulassen würde. Aber die undemokratische Praxis anderswo kann nicht der Maßstab für unseren Umgang mit dem Islam sein. („In der Demokratie gilt Religionsfreiheit für alle“, Helmut L. Müller, 30.11., S. 1)

- Die Schweiz als Vorreiter in einem ganz Europa bevorstehenden Kampf

Die Idee des Schweizer Befreiungsschlags, wie sie schon in vorangegangenen Publikationen zu finden war, wird auch in den Salzburger Nachrichten veröffentlicht. Hier allerdings mit der Ergänzung, dass dieser Vorbild für ganz Europa sein werde:

„Viele sehen die Schweiz aber als Vorreiter einer Bewegung vor allem in Europa, die das Unbehagen über einen "kämpferischen Islam" ausdrückt.“ („Integration steht auf dem Spiel“, Heinz Peter Dietrich, 30.11., S. 4)

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Kollektivsymbole finden sich in den Salzburger Nachrichten nur in einem für den normalen Sprachgebrauch gängigen Ausmaß. Eine sprachliche Besonderheit stellt die auffallend oft vorkommende Verbindung des Wortes Islam mit Begriffen wie „politisch“, „radikal“ oder „militant“ dar (siehe Darstellung des Islams).

c) Darstellung des Islams

Mehrmals wird in Artikeln und Kommentaren auf die Angst der Bevölkerung vor dem „politischen, militanten Islam“ hingewiesen, teilweise wird diese regelrecht beschworen. Dadurch entsteht auch der Eindruck einer latenten Bedrohung. Wenn auch nicht direkt auf den Islam eingegangen wird, so ist diese kontinuierliche Betonung von Ängsten ebenso prägend für das Bild, das der/die LeserIn bekommt.

d) Diskursposition und Interpretation

Die Salzburger Nachrichten berichten tendenziell ausgeglichen über das Minarettbauverbot.

Gemeint ist damit eine sachliche Berichterstattung über die Ereignisse rund um das Schweizer Minarettbauverbot. Dennoch wird eine allgemein gehaltene, eher negative Haltung gegenüber dem Islam deutlich. In Leserbriefen und Kommentaren wird zwar immer wieder auch darauf hingewiesen, dass das Minarettbauverbot diskriminierend sei, darauf folgt jedoch immer der Einwand, dass MuslimInnen ein Problem für die Gesellschaft dar stellen. Das wirkt sich auch auf die Positionierung der Zeitung im Mediendiskurs aus. Einzuordnen ist sie daher im Umfeld der kleinen Zeitung oder der Presse.

6.3.2.10. Vorarlberger Nachrichten

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

Die Vorarlberger Nachrichten sind in ihrer Berichterstattung sehr auf die Schweiz konzentriert, was wohl auf die geographische Nähe zurückzuführen ist. Dies findet sich in der Argumentation zum Minarettbauverbot wieder.

- Bewunderung für die Schweizer, die gegen die MuslimInnen „aufbegehren“

In den Vorarlberger Nachrichten wird intensiv über das Schweizer Minarettbauverbot berichtet. Dabei schwingt in vielen Berichten Bewunderung für die benachbarten Schweizer mit, deren Entscheid als mutig beurteilt wird:

„Selbstbewusste Schweizer lassen sich von niemandem einschüchtern.“ („Regierung brachte Wähler auf die Palme“, Heinz Gstrein, 1.12., S. A 2)

Daneben wird auch darauf hingewiesen, dass die Schweiz als Vorbild zu sehen ist:

„Endlich wurde uns Europäern vor Augen geführt, was echte Demokratie ist. Die Schweizer haben es gewagt gegen den allgemeinen Multi-Kulti-Trend zu entscheiden und einer drohenden Parallelgesellschaft eine klare, mehrheitliche Absage erteilt.“ (Leserbrief: Richard Bazzanella, 4.12., S. C10)

- Die Menschenrechte als Instrument der muslimischen Machtergreifung

Bedrohungsszenarien durch den Islam wurden in den bereits analysierten Medien auf verschiedenste Weisen gezeichnet. In einem Leserbrief der Vorarlberger Nachrichten wird prognostiziert, dass durch die Einhaltung der Menschenrechte ein Kulturverlust herbeigeführt wird:

„Tatsache ist auch, dass wir uns in Europa langsam aber sicher Gedanken darüber machen müssen, wie künftig die Minderheiten mit den Mehrheiten umgehen werden.“

Denn unter dem Deckmantel von Menschenrechten und Religionsfreiheit werden wir es vielleicht noch erleben müssen, dass das Schwänzlein mit dem Hündchen wedelt, was absolut keine Garantie für den sozialen Frieden in den Ländern sein wird.“ (Leserbrief: Manfred Dorn, 10.12., S. C8)

- Der Islam als das völlig Fremde, vor dem es Angst zu haben gilt

In den Vorarlberger Nachrichten wird auch damit argumentiert, dass der Islam so anders und daher mit der „heimischen“ Kultur unvereinbar sei, dass man Angst bekommen müsse:

„Ist es nicht vielmehr so, dass unter den 57,5 Prozent Befürwortern für ein Minarett-Verbot viele sind, die in der Anonymität der Volksabstimmung endlich einmal sagen konnten, was sie wirklich denken? Dass dieses Fremde nicht hineinpasst ins Appenzell. Dass der St. Galler Frieden in Gefahr gerät, wenn nicht endlich einer dem Islam Einhaltung gebietet. Oder war es der Islamismus, der die Thurgauer ängstigt?“ („Schweigende Mehrheiten“, Thomas Matt, 30.11., S. A3)

Mit Formulierungen wie „dem Islam Einhaltung gebieten“ oder „Islamismus“ wird weiters angedeutet, dass alle MuslimInnen in der Schweiz radikale Einstellungen vertreten und daher eine Gefahr darstellen würden.

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Immer wieder finden sich sensationalisierende Kollektivsymbole in den Vorarlberger Nachrichten, wie etwa im folgenden Beispiel:

„Die politisch Korrekten, inklusive der windelweichen Kirchenvertreter sind entsetzt. Die muslimischen Staaten, die selbst aufs Gröblichste alles Andersdenkende am liebsten mit Stumpf und Stiel ausrotten, heftigst empört, inklusive UNO. Über die schlimmen Schweizer Stimmbürger, die es wagten, in einer Volksabstimmung ihre mehr oder weniger dumpfen Ängste auch mal ehrlich zu äußern.“ (Leserbrief: Klaus König, 3.12., S. C8)

Diejenigen, die das Minarettbauverbot kritisieren (wieder wird hier auf die so genannten „Gutmenschen“ angespielt“) werden hier ins Lächerliche gezogen und als schwach dargestellt. Ihr Gegenüber, der Islam, als gewalttätig, intolerant und rücksichtslos. Suggestiert wird hier, wie in anderen Beiträgen aus den Vorarlberger Nachrichten, dass in islamischen Staaten ein großes Gewaltpotenzial liegt. Dies wird pauschalisiert und auf alle MuslimInnen ausgeweitet:

„Dort wird sogar das eigene Volk geknechtet und zu Menschenbomben ausgebildet. Wir haben keine Angst vor Muslimen, nur von deren Gesinnung.“ (Leserbrief: Jean-Pierre Siebert, 10.12., S. C8)

c) Darstellung des Islams

Der Islam wird in den Vorarlberger Nachrichten stark pauschalisiert als eine Religion der Gewalt und der Feindseligkeit charakterisiert:

„Die Abstimmung über das Minarettverbot ist ein Symbol für die Angst der Bevölkerung vor dem Islam. Wer das Geschehen in den islamischen Ländern verfolgt, muss Angst vor dieser Religion bekommen. Wenn man den Koran mit seinen Aufrufen zu Gewalt liest, wird diese Angst verstärkt.“ (Leserbrief: Alwin Häle, 7.12., S. C12)

Unterstützt wird dieses Bild durch die Darstellung der MuslimInnen in Europa als integrationunwillig. So lautete eine Überschrift am Tag nach der Abstimmung *„Sie passen sich einfach nicht an!“* (S. A 3).

d) Diskursposition und Interpretation

Die Berichterstattung der Vorarlberger Nachrichten ist stark auf die Schweiz fokussiert. Dabei schwingt in fast allen Artikeln eine Art Bewunderung für die Schweiz mit, deren Minarettbauverbot als Sieg über die MuslimInnen gefeiert wird. MuslimInnen und der Islam sind durchgängig negativ behaftet. Ähnlich wie in der Kronenzeitung ist ein „Wir“ gegen „Die“ - Schema vorherrschend. Damit positionieren sich die Vorarlberger Nachrichten im Diskurs auch in der Nähe der Kronenzeitung. Lediglich im Sprachlichen Niveau und der Radikalität der Anfeindungen besteht noch ein großer Unterschied.

6.3.2.11. News

Im Wochenmagazin News wurden insgesamt fünf Beiträge zum Minarettbauverbot veröffentlicht. Zwei davon sind Leserbriefe, die nur ganz am Rand auf das Ereignis Bezug nehmen. Ein Interview mit einem Schweizer Autor ist ebenfalls kaum relevant, weswegen nur zwei Artikel im eigentlichen Dossier enthalten sind.

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

Mit dem Minarettbauverbot wird direkt nur in einem Kommentar umgegangen. Hier beschreibt der Autor Peter Pelinka das Bauverbot als klar diskriminierend:

„[...] Und wenn geleugnet wird, dass hinter dem Votum in der Schweiz der Versuch steckt, die

Ausübung einer Religion einzuschränken, am besten wohl gleich zu verbieten.“ (Das Schweizer Minarettverbot: Wie man Gefahren herbeiwählt, Peter Pelinka, 3.12., S. 34)

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

Im Magazin News sind keine sensationalisierenden Kollektivsymboliken erkennbar, vermutlich auch wegen der geringen Anzahl an Artikeln.

c) Darstellung des Islams

Auf den Islam wird kaum konkret Bezug genommen. Wenn doch, geschieht das aber in einem negativen Kontext:

„Etliche wollen sich tatsächlich nicht integrieren (andere Migranten sind viel flexibler), leben nach ihren konservativen Sitten, verweigern Frauen fundamentale Menschenrechte und Kindern die Chance auf umfassende Bildung.“ (Das Schweizer Minarettverbot: Wie man Gefahren herbeiwählt, Peter Pelinka, 3.12., S. 34)

Ob diese Aussage zutrifft oder nicht, sei dahin gestellt. Es gibt jedoch keine Gegendarstellung, die darauf schließen lassen würde, dass damit nicht alle oder zumindest die Mehrheit der MuslimInnen gemeint sind. Hinzu kommt die Behauptung, nicht-muslimische MigrantInnen würden sich eher integrieren, was den Rückschluss zulässt, dass die Religion des Islams Menschen davon abhält sich in einer Aufnahmegesellschaft einzuleben.

In Bezug auf ein Interview, das selbst nicht ins Dossier aufgenommen wurde, wird in einem Leserbrief dazu Stellung genommen, dass der interviewte Schweizer Autor Terror als Folge des Abstimmungsergebnisses in der Schweiz für möglich hält:

„Susanne Zobl fragte den erfolgreichen Autor Martin Suter, ob die Schweiz damit zum Ziel von islamistischen Anschlägen werden kann und ob er sich in der Schweiz noch sicher fühle. Seine Antwort war: ‚Ich bin überzeugt, dass es jetzt gefährlicher geworden ist, in der Schweiz zu leben, als vor dieser Abstimmung.‘ Wenn es in einem Land nach einer demokratischen Abstimmung durch eine dritte Seite gefährlicher wird, sagt das nicht auch etwas aus?“ (Leserbrief: Traude Walek-Doby, 14.1., S. 60)

Mit dieser offenen Frage, die den Abschluss des Leserbriefs bildet, lässt die Leserin viel Raum für Interpretationen dazu, was dies ihr zu Folge aussagen könnte. Offensichtlich zieht sie aber darauf ab auszusagen, dass der Islam, die von ihr erwähnte „dritte Seite“ gewalttätig und eine Gefahr für Europa sei.

d) Diskursposition und Interpretation

News hat eine klare Haltung zur Abstimmung und verurteilt diese als menschenrechtswidrig. Der Islam selbst wird aber negativ konnotiert. Um eine Positionierung des Magazins News im Mediendiskurs zum Islam verorten zu können, sind die beiden analysierten Diskursfragmente aber nicht aussagekräftig genug.

6.3.2.12. Profil

a) Umgang mit dem Minarettbauverbot

In einem Leserbrief des Magazins Profil wird der Islam als gefährlich und Minarette daher als unerwünscht beschrieben:

„Der Islam neigt leider dazu, der Religion einen enorm imponierenden Platz einzuräumen und ihre Anhänger zu radikalisieren. Wenn sich Menschen dieser Denkweise unterwerfen, kann ich sie leider nicht daran hindern. Ihre Symbole möchte ich aber nicht vor Augen bekommen, solange ich in Österreich lebe.“ (Leserbrief: Anna-Maria Pichler, 14.12., S. 8)

Dem gegenüber findet sich aber auch die Argumentation, dass Religionsfreiheit nur dann eingeschränkt werden darf, wenn durch ihre Einhaltung andere eingeschränkt würden, was bei Minarettbauten nicht der Fall sei.

„Der Anblick eines Minaretts in der Landschaft oder in einer Straßenschlucht muss für alle jene, die sich nicht damit identifizieren wollen - vulgo Nichtmoslems - , unzumutbar sein. Der bloße Anblick müsste deren ästhetisches Empfinden oder Weltbild nachhaltig stören. Das ist aber lächerlich. Ob von Moscheen politische oder sonstige Gefahren ausgehen, steht beim Minarett gar nicht zur Debatte.“ („Gegen Kreuze. Für Minarette.“ Christian Rainer, 7.12., S. 15)

Allerdings muss hier angemerkt werden, dass diese Argumentation nicht zum Schutz der Rechte von MuslimInnen sondern aus einer atheistischen Haltung heraus erfolgt.

b) Sprachliche Muster und Kollektivsymbole

In der Berichterstattung sind sensationalisierende Kollektivsymbole sowie auffällige sprachliche Muster nicht vorhanden. Dies kann aber auch mit der geringen Anzahl an untersuchten Diskursfragmenten zusammenhängen.

c) Darstellung des Islams

Dem Islam wird ein stets vorhandenes Radikalisierungspotenzial zugeschrieben.

„Aber das Verbot des Baus von Minaretten ist ein geeigneter Weg, gemäßigte Moslems zu fanatisieren und fanatische Moslems zu Terroristen zu machen.“ („Die Horror-Volksabstimmung“, Peter Michael Lingers, 7.12., S. 136)

Dem Leser wird hier unterschwellig vermittelt, dass jeder/jede MuslimIn jederzeit zum/zur Terroristin werden könnte, wenn sie nur verärgert werden würden.

Der Islam wird im Profil auch indirekt durch Aussagen in Interviews charakterisiert, die mangels Erläuterungen oder Gegenargumentationen für sich sprechen. Hier sind vor allem zwei Beispiele zu nennen. Zum einen ein Interview mit Elisabeth Sabaditsch-Wolff, die für die FPÖ Seminare zum Islam abhält und diesen wie folgt beschreibt:

„Die islamische Lehre benachteiligt Frauen und Andersgläubige. Das islamische Rechtssystem, die Scharia, ist mit demokratischen Prinzipien und universellen Menschenrechten unvereinbar.“ (Interview mit Elisabeth Sabaditsch-Wolff unter dem Titel „Ich bin gegen den Dialog“, 7.12., S. 34)

Hier werden die in allen Publikationen präsenten Zuschreibungen zum Islam als undemokratische, menschenrechtswidrige, frauenfeindliche, homogene Religion widergegeben. Eine solche Generalisierung findet sich zum anderen auch in einem Interview mit dem niederländischen Schriftsteller Leon de Winter:

„profil: Die Zahl der Moslems wird in Europa in den kommenden Jahrzehnten steigen. In Österreich etwa sind es derzeit rund vier Prozent, demografische Studien sprechen von 14 bis 20 Prozent im Jahr 2051. Sollten wir uns Sorgen machen?

De Winter: Es gibt gute Gründe, sich Sorgen zu machen, wenn in großer Zahl ungebildete Menschen einwandern.

profil: Das wäre demnach ein soziales Problem, nicht ein religiöses.

De Winter: Ja. Wir sollten nicht a priori Angst vor Moslems haben. Meine Sorge ist die Mischung aus Mangel an Bildung und überkommenen Vorstellungen von Religion.“ (Interview mit Leon de Winter unter dem Titel „Ich will keinen Muezzin hören“, 30.11., S. 60)

Hier wird ein Bedrohungsszenario dargestellt, gefolgt von der Charakterisierung von MuslimInnen als ungebildet und einer Beschreibung des Islams als rückständig. Natürlich ist dies die Meinung eines Außenstehenden und keine Aussage der Profil-Redaktion. Mit der Auswahl bestimmter Interviewpartner und dem Verzicht auf die Analyse dieser Interviews, beispielsweise in einem daran anschließenden Kommentar, kann aber davon ausgegangen werden, dass bewusst eine solche Darstellung des Islams erfolgt.

d) Diskursposition und Interpretation

Profil schlägt sich einerseits bewusst auf die Seite der Gegner der Initiative, indem die Religionsfreiheit verteidigt wird und das Bauverbot als Angriff auf diese dargestellt wird. Der Islam wird aber als Problemquelle präsentiert, die Ausgangspunkt einer Gefahr für die Gesellschaft ist. Im Gegensatz zu Publikationen, die stark auf den Gegensatz zwischen Christentum und Islam pochen, wie das etwa in der Tageszeitung Die Presse der Fall ist, wird im Profil die Notwendigkeit einer rechtlichen Gleichbehandlung der Religionen betont. Im Diskurs ordnet sich Profil somit zur Reihe jener Publikationen, die das Minarettbauverbot zwar verurteilen, aber dennoch ein sehr negatives Bild vom Islam zeichnen.

6.4. Fazit der Analyse

Ohne nochmals auf die einzelnen Medien einzugehen soll hier ein kurzes Fazit der Analyse erfolgen. In der Analyse zeigt sich deutlich, dass sich verschiedene Muster in den einzelnen Medien mit leichten Variationen immer wieder wiederholen. Die negativen Zuschreibungen, die dem Islam und den MuslimInnen angeheftet werden, sind ebenso immer wieder die selben: Gewalttätigkeit, Frauenverachtung, Missachtung von Menschenrechten, Intoleranz, Andersartigkeit, Integrationsunwilligkeit, etc. Positive Zuschreibungen hingegen bleiben in einem sehr überschaubaren Rahmen.

Die Argumentation zum Minarettbauverbot folgt ebenso analog den selben Linien. Einige Medien verurteilen das Minarettbauverbot als Verletzung der Religionsfreiheit oder unnötige Maßnahme. Sehr häufig wird jedoch versucht, das Verbot durch Argumentationen, die den Islam negativ darstellen, zu rechtfertigen. Auch hier treten immer wieder die selben Muster auf: Christen hätten in muslimischen Ländern auch nicht das Recht ihre Religion auszuüben; MuslimInnen würden eine Gefahr für den sozialen Frieden darstellen und müssten daher eingeschränkt werden; Eine drohende Übernahme der Gesellschaft durch MuslimInnen könne dadurch gestoppt werden; MuslimInnen und ihre Religion würden wegen unüberwindbarer kultureller Unterschiede einfach nicht nach Europa passen; etc.

Inhaltlich lassen sich also nur geringfügige Unterschiede in Bezug auf die Intensität und Konzentration dieser Muster in den jeweiligen Publikationen feststellen. Die größten

Unterschiede finden sich in der zur Vermittlung dieser Inhalte genutzten Rhetorik: Vor allem die Neue Kronenzeitung sticht hier durch Beschimpfungen negativ hervor. Der Kurier hingegen ist ein positives Beispiel.

In allen Medien finden sich die negativsten Zuschreibungen, die meisten Stimmen für ein Minarettverbot sowie die eskalierendste Rhetorik in den Leserbriefen. Diese sind jedoch von zentraler Bedeutung, da sie in den meisten Zeitungen auch den größten Anteil am Dossier haben. In vielen Medien beschränkt sich diese Radikalität aber nicht auf die Leserbriefe, sondern ist ebenso in Kommentaren, Bildunterschriften, Überschriften und in manchen Fällen auch in der politischen Berichterstattung, wie vor allem das Beispiel der Neuen Kronenzeitung zeigt.

Die Bebilderung der Artikel war in den meisten Fällen äußerst unspektakulär und zeigte meistens Minarette in Österreich oder der Schweiz, was ja auch die naheliegendste Variante der Bebilderung ist. Einige Beispiele die hingegen hervorstochen, wurden in die Analyse miteinbezogen. Außerdem sind Leserbriefe, wie auch Kommentare, die ja in den meisten analysierten Medien den Großteil der ausgewählten Diskursfragmente bildeten, in der Regel nicht, oder nur minimal, bebildert.

Im Folgenden soll nun darauf eingegangen werden, wie die Ergebnisse der Analyse in Bezug auf die Frage nach Islamophobie einzustufen sind.

6.5. Islamophobe Medien?

Zweifellos muss das Schweizer Minarettbauverbot als MuslimInnen gegenüber diskriminierend gewertet werden. Wenn es AnhängerInnen anderer Religionen ohne eine in der Verfassung festgehaltene Einschränkung möglich ist, religiöse Bauten zu errichten, es aber eine solche Einschränkung für MuslimInnen gibt, ist das diskriminierend und widerspricht dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit. Wie Medien damit umgehen wurde zuvor analysiert.

Die zentrale Fragestellung in der durchgeführten Analyse war: „*Welche Muster sind in der Berichterstattung der wichtigsten österreichischer Medien im Kontext der Abstimmung über das Schweizer Bauverbot von Minaretten erkennbar?*“ Diese Muster wurden aufgezeigt. Die Forschungsfrage dieser Arbeit ist aber weiter gefasst und fragt danach, ob explizit islamophobe Muster erkennbar sind. Zur Beantwortung dieser Frage muss auf die in Kapitel 2 besprochene Definition von Islamophobie zurückgegriffen werden:

„Islamophobie wird in dieser Arbeit verstanden als eine Ablehnung, Angst und Feindseligkeit gegenüber MuslimInnen und dem Islam. Dabei werden ein als statisch und monolithisch betrachteter Islam und seine AnhängerInnen, welche entindividualisiert und auf eine einheitliche „Herkunftsgruppe“ reduziert werden, als grundsätzlich inkompatibel mit einer westlichen Kultur, als Gefahr für diese und als dieser unterlegen verstanden.“ (siehe Kapitel 2.2)

Ebenfalls in Kapitel 2.2. wurden die Unterscheidungen der Runnymede Trust zwischen „closed“ und „open views of Islam“ angeführt, die dieses Islamophobieverständnis noch ergänzen.

Betrachtet man den hier analysierten Mediendiskurs in seiner Gesamtheit, so kann klar gesagt werden, dass dieser überwiegend islamophob ist. Der Islam wird in den seltensten Fällen als heterogen und in sich differenziert dargestellt. Zumeist wird über den Islam und die MuslimInnen geschrieben, als handle es sich um eine monolithische Einheit, die synchron denkt und handelt. Dieses Denken und Handeln wird zumeist als vollkommen gegensätzlich zu dem Konstrukt eines westlich/europäisch/aufgeklärt/christlich und damit überlegenem Tuns und Denkens dargestellt. Durch diesen als unüberwindbar dargestellten Gegensatz wird der Islam auch als Gefahr für die ebenso konstruierte christliche/europäische Gesellschaft. Wenn von muslimischer Seite her das Minarettbauverbot kritisiert wurde, wurde diese Kritik sehr häufig mit dem Hinweis auf die Rückständigkeit, Intoleranz und Andersartigkeit des Islams zurückgewiesen (siehe auch Abb. 2, Punkt 2 und 3). Die negativen Zuordnungen zum Islam werden wiederum dazu genutzt eine Diskriminierung, in diesem Fall das Minarettbauverbot, zu rechtfertigen (siehe auch Abb. 2, Punkt 7). Dabei werden feindlichen Haltung gegenüber dem Islam, welche sich in diesen durchwegs negativen Zuordnungen widerspiegeln, als Normalität dargestellt.

Natürlich muss immer gefragt werden, wo die Grenze zwischen legitimer Kritik und islamophoben Anfeindungen liegt. Diese ist dort eindeutig überschritten, wo Argumentationslogiken ad absurdum geführt werden. Wird etwa gesagt, dass MuslimInnen das **universale** Menschenrecht auf Religionsfreiheit nicht zustehe, weil es Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit gibt, die Selbige nicht gewähren, ist dies der Fall. Meist damit verbunden ist die bereits erwähnte Zurückweisung von Kritik durch islamische Staaten, ein Aspekt der auch im Runnymede Report als Kriterium für Islamophobie gilt (siehe auch Abb. 2, Punkt 6). Ein anderer aufgezeigter Aspekt, der sicherlich als islamophob einzustufen ist, ist die Darstellung der Angst, beziehungsweise der feindlichen Haltung gegenüber MuslimInnen als normal und in jedem Fall gerechtfertigt (siehe auch Abb. 2, Punkt 8). Die Begründung dieser Angst ist zumeist eine angebliche, vom Islam ausgehende Gefahr, einerseits durch die beschworene potenzielle Gewaltbereitschaft der MuslimInnen, andererseits aber auch durch die Behauptung, dass MuslimInnen Vertreter einer religiös-politischen Ideologie seien, welche Machtansprüche stellt (siehe auch Abb. 2, Punkt 4 und 5).

Hier wird auch deutlich erkennbar, dass es richtig ist, bei diesem Phänomen von einer Phobie zu sprechen. So sind es vor allem Ängste die Heraufbeschworen, angeheizt und provoziert werden. Die Szenarien, welche in vielen Medien gezeichnet werden, sind stark auf einen Kampf zwischen zwei gegensätzlichen Kulturen zugespielt. Beschworen wird, dass es nur entweder „unsere“ oder „deren“ Kultur geben kann und dass „wir“ uns wehren müssten. Auf verschiedene Aspekte bezogen, lässt sich dieser Grundgedanke in allen analysierten Medien finden. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Medien sind dabei nur oberflächlich: Wenn etwa im Standard argumentiert wird, dass „der Islam“ frauenverachtend sei, ist dies eine genauso verallgemeinernde und negative Zuschreibung, wie die Beschimpfung von MuslimInnen als „dreckig“ in der Neuen Kronenzeitung. Natürlich lassen sich hier Niveauunterschiede beobachten, im Kern bleibt die Aussage aber die Selbe: Alle MuslimInnen werden unter bestimmten negativen Zuordnungen zusammen gefasst und, dieser konstruierten Logik zufolge, daher begründeter Weise als anders, gefährlich, unterlegen und unerwünscht dargestellt.

Durch die durchgeführte Analyse konnte also aufgezeigt werden, dass alle zuvor aufgestellten

Kriterien für Islamophobie in der Berichterstattung österreichischer Medien erfüllt werden. Natürlich erfüllen nicht alle Medien diese zu jedem Zeitpunkt, es lassen sich im Dossier dieser Analyse jedoch alle Kriterien mehrfach auffinden. Somit kann gesagt werden, dass der österreichische Mediendiskurs grundsätzlich islamophob ist. Trotzdem muss diese Aussage durch drei entscheidende Einschränkungen etwas abgemildert werden:

1. Zwischen den analysierten Medien gibt es markante Unterschiede. Während etwa die Kronenzeitung auf tiefem Niveau gegen den Islam hetzt, finden sich im Kurier nur sehr vereinzelt Artikel, die islamophobe Inhalte kommunizieren. Daher ist eine allgemeine Aussage mit Vorsicht zu tätigen. Dennoch ist sie möglich, da die islamophobe Berichterstattung gegenüber einer solchen, die die Kriterien der „open views of Islam“ der Runnymede Trust erfüllt, die überwiegende Mehrheit darstellt. Außerdem war keine einzige der zwölf analysierten Publikationen frei von islamophoben Tendenzen.
2. Die Verortung der Analyse stellt eine Einschränkung dar, die Verallgemeinerungen nur bedingt zulässt. Es wurde nur ein Teil der österreichischen Medienlandschaft analysiert. Zwar konnte mit der Auswahl der Medien ein überwiegender Teil der Medienlandschaft erfasst werden, dennoch kommt es zu Auslassungen. Es muss daher angemerkt werden, dass es sich nicht um eine vollständige Analyse des Mediendiskurses handelt und nicht wie Siegfried Jäger es empfiehlt, die gesamte „politisch-ideologische Bandbreite“ (vgl. Jäger S., 20009, S. 85) abgedeckt werden konnte. Da aber versucht wurde „Mainstream-Medien“ zu untersuchen, um Aussagen zum hegemonialen Diskurs machen zu können, verändert diese Einschränkung das Ergebnis nicht.
3. Die Beschränkung auf die Analyse der Berichterstattung über das Schweizer Minarettbauverbot ermöglicht natürlich nur eine konkrete Aussage zu genau diesem Thema. Jede weiter gefasste Aussage beinhaltet ganz klar Verallgemeinerungen. Dennoch ist davon auszugehen, dass die untersuchten Medien in anderen Kontexten nicht eine völlig gegensätzliche Diskurposition ergreifen. Augeschlossen werden kann dies jedoch nicht.

Es ist davon auszugehen, dass der Umgang österreichischer Medien mit dem Islam auch im Bezug auf andere Themen ähnlich verläuft. Ebenso ist anzunehmen, dass sich auch in jenen Medien, die hier nicht Teil der Analyse waren, kein vollkommen gegensätzliches Bild zeigen würde. Verallgemeinerungen sind jedoch gerade in der qualitativen Sozialforschung immer ein heikles Thema. Siegfried Jäger beschreibt die Beziehung zwischen Allgemeinem und Besonderem im Diskurs wie folgt:

„Das Allgemeine liegt im Diskurs; das Besondere sind nur Facetten des Allgemeinen auf derselben Ebene. Das Allgemeine ist hier aber nicht so zu verstehen, daß [sic!] es von prinzipiell anderer Qualität wäre als das Besondere. Es unterscheidet sich vom Besonderen nur in der Weise, wie sich das Pfund Erbsen von Untermengen dieses Pfundes oder von den einzelnen Erbsen unterscheidet.“

Die zuvor beschriebenen Annahmen sollen so stehen gelassen werden und eröffnen wohl Raum für eine, an diese Arbeit anschließende Analyse. Das Fazit dieser Arbeit soll sich daher auch auf die festgestellten Tatsachen beschränken:

Im Kontext des Minarettbauverbotes in der Schweiz konnten in den untersuchten österreichischen Medien immer wiederkehrende Muster im Umgang mit dem Islam aufgezeigt werden. Diese Muster können anhand der in dieser Arbeit aufgestellten Kriterien in überwiegendem Maße als islamophob eingestuft werden.

Schlusswort

Siegfried Jäger beschreibt die Wirkung der Medien in einer Analyse zum so genannten Karikaturenstreit von 2006 folgendermaßen:

„Die ständige Konfrontation mit ein und denselben Inhalten und deren durchgängig zu beobachtende politische Einfärbung übt eine normalisierende Wirkung aus und führt zu Subjektformierungen“ (Jäger S. 2007, S. 100).

Diese Wirkung ist jedoch keine Einbahnstraße. Es muss davon ausgegangen werden, dass Medien als Teil des Diskurses selbst von diesem beeinflusst werden. Man könnte also salopp sagen, dass die ÖsterreicherInnen den Islam so sehen, wie ihn Medien schildern und Medien den Islam so schildern wie ihn die ÖsterreicherInnen sehen. Dies muss angesichts der Ergebnisse dieser Arbeit nachdenklich stimmen.

Wenn es eine derartige Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Medien gibt und diese Meinungsbildung wiederum Auswirkung auf die Inhalte der Medien hat, ist die Darstellung des Islams in diesem Kreislauf gefangen. Für MuslimInnen allgemein, vor allem aber für die muslimische Minderheit in Österreich bedeutet das eine Konfrontation mit gesellschaftlich tief verankerten Vorurteilen gegen die sie, als Teile einer Minderheit, die kaum Macht über den Diskurs inne hat, nur schwer entgegenwirken können.

Umso mehr muss daher von außen auf diese Situation hingewiesen werden. Österreich ist ein Land, dass nicht zuletzt wegen seiner Geschichte besondere Sensibilität im Umgang mit (religiösen) Minderheiten aufzeigen sollte. Im Umgang mit MuslimInnen war und ist jedoch das Gegenteil der Fall. Der erste Schritt, um dies ändern, muss darin bestehen, aufzuzeigen und sich bewusst zu machen, wie die muslimische Minderheit behandelt wird, wozu nicht zuletzt die mediale Darstellung beiträgt.

Diese Arbeit stellt einen Teil des wissenschaftlichen Spezialdiskurses zur Islamophobieforschung dar und kann mit ihren Ergebnissen dazu beitragen, dass Islamophobie in Österreich überhaupt als Problem wahrgenommen wird. Dies ist, wie auch die Ergebnisse der Medienanalyse zeigen, bislang kaum passiert. Bewusstmachung ist daher ein Schlüsselwort auf dem Weg zu einer toleranteren Haltung gegenüber MuslimInnen und ihrer Religion.

Anhang (Liste der im Dossier analysierten Diskursfragmente)²¹

Neue Kronenzeitung

- Christian Hauensteiner, „Nach Minarett-Verbot kommt neue Abstimmung über Verschleierung!“, 1.12.2009, S. 2
- Peter Gnam, „Maria Fekter: ‚Höre auch lieber Kirchenglocken als den Muezzin‘“, 1.12.2009, S. 3
- Wolf Martin, „in den Wind gereimt...“, 1.12.2009, S. 3
- Peter Gnam, „Naschmarkt“, 1.12.2009, S. 3
- Michael Jeanée, „Post von Jeannée“, 1.12.2009, S. 10
- Philipp Neuner, „Hauser will Minarett-Verbot“, 1.12.2009, S. 14
- Gerald Richter, „Wir bauen eine Moschee für Graz!“, 1.12.2009, S. 18
- Leserbrief: Stephan Pestitschek, „Schweizer für Minarettverbot“, 1.12.2009, S. 22
- Leserbrief: Heinz Vielgrader, „Schweizer Mehrheit!“, 1.12.2009, S. 22
- Leserbrief: Ernst Smole, „Minarettverbot in der Schweiz“, 1.12.2009, S. 22
- Kurt Seinitz, „Die Minarett-Heuchler“, 5.12.2009, S. 7
- Leserbrief: Helene Schneidhofer-Skernjug, Minarette und Architektur, 5.12.2009, S. 24
- „Eule“, „Interkultureller Dialog“, 6.12.2009, S. 6
- Leserbrief: Sebastian Kolland, „Schweizer Minarett-Initiative“, 6.12.2009, S. 37
- Redaktion, „Kein Ende der heftigen Diskussionen“, 7.12.2009, S. 2
- Leserbrief: Margit Gastl, „Viele TirolerInnen lehnen den Bau von weiteren Minaretten ab“, 7.12.2009, S. 29
- Leserbrief: H.M., „Gott lässt seiner nicht spotten“, 7.12.2009, S. 29
- Leserbrief: Maria Klinger, „Wir Tiroler mögen keine Minarette“, 7.12.2009, S. 29
- Leserbrief: Gabi Rirsch, „Müssen wir bald schon fragen, ob unsere Kirchenglocken läuten dürfen?“, 8.12.2009, S. 31
- Leserbrief: Irene Mühlberger, „Grundsätzliche Frage zum Bau von Minaretten“, 10.12.2009, S. 28/29
- Leserbrief: Ferdinand Hofer, „Heißumkämpfte Minarette“, 10.12.2009, S. 28/29
- Leserbrief: Helga Berger, „Diskussionsthema: Moscheen“, 10.12.2009, S. 28/29
- Leserbrief: Leodegar Berger, „Der kleine Finger“, 11.12.2009, S. 30
- Leserbrief: Reinhard Soxberger, „Minarette“, 11.12.2009, S. 30
- Leserbrief: Friedrich Lipp, „Minarette und Zuwanderung“, 11.12.2009, S. 30
- Leserbrief: Maria Klinger, „Minarette auf Schweizer Dächern“, 19.12.2009, S. 30
- Leserbrief: Christine Vielgrader, „Grausam“, 19.12.2009, S. 30
- Leserbrief: Helga Resch, „Moslem-Intergation“, 19.12.2009, S. 30
- Ohne Autorenangabe, „Moralische Sittenwächter...“, 4.2.2010, S. 24

Kleine Zeitung

- Leserbrief: Pascal Merz, „Verbot ist ein Pyrrhussieg“, 1.12.2009, S. 34
- Leserbrief: Martha Pesec-Foltin, „Mit Ablehnung rechnen“, 1.12.2009, S. 34
- Leserbrief: Heinz Uray, „Kein Vorbild“, 1.12.2009, S. 34
- Leserbrief: Robert Kogler, „Tapfere Schweizer“, 1.12.2009, S. 34

21 Die im Dossier analysierten Diskursfragmente werden hier in der, auch in der Arbeit verwendeten Reihenfolge der Auflagenstärke der jeweiligen Zeitung/Zeitschrift und nach Erscheinungsdatum sortiert angeführt. Leserbriefe sind als solche gesondert gekennzeichnet. Je nach Zeitung haben Leserbriefe eigene Titel, werden unter einer Sammelüberschrift geführt oder ohne Titel gedruckt. Wenn „Redaktion“ als Autor angegeben wurde, war der Artikel mit dem jeweiligen Redaktionskürzel der Zeitung versehen. Artikel „Ohne Autorenangabe“ haben keinen Hinweis auf die Autorenschaft enthalten.

Leserbrief: Naive Politik Franz-Josef Adami 1.12.2009, S. 34
 Thomas Götz „Warum der Verweis auf die Menschenrechte nicht weit führt“, 1.12.2009, S. 10
 Ernst Heinrich, „Kein Brückenbauer“, 4.12.2009, S. 8
 Michael Wrase „Dauerstreit“, 4.12.2009, S. 6
 Leserbrief: Hansjörg „Weinberger, Religionsausübung“, 4.12.2009, S. 43
 Der Tod einer Muslimin Hubert Patterer 6.12.2009 S. 12
 Leserbrief: Helga Imberger, „Raketen des Islams‘ regen auf“, 6.12.2009, S. 54
 Leserbrief: Friedrich Andorfer, „Raketen des Islams‘ regen auf“, 6.12.2009, S. 54
 Leserbrief: Franz Peter Jelly, „Raketen des Islams‘ regen auf“, 6.12.2009, S. 54
 Leserbrief: Gerhard Steiner, „Raketen des Islams‘ regen auf“, 6.12.2009, S. 54
 Leserbrief: Gertrud Lederer, „Raketen des Islams‘ regen auf“, 6.12.2009, S. 54
 Leserbrief: Josef Ladenhauf, „Diskussion versachlichen“, 6.12.2009, S. 59
 Leserbrief: Susanna Brandegger, „Ängste ernst nehmen“, 6.12.2009, S. 59
 Leserbrief: Anton Nowak, „Ohrfeige für Gläubige“, 8.12.2009, S. 43

Kurier

Stefan Galoppi, „Viel Lärm um viel“, 24.11.2009, S. 7
 Irene Thierjung, „Klare Front gegen Minarette“, 30.11.2009, S. 4
 Ingrid Steiner, „Statt Ablehnung wären Antworten vonnöten“, 1.12.2009, S. 4
 Irene Thierjung, „Krise verstärkt die Angst vor dem Islam“, 1.12.2009, S. 4/5
 Livia Klingl, „Wer ernsthaft betet, bombt nicht gleichzeitig“, 1.12.2009, S. 5
 Christian Böhmer und Philipp Hacker, „Herrschaftssymbol Minarett?“, 2.12.2009, S. 3
 Redaktion, „FPÖ will Minarette verbieten“, 4.12.2009, S. 18
 Leserbrief: Ernst Smole, „Das Votum der Schweiz ist ein Zeichen“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Christoph Müller, „Deckmantel der Toleranz“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Margarete Heintl, „Nur graduelle Unterschiede“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Johann Niedermayer, „Verstoß gegen Menschenrechte“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Oskar Vierziger, „Nur erwünschter Ausgang“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Kurt Gärtner, „Beschränkte Religionsfreiheit?“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Theresa Erdkönig, „Gleiches Recht für alle“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Peter Wolf, „Kein europäisches Kulturgut“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Hans Gamlich, „Feuer auf dem Dach“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Johann Vogelnik, „Kein Moscheeverbot“, 5.12.2009, S. 9
 Leserbrief: Roland Steindl, „Die Angst geht um“, 5.12.2009, S. 9

Österreich

Markus Wolschlager, „Strache: ‚Verbot auch in Österreich‘“, 30.11.2009, S. 5
 Joseph Galley, „Stehe für Volksbegehren bereit“, 1.12.2009, S. 3
 Werner Schima, „Vom Schweizer Schock endlich lernen“, 1.12.2009, S. 2
 Leserbrief: Hans Blächer, „Volksbegehren gegen Minarette?“, 2.12.2009, S. 26
 Leserbrief: Christian Matters, „Akzeptanz auf beiden Seiten“, 2.12.2009, S. 27
 Leserbrief: Kurt Gärtner, „Aus für Minarette?“, 3.12.2009, S. 28
 Katharina Nagele, „FPÖ-Offensive für Minarett-Verbote“, 4.12.2009, S. 12
 Ohne Autorenangabe, „Bald 1 Million Muslime in Österreich“, 7.12.2009, S. 4
 Leserbrief: Jürgen Gartner, „Aus für Minarette in der Schweiz“, 9.12.2009, S. 18
 Leserbrief: Karin Schandl, „Religionsfreiheit“, 9.12.2009, S. 18

Oberösterreichische Nachrichten

Josef Achleitner, „Die Schweiz macht sich zu Zielscheibe“, 30.11.2009, S. 4

Leserbrief: Alfred Hauk, „Sichtbare Attribute...“, 2.12.2010, S. 3
Michael Wrase, „Lybien verurteilt Schweizer Geiseln“, 2.12.2009, S. 6
Ohne Autorenangabe, Islamisten rufen zum Boykott der Schweiz, 3.12.2009, S. 6
Leserbrief: Otto Reinsprecht, „Politischer Islam...“, 3.12.2009, S. 7
Christine Haiden, „Unter Generalverdacht“, 3.12.2009, S. 7
Leserbrief: Regina Bauernfeind, „Unbehagen“, 9.12.2009, S. 4

Tiroler Tageszeitung

Irene Heisz, „Volksseelen dieser und jener Herkunft“, 2.12.2009, S. 2
Leserbrief: Thomas Malfertheiner, „Nebenschauplatz eines verschleppten Konflikts“, 4.12.2009, S. 1
Leserbrief: Günther Hye, „Die Botschaft ist populistisch“, 4.12.2009, S. 1
Alois Schöpf, „Aufklärung versus Religion“, 5.12.2009 S. 4
Redaktion, „Kritik an Integration“, 9.12.2009, S. 23
Leserbrief: „Besser helfen statt hetzen“, Monika Himsl, 14.12.2009, S. 30
Redaktion, „Keine Burka in Österreich“, 23.12.2009, S. 1
Leserbrief: „Erfreuliche Kommentare, Manfred Weber“, 27.12.2009, S. 22
Leserbrief: „Weder deutsch noch türkisch, Annemarie Regensburger“, 27.12.2009, S. 22
Josef Gomig, „Religionsfreiheit“, 2.1.2010, S. 36
Redaktion, „Tiroler lehnen Minarette ab“, 4.1.2010, S. 1

Der Standard

Klaus Bonanomi, „Erfolg des Populismus“, 30.11.2009, S. 22
Redaktion, „Minarette: Kanzleramt mahnt Religionsfreiheit ein“, 1.12.2009, S. 4
Redaktion, „Minarettverbot laut Uno ‚klar diskriminierend‘“, 2.12.2009, S. 5
Peter Warta, „Mein agnostischer Traum“, 4.12.2009, S. 35
Waltraud Prothmann, „Toleranz ist keine Einbahnstraße“, 4.12.2009, S. 35
Redaktion, „Der Islam verletzt Rechte der Frauen“, 4.12.2009, S. 35
Gudrun Harrer, Weihnachten „verletzt religiöse Gefühle“, 24.12.2009, S. 2

Die Presse

Carola Schneider, „Vier Gründe für das Minarettverbot“, 1.12.2009, S. 3
Rainer Nowak, „Das Minarett ist nicht das Problem“, 1.12.2009, S. 27
Jan Keetman und Karim El-Gawhary, „Islamische Länder rufen zu Schweiz-Boykott auf“, 3.12.2009, S. 5
Leserbrief: Gerhard Grois, „Gipfel der Heuchelei“, 3.12.2009, S. 30
Leserbrief: Brigitte Kashofer, „Christen lassen sich's gefallen“, 3.12.2009, S. 30
Leserbrief: Manfred Walter, „Was Religionsfreiheit bedeutet“, 5.12.2009, S. 45
Leserbrief: Peter Stifter, „Toleranz wird nicht reichen“, 5.12.2009, S. 45
Leserbrief: Regina Bauernfeind und Norbert Czechura, „Unbehagen gegenüber dem Islam“, 5.12.2009, S. 45
Leserbrief: Josef Ladenhauf, „Abgestimmt mit kühlem Kopf“, 5.12.2009, S. 45
Michael Fleischhacker, „Minarette“, 6.12.2009, S. 6
Aly El Ghoubashy, „Hat die Schweiz nichts Besseres zu tun...“, 9.12.2009, S. 26
Leserbrief: Hubert Bruckner, „Die Früchte des Islam“, 10.12.2009, S. 30
Leserbrief: Michaela Mojzis, „Demagogie statt Demographie“, 10.12.2009, S. 30
Jutta Sommerbauer und Irene Zöch, „Wo die Verfolgung von Christen zum guten Ton gehört“, 11.12.2009, S. 7
Leserbrief: Günter Halvax, „Zuwanderung ist Tatsache“, 13.12.2009, S. 46

Michael Fleischhacker, „Das Fest der Sichtbarkeit“, 24.12.2009, S. 33

Salzburger Nachrichten

Redaktion, „Gegen Minarett und Muezzin“, 20.10.2009, S. 4

Heinz Peter Dietrich, „Integration steht auf dem Spiel“, 30.11.2009, S. 4

Redaktion, „Schweizer gegen Minarettbau“, 30.11.2009, S. 1

Helmut L. Müller, „In der Demokratie gilt Religionsfreiheit für alle“, 30.11.2009, S. 1

Maria Zimmermann, „Im Land der vier Minarette“, 1.12.2009, S. 3

Leserbrief: Alfred Wolfgruber, „Aus der Geschichte nichts gelernt!“, 4.12.2009, S. 19

Leserbrief: Kurt Gärtner, „Kirchtürme und Minarette“, 4.12.2009, S. 19

Leserbrief: Martha Pesec-Foltin, „Ein Stück Freiheit ging verloren“, 4.12.2009, S. 19

Leserbrief: Jürgen Jauch, „Nicht isolierter ‚Betriebsunfall‘“, 4.12.2009, S. 19

Leserbrief: Ernst Smole, „Verheerender Volksentscheid“, 4.12.2009, S. 19

Redaktion, „Religionen: ‚Demütig unauffällig‘“, 9.12.2009, S. 4

Susanne Scholl, „Die Vielfalt der Ideen ist doch die europäische Kultur“, 9.12.2009, S. 4

Leserbrief: Rudolf Pöschl, „Minarette – Symbole für militanten Islam“, 9.12.2009, S. 4

Leserbrief: Monika Berger, „Zur Religionsfreiheit in der Schweiz“, 10.12.2009, S. 24

Stephan Kliemstein, „Wir haben Glocken!“, 9.1.2010, S. 64

Vorarlberger Nachrichten

Redaktion, „Kampagne gegen Minarette“, 23.10.2009, S. A 2

Thomas Matt, „Schweigende Mehrheiten“, 30.11.2009, S. A 3

Thomas Hämmerle, „Sie passen sich einfach nicht an“, 30.11.2009, S. A 3

Regierung brachte Wähler auf die Palme Heinz Gstrein, 1.12.2009, S. A 2

Leserbrief: Klaus König, 3.12.2009, S. C 8

Leserbrief: Richard Bazzanella, 4.12.2009, S. C 10

Leserbrief: Albert Wittwer, 7.12.2009, S. C 12

Leserbrief: Alwin Häle, 7.12.2009, S. C 12

Leserbrief: Manfred Dorn, „Minarett-Abstimmung“, 10.12.2009, S. C 8

Leserbrief: Jean-Pierre Siebert, „Minarett-Abstimmung“, 10.12.2009, S. C 8

Arnulf Häfele, „Mekka, Muntlix und Medina“, 21.12.2009, S. A 5

Jürgen Weiss, „Zweierlei Maß“, 29.12.2009, S. A 4

News

Peter Pelinka, „Das Schweizer Minarettverbot: Wie man Gefahren herbeiwählt“, 3.12.2009, S. 34

Leserbrief: Traude Walek-Doby, 14.1.2010, S. 60

Profil

Martin Staudinger und Robert Traichler, „Ich will keinen Muezzin hören“, 30.11.2009, S. 60

Christian Rainer, „Gegen Kreuze. Für Minarette.“, 7.12.2009, S. 15

Sylvia Staudinger, „Ich bin gegen den Dialog“, 7.12.2009, S. 34

Peter Michael Lingens, „Die Horror-Volksabstimmung“, 7.12.2009, S. 136

Leserbrief: Alexander Schratt, 14.12.2009, S. 8

Leserbrief: Anna-Maria Pichler, 14.12.2009, S. 8

Literatur

Abedin, Syed / Sardar, Ziauddin (Hrsg.): Muslim Minorities in the West, London: Altamira Press, 1995

Abdallah, Laila: Islamischer Fundamentalismus - eine fundamentale Fehlwahrnehmung?: zur Rolle von Orientalismus in westlichen Analysen des islamischen Fundamentalismus, Berlin: Verlag Hans Schiler, 1998

„Akte Islam“, URL: <http://www.akte-islam.de> [5.7.2010]

Al-Azm, Sadiq Jalal: Orientalism and Orientalism in Reverse, In: Macfie, Alexander Lyon (Hrsg.):

Orientalism. A Reader, New York: New York University Press, 2000, S. 217 - 238

Allen, Christopher: Was ist Islamophobie? – Ein evolutionärer Zeitstrahl. In: Altermatt, Urs/Delgado, Mariano/Vergauwen, Guido (Hrsg.): Der Islam in Europa. Zwischen Weltpolitik und Alltag. Stuttgart: Kohlhammer, 2006, S. 67 - 78

Allen, Chris: Das erste Jahrzehnt der Islamophobie, In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich, Innsbruck: Studienverlag, 2009a, S. 13 - 33

Allen, Chris: Islamophobia, In: Esposito, John (Hrsg.): The Oxford Encyclopedia of the Islamic World, Oxford: Oxford University Press, 2009b, S. 197 - 198

Altermatt, Urs/Delgado, Mariano/Vergauwen, Guido (Hrsg.): Der Islam in Europa. Zwischen Weltpolitik und Alltag. Stuttgart: Kohlhammer, 2006

Altwegg, Jürg: Ach, du liebe Schweiz! Essay zur Lage der Nation, Zürich: Nagel & Kimche, 2002

Amnesty International: Argumentarium gegen die Minarett-Initiative. Türme verbieten – Nein zu einer diskriminierenden, unverhältnismäßigen und nutzlosen Initiative, Zürich, 2009a, URL: http://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/schweiz/stellungnahmen/downloads/argumentarium_minarette_d.pdf [24.8.2009]

Amnesty International: Bestürzung über Annahme der diskriminierenden Initiative, Bern, 2009b, URL: <http://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/schweiz/dok/2009/abstimmung-zur-anti-minarett-initiative-bestuerzung/>

searchterm=minarett [24.8.2009]

Attia, Iman (Hrsg.): Orient- und Islambilder. Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischem Rassismus, Münster: Unrast, 2007

Attia, Iman: Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischen Rassismus, Bielefeld: Transkript Verlag, 2009

Baumann, Martin/ Stolz Jörg: Einleitung: Eine Schweiz – viele Religionen, In: Baumann, Martin/ Stolz Jörg (Hrsg.): Eine Schweiz - viele Religionen. Risiken und Chancen des Zusammenlebens, Bielefeld: transcript-Verlag, 2007

Baumann, Martin/ Stolz Jörg (Hrsg.): Eine Schweiz - viele Religionen. Risiken und Chancen des Zusammenlebens, Bielefeld: transcript-Verlag, 2007

Baumann, Martin: Anxieties, banning minarets and populist politics in Switzerland – a preliminary analysis, Luzern: Universität Luzern, 2009, URL: http://pluralism.org/files/spotlight/Baumann_Swiss-ban-on-minarets_Nov09.pdf [24.8.2009]

Bachmann, Helena: Minaret Ban Challenges Tolerant Swiss Image, TIME Magazine, 30.11.2009, URL: <http://www.time.com/time/world/article/0,8599,1943533,00.html> [24.8.2009]

Bernerzeitung.ch: Minarett: Abfuhr für die SVP, 2.3.2010, URL: <http://www.bernerzeitung.ch/region/emmental/Minarett-Abfuhr-fuer-die-SVP/story/26854788> [24.8.2009]

Bielefeldt, Heiner: Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2008, URL: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Essay/essay_no_7_das_islambild_in_deutschland.pdf [5.7.2010]

Bielefeldt, Heiner: Das Islambild in Deutschland, In: Schneiders, Thorsten (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden: VS Verlag, 2010, S. 167 – 200

Blum, Roger/ Prinzing, Marlis: Das Versagen der Medien, In: Gross, Andreas/Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 19-24

Bohnsack, Ralf: Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden,

Opladen: Verlag Barbara Budrich, 2008⁷

Both, Henry: Der Schock und seine Folgen, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 113-119

Brix, Emil: Enttäuscht die Schweiz Europa?, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 189-196

Brockhaus, F.A. (Hrsg.): Brockhaus Enzyklopädie, Band 21, Mannheim: Brockhaus, 2006²¹

Brown, Malcolm/ Miles, Robert: Racism, London: Routledge, 2003²

Bundeskanzlei der Schweizerischen Eidgenossenschaft: Bund kurz erklärt, Bern: Vertrieb Bundespublikationen, 201032, URL: <http://www.bk.admin.ch/dokumentation/02070/index.html?lang=de> [24.8.2009]

Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft: Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, Stand: 7.3.2010, URL: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/101/a142.html> [27.8.2010]

Bunzl, Matti: Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Überlegungen zum neuen Europa, In: Bunzl, John/Senfft, Alexandra (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Vorteile und Projektionen in Nahost, Hamburg: VSA, 2008, S. 53 - 74

Bunzl, Matti: Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Überlegungen zum neuen Europa. In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich, Innsbruck: Studienverlag, 2009, S. 34 - 49

Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich, Innsbruck: Studienverlag, 2009

Conway, Gordon (Hrsg.): Islamophobia - A Challenge for Us All, Commission on British Muslims and Islamophobia, London: Runnymede Trust, 1997

DiePresse.com, Demo gegen Islam-Zentrum: Festnahmen und Verletzte, 14.5.2009, URL: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/479187/index.do#> [15.7.2010]

DiePresse.com, Demo: Strache zieht wieder gegen Islamzentrum ins Feld, 2.6.2010, URL: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/570781/index.do?from=simarchiv> [15.7.2010]

Dubois, Philippe: Der fotografische Akt: Versuch pber ein theoretisches Dispositiv, Dresden: Verlag der Kunst, 1998

EDU Schweiz: JA zur Volksinitiative "Gegen den Bau von Minaretten, 2008, URL: <http://www.edu-schweiz.ch/cms/index.php?id=1222> [24.8.2009]

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus: Stellungnahme – Plakate Minarettinitiative, 7.10.2009, URL: <http://www.ekr.admin.ch/dokumentation/00143/index.html?lang=de> [24.8.2009]

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement: Minarette. Volksinitiative "Gegen den Bau von Minaretten", 15.09.2010, URL: http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/themen/gesellschaft/ref_gesetzgebung/ref_minarettverbot.html [25.9.2010]

El - Sehty, Magda Miriam: Islamophobie in den österreichischen Tageszeitungen, Diplomarbeit, Universität Wien, 2009, URL: http://othes.univie.ac.at/6944/1/2009-06-27_9900367.pdf [15.7.2010]

Esposito, John (Hrsg.): The Oxford Encyclopedia of the Islamic World, Oxford: Oxford University Press, 2009

Europäisches Parlament: Report. Islam, Islamism and Islamophobia in Europe, Zahl: 12266, 25.5.2010, URL: <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc10/EDOC12266.htm> [24.8.2009]

Ezeldin, Ahmed: Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, In: Schwanitz, Wolfgang (Hrsg.): Jenseits der Legenden: Araber, Juden, Deutsche, Berlin: Dietz Verlag, 1994

Fluri, Kurt: Parlamentarier im Dilemma, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 247-251

Foucault, Michel: Was ist Kritik?, Berlin: Merve-Verlag, 1992

Foucault, Michel: Die Hauptwerke, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2008

Fourest, Caroline/Venner, Fiametta: Islamophobie? Über die karriere eines Begriffs, Jungle World, 51/3003, URL: <http://jungle-world.com/artikel/2003/50/11968.html> [5.6.2010]

Frede-Wenger,Britta/ Schmid,Hansjörg: Alter Wein und brennende Schläuche? „Neuer Antisemitismus“ und die Religionen, In: Frede-Wenger,Britta/ Schmid,Hansjörg (Hrsg.): Neuer Antisemitismus?: eine Herausforderung für den interreligiösen Dialog, Berlin: Frank & Timme, 2006, S. 77 - 98

Friesl, Christian/ Polak, Regina/ Hamachers-Zuba, Ursula: Die ÖsterreicherInnen: Wertewandel 1990-2008, Wien: Czernin, 2009

Frede-Wenger,Britta/ Schmid,Hansjörg (Hrsg.): Neuer Antisemitismus?: eine Herausforderung für den interreligiösen Dialog, Berlin: Frank & Timme, 2006

Geaves, Ron/ Gabriel, Theodore/ Haddad, Yvonne/ Idleman Smith, Jane (Hrsg.): Islam and the West post 9/11, Burlington: Ashgate, 2004

Geden, Oliver: Diskursstrategien im Rechtspopulismus: Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden: VS Verlag, 2006

Gingrich, André: Anthropologische Analysen der Islamophobie und der Antisemitismus in Europa. Ein Kommentar zu Matti Bunzls Thesen. In: Kulturdelikt. Wenn die Aufklärung fundamentalistisch wird. Der.wisch. Zeitschrift für Viel.Seitige, 05/2008.

Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010

Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin: Vorwort, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 10-14

Gross, Andreas: Renovationsbedarf der Demokratie, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010a, S. 49-55

Gross, Andreas: Eine Verfassungsrevision ist fällig, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010b, S. 260-265

Harrer, Gudrun: Morgenländer im Kopf, In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich, Innsbruck: Studienverlag, 2009, S. 50 - 56

Heine, Susanne/Pratl, Marianne: Auf holprigen Wegen. Die Darstellung des Islams in österreichischen Schulbüchern, Fach Geschichte, 5.-8. Schulstufe, In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich, Innsbruck: Studienverlag, 2009, S. 57 - 87

Heitmeyer, Wilhelm : „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand?“, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2007, S. 15 - 36

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2007

Herold, Christoph: Rechtspopulismus und rechtspopulistische Kommunikation in der Schweiz: Christoph Blocher und die Schweizer Volkspartei(SVP), Norderstedt: GRIN Verlag, 2003

Hepp, Andreas/Winter, Rainer (Hrsg.): Kultur - Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008⁴

Hertel, Gerhard: Populisten auf dem Vormarsch. Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz, Aktuelle Analysen 19, München: Hans-Seidel-Stiftung e.V., 2000

Hirter, Hans/ Vatter, Adrian: VOX – Analysen eidgenössischer Urnengänge, Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009, Bern: gfs.bern, 2009, URL: http://www.polittrends.ch/abstimmungen/abstimmungsanalysen/vox-analysen/2009-11-29_VoxD.pdf [24.8.2009]

Huntington, Samuel: The Clash of Civilizations and the Remaking of a New World Order, New York: Simon & Schuster, 1996

Hussein, Dilwar: The Impact of 9/11 on British Muslim Identity, In: Geaves, Ron/ Gabriel, Theodore/ Haddad, Yvonne/ Idleman Smith, Jane (Hrsg.): Islam and the West post 9/11, Burlington. Ashgate, 2004, S. 115 – 129

inforel.ch: Nach der Annahme der Minarett-Initiative, 7.6.2010, URL: <http://www.inforel.ch/i21e390.html#c1598> [24.8.2009]

Innitiativ-Komitee „Gegen den Bau von Minaretten“: *Communiqué*. Zensur-Manöver gegen die Meinungsfreiheit – Kniefall vor den Islamisten?, Flaach, 2009, URL: http://www.minarette.ch/pdf/Communique_6-10-2009.pdf [24.8.2009]

„Islam Deutschland Info“, Forumsbeitrag „Entislamisierung“, URL: <http://www.islam-deutschland.info/forum/viewtopic.php?p=3312&sid=b1458084a98d371119f849d4caf29d22> [5.7.2010]

„Islamophobia Watch“, URL: islamophobia-watch.com [5.7.2010]

Jäger, Siegfried: Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen, Internetbibliothek des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, 1997, URL: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Durchfuehrung_Diskursanalyse.htm [11.9.2010]

Jäger, Siegfried: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, Internetbibliothek des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, 2000, URL: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm [2.9.2010]

Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007a

Jäger, Siegfried/Halm, Dirk: Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis, Münster: UNRAST-Verlag, 2007

Jäger, Siegfried: Der Karikaturenstreit im „Rechts-Mitte-Links“-Diskurs deutscher Printmedien, In: Jäger, Siegfried/Halm, Dirk: Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis, Münster: UNRAST-Verlag, 2007, S. 51 – 104

Jäger, Siegfried: Zwischen den Kulturen: Diskursanalytische Grenzgänge, In: Hepp, Andreas/Winter, Rainer (Hrsg.): Kultur - Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008⁴, S. 327 -351

Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster: UNRAST Verlag, 2009⁵

Jusinger, Petra: Zahlen der Österreichischen Auflagenkontrolle (ÖAK) für das erste Halbjahr 2009, aufbereitet für Mediaedge:cia, URL: <http://www.mecglobal.at/assets/Uploads/Reports/Resources/AK2009-1.HJ.pdf> [10.9.2010]

Käfer, Patricia: Medien und Politik. Politiker brauchen Medien. Wie sieht die Medienlandschaft in Österreich aus?, Wien: Holzhausen Verlag, 2008

Kalnoky, Boris: Nach Minarett-Verbot. Türkei hält Schweiz für Schandfleck des Westens, Welt Online, 1.12.2009, URL: <http://www.welt.de/politik/article5395428/Tuerkei-haelt-Schweiz-fuer-Schandfleck-des-Westens.html> [24.8.2009]

Kaspar, Herbert: Intelligenz-Crash für Leser, Wiener Zeitung, 16.01.2007, S. 12

Klein, Dietrich/Platow, Brite (Hrsg.): Wahrnehmung des Islam zwischen Reformation und Aufklärung, München: Fink, 2008

Klemper, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Stuttgart: Phillip Reclam jun., 2010²⁴

Köchler, Hans: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 214-220

Lang, Josef: Gestern die Juden, heute die Muslime, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 78-82 [24.8.2009]

Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997

Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006

Markom, Christa/Weinhäupl, Heidi: Der Islam im Schulbuch, In: Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.): Islamophobie in Österreich, Innsbruck: Studienverlag, 2009, S. 88 - 105

Milton-Edwards, Beverly: Researching the Radical: The Quest for a new Perspektive, In: Donnan, Hastings (Hrsg.): Interpreting Islam, London: SAGE, 2002, S. 32 - 50

NZZ Online: Sarkozy nimmt Schweizer Stimmbürger in Schutz. Frankreichs Präsident fordert von allen Religionen Verzicht auf Provokationen, 8.12.2009, URL: http://www.nzz.ch/nachrichten/international/sarkozy_nimmt_schweizer_stimmbuerger_in_schutz_1.4134891.html [24.8.2009]

Österreichische Auflagenkontrolle: Auflagenliste Jahresschnitt 2009, 24.8.2010, URL: http://www.oeak.at/content/intern/Auflagenlisten/OEAK_2009_JS_KORR_20100824.pdf [11.9.2010]

Recordon, Luc: Aus den Augen, Fern dem Herzen, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 83-88

Rommelspacher, Birgit: Dominante Diskurse. Zur Popularität von “Kultur” in der aktuellen Islam-Debatte, In: Attia, Iman (Hrsg.): Orient- und Islambilder. Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischem Rassismus, Münster: Unrast, 2007, S. 245 – 266

Ruffing, Rainer: Michel Foucault, Paderborn: Wilhelm Fink Verlag, 2008

Sardar, Ziauddin: Racism, Identity and Muslims in the West, In: Abedin, Syed / Sardar, Ziauddin (Hrsg.): Muslim Minorities in the West, London: Altmira Press, 1995, S. 1 - 18

Said, Edward: Orientalismus, Frankfurt a. M.: Fischer, 2009

Schiffer, Sabine : Grenzenloser Hass im Internet, In: Schneiders, Thorsten (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden: VS Verlag, 2010, S. 341 – 362

Schleicher, Katharina Elisabeth: Wie können Stereotype über Pressefotografien reproduziert werden? – Eine Bildanalyse von Pressefotos im Standard anhand der Repräsentation von AfrikanerInnen, Diplomarbeit, Universität Wien, 2009

Schmeisser, Martin: „Mohammed, der Erzbetrüger“. Negative Darstellungen des Propheten in den religionskritischen Produktionen des Libertinismus und der Radikalaufklärung. In: Klein, Dietrich/Platow, Brite (Hrsg.): Wahrnehmung des Islam zwischen Reformation und Aufklärung, München: Fink, 2008, S. 77 - 108

Schmid-Federer, Barbara: Christdemokratin gegen Minarettverbot, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 107-112

Schneiders, Thorsten (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden: VS Verlag, 2010

Schwanitz, Wolfgang (Hrsg.): Jenseits der Legenden: Araber, Juden, Deutsche, Berlin: Dietz Verlag, 1994

Schwarz, Thomas: Islamophobie in Europa. Ein Überblick, In: Sir Peter Ustinov Institut (Hrsg.), Der Westen und die islamische Welt. Fakten und Verurteile, Wien: Braumüller, 2006, S. 33 – 40

Schweizer Bundesversammlung: Bundesbeschluss über die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“, 12.6.2009, URL: <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2009/4381.pdf> [24.8.2009]

Schweizer Bundesversammlung: Volksabstimmung vom 29.9.2009, 18.11.2009 , URL: <http://www.parlament.ch/d/wahlen-abstimmungen/volksabstimmungen/volksabstimmungen-2009/abstimmung-2009-11-29/minarette/Seiten/default.aspx> [24.8.2009]

Schweizer Bundesversammlung: Gegen den Bau von Minaretten. Volksinitiative. Vorläufige amtliche Endergebnisse, 1.12.2009, URL: <http://www.parlament.ch/d/dokumentation/dossiers/minarette/Seiten/default.aspx> [24.8.2009]

Schweizerischer Bundesrat: Botschaft zur Volksinitiative Gegen den Bau von Minaretten, Zahl: 08.061, 27.8.2008, URL: <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2008/7603.pdf> [24.8.2009]

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund: Zwischen Glockenturm und Minarett. Argumentarium des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“, Bern, 2008, URL: http://www.sek-feps.ch/media/pdf/stellungnahme/Argumentarium_Zwischen_Glockenturm_und_Minarett.pdf [24.8.2009]

Schweizer Radio DRS Online: Minarett-Verbot überrascht die Schweiz, 29.11.2009, URL: <http://www.drs.ch/www/de/drs/nachrichten/schweiz/154892.minarett-verbot-ueberrascht-die-schweiz.html> [24.8.2009]

Schweizerischer Rat der Religionen: Für ein Zusammenleben der Religionen in Frieden und Freiheit. Stellungnahme des Schweizerischen Rates der Religionen zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“, Bern, 2009, URL: http://www.sek-feps.ch/media/pdf/SCR/minarett_de.pdf [24.8.2009]

Sir Peter Ustinov Institut (Hrsg.), Der Westen und die islamische Welt. Fakten und Verurteile, Wien: Braumüller, 2006

Stajić, Oliviera: Die vergewordene Krone-Blattlinie, 14.9.2010, URL: <http://dastandard.at/1282979715824/Die-vergewordene-Krone-Blattlinie?seite=2> [24.9.2009]

Stüssi, Marcel: Muss das Parlament die Minarettverbotsinitiative für ungültig erklären?, Universität Luzern News, Luzern, Universität Luzern, 22.7.2008, URL: http://www.unilu.ch/files/minarett-verbot_marcel_stuessi.pdf Stüssi [24.8.2009]

SpiegelONLINE, Abstimmung in der Schweiz. Europas Rechte bejubeln Minarett-Verbot, 30.11.2009, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,664222,00.html> [24.8.2009]

tagesschau.de: Nach Minarett-Bauverbot. Gaddafi erklärt Schweiz den Heiligen Krieg, 25.2.2010, URL: <http://www.tagesschau.de/ausland/schweiz162.html> [24.8.2009]

tagesschau.sf: 4 Minarette und 130 Gebetsstätten, 4.11.2009, URL: <http://www.tagesschau.sf.tv/Hintergrund/Abstimmungen/Abstimmung-vom-29.-November-2009/Volksinitiative-Gegen-den-Bau-von-Minarett/4-Minarette-und-130-Gebetsstaetten> [24.8.2009]

Tanner, Mathias: Beschreibung, Kontextualisierung und Analyse des Minarettkonflikts in Langenthal im Hinblick auf die Frage, was Mediation zu seiner Lösung beitragen könnte. Lizentiatsarbeit Universität Bern, 2007, URL: <http://www.religionenschweiz.ch/pdf/tanner-mediation.pdf> [24.8.2009]

Tibi, Bassam: Vorwort, In: Ulfkotte, Udo: Heiliger Krieg in Europa. Wie die Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht, Eichborn, Frankfurt am Main, 2007

thurgauerzeitung.ch: Islamisches Zentrum ohne Minarett geplant, 30.11.2009, URL: <http://www.thurgauerzeitung.ch/thurgau/hinterthurgau/Islamisches-Zentrum-ohne-Minarett-geplant/story/14805587> [24.8.2009]

UN News Center: Swiss minaret ban discriminates against Muslims, says UN expert, 30.11.2009, URL: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=33089&Cr=religion&Cr1=> [24.8.2009]

United Nations Human Rights Committee: International Covenant on Civil and Political Rights, 1976, URL: <http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm> [24.8.2009]

Universität Bern: Befürworter wollten ein symbolisches Zeichen setzen, 25.1.2010, URL: http://www.kommunikation.unibe.ch/content/medien/medienmitteilungen/news/2010/vox_analyse/ [24.8.2009]

Vischer, Daniel: Ereignis oder Episode, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 62-66

Winter, Yves: Kritik und Unverständnis in den USA, In: Gross, Andreas/ Krebs, Fredi/ Schaffner, Martin/ Stohler, Martin (Hrsg.): Von der Provokation zum Irrtum. Menschenrechte

und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot, St-Ursanne: Edition le Doubs, 2010, S. 175-179

Wobmann, Walter: Ja zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“, Gretzenbach, Medienkonferenz vom 22. Oktober 2009, URL: http://www.minarette.ch/pdf/Pressekonferenz-Votum_Wobmann.pdf [24.8.2009]

World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance, Declaration, UNO, 2001, URL: <http://www.un.org/WCAR/durban.pdf> [7.7.2010]

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: „Es geht auch ohne Minarette“ In: EDU Schweiz: JA zur Volksinitiative "Gegen den Bau von Minaretten, 2008,

URL: http://www.edu-schweiz.ch/cms/index.php?eID=tx_cms_showpic&file=uploads%2Fpics%2FMinarett-Initiative.jpg&width=800m&height=600m&bodyTag=%3Cbody%20style%3D%22margin%3A0%3B%20background%3A%23fff%3B%22%3E&wrap=%3Ca%20href%3D%22javascript%3Aclose%28%29%3B%22%3E%20%7C%20%3C%2Fa%3E&md5=892a0d9d627b037fd15a1cef5486f178
[24.8.2009]

Abb. 2: "Stopp - Ja zum Minarettverbot" In: Eidgenössische Kommission gegen Rassismus: Stellungnahme – Plakate Minarettinitiative, 7.10.2009,

URL: <http://www.ekr.admin.ch/dokumentation/00143/index.html?lang=de> [24.8.2009]

Abb. 3: "Closed and open views of Islam“, In: Conway, Gordon (Hrsg.): Islamophobia - A Challenge for Us All, Commission on British Muslims and Islamophobia, London: Runnymede Trust, 1997

URL: <http://www.runnymedetrust.org/uploads/publications/pdfs/islamophobia.pdf>
[17.7.2009]

Abb. 4: „Islamophobia, a visual Summary“, In: Conway, Gordon (Hrsg.): Islamophobia - A Challenge for Us All, Commission on British Muslims and Islamophobia, London: Runnymede Trust, 1997

URL: <http://www.runnymedetrust.org/uploads/publications/pdfs/islamophobia.pdf>
[17.7.2009]

Abb. 5: „Vermischung der Konfliktebenen: Demonstration Brigittenau, 14.5.2009“, In: DiePresse.com, Demo gegen Islam-Zentrum: Festnahmen und Verletzte, 14.5.2009,

URL: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/479187/index.do#> [15.7.2010]

„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

Abkürzungen

AI	Amnesty International
ATIB	Avusturya Türkiye Islam Birliği
bzw.	beziehungsweise
CERD	Committee on the Elimination of Racial Discrimination
CVP: GL	Christlichdemokratische Volkspartei Glarus
ECRI	Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
EDU	Eidgenössische Demokratische Union
EKR	Eidgenössische Kommission gegen Rassismus
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	et cetera
EUMC	European Monitoring Centre
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
KDA	kritische Diskursanalyse (der Duisburger Schule)
ÖAK	Österreichische Auflagenkontrolle
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SEK	Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund
SRR	Schweizerischer Rat der Religionen
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SVP	Schweizerische Volkspartei
u.a.	und andere
UNO	United Nations Organisation

Abstract (Deutsch)

Islamophobie ist ein aufkommendes gesellschaftliches Phänomen, dass zunehmend auch in Österreich beobachtbar ist. Während die Vorurteilsforschung etwa im Bereich Antisemitismus bereits viel geleistet hat, ist Islamophobie ein wenig erforschtes Gebiet. Eine Auseinandersetzung mit feindlichen Haltungen gegenüber dem Islam ist aber unumgänglich, da diese Eingang in den hegemonialen Diskurs finden. Der Mediendiskurs kann hierfür als prägend gewertet werden. Da in der Diskursforschung davon ausgegangen wird, dass Diskurse Wahrheiten erzeugen und daher Machtverhältnisse determinieren, lässt diese Annahme die Schlussfolgerung zu, dass die Darstellung des Islams im Mediendiskurs direkte Auswirkungen auf den Umgang mit der muslimischen Minderheit in Österreich hat.

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Umgang österreichischer Medien mit dem Islam. Es handelt sich um eine Medienanalyse, die versucht, islamophobe Argumentationen sichtbar zu machen. Dazu wird die an Michel Foucaults Diskursanalyse anknüpfende, Kritische Diskursanalyse der Duisburger Schule angewandt. Anhand eines diskursiven Ereignisses, dem Schweizer Volksentscheid über ein Minarettbauverbot vom 29. November 2009, wird eine Analyse der Berichterstattung wichtigsten österreichischen Tageszeitungen durchgeführt. Dabei lautet die Forschungsfrage: „Welche Muster sind in der Berichterstattung der wichtigsten österreichischer Medien im Kontext der Abstimmung über das Schweizer Bauverbot von Minaretten in Bezug auf den Islam erkennbar?“ Konkreter auf den Diskurs formuliert wird also danach gefragt welche „Wahrheiten“ über „den Islam“ und „die MuslimInnen“ in österreichischen Mediendiskurs im Zusammenhang mit diesem Ereignis transportiert werden.

Abstract (English)

Islamophobia is an expanding phenomenon, which can also be increasingly observed in Austria. While some areas of studies in religious prejudice have been thoroughly researched, for example Antisemitism, Islamophobia has been a neglected phenomenon. Examining hostile attitudes towards Islam is necessary, as this expands into hegemonic discourse. As researchers suppose that discourses determine truths and therefore create power relations, it must be assumed, that the construction of Islam in the media discourse influences the way the Muslim minority in Austria is treated. Consideration of the media discourse is therefore crucial.

This thesis examines the handling of Islam in Austrian Media. As a media analysis which attempts to uncover islamophobic argumentations. For this reason the Critical Discourse Analysis of Duisburger Schule, which follows the discourse analysis of Michel Foucault, is utilized. The analysis pertains the media coverage of Austria's most important daily newspapers and magazines concerning the ban of minarets in Switzerland, an intensely discussed event. Consequently, the research question reads: "Which patterns of how Islam is presented can be identified in the Austrian media coverage of the Swiss ban of minarets?" More precisely: Which "truths" about Islam and Muslims are carried by Austrian media discourse in conjunction with this discursive event?

Lebenslauf - Astrid Elisabeth Mattes

Allgemeine Daten:

Adresse: Altmayergasse 66/23
1120, Wien
Telefon: 0676/7046973
E-Mail: astrid.mattes@chello.at



Zur Person:

geboren am: 5. März 1988
in: Wien
Staatsbürgerschaft: Österreich
Eltern: Dr. Gertrude & Mag. Norbert Mattes

Ausbildung:

Studium:
2006 bis Wintersemester 2010 Universität Wien
- Politikwissenschaft
- Individuelles Diplomstudium Religionswissenschaft

Auslandsstudium:
September 2008 - Mai 2009 University of Limerick, Ireland

Gymnasium:
1998 – 2006 Bundesgymnasium Untere Bachgasse 8, Mödling

Volksschule: Schulzentrum Maria Enzersdorf
1994 - 1998

Berufliche Erfahrungen:

Seit Oktober 2010 Mitarbeiterin an der Forschungsplattform „Religion and Transformation“ an der Universität Wien

Ferialpraktika:
Sommer 2009 Praktikum in der Religionsredaktion der „Furche“

Sommer 2008 Praktikum beim ORF, Redaktion der Zeit im Bild 1

Sommer 2005/2006/2007 Worldwide International Service, Personalleasing

Nebentätigkeiten:

seit Mai 2007 Mitglied der Studienvertretung Religionswissenschaft

Februar 2006 Organisation des Maturaballes mit 1600 Besuchern

Außeruniversitäre Fortbildung:

August 2009 „Französisch Intensivkurs“, VHS Favoriten

ab September 2008 Mitglied der „University of Limerick Debating Union“,
(Besuch von Seminaren zu Rhetorik und Debattieren)

Februar 2006 Seminar „Schüler machen Zeitung“ bei „Der Standard“

Oktober 2004 Rhetorikseminar

Sprachkenntnisse:

Englisch: Fließend in Wort und Schrift

Spanisch: Basiskenntnisse (Maturaniveau)

Computerkenntnisse:

Datenverarbeitung: Solide Kenntnisse in „MS Office“ und „Open Office“

Redaktionssoftware: „InCopy“

Homepagedesign: Content Management Systeme, z. B. „Siteswift“

Hobbys und Interessen:

Musik (bis 2007 Mitwirkung in 2 Orchestern),
Reisen, Lesen, Klassischer Tanz,
Kochen, Ski fahren